

Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen
Band: 8/1922 (1922)

Rubrik: Gesetze und Verordnungen betreffend das Unterrichtswesen in der Schweiz im Jahre 1921

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesetze und Verordnungen

betreffend

das Unterrichtswesen in der Schweiz

im Jahre 1921.

A. Eidgenössische Erlasse.

1. Bundesratsbeschluß betreffend Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 27. April 1917 über die Maturitätsausweise für die Kandidaten der medizinischen Berufsarten. (Vom 12. Juli 1921.)

Der schweizerische Bundesrat,
in Abänderung seines Beschlusses vom 27. April 1917,
auf den Antrag seines Departements des Innern,
beschließt:

Das im Artikel 5 der Verordnung vom 6. Juli 1906 betreffend den Maturitätsausweis für die Kandidaten der medizinischen Berufsarten vorgesehene Verzeichnis schweizerischer Schulen, deren auf Grundlage des eidgenössischen Maturitätsprogramms ausgestellte Reifezeugnisse bei den eidgenössischen Medizinalprüfungen anerkannt werden, wird festgestellt wie folgt:

Zürich: Literargymnasium und Realgymnasium der Kantonsschule.

Zürich: Freies Gymnasium (Gymnasialabteilung).

Winterthur: Gymnasium.

Bern: Literarschule des städtischen Gymnasiums.

Bern: Literarabteilung des freien Gymnasiums.

Biel: Literarabteilung des städtischen Gymnasiums.

Burgdorf: Literarabteilung des städtischen Gymnasiums.

Porrentruy: Section littéraire de l'Ecole cantonale.

Luzern: Lyceum der Kantonsschule.

Schwyz: Philosophischer Kurs des Kollegiums Maria-Hilf.

Altdorf: Kollegium Karl Borromäus.

Einsiedeln: Stiftsschule Einsiedeln.

Sarnen: Kantonale Lehranstalt.

Engelberg: Stiftsschule Engelberg.

Stans: Kollegium St. Fidelis.

Zug: Gymnasium der Kantonsschule.

Fribourg: Collège cantonal de St-Michel; Lycée, Section latin-grec.

Fribourg: Lycée cantonal des jeunes filles.

Solothurn: Gymnasium der Kantonsschule.

Basel: Gymnasium.
 Basel: Gymnasialabteilung der Töcherschule.
 Schaffhausen: Humanistische Abteilung der Kantonsschule.
 Trogen: Gymnasium der Kantonsschule.
 St. Gallen: Literarische und realistische Richtung des Gymnasiums der Kantonsschule.
 Chur: Gymnasium der Kantonsschule.
 Schiers: Evangelische Lehranstalt Schiers.
 Aarau: Gymnasium der Kantonsschule.
 Frauenfeld: Gymnasium der Kantonsschule.
 Lugano: Liceo cantonale, corso filosofico.
 Lausanne: Section A: latin-grec und Section B: latin-langues modernes du Gymnase classique cantonal.
 Lausanne: Ecole supérieure des jeunes filles.
 Sion: Gymnase classique.
 St-Maurice: Gymnase classique.
 Brig: Gymnasium.
 Neuchâtel: Section littéraire du Gymnase cantonal.
 Neuchâtel: Ecole supérieure des jeunes filles.
 La Chaux-de-Fonds: Section littéraire du Gymnase.
 Genève: Section classique et Section réelle du Collège de Genève.

2. Finanzielles Reglement für die eidgenössische Maturitätskommission und die eidgenössischen Maturitätsprüfungen. (Vom 1. Februar 1921.)

Der schweizerische Bundesrat,
 in Abänderung von Art. 3 der Verordnung vom 21. Dezember 1899 für die eidgenössische Maturitätskommission und der Art. 19 und 33 der Verordnung betreffend den Maturitätsausweis für die Kandidaten der medizinischen Berufsarten vom 6. Juli 1906,
 auf den Antrag seines Volkswirtschaftsdepartementes,
 beschließt:

Art. 1. Die Entschädigungen der Mitglieder der eidgenössischen Maturitätskommission, der Examinatoren und des Hilfspersonals bei den eidgenössischen Maturitätsprüfungen, sowie die von den Kandidaten zu bezahlenden Gebühren werden wie folgt festgesetzt:

I. Gebühren.

Art. 2. Jeder Kandidat, welcher sich zu einer Prüfung anmeldet, hat eine Anmeldegebühr von Fr. 20 zu entrichten. Diese Gebühr wird unter keinen Umständen zurückerstattet.

Art. 3. Die Prüfungsgebühren werden festgesetzt wie folgt:

1. Vollständige Prüfung:
 - a) Für Schweizer Fr. 60
 - b) für in der Schweiz aufgewachsene Ausländer „ 60
 - c) für die übrigen Ausländer „ 120
2. Für die Nachprüfung im Lateinischen „ 20

Kandidaten, welche durchgefallen sind, zahlen bei Wiederholung der Prüfung die ganze betreffende Gebühr.

II. Entschädigungen.

1. Maturitätskommission.

Art. 4. Die Mitglieder der Maturitätskommission erhalten folgende Entschädigungen:

Für die Sitzungen der Gesamtkommission ein Taggeld von Fr. 40 und die Reiseentschädigung (Billet II. Klasse). Für die Sitzungen von Subkommissionen und Fachkommissionen, für Inspektionsreisen und andere Reisen zu ähnlichen Zwecken beträgt das Taggeld Fr. 30, wozu noch der Ersatz des Fahrgeldes (Billet II. Klasse) kommt.

Für ihre Mitwirkung bei den eidgenössischen Maturitätsprüfungen erhalten sie Fr. 30 für jeden ganzen und Fr. 15 für jeden halben Sitzungstag, wenn sie an dem Orte wohnen, wo die Prüfungen stattfinden, sonst aber Fr. 40 beziehungsweise Fr. 20 für jeden ganzen oder halben Tag notwendiger Abwesenheit von Hause und überdies Ersatz des Fahrgeldes (Billet II. Klasse).

Außerdem erhält das Mitglied der Kommission, welches eine Prüfungssession leitet, für jeden definitiv angemeldeten Kandidaten eine Entschädigung von Fr. 7. 50.

Art. 5. Für die Besorgung der Bureauarbeiten erhält der Präsident der eidgenössischen Maturitätskommission eine jährliche Entschädigung von Fr. 1000—1500.

2. Examinatoren.

Art. 6. Die Entschädigungen der Examinatoren werden wie folgt festgesetzt:

a) Auswärtige Examinatoren.

Sie erhalten Fr. 40 für jeden ganzen, Fr. 20 für jeden halben Tag notwendiger Abwesenheit von Hause und überdies Ersatz des Fahrgeldes (Billet II. Klasse).

b) Am Orte wohnende Examinatoren.

Sie erhalten:

Bei den mündlichen Prüfungen für jede effektive Prüfungsstunde	Fr. 7. 50
für die Teilnahme an der Schlußsitzung	„ 5. —
für die Stellung der Aufgaben und Korrektur der Arbeiten pro Vierteltag	„ 5. —

3. Beaufsichtigung der schriftlichen Arbeiten und Bedienung.

Art. 7. Die Entschädigung für die Beaufsichtigung der schriftlichen Arbeiten beträgt für jeden halben Tag Fr. 10.

Art. 8. Für Reinigung der Räumlichkeiten und für Bedienung beträgt die Entschädigung für jeden Tag und für jeden benutzten Raum Fr. 2.

III. Schlußbestimmungen.

Art. 9. Gegenwärtiges Finanzielles Reglement tritt rückwirkend auf 1. Januar 1921 in Kraft.

3. Finanzielles Reglement zur Verordnung betreffend die eidgenössischen Medizinalprüfungen. (Vom 1. Februar 1921.)

Der schweizerische Bundesrat,
in Ausführung der Artikel 11, 19 und 48 der Verordnung vom
29. November 1912 für die eidgenössischen Medizinalprüfungen,
auf den Antrag seines Volkswirtschaftsdepartementes,
beschließt:

I. Gebühren.

Art. 1. Jeder Kandidat, welcher sich zu einer Prüfung anmeldet, hat dem Ortspräsidenten eine Anmeldegebühr von Fr. 15 zu entrichten. Diese Gebühr wird unter keinen Umständen zurück-erstattet.

Art. 2. Die Prüfungsgebühren werden festgesetzt wie folgt:

- | | |
|--|--------|
| 1. Naturwissenschaftliche Prüfung für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte (Artikel 51—52, 71, 94) | Fr. 45 |
| 2. Anatomisch-physiologische Prüfung für Ärzte (Artikel 54—56) | „ 90 |
| 3. Fachprüfung für Ärzte (Artikel 58—69) | „ 250 |
| 4. Anatomisch-physiologische Prüfung für Zahnärzte (Artikel 73—75) | „ 90 |
| 5. Fachprüfung für Zahnärzte (Artikel 77—79) | „ 180 |
| 6. Pharmazeutisch-naturwissenschaftliche Prüfung (Artikel 82—84) | „ 80 |
| 7. Pharmazeutische Assistentenprüfung (Artikel 86) | „ 80 |
| 8. Pharmazeutische Fachprüfung (Artikel 89—91) | „ 160 |
| 9. Anatomisch-physiologische Prüfung für Tierärzte (Artikel 96—98) | „ 90 |
| 10. Fachprüfung für Tierärzte (Artikel 100—102) | „ 200 |

Kandidaten, welche durchgefallen sind, zahlen bei Wiederholung der Prüfung die ganze betreffende Gebühr; Kandidaten, welche nach Artikel 43, Absatz 2, bloß die mündliche Abtheilung der Fachprüfung zu wiederholen haben, zahlen die Hälfte der Gebühr für die entsprechende Fachprüfung.

Ausländer bezahlen in allen Fällen das Dreifache der betreffenden Gebühren.

II. Entschädigungen.

1. Entschädigungen des Leitenden Ausschusses.

Art. 3. Die Entschädigung der Mitglieder des Leitenden Ausschusses werden wie folgt festgesetzt:

Für die Sitzungen des Leitenden Ausschusses beziehen die Mitglieder ein Taggeld von Fr. 40 und Ersatz des Fahrgeldes (Billet

II. Klasse). Für die Sitzungen von Subkommissionen und Fachkommissionen, für Inspektionsreisen und andere Reisen zu ähnlichem Zwecke beträgt das Taggeld Fr. 30, wozu noch der Ersatz des Fahrgeldes (Billet II. Klasse) kommt.

Für ihre Mitwirkung bei den mündlichen Prüfungen erhalten sie Fr. 30 für jeden ganzen und Fr. 15 für jeden halben Sitzungstag, wenn sie an dem Orte wohnen, wo die Prüfungen stattfinden, sonst aber Fr. 40 beziehungsweise Fr. 20 für jeden ganzen oder halben Tag notwendiger Abwesenheit von Hause und überdies Ersatz des Fahrgeldes auf die direkteste Route vom Wohnort bis zum Prüfungsort und umgekehrt berechnet.

Außerdem erhalten die Ortspräsidenten für jeden bei ihnen angemeldeten Kandidaten eine Entschädigung von Fr. 15.

Für die Begutachtung der ihnen zugewiesenen technischen Fragen erhalten die außerordentlichen Mitglieder des Leitenden Ausschusses (Zahnarzt, Tierarzt und Apotheker) eine Entschädigung von Fr. 10 für jeden Fall.

Art. 4. Der Bundesrat bewilligt dem Präsidenten des Leitenden Ausschusses für die Besorgung der Bureauarbeiten eine jährliche Entschädigung von Fr. 1500—2000.

Art. 5. Die in Artikel 3, Absatz 4, der Verordnung für die eidgenössischen Medizinalprüfungen vorgesehenen Vizepräsidenten erhalten für die an ihrem Prüfungsorte besorgten Geschäfte (Artikel 10) die gleichen Entschädigungen wie die Ortspräsidenten.

2. Entschädigungen der Examinatoren.

Art. 6. Die Entschädigungen der Examinatoren werden wie folgt festgesetzt:

a) Auswärtige Examinatoren.

Sie erhalten Fr. 40 für jeden ganzen, Fr. 20 für jeden halben Tag notwendiger Abwesenheit von Hause und überdies Ersatz des Fahrgeldes, auf die direkteste Route vom Wohnort bis zum Prüfungsort und umgekehrt berechnet.

b) Am Orte wohnende Examinatoren.

Die Entschädigungen werden sowohl bei den mündlichen als bei den praktischen Prüfungen pro Kandidat und pro Fach berechnet und betragen:

- a) bei den mündlichen Prüfungen für den Kandidaten und für das Fach Fr. 7. 50

Ist überhaupt nur ein Kandidat zu prüfen und prüft der Examinator nur in einem Fach, so beträgt die Entschädigung „ 10. —

- b) bei den praktischen Prüfungen:

1. ärztliche anatomisch-physiologische:

anatomische Präparation, Artikel 55,1	„ 15. —
histologische Präparate, Artikel 55,2	„ 7. 50
schriftliche Klausurarbeit, Artikel 55,3	„ 7. 50

3. Entschädigungen der Koexaminatoren.

Ist überhaupt nur ein Kandidat zu prüfen und funktioniert der Koexaminator nur in einem Fach, so wird die Entschädigung auf Fr. 7 festgesetzt.

Art. 8. Die leitenden Examinatoren erhalten bei den praktischen Prüfungen eine Entschädigung von Fr. 7.50 pro geprüften Kandidat.

Art. 9. Für die Bedienung wird bezahlt:

- a) Bei den mündlichen Schlußprüfungen und bei den rein schriftlichen Prüfungen (Reinigung, Ordnung, Ausgänge) Fr. 1. 50 für den Halbttag;
- b) bei den praktischen Prüfungen in der Normalanatomie (anatomisch-physiologische Prüfung der Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte [Artikel 55,1 und 2 zusammen, 74,1 und 2 zusammen und 97,1 und 2 zusammen]) Fr. 2. 50 für den Kandidaten;
- c) bei einem physiologischen Versuch (Artikel 55,3) Fr. 2 für den Kandidaten;
- d) bei den Sektionen in der medizinischen Fachprüfung (Artikel 59,a und b zusammen) Fr. 2. 50 für den Kandidaten;
- e) bei den Operationsübungen in der medizinischen Fachprüfung (Artikel 61,c) Fr. 2. 50 für den Kandidaten;
- f) bei der praktisch-zahnärztlichen Fachprüfung (Artikel 78,3, 4 und 5) Fr. 2. 50 für den Kandidaten;
- g) bei den pharmazeutischen naturwissenschaftlichen Prüfungen (Artikel 83,1 und 2) Fr. 2 für den Kandidaten;

- h) bei der pharmazeutischen Assistentenprüfung (Artikel 86) Fr. 2 für den Kandidaten;
- i) bei der pharmazeutischen Fachprüfung (Artikel 90) Fr. 2 für den Kandidaten;
- k) bei der praktisch-tierärztlichen Fachprüfung (Artikel 101,1—10) Fr. 3 für den Kandidaten.

6. Schlußbestimmung.

Art. 10. Gegenwärtiges Reglement tritt rückwirkend auf 1. Januar 1921 in Kraft.

4. Bundesratsbeschluß betreffend Erhöhung des Schulgeldes und der Gebühren an der Eidgenössischen Technischen Hochschule. (Vom 19. Juni 1921.)

Der schweizerische Bundesrat,
in Abänderung der Artikel 14 und 19 des Reglements für die Eidgenössische Technische Hochschule vom 21. September 1908,
des Artikels 11 des Regulativs für die Aufnahme von regulären Studierenden und Zuhörern an der Eidgenössischen Technischen Hochschule vom 7. November 1908,
des Artikels 12 des Regulativs für die Diplomprüfungen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule vom 20. Februar 1909,
des Artikels 1 e der Promotionsordnung für die Erlangung der Doktorwürde an der Eidgenössischen Technischen Hochschule vom 31. März 1909,
in Aufhebung der Bundesratsbeschlüsse vom 14. März 1919 und 11. Juli 1919,

beschließt:

Vom 1. Oktober 1921 treten folgende Erhöhungen ein:

1. Schulgeld pro Jahr für reguläre Studierende:
Schweizer von Fr. 200 auf Fr. 300,
Ausländer „ „ 400 „ „ 600.
 2. Honorar pro Semesterstunde:
Für reguläre Studierende (Schweizer und Ausländer) Vorlesungen von Titularprofessoren und Privatdozenten an der XI. Abteilung: von Fr. 6 auf Fr. 8.
Für Zuhörer an der XI. Abteilung (Schweizer und Ausländer): von Fr. 6 auf Fr. 8.
Für Zuhörer an den Fachabteilungen:
Schweizer von Fr. 6 auf Fr. 8,
Ausländer „ „ 12 „ „ 16.
 3. Prüfungsgebühren: Aufnahmeprüfung von Fr. 20 auf Fr. 50.
1. und 2. Vordiplomprüfung je von Fr. 25 auf Fr. 35.
Schlußdiplomprüfung (inklusive Urkunde) von Fr. 55 auf Fr. 80.
Doktorprüfung (inklusive Urkunde) von Fr. 250 auf Fr. 375.
-

5. Regulativ für die Diplomprüfungen an der Ingenieurabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule. (Vom 3. Juni 1921.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

(Siehe Regulativ für die Diplomprüfungen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule vom 20. Februar 1909.)

B. Spezielle Bestimmungen.

Die Ingenieurschule erteilt das Diplom eines Ingenieurs (Dipl. Ing. E. T. H.).

Sämtliche Stufen der Diplomprüfungen werden jährlich zweimal angeordnet; eine Wiederholung der Prüfungen kann nach halbjähriger Frist stattfinden.

Die 1. Vordiplomprüfung kann frühestens zu Beginn des 3. und spätestens zu Beginn des 5. Semesters abgelegt werden und umfaßt:

1. Höhere Mathematik I und II;
2. Darstellende Geometrie I und II;
3. Allgemeine Geologie.

Die Noten in höherer Mathematik und in darstellender Geometrie haben doppeltes, die Note in allgemeiner Geologie hat einfaches Gewicht.

Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in höherer Mathematik I und II, darstellender Geometrie I und II, Einführung in die Baukunst und im Planzeichnen, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

Die 2. Vordiplomprüfung kann frühestens zu Beginn des 5. Semesters und spätestens 2 Jahre nach Ablegung der 1. Vordiplomprüfung stattfinden und umfaßt:

1. Mechanik I und II;
2. Physik I und II;
3. Technische Petrographie;
4. Baukonstruktionslehre I;
5. Maschinenlehre I.

Die Noten in Mechanik und Physik haben doppeltes, die Noten in Petrographie, Baukonstruktionslehre und Maschinenlehre einfaches Gewicht.

Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in Mechanik I und II, Baukonstruktionslehre I und Maschinenlehre, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

Die Schlußdiplomprüfung kann frühestens nach dem 8. Semester abgelegt werden.

Sie umfaßt:

A. Für die Absolventen, die die schriftliche Arbeit im Brückenbau, Wasser- oder Straßen- und Eisenbahnbau ablegen:

- a) Eine mündliche Prüfung in folgenden Fächern:
1. Vermessungskunde;
 2. Baustatik;
 3. Brückenbau;
 4. Grundbau, Hydraulik und Wasserkraftanlagen;
 5. Straßen- und Eisenbahnbau;
 6. Baumaterialienkunde;
 7. Verkehrsrecht und technisches Recht;
 8. { 1 Fach des 8. Semesters;
Nationalökonomie beziehungsweise Economie politique.

Die unter 8 angeführten Fächer sind Wahlfächer, von denen eines zu wählen ist.

Die Noten sämtlicher Fächer haben einfaches Gewicht. Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in Vermessungskunde, Baukonstruktionslehre II, Baustatik, Brücken-, Grund-, Wasser-, Straßen- und Eisenbahnbau, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

b) Eine Diplomarbeit, deren Programm durch die Abteilungskonferenz zu genehmigen ist; sie umfaßt die Bearbeitung eines Projektes aus dem Gebiet des Brücken-, Wasser- oder Straßen- und Eisenbahnbaues; dem Kandidaten steht die Wahl unter diesen drei Fächern frei.

Die Themata werden zu Beginn des 9. beziehungsweise in einem entsprechend höhern Semester erteilt. Die Ablieferung der Arbeit hat bis zum 15. Dezember beziehungsweise 15. Juni zu erfolgen.

Die Note für die Diplomarbeit hat dreifaches Gewicht.

B. Für die Absolventen, die die schriftliche Arbeit im Vermessungswesen ablegen:

- a) Eine mündliche Prüfung in folgenden Fächern:
1. Vermessungskunde;
 2. Höhere Geodäsie und Ausgleichungsrechnung;
 3. Baustatik;
 4. { Brückenbau;
 5. { Grundbau, Hydraulik und Wasserkraftanlagen;
 6. { Straßen- und Eisenbahnbau;
 7. Astronomie;
 8. { 1 Fach des 8. Semesters;
Nationalökonomie beziehungsweise Economie politique.

Von den unter 4 und 5 genannten drei Fächern sind zwei, von den unter 8 aufgeführten ist eines zu wählen.

Die Noten sämtlicher Fächer haben einfaches Gewicht. Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in Vermessungskunde, Baustatik I, Brücken-, Grund-, Wasser-, Straßen- und Eisenbahnbau, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

b) Eine Diplomarbeit, deren Programm durch die Abteilungskonferenz zu genehmigen ist; sie umfaßt eine größere Arbeit aus dem Gebiete des Vermessungswesens.

Die Feldarbeit ist in den Ferien, frühestens am Schlusse des 8. Semesters, durch die Kandidaten selbständig auszuführen; die schriftliche Ausarbeitung findet im darauffolgenden Semester statt. Die Ablieferung der Arbeit hat bis zum 15. Dezember beziehungsweise 15. Juni zu erfolgen.

Die Note für die Diplomarbeit hat dreifaches Gewicht.

Vorstehende Bestimmungen treten am 1. Oktober 1921 in Kraft. Dadurch werden die Vorschriften des Regulativs vom 20. Februar 1909: B. Spezielle Bestimmungen, II. Ingenieurschule, aufgehoben.

Für die Prüfungen derjenigen Studierenden, die vor Oktober 1919 eingetreten sind, kann auf Wunsch das bisherige Regulativ angewendet werden.

6. Regulativ für die Diplomprüfung an der Kulturingenieurabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule. (Vom 26. November 1921.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

(Siehe Regulativ für die Diplomprüfungen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule vom 20. Februar 1909.)

B. Spezielle Bestimmungen.

Die Kulturingenieurschule erteilt das Diplom eines Kulturingenieurs (Dipl. Kult.-Ing. E. T. H.). Die Prüfungen werden, wenn nötig, jährlich zweimal angeordnet; eine Wiederholung kann nach halbjähriger Frist stattfinden.

Die erste Vordiplomprüfung kann frühestens zu Beginn des 3. und spätestens zu Beginn des 5. Semesters abgelegt werden und umfaßt:

1. Höhere Mathematik I und II;
2. Darstellende Geometrie I und II;
3. Landwirtschaftliche Betriebslehre I und II;
4. Geologie.

Die Note in höherer Mathematik hat doppeltes Gewicht. Die Note in darstellender Geometrie, landwirtschaftlicher Betriebslehre und Geologie hat einfaches Gewicht.

Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in höherer Mathematik I und II, darstellender Geometrie I und II und im Planzeichnen, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

Die zweite Vordiplomprüfung kann frühestens zu Beginn des 5. Semesters und spätestens 2 Jahre nach Ablegung der ersten Vordiplomprüfung stattfinden und umfaßt:

1. Mechanik;
2. Physik I und II;
3. Baukonstruktionslehre I;
4. Petrographie;
5. Bodenkunde und Botanik I und II.

Die Noten sämtlicher Fächer haben einfaches Gewicht.

Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in Mechanik und Baukonstruktionslehre I, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

Die Schlußdiplomprüfung kann frühestens zu Beginn des 8. Semesters abgelegt werden. Sie umfaßt:

- a) Eine mündliche Prüfung in folgenden Fächern:
 1. Vermessungskunde I und II und Ausgleichungsrechnung;
 2. Straßen- und Brückenbau;
 3. Grundbau, Hydraulik und Flußbau;
 4. Kulturtechnik I, II und III;
 5. Beackerung und Düngung, Grundzüge der Land- und Alpwirtschaft;
 6. Rechtslehre: Verkehrsrecht (Personen-, Sachen- und Obligationenrecht) und Grundbuch- und Vermessungsrecht.

Die Noten sämtlicher Fächer haben einfaches Gewicht.

Es wird ferner verlangt die Vorlage von Arbeiten aus den Übungen in Vermessungskunde, Ausgleichungsrechnung, Straßenbau, Brückenbau, Grundbau, Wasserbau, Kulturtechnik und topographisches Zeichnen, die vom betreffenden Professor beglaubigt sein müssen.

b) Eine Diplomarbeit, deren Programm durch die Abteilungskonferenz zu genehmigen ist; sie umfaßt:

1. Eine größere Arbeit aus dem Gebiete des Vermessungswesens;
2. die Bearbeitung eines Projektes aus dem Gebiete der Kulturtechnik.

Die Feldarbeit im Vermessungswesen ist in den Ferien, frühestens am Schlusse des 6. Semesters, durch die Kandidaten selbständig auszuführen; die schriftliche Ausarbeitung findet im darauffolgenden Semester statt. Die Ablieferung der Arbeit hat bis zum 15. Dezember oder 1. Juni zu erfolgen.

Die Themata für die Diplomarbeit in Kulturtechnik werden am 15. November oder zu Beginn des Sommersemesters erteilt. Die Ablieferung der Arbeit hat bis zum 15. März oder 15. Juli zu erfolgen.

Die Note für die Diplomarbeit aus dem Gebiete der Kulturtechnik hat dreifaches Gewicht, die andere einfaches Gewicht.

Vorstehende Bestimmungen treten am 15. März 1922 in Kraft. Dadurch werden die Vorschriften des Regulativs vom 20. Februar 1909: B. Spezielle Bestimmungen, II. Ingenieurschule, aufgehoben.

Für die Prüfungen derjenigen Studierenden, die vor Oktober 1919 eingetreten sind, kann auf Wunsch das bisherige Regulativ angewendet werden.

-
7. **Bundesbeschluß betreffend die Bewilligung eines Nachtragskredites für die Um- und Neubauten der Eidgenössischen Technischen Hochschule.** (Vom 22. Juni 1921.)
-

8. **Bundesbeschluß betreffend den Bau und den Betrieb eines Institutes für Haustierernährung an der landwirtschaftlichen Abteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.** (Vom 22. Juni 1921.)
-

9. **Bundesbeschluß betreffend die Unterstützung der Stiftung „Schweizerische Volksbibliothek“.** (Vom 23. Juni 1921.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrates vom
13. Dezember 1920,

beschließt:

Art. 1. Der „Schweizerischen Volksbibliothek, öffentliche Stiftung“, wird an die Betriebskosten ein Beitrag zugesichert, der im Höchstbetrage von Fr. 60,000 jährlich in den eidgenössischen Voranschlag einzustellen ist, unter der Voraussetzung, daß mindestens ein gleich hoher jährlicher Betrag von der Stiftung aus andern Quellen aufgebracht wird.

Für das Jahr 1921 wird bedingungslos ein Beitrag von Fr. 60,000 bewilligt.

Art. 2. Dieser Beschluß tritt, als nicht allgemein verbindlicher Natur, sogleich in Kraft.

Der Bundesrat ist mit dessen Vollziehung beauftragt.

10. **Bundesratsbeschluß betreffend Abänderung der Verordnung über Heranbildung, Prüfung und Verwendung von Telegraphengehilfinnen und Reservetelephonistinnen.** (Vom 29. Dezember 1921.)
-

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Lehrpläne etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Volksschule (Primar- und Sekundarschule).

1. Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich. (Vom 8. März 1921.)

A. Lehrziel und Unterricht.

Dem Handarbeitsunterrichte fällt die Aufgabe zu, die Mädchen in die Elemente des Strickens, Häkelns, Nähens, Flickens und Stickens einzuführen. Diese Arbeiten sind bis zu einer gewissen Fertigkeit an kleinen Gegenständen zum Gebrauch in der Schule oder im Haushalt zu üben.

Das Gestalten, Abformen, Maßnehmen und Zeichnen von Schnittmustern und das Anprobieren vermittelt den Schülerinnen das Verständnis und die Befähigung, einfache Gebrauchsgegenstände selbständig herzustellen; das Entwerfen und Ausführen einfacher Verzierungen bildet den Formen- und Schönheitssinn.

Besonderes Gewicht ist auf die vielfache Übung im Flickern, sowie auf sorgfältiges, gewissenhaftes Arbeiten zu legen; dadurch wird der Sinn für Genauigkeit, Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit gestärkt.

Der Unterricht ist Klassenunterricht. Jede elementare Übung, jeder Teil eines Lehrgegenstandes ist von allen Schülerinnen einer Klasse, eventuell in Abteilungen, gleichzeitig zu beginnen und auszuführen. Durch kurze, auf Anschauung begründete Erklärungen sind die Mädchen über Zweck, Form und Material jedes Lehrgegenstandes aufzuklären und durch Vorzeigen und Vormachen an geeigneten Lehrmitteln in der Ausführung der Arbeit anzuleiten, wobei hinzuzielen ist, daß die Schülerinnen mit Verständnis arbeiten und zu möglicher Selbständigkeit gebracht werden.

Die zur Durchführung eines strikten Klassenunterrichtes notwendigen Ausgleicharbeiten sollen, der Stufe der Schülerinnen angepaßt, gleichartiger Natur sein, zu gegebener Zeit gemeinsam mit der Klasse behandelt und mit den in Frage kommenden Schülerinnen durchgeführt werden. Dabei ist den Mädchen Gelegenheit zu geben, das bereits Erlernte, wie die Fertigkeit im Zeichnen, zu verwerten. Bei der Wahl und Anordnung der Ausgleicharbeiten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Lehrerin genügend Zeit findet, sich der schwächeren Schülerinnen anzunehmen.

Die Gebrauchsgegenstände für das Haus sind im Rahmen des Lehrplans den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Das Abformen des auszuführenden Lehrgegenstandes an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen vermittelt das Verständnis für die Formen.

Die zu konstruierenden Schnittmuster sind nach dem für die zürcherischen Arbeitsschulen obligatorischen Lehrmittel: „Arbeitsschulbuch“, von Johanna Schärer, herzustellen.

B. Verteilung des Lehrstoffes.

Beginn mit der 4. Primarschulklasse.

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Papierarbeiten.

Viereckige und dreieckige Säckchen, Lesezeichen, Schildchen, Untersätzchen in Kreisform.

Material: Graues, weißes und buntes Papier.

Technik: Gestalten der Gegenstände durch Falten, Schneiden und Kleben.

2. Erste Näharbeiten.

- a) Tintenwischer.
- b) Topfanfasser oder Untersätzchen.
- c) Waschhandschuh.

Material: Weißer und farbiger Baumwollstoff oder Wollstoff. Buntes Baumwoll- oder Wollgarn. Handtuch- oder Frottierstoff (Restenverwendung). Farbiger Nähfaden.

Technik: Gestalten, Auflegen und Nachzeichnen der Muster. Zuschneiden, Fertigstellen und Verzieren der Gegenstände. Vorüben des Nähens, Vor- und Übernähstiche (nach Augenmaß).

3. Stricken.

- a) Waschlappen.
- b) Täschchen mit geradem Deckel.
- c) Waschhandschuh oder Beutel oder Socken (auch Halbstrümpfchen) mit rundgestrickter Ferse.
- d) Puppenhäubchen.

Material: Ungebleichtes und farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände aus Papier. Abformen des Häubchens an der Puppe. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte und elastische Fläche. Offene und geschlossene Strickerei.

4. Fortsetzung im Nähen.

- a) Täschchen oder Lätzchen oder Beutel, durch eine Bordüre aus Stichreihen verziert.

Material: Dichte, rohe Etamine und farbiges Stickgarn.

Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Webübung aus Baumwoll- oder Wollgarn. Vor-, Stepp- oder Hinterstiche dem Stoffaden nach. Hohlraum oder gewöhnlicher Saum.

b) Arbeitstasche.

Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Nähfaden.

Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Breite Hohl-säume zum Abschluß und zur Verzierung der offenen Seiten. Angesteppte Knopfunterlage. Gewöhnlicher, 12 mm breiter Saum seitwärts, Überwindlingsnaht zur Verbindung der gesäumten Seitenkanten. Einnähen des Namens. Schlußvorrichtung: Knöpfe und Knopflöcher.

Anmerkung: Wenn die Zeit nicht reicht, ist die Schlußvorrichtung in der folgenden Klasse anzubringen.

5. Häkeln.

Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.

Material: Farbiges oder ungebleichtes Baumwollgarn.

Technik: Luftmaschen und feste Maschen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Strumpfbänder, Topfanfasser, Ballnetz oder Gegenstände für die Puppe.

Anmerkung: Bei mehrklassigen oder großen einklassigen Abteilungen kann der Unterricht mit einer Strickübung als Ausgleicharbeit bei den Papier- und ersten Näharbeiten begonnen werden. Es steht den Lehrerinnen frei, das Häkeln dem Stricken vorangehen zu lassen.

Verteilung des Lehrstoffes auf die 3. und 4. Primarschulklasse.*Dritte Primarschulklasse.*

2—4 Stunden per Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Papierarbeiten.

Viereckige und dreieckige Säckchen, Lesezeichen, Schildchen, Untersätzchen in Kreisform.

Material: Graues, weißes und buntes Papier.

Technik: Gestalten der Gegenstände durch Falten, Schneiden und Kleben.

2. Erste Näharbeiten.

a) Tintenwischer.

b) Topfanfasser.

Material: Weißer und farbiger Baumwollstoff oder Wollstoff. Buntes Baumwoll- oder Wollgarn.

Technik: Gestalten, Auflegen und Nachzeichnen der Muster. Zuschneiden. Fertigstellen und Verzieren der Gegenstände. Vorüben des Nähens, Vor- und Übernähstiche (nach Augenmaß).

3. Stricken.

- a) Waschlappen.
- b) Täschchen mit geradem Deckel.
- c) Waschhandschuh oder Beutelchen.
- d) Kindersocken oder Halbstrümpfchen mit rundgestrickter Ferse (nur bei 4wöchentlichen Stunden).

Material: Ungebleichtes und farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände aus Papier. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte und elastische Fläche. Offene und geschlossene Strickerei.

4. Häkeln.

- a) Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.
- b) Strumpfbänder oder Untersätzchen oder Topfanfasser.

Material: Ungebleichtes oder farbiges Baumwollgarn.

Technik: Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Topfanfasser, Ballnetz, Untersätzchen oder kleine Gegenstände für die Puppe.

Anmerkung: Bei mehrklassigen oder großen einklassigen Abteilungen kann der Unterricht mit einer Strickübung als Ausgleicharbeit bei den Papier- und ersten Näharbeiten begonnen werden. Es steht den Lehrerinnen frei, das Häkeln dem Stricken vorangehen zu lassen.

Vierte Primarschulklasse (2. Arbeitsschuljahr).

4—6 Stunden per Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

- a) Waschhandschuh oder Beutelchen oder Socken, eventuell auch glatte Strümpfe mit rundgestrickter Ferse.
- b) Waschlappen oder Waschhandschuh oder Kinderlätzchen mit einfachem Piquémuster.
- c) Puppenhäubchen.

Material: Ungebleichtes, gebleichtes oder farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände. Abformen des Häubchens an der Puppe. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte, elastische und gemusterte Strickerei.

2. Nähen.

a) Waschhandschuh.

Material: Handtuch- oder Frottiertoff. Farbiger Nähfaden.

Technik: Gestalten des Gegenstandes. Auflegen und Nachzeichnen des Musters. Zuschneiden und Fertigstellen des Gegenstandes mit Vor- und Übernähstichen.

b) Täschen oder Lätzchen oder Beutelchen, durch eine Bordüre aus Stichreihen verziert.

Material: Dichte, rohe Etamine und farbiges Stickgarn.

Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Webübung aus Baumwoll- oder Wollgarn. Vor-, Stepp- oder Hinterstiche dem Stoffaden nach. Hohlraum oder gewöhnlicher Saum.

c) Arbeitstasche.

Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Nähfaden.

Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Breite Hohlräume zum Abschluß und zur Verzierung der offenen Seiten. Angesteppte Knopfunterlage. Gewöhnlicher, 12 mm breiter Raum seitwärts, Überwindlingsnaht zur Verbindung der gesäumten Seitenkanten. Einnähen des Namens. Schlußvorrichtung: Knöpfe und Knopflöcher.

Anmerkung: Wenn die Zeit nicht reicht, ist die Schlußvorrichtung in der folgenden Klasse anzubringen.

d) Vorratssäcklein oder Überärmel.

Material: Feiner weißer oder farbiger Baumwollstoff.

Technik: Einfache Steppstichnaht, Kehrnaht, Saum. Annähen von Bindbändern am Vorratssäcklein.

3. Häkeln.

Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.

Material: Farbiges oder ungebleichtes Baumwollgarn.

Technik: Luftmaschen und feste Maschen.

II. Ausgleicharbeiten.

Stricken und Häkeln.

Einfache kleine Gegenstände für Kinder oder Puppen mit Anwendung der im Stricken und Häkeln erlernten Techniken.

Dritte Arbeitsschulklasse (5. Primarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

- a) Ein Paar Strümpfe.

Material: Farbiges Baumwollgarn.

Technik: Anschlagmasche. Glatte oder elastische Strickerei, Ferse, Kämpchen und Abnehmen.

- b) Kleine Übungen im Musterstricken.

Material: Weißes oder farbiges Garn.

Technik: Einfache Piqué-, Patent- und Hohlmuster.

2. Nähen.

- a) Untergestältchen und Unterröckli oder Untergestältchen mit angeschnittenem Röckli oder Zughemd mit angeschnittenen Ärmeln oder glattes Achselschlußhemd.

Material: Mittelfeiner Baumwollstoff (weiß, für das Unterröckli eventuell farbig).

Technik: Abformen des Gegenstandes. Maßnehmen. Herstellen des Musters. Zuschneiden. Anprobieren. Steppnähte, Kappnähte oder Kehrnähte, Saum, Begrenzen des Halsausschnittes. Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Einnähen des Namens.

- b) Deckchen mit Randverzierung.

Material: Weißer oder hellfarbiger Aïdastoff und passendes Stickgarn.

Technik: Kreuzstich, Saum.

- c) Nadelbüchlein.

Material: Aïdastoff und Stickgarn (wie zum Deckchen) und Flanell.

Technik: Gestalten des Nadelbüchleins aus Papier. Entwerfen schmaler Randverzierungen für Kreuzstich und Ausführen einer solchen am Nadelbüchlein.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Gemusterter Arbeitsbeutel, Handschuhe, Schleifen, Hausschuhe, Bettsocken, Mützen, Lätzchen etc.

2. Häkeln.

Schmale Spitze für das Untergestältchen oder das Hemd (Anlernen in der Schule und Hausarbeit).

3. Nähen.

Scherentäschchen mit Anwendung des Knopflochstiches. Einfache, gewöhnliche Schürze oder Klammerschürze mit Kreuzstichverzierung.

Vierte Arbeitsschulklasse (6. Primarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Socken mit verschiedenen Maschenflächen, der später zum Flicken verwendet wird.

Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Nähen.

- a) Mädchenhemd mit Vorder- oder Achselschluß. Letzteres glatt oder eingereiht.

Material: Mittelfeiner Baumwollstoff.

Technik: Maßnehmen und Herstellen des Schnittmusters nach den Maßen auf Grund des durch die Lehrerin abgeformten Modells. Zuschneiden des Hemdes.

Kappnähte, Saum, Bandbesatz oder Einreihen und Aufsetzen eines Bündchens, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und der Spitze, Einnähen des Namens. Vorübung für die Steppfalte, wenn ein Hemd mit Vorderschluß gemacht wird.

- b) Einfache Schürze mit Verzierungsarbeit.

Material: Weißer oder farbiger Baumwollstoff mit Stickgarn für die Verzierung.

Technik: Abformen, Zuschneiden, Anprobieren und Ausarbeiten der Schürze. Einfache Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters.

3. Flicken.

- a) Übungen im Aufsetzen von Stücken in weißem, mittelfeinem Baumwollstoff.

Technik: Schmale und breite Kappnähte.

- b) Anwendung an Gebrauchsgegenständen.

- c) Überziehen von rechten, linken und Abnehmemaschen und Einstricken der Ferse am hierfür gestrickten Socken, oder Überziehen der Ferse mit gleichfarbigem Garn.

Material: Farbiges, doppelt gezwirntes Baumwollgarn.

- d) Anwendung dieser Flickarten an gestrickten Gegenständen, eventuell Verweben feiner Strümpfe.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Anstricken von Strümpfen, oder Stricken von Socken, Strümpfchen oder Handschuhen.

2. Häkeln.

Häkeln der Spitze zum Hemd (Schul- und Hausarbeit).

3. Nähen.

Anfertigen eines einfachen Gegenstandes mit Ausnützung des Stoffmusters bei der Verzierung (Schürze, Lätzchen, Häubchen, Bettasche etc.).

Anmerkung: Bei weniger als sechs Stunden Unterrichtszeit in der Woche ist jedenfalls ein Achselschlußhemd zu machen.

Fünfte Arbeitsschulklasse (7. Primar- oder I. Sekundarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Socken für die nachfolgenden Flickübungen im Maschenstich.

Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

a) Hausschürze oder Kissenanzug oder Turnhose.

Material: Baumwollstoff, weiß oder farbig.

Technik: Vorübungen im Maschinennähen an Papier. Abformen, Zuschneiden und Anprobieren der Schürze oder Herstellen des Musters für die Turnhose. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters an der Schürze. Knopflöcher, Annähen der Knöpfe, Einnähen des Namens am Kissenanzug.

b) Mädchenhemd. (Achselschlußhemd mit oder ohne Ärmel und geraden Bündchen oder Bündchenhemd mit Vorderschluß, rundem Ärmel und Stockschweifung.) Vorübung für die Steppfalte, wenn ein Hemd mit Vorderschluß gemacht wird.

Material: Feiner Baumwollstoff.

Technik: Maßnehmen. Herstellen der Schnittmuster. Zuschneiden.

Maschinennähen: Die Grundnähte der Stocknähte, das Einsteppen der Ärmel beim Achselschlußhemd, Absteppen und Aufsteppen der Bündchen, am Vorderschlußhemd die Steppreihen der obern Steppfalte.

Handnähen: Alle übrigen Nähte und die Säume, Schlußvorrichtung und Name.

3. Übungen im Abformen an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen.

a) Untergestältchen.

b) Röckchen.

c) Häubchen oder Kragen.

Material: Gaze, Nessel oder Papier.

Technik: Abformen, Zusammenheften der Teile und Aufzeichnen einer einfachen Verzierung.

4. Flicken.

- a) Übungen im Flicken von kariertem Baumwollstoff.
Technik: Ein- und Aufsetzen von Stücken mit einfachen Nähten und Kappnähten.
- b) Übungen im Maschenstich an dem hierfür gestrickten Socken.
Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Garn.
Technik: Stopfen mit rechten, linken und Abnehmemaschen. Einstricken von Stücken und Einstricken der Ferse.
- c) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten.

II. Ausgleicharbeiten.

- a) Herstellen der Spitze zum Hemd (Schul- und Hausarbeit).
- b) Eine kleine Verzierungsarbeit, zum Beispiel Nadelkissen, Buchhülle etc., oder
- c) Ausführung eines der abgeformten Gegenstände.

Anmerkung: Bei weniger als 6 Stunden wöchentlicher Unterrichtszeit empfiehlt es sich, das Achselschlußhemd herstellen zu lassen.

Sechste Arbeitschulklasse (8. Primar- oder II. Sekundarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Paar Socken oder Kinderstrümpfchen oder Anstricken von alten oder neuen Strumpfhosen.

Material: Baumwoll- oder Wollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

- a) Einfaches Frauen-Nachthemd oder ein farbiges Männerhemd.
- b) Beinkleid.

Material: Feiner Baumwollstoff für das Frauen-Nachthemd, für das Männerhemd farbiger Baumwollstoff, für das Beinkleid weißer Baumwollstoff oder farbiger Barchent.

Technik: Maßnehmen, Herstellen der Muster nach den Maßen. Zuschneiden. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Einreihen, Niedernähen der Bündchen und Koller, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Spitzen, Zeichnen der Wäschestücke.

3. Übungen im Abformen.

- a) Untertaille oder Unterrock an einer Mitschülerin.
- b) Schürzen, Kragen oder Kimonobluse.

Material: Gaze, Nessel oder Papier.

Technik: Abformen und Zusammenheften der Teile.

4. Flicken.

- a) Übungen im Verweben und Stopfen.
Material: Etamine und farbiger Stickfaden.
Technik: Webübung mit Leinen- und Drilchbindung, Hauswifel, Verweben, Stopfen, Nachbilden von Leinen- und eventuell Drilchgewebe.
- b) Verwebübungen mit der Nähmaschine oder Übungen im Flicken von Tuch.
- c) Übungen im Einsetzen von Stücken mit der Nähmaschine.
Material: Feiner, weißer Baumwollstoff.
Technik: Schmale und breite Kappnähte.
- d) Übungen im Maschenstich an einem hierfür gestrickten Streifen oder am Socken der vorhergehenden Klasse.
Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Baumwollgarn.
Technik: Glatte Stopfe mit Nähtchen.
- e) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten.

II. Ausgleicharbeiten.

Herstellen der Spitze für das Frauen-Nachthemd (Schul- und Hausarbeit). Herstellen der Garnitur für das Beinkleid (Hohlraum, Festons, Häkelarbeit oder Zierstiche). Ausführung eines der abgeformten Gegenstände.

Kleine Verzierungsarbeit nach Entwurf der Schülerin.

Lehrplan der III. Sekundarklasse.

4 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Sticken.

Übungen im Weißsticken. Festonieren, Hoch- und Lochstickerei, angeordnet auf einem kleinen Gegenstand wie Serviettentäschchen, Deckchen, Taschentuch, Lätzchen oder Kragen aus feinem Baumwollstoff oder Leinwand.

2. Maschinennähen.

- a) Frauen-Taghemd mit Koller oder glattem Stock.
Material: Feiner Baumwollstoff, schmale Stickerei oder Spitze.
Technik: Abformen des Kollers oder des oberen Teiles des glatten Hemdes. Maßnehmen. Herstellen der Muster nach den Maßen. Maschinennähen: Nähte, Saum, Besetzen des oberen Randes mit Stickerei oder Schrägstreifen. Handnähen: Annähen der Spitze, Sticken des Namens, wenn möglich nach selbstentworfenen Zeichnungen. Schlußvorrichtung.
- b) Unterrock, Untertaille oder Bluse.
Material: Waschstoff, weiß oder farbig.

Technik: Abformen und Maßnehmen oder Herstellen des Musters nach den Maßen. Zuschneiden. Anprobieren. Maschinen- und Handnäherei.

3. Flicken.

- a) Anwendung der früher erlernten Flickarten an gewobenen und gestrickten Gegenständen.
- b) Übungen im Flicken von Tuch, wenn diese Arbeit in der II. Sekundarklasse nicht gemacht wurde. Fakultativ.

Material: Hellfarbiges Tuch und passende Seide, Litzen zum Besetzen und Einfassen.

Technik: Einsetzen von eckigen und gerundeten Stücken mit Hinter- und Staffierstichen, Ränderieren, Verweben. Besetzen und Einfassen von Kanten. Knopflöcher nach Schneiderart.

II. Ausgleicharbeiten.

Verzierungsarbeiten, wie Kragen zur Bluse, Beutel oder Mappenhülle, Verzierung der Bluse (so viel als möglich nach Entwürfen der Schülerinnen).

C. Einführung.

Der Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich wird im Sinne eines weitem Versuches für die Dauer von drei Jahren in Kraft erklärt mit der Einschränkung, daß den Schulen, die zunächst für das Schuljahr 1921/22 noch die Durchführung auf Versuchsklassen zu beschränken wünschen, dies gestattet sein soll.

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Regulativ über die Erteilung von Stipendien und weitem Studienunterstützungen an Schüler der kantonalen Mittelschulen. (Vom 14. Juni 1921.)

§ 1. Der Kanton Zürich gewährt Schülern der kantonalen Mittelschulen (Kantonsschulen in Zürich und Winterthur, Lehrerseminar Küsnacht, Technikum in Winterthur), die sich durch Begabung, Leistungen, Fleiß und Wohlverhalten einer Unterstützung würdig erweisen, zu ihrer Ausbildung aber nicht die erforderlichen Mittel besitzen: Freiplätze, Stipendien und, soweit es sich um Schüler handelt, deren Eltern nicht am Schulort oder in dessen Nähe wohnen: Beiträge an die Ausgaben für Wohnung und Kostgeld oder für die täglichen Fahrten.

§ 2. Die Freiplätze bestehen im Erlaß des Schulgeldes, der Sammlungsbeiträge, der Einschreibegebühr und allfällig weiterer Gebühren, ausgenommen die Versicherungsprämien und die Prüfungs- und Diplomgebühren.

§ 3. Stipendien sind staatliche Geldbeiträge an die Kosten des Studiums und des Unterhaltes. Sie zerfallen:

- a) in ordentliche Stipendien aus dem durch das Staatsbudget festgesetzten Kredit;
- b) in außerordentliche Stipendien, die dem Stipendienfonds der höhern Lehranstalten entnommen werden.

Mit dem Stipendium ist in der Regel ein Freiplatz verbunden.

§ 4. Die ordentlichen Stipendien betragen jährlich:

- a) im 7. und 8. Schuljahr Fr. 100—200
- b) im 9. und 10. Schuljahr „ 180—300
- c) im 11. bis 13. Schuljahr „ 250—500

Innerhalb dieser Ansätze kann das Stipendium von Jahr zu Jahr angemessen erhöht werden.

§ 5. Die außerordentlichen Stipendien richten sich in ihrer Höhe nach dem aus den Erträgnissen des Fonds sich ergebenden Kredite. Sie sind bestimmt:

- a) für Schüler, die des ordentlichen Stipendiums nicht teilhaftig werden können (§ 8);
- b) als Zulage zu dem ordentlichen Stipendium in besondern Fällen.

§ 6. Die Beiträge an die Ausgaben für Wohnung und Kostgeld dienen dazu, auswärtigen Schülern das Wohnen am Schulort zu erleichtern. Sie betragen im Maximum Fr. 600 für das Jahr.

§ 7. Beiträge an die Fahrkosten können auswärts wohnende Schüler erhalten, sofern die Übersiedelung an den Schulort für den Schüler nicht ohne weiteres im Interesse des Schulerfolges liegt. Die Beiträge richten sich nach der Höhe der Fahrtausgaben.

§ 8. Ordentliche Stipendien, Freiplätze und Beiträge an Wohnungs- und Kostgeld- oder Fahrtkosten werden nur solchen Schülern gewährt, die Kantonsbürger sind oder Bürger anderer Kantone mit mindestens fünfjähriger Niederlassung im Kanton Zürich.

Außerordentliche Stipendien, ebenso Freiplätze können ausgezeichnet ausgewiesene oder besonders bedürftige Schweizerbürger erhalten, bei denen diese Bedingung nicht erfüllt ist, ebenso in besondern Fällen Ausländer nach mindestens zehnjähriger Niederlassung im Kanton Zürich.

§ 9. In seinem Verhältnis zur Schule muß der Schüler zur Erlangung einer staatlichen Studienunterstützung folgende Bedingungen erfüllen:

- a) Fleiß, Betragen und sonstige Charaktereigenschaften müssen gut, die Eignung zum Mittelschulstudium nicht zweifelhaft sein;
- b) in den wissenschaftlichen Fächern muß ein Leistungsdurchschnitt von mindestens 4,5 erlangt sein. Ausnahmsweise können Schüler des Seminars in Küsnacht bei ausgesprochener Eignung zum Lehrerberuf Stipendien oder anderweitige Studienunterstützungen erhalten, wenn diese Bedingung nicht voll erfüllt ist.

§ 10. Freiplätze können bei Wohlverhalten auch Schüler erhalten, die den Bedingungen von § 8, Absatz 1, und von § 9, lit. b, nicht durchwegs entsprechen.

§ 11. Sinkt die Durchschnittszahl der Leistungen (§ 9) oder gehen Fleiß und Betragen wesentlich zurück, so werden Stipendium und Freiplatz auf Zusehen hin zunächst auf ein weiteres halbes Jahr bewilligt. Heben sich innerhalb dieser Zeit Leistungen und Fleiß nicht auf die geforderte Höhe, so werden Stipendium und Freiplatz, eventuell auch allfällig weiter gewährte Studienunterstützungen dem Schüler nicht mehr gewährt. Ebenso hat schlechtes Betragen den Entzug zur Folge.

§ 12. Schüler, die einmal nicht promoviert wurden, erhalten keine weitere Studienunterstützung, provisorisch promovierte Schüler keine solche für die Klasse des Provisoriums.

Eine Ausnahme kann nur gemacht werden, wenn die unbefriedigenden Leistungen des Schülers durch Krankheit oder hinderliche Familienverhältnisse begründet sind; ferner bei erwiesener Tüchtigkeit von Schülern, die unmittelbar aus der Praxis in das Technikum oder die kantonale Handelsschule übergetreten sind.

§ 13. Die Höhe der Studienunterstützung richtet sich nach der ökonomischen Lage der Eltern und nach den persönlichen Verhältnissen der Familie (Zahl, Alter, Erwerbsfähigkeit der Kinder, Krankheit in der Familie etc.).

Ganz- und Halbwaisen erfahren besondere Berücksichtigung.

§ 14. Bewerbungen um Zuerkennung von Freiplätzen, Stipendien und Beiträgen an Wohnungs- und Kostgeld- oder Fahrtkosten sind, soweit sie auf das Schuljahr (für das Technikum auf die Sommerkurse) sich beziehen, bis zum 15. Mai, solche für das Winterhalbjahr bis zum 15. Oktober der Schulleitung schriftlich einzureichen unter Benützung hiefür bestimmter Formulare und unter Beigabe eines Steuerausweises.

§ 15. Die Schulleitungen prüfen die Gesuche und treten zu diesem Zweck nötigenfalls mit den Lehrern und mit dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt in Verbindung.

Sie reichen ihre Berichte und Anträge bis zum 5. Juni und 5. November der Erziehungsdirektion ein, die im Bedarfsfalle die Schulleitungen zum Zwecke der Antragstellung an den Erziehungsrat zu einer Konferenz einberuft.

§ 16. Die Auszahlungen erfolgen auf Grund von Anweisungen der Schulleitungen, und zwar an den beiden Kantonsschulen halbjährlich je im Juli und im Dezember, beim Lehrerseminar und soweit erforderlich beim Technikum vierteljährlich nach Vereinbarung mit der Erziehungsdirektion.

An neu in die Schule eingetretene Schüler erfolgt die Auszahlung nur, nachdem das Schulzeugnis des ersten oder eventuell des zweiten Quartals die Würdigkeit bestätigt hat.

§ 17. Die Schulleitungen überwachen die mit staatlichen Unterstützungen bedachten Schüler und ziehen Lehrer und Eltern oder Vormünder zur Hilfe herbei.

§ 18. Rückzahlungen einst bezogener Stipendien fallen in den Stipendienfonds der höheren Lehranstalten.

§ 19. Dieses Regulativ tritt nach Genehmigung durch den Regierungsrat auf Beginn des Winterhalbjahres 1921/22 in Kraft.

Es ersetzt das Regulativ über die Verabreichung von Stipendien an Schüler zürcherischer Mittelschulen vom 11. Dezember 1915. Für das Lehrerseminar Küsnacht tritt es an die Stelle des Erziehungsratsbeschlusses vom 25. November 1903, für das Technikum in Winterthur an die Stelle der Grundsätze für die Festsetzung der Stipendien vom 14. Juni 1918.

3. Beschluß des Regierungsrates betreffend Schulgelder an den Kantonsschulen Zürich und Winterthur. (Vom 24. März 1921.)

Der Regierungsrat,

nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

I. Die Schulgelder und Einschreibgebühren der Kantonsschulen Zürich und Winterthur werden auf Beginn des Schuljahres 1921/22 festgesetzt wie folgt:

- | | | |
|---|------------------------------|----------------|
| 1. Betrag des halbjährlichen Schulgeldes: | Gymnasium | übrige Klassen |
| a) Kantonsbürger und Schweizerbürger, | Kl. I u. II d. Kantonsschule | |
| die im Kanton Zürich steuern | Fr. 25 | Fr. 40 |
| b) Schweizerbürger anderer Kantone, die | | |
| im Kanton nicht steuern | „ 35 | „ 60 |
| c) Ausländer, die im Kanton steuern | „ 65 | „ 110 |
| d) Ausländer, die im Kanton nicht steuern | „ 85 | „ 145 |

In diesen Beträgen sind die Beiträge an die Sammlungen und die Schülerversicherung inbegriffen.

2. Einschreibgebühren für Neueintrtende Fr. 10

3. Besondere Gebühren:

- | | |
|---|------|
| Für Chemisches Laboratorium je | „ 10 |
| für Übungskontor je | „ 5 |
| für Benutzung der Schreibmaschinen je | „ 5 |

II. Von den Schulgeldebeträgen entfallen bis auf weiteres:

- a) Fr. 3 pro Schüler auf Beiträge an Sammlungen (Titel XI. B.m. 2);
b) Fr. 2 pro Schüler in den Schülerversicherungsfonds.

III. Die Stipendiaten mit Freiplätzen haben nur den Beitrag an die Schülerversicherung zu entrichten.

Hospitanten bezahlen außer dem Beitrag für die Schülerversicherung ein Schulgeld für die Semesterstunde von Fr. 5, wenn sie Schweizerbürger, von Fr. 10, wenn sie Ausländer sind.

IV. Bei den Anmeldungen zu den Abschlußprüfungen (Maturitätsprüfung, Diplomprüfung an der Handelsschule) ist eine Prüfungs- und Zeugnisgebühr zu entrichten, und zwar von Fr. 10 von Schweizerbürgern, Fr. 30 von Ausländern.

V. Für außerordentliche Aufnahmeprüfungen ist vor der Prüfung eine Gebühr zu entrichten, die für Schweizerbürger Fr. 15, für Ausländer Fr. 30 beträgt. Davon entfallen gemäß Regierungsratsbeschuß vom 25. Oktober 1917 je Fr. 10 in die Witwen- und Waisenkasse der Kantonsschullehrer.

Der Bezug des Schulgeldes (im Juni und November) wird je- weilen durch Anschlag in den Schulgebäuden bekannt gemacht.

4. Beschluß des Regierungsrates über die Schulgelder und Gebühren am Technikum in Winterthur. (Vom 23. April 1921.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion,
beschließt:

I. Die Schulgelder und Gebühren am Technikum in Winterthur werden auf Beginn des Schuljahres 1921/22 festgesetzt wie folgt:

	Technische Abteilungen	Handels- und Eisenbahn- schule
1. Betrag des halbjährlichen Schulgeldes:		
a) Kantonsbürger und Schweizerbürger, die im Kanton Zürich steuern . . .	Fr. 55	Fr. 45
b) Schweizerbürger anderer Kantone, die im Kanton nicht steuern	„ 75	„ 65
c) Ausländer, die im Kanton steuern .	„ 125	„ 115
d) Ausländer, die im Kanton nicht steuern	„ 185	„ 150
Die Beiträge an die Sammlungen (Fr. 5) und an die Kranken- und Un- fallkasse (Fr. 5) sind in diesen Be- trägen inbegriffen.		
2. Besondere Gebühren für Schweizer und Ausländer:		
a) II.—VI. Klasse der Schule für Che- miker: Beitrag an das chemische Laboratorium		„ 50
b) V. und VI. Klasse der Schule für Ma- schinentechniker: Beitrag an das Maschinenlaboratorium		„ 10
c) V. und VI. Klasse der Schule für Elektrotechniker: Beitrag an das elektrotechnische La- boratorium		„ 10
d) III.—VI. Klasse der Schule für Handel: Beitrag für Benützung der Schreib- maschinen		„ 10

II. Die Einschreibgebühren werden vom Beginn des Winterhalbjahres 1921/22 an für Schweizer und Ausländer auf Fr. 10 festgesetzt.

III. Die Inhaber von Freiplätzen haben nur den Beitrag an die Kranken- und Unfallkasse zu zahlen.

IV. Den Schülern, die nach der Probezeit austreten, werden die Schulgelder und Gebühren (Einschreibgebühr ausgenommen) erlassen.

V. Hospitanten bezahlen für die Semesterstunde ein Schulgeld von Fr. 5, wenn sie Schweizerbürger, von Fr. 10, wenn sie Ausländer sind, jedoch nicht mehr, als das Schulgeld der entsprechenden Kategorie ausmacht.

VI. Für außerordentliche Aufnahmeprüfungen ist vor der Prüfung eine Gebühr zu entrichten, die für Schweizer Fr. 15, für Ausländer Fr. 30 beträgt. Davon entfallen je Fr. 10 in die Witwen- und Waisenkasse der Lehrer des Technikums.

VII. Publikation in Amtsblatt und Gesetzessammlung.

5. Abänderung des Regulativs für die Fähigkeitsprüfungen am kantonalen Technikum in Winterthur vom 3. Juli 1917. (Vom 1. Juli 1921.)

§ 7 erhält folgende Fassung:

Die Fähigkeitsnoten werden durch die Zahlen 1—6 ausgedrückt, wobei 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet.

Die Prüfung ist bestanden, wenn die Durchschnittsnote sowohl der Gesamtprüfung, als auch der Schlußprüfung mindestens 4 beträgt.

Für die Schüler der Schule für Eisenbahnbeamte gelten die besondern eidgenössischen Bestimmungen.

3. Universität.

6. Reglement über die Organisation der Studentenschaft der Universität Zürich. (Vom 1. März 1921.)

(§ 87 der Universitätsordnung vom 14. März 1920.)

A. Allgemeines.

§ 1. Die Studierenden der Universität Zürich sind organisiert:

1. Fakultätsweise (Fakultätsorganisation);
2. als Gesamtheit (Gesamtorganisation).

B. Fakultätsorganisation.

I. Fakultätsversammlung.

§ 2. Die Fakultätsversammlung als oberstes Organ der Fakultätsorganisation ist die Vereinigung der an der Fakultät immatrikulierten Studierenden.

§ 3. Die Fakultätsversammlung beaufsichtigt die Amtsführung des Fakultätsausschusses. Sie faßt Beschluß über: 1. Anträge, die ihr vom Fakultätsausschuß unterbreitet werden; 2. Anträge, die ihr von einzelnen Studierenden der Fakultät gestellt werden; 3. Beschlüsse des Fakultätsausschusses, gegen die das Referendum ergriffen wurde.

§ 4. Die Fakultätsversammlung tritt unter dem Vorsitz des Präsidenten des Fakultätsausschusses in jedem Semester wenigstens einmal zusammen. Außerdem ist sie auf Begehren eines Zehntels der Gesamtzahl der Studierenden der Fakultät oder eines Drittels des Fakultätsausschusses einzuberufen.

Die Fakultätsversammlung ist beschlußfähig, wenn ein Sechstel, bei Fakultäten mit mehr als 200 Studierenden, wenn ein Zehntel der Studierenden der Fakultät anwesend ist.

II. Fakultätsausschuß.

§ 5. Der Fakultätsausschuß besteht aus je einem Vertreter auf 40 Studierende, wenigstens aber aus drei Mitgliedern. Ein Rest von über 20 Studierenden berechtigt zur Wahl eines weiteren Vertreters.

Fachabteilungen innerhalb der einzelnen Fakultäten sollen im Fakultätsausschuß tunlichst vertreten sein.

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Fakultätsausschusses sowie der Präsident müssen Schweizerbürger sein.

Der Fakultätsausschuß wählt sein Bureau selbst.

§ 6. Die Wahl des Fakultätsausschusses findet je am Ende eines Semesters, für Fakultäten mit mehr als 200 Studierenden auf Grund des Proportionalverfahrens, nach besonderem Wahlreglement statt. Der Fakultätsausschuß konstituiert sich innert sieben Tagen nach der Wahl. Die Wiederwahl ist statthaft.

§ 7. Der Fakultätsausschuß besorgt die allgemeinen studentischen Angelegenheiten der Fakultät, soweit sie nicht der Selbstverwaltung der Gesamtstudentenschaft übertragen sind. Er bereitet die Geschäfte für die Fakultätsversammlung vor. Er kann die Verwaltung und die Vertretung nach außen dem Bureau übertragen.

§ 8. Beschlüsse des Fakultätsausschusses sind sofort durch Anschlag zu veröffentlichen. Sie unterliegen dem Referendum und treten, falls dieses nicht ergriffen wird oder nicht zustande kommt, sieben Tage nach Anschlag in Kraft. Ein Referendum ist zustande gekommen, wenn wenigstens ein Sechstel, bei Fakultäten mit über 200 Studierenden ein Zehntel der Studierenden der Fakultät ein solches schriftlich verlangt.

§ 9. Der Fakultätsausschuß tritt mindestens einmal im Semester zusammen.

§ 10. Der Fakultätsausschuß besorgt die Geschäfte des Semesters, für welches er gewählt worden ist, bis zur Konstituierung

des folgenden Fakultätsausschusses. Er ist befugt, auch für das nächste Semester Beschlüsse zu fassen, sofern er dies für erforderlich hält.

§ 11. Jeder Studierende hat das Recht, seine Anträge vor Fakultätsausschuß und Fakultätsversammlung selbst zu vertreten.

§ 12. Die nähere Ausgestaltung und allfällige weitere Gliederung der Fakultätsorganisation erfolgt durch Geschäftsreglement.

Sämtliche Reglemente werden vom Fakultätsausschuß erlassen. Sie müssen von diesem mit Dreiviertelmehrheit angenommen werden und bedürfen der Genehmigung des Dekans der Fakultät.

C. Gesamtorganisation.

§ 13. Die Organe der Gesamtorganisation sind:

1. Die Gesamtstudentenschaft;
2. der Große Studentenrat;
3. der Kleine Studentenrat.

I. Die Gesamtstudentenschaft.

§ 14. Die Gesamtstudentenschaft ist die Gesamtheit der immatrikulierten Studierenden der Universität. Ihren Willen gibt sie durch Urabstimmung kund, die mittelst der Urne erfolgt.

Urabstimmungen finden statt auf Veranlassung des Kleinen Studentenrates oder wenn ein Viertel des Großen Studentenrates oder ein Zehntel der immatrikulierten Studierenden es verlangt.

§ 15. In schweizerisch-nationalen Fragen haben die Ausländer in allen Organen der Studentenschaft kein Stimmrecht; der Große Studentenrat entscheidet, ob einer Frage dieser Charakter zukomme.

§ 16. Der Verband der an der Universität bestehenden Korporationen wird vom Rektorat nach Anhören der Wünsche des Kleinen Studentenrates und des Korporationsverbandes mit der äußeren Repräsentation bei öffentlichen Angelegenheiten der Universität betraut. Dafür wird dem Verband durch den Rektor ein Anteil aus den Semesterbeiträgen der Studierenden angewiesen, der 30% eines Semesterbeitrages von 2 Fr. nicht überschreiten darf. Über die Verwendung ist am Schlusse jeden Semesters dem Rektor Rechnung abzulegen.

II. Der Große Studentenrat.

§ 17. Der Große Studentenrat besteht aus den Mitgliedern aller Fakultätsausschüsse.

§ 18. Dem Großen Studentenrat liegt die Wahrung der Interessen der Gesamtstudentenschaft, sowie die Aufsicht über die Tätigkeit des Kleinen Studentenrates, der Verwaltungsausschüsse und Kommissionen ob. Er vertritt die Studentenschaft gegenüber den Organen der Universität. Insbesondere hat er die ihm von

diesen überwiesenen Geschäfte, sowie die von Studierenden und Auditoren eingereichten Petitionen zu beraten und darüber Beschluß zu fassen.

Der Große Studentenrat sorgt für die Schaffung und den Betrieb von Einrichtungen und Veranstaltungen zur Förderung des Studiums und des studentischen Lebens.

Er verfügt unter Vorbehalt von § 16 über die Verwendung der Semesterbeiträge der Studierenden nach Maßgabe von § 39 der Statuten für die Studierenden.

§ 19. Der Große Studentenrat muß mindestens einmal im Semester einberufen werden und überdies, wenn ein Viertel seiner Mitglieder oder der Kleine Studentenrat es verlangen.

§ 20. Der Große Studentenrat wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, der Schweizerbürger sein muß, sein Bureau, den Kleinen Studentenrat, den Präsidenten des Kleinen Studentenrates, und aus der Gesamtheit der immatrikulierten Studierenden die Verwaltungsausschüsse und die Kommissionen, für welche der Kleine Studentenrat Vorschlagsrecht besitzt; andere Vorschläge müssen vor der Wahlsitzung dem Kleinen Studentenrat mitgeteilt werden. Die Wahlen finden je am Ende des Semesters gemäß der allgemeinen Geschäftsordnung statt; die Wiederwahl ist statthaft.

§ 21. Der Große Studentenrat stellt die allgemeine Geschäftsordnung und die Reglemente für die Verwaltungsausschüsse und die Kommissionen auf. Die Geschäftsordnung und die Reglemente bedürfen der Genehmigung des Senatsausschusses.

III. Der Kleine Studentenrat.

§ 22. Der Kleine Studentenrat besteht aus fünf Mitgliedern. Der Präsident und mindestens drei weitere Mitglieder müssen Schweizerbürger sein.

§ 23. Der Kleine Studentenrat vermittelt den Verkehr mit den Organen der Universität, führt Rechnung und erstattet am Schlusse jedes Semesters über Geschäfts- und Rechnungsführung Bericht an den Großen Studentenrat und an den Rektor.

Dem Kleinen Studentenrat liegt die Vertretung der Studentenschaft nach außen und bei allen öffentlichen Angelegenheiten der Universität ob.

D. Schlußbestimmungen.

§ 24. Streitigkeiten über die Auslegung dieses Organisationsstatutes entscheidet der Senatsausschuß.

§ 25. Dieses Reglement tritt rückwirkend auf den 1. Februar 1921 in Kraft; es ersetzt das Reglement vom 28. April 1919.

7. Abänderung der Statuten für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich. (Vom 17. März 1921.)

Der Regierungsrat,
auf Antrag der Erziehungsdirektion,
beschließt:

I. Die Statuten für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich vom 25. Januar 1916 werden in den §§ 12 und 39 wie folgt abgeändert:

§ 12. Jeder Studierende hat bei Anlaß der Einzahlung des Kollegiengeldes (§ 17) einen Semesterbeitrag zu entrichten, und zwar Schweizerbürger (§ 7) im Betrage von Fr. 16, Ausländer im Betrage von Fr. 26. Hievon entfallen

1. an die Krankenkasse der Studierenden Fr. 5;
2. an die Kasse der Studentenschaft (§ 39): a) für allgemeine Unkosten Fr. 2, b) für die Wohlfahrtseinrichtungen Fr. 2;
3. an die studentische Unterstützungskasse Fr. 2;
4. an die Staatskasse für die Bibliotheken und Sammlungen der Rest.

Zürcherische Stipendiaten haben die Hälfte dieser Beiträge zu entrichten.

§ 39. Die aus den Semesterbeiträgen (§ 12) gebildete Kasse der Studentenschaft wird von der Universitätskasse verwaltet. Die Verwendung der Gelder erfolgt auf Grund eines vom Großen Studentenrat je für ein Semester aufgestellten und vom Rektor genehmigten Voranschlages.

II. Mitteilung an die Direktionen des Erziehungswesens und der Finanzen, an das Rektorat und die Kasse der Universität und an den Kleinen Studentenrat, sowie Publikation in Amtsblatt und Gesetzessammlung.

8. Statuten des Preisinstitutes für die Studierenden der Universität Zürich. (Vom 6. September 1921.)

Zweck, Art und Umfang des Preisinstitutes.

§ 1. Zur Erhaltung und Belebung des wissenschaftlichen Eifers der Studierenden der Universität Zürich, sowie zur Aufmunterung des Talentes und Fleißes besteht ein akademisches Preisinstitut.

§ 2. Jährlich am 29. April, als am Stiftungstage der Universität, werden durch den Rektor abwechselnd von je drei Fakultäten gestellte Preisfragen bekannt gemacht. Außerdem werden am schwarzen Brett und in jedem Vorlesungsverzeichnis die sämtlichen ausstehenden Preisfragen ausgeschrieben, wobei bemerkt wird, daß das Reglement des Preisinstitutes von der Universitätskanzlei zu beziehen ist.

§ 3. Der Hauptpreis in jeder Fakultät beträgt 500 Fr., die Nahepreise, die sowohl allein als auch neben dem Hauptpreis erteilt werden können, betragen 200 Fr.

§ 4. Die Preisverteilung erfolgt zwei Jahre nach Ausschreibung und Ankündigung der Aufgaben.

Verpflichtungen der Bewerber.

§ 5. Bewerbungsfähig ist jeder Studierende, der während der Dauer von zwei Semestern an der Zürcher Universität immatrikuliert war, vorausgesetzt, daß eines dieser zwei Semester in die Zeit zwischen der Bekanntgabe der Aufgabe und dem Beginn des Semesters fällt, in dem die Preisverteilung stattfindet.

§ 6. Die Bewerbungsschriften müssen leserlich von einer der Fakultät unbekannten Hand oder mit der Maschine geschrieben sein. Sie sind vom Verfasser durch einen Dritten gegen Empfangsschein dem Sekretär der Universität zuhanden des Rektors versiegelt abzugeben, und zwar spätestens am 31. Dezember des auf die Ausschreibung folgenden Jahres. Sie müssen als Aufschrift den Wortlaut der Preisaufgabe und ein Motto tragen. Beizugeben ist ein mit demselben Motto überschriebener versiegelter Umschlag, der einen Zettel mit dem vollständigen Namen und Wohnort des Verfassers enthält.

§ 7. Die Originale der Bewerbungsschriften werden nach der Preisverteilung den Verfassern zur Verfügung gestellt.

§ 8. Jede Preisschrift, die den Hauptpreis erhalten hat, muß gedruckt werden. Der Rektor, die Mitglieder der betreffenden Fakultät, des Erziehungsrates, der Hochschulkommission und das Senatsarchiv erhalten je ein Exemplar; sechs weitere Exemplare erhält der Rektor zu geeigneter Verteilung an die Bibliotheken.

Der Staat leistet an die Druckkosten einen Beitrag, der im Maximum den Erstellungskosten von vier Druckbogen entspricht. Zur Deckung der Kosten kann der Hochschulfonds herangezogen werden.

§ 9. Durch Einreichung von Bewerbungsschriften erklären die Verfasser stillschweigend, daß sie die alleinigen und selbständigen Bearbeiter nach Stoff und Form sind. Sollte die Beschaffenheit ihrer Arbeit mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten im Widerspruch stehen, so bleibt eine nähere Untersuchung vorbehalten.

Beurteilung der Preisschriften.

§ 10. In der ersten Woche des Januars übergibt der Rektor die eingelaufenen Schriften, mit Zurückbehaltung der Namenszettel, den in Frage stehenden Fakultäten zur Begutachtung.

§ 11. Nach erfolgter Zirkulation der Preisschriften und der schriftlichen Beurteilung des Referenten entscheidet die versammelte Fakultät über ihre Qualifikation, entwirft ein motiviertes Urteil und übersendet dieses dem Rektor zur Bekanntmachung.

Preisverteilung.

§ 12. Die Preisverteilung findet jährlich am 29. April, als am Stiftungstage der Universität, statt und wird vom Rektor eingeleitet.

§ 13. Die Namenszettel der nicht gekrönten Bewerbungsschriften werden uneröffnet den Bewerbern samt den Arbeiten zur Verfügung gehalten.

§ 14. Vom Ergebnis der Preisverteilung gibt der Rektor der Erziehungsdirektion Bericht. Soweit der für das Preisinstitut festgesetzte Budgetkredit nicht in Anspruch genommen wird für die Verabreichung von Haupt- oder Nahepreisen und die Deckung der Druckkosten, fällt der Betrag zugunsten der Zentralbibliothek in den „Fonds der ehemaligen Kantonsbibliothek“.

§ 15. Durch gegenwärtige Statuten werden diejenigen vom 29. Juni 1910 aufgehoben.

9. Erleichterungen für den Druck der Dissertationen. (Verfügung der Erziehungsdirektion vom 29. Juni 1921.)

I. Den nachfolgenden Anordnungen zur Erleichterung der Promotionen, soweit es sich um den Druck der Dissertationen handelt, wird im Sinne eines Provisoriums die Genehmigung erteilt:

A. Theologische Fakultät.

Am Druckzwang wird festgehalten. Eine Erleichterung tritt bereits nach § 15 der Promotionsordnung ein, wo bestimmt ist, daß aus besonderen Gründen die Frist für Ablieferung der 150 gedruckten Exemplare der Dissertation vom Dekan verlängert, daß selbst Dispens von der Verpflichtung zur Ablieferung ausgesprochen werden kann.

B. Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät.

1. § 23 erhält unter Änderung des bisherigen Schlußsatzes nachfolgende Fassung:

§ 23. Sollte es sich ergeben, daß ein Kandidat die Dissertation nicht selbständig verfaßt oder die Klausurarbeiten mit unerlaubter Hilfe angefertigt hat, so ist er durch Beschluß der Fakultät vom Examen auszuschließen. Eine bereits erfolgte Ernennung zum Doktor ist durch Fakultätsbeschluß als ungültig zu erklären.

2. Der Absatz 1 des § 24 wird abgeändert wie folgt:

Nach bestandener Prüfung hat der Kandidat die Dissertation in der Form, wie sie von der Fakultät genehmigt wurde, drucken zu lassen. Innerhalb eines Jahres sind der Universitätskanzlei 170 Pflichtexemplare abzuliefern. Wünscht der Kandidat eine Verlängerung der Frist, so hat er eine Kautions von Fr. 200 zu hinterlegen. Wenn auch diese Frist abläuft, so verfällt die Kautions, und die Erteilung des Dokortitels wird verweigert.

3. § 25 ist zu streichen. (Nachträglich: bleibt!)

4. Nach § 27 wird eingeschaltet:

Die Fakultät kann ausnahmsweise die Drucklegung bloß eines Teiles der Dissertation gestatten. Bei besonderen finanziellen Ver-

hältnissen des Kandidaten kann sie Dispens vom Druckzwang gewähren.

Die Fakultät kann die Drucklegung guter Arbeiten unbemittelter Kandidaten durch Beiträge unterstützen. Die GröÙe des Beitrages wird in jedem einzelnen Falle bestimmt. Bei dieser Beitragsleistung finden im besonderen allfällig verfallene Kautionen (§ 24) Verwertung.

5. An die Spitze von § 28 wird folgende neue Bestimmung gesetzt:

Die Ausfertigung des Doktordiploms erfolgt nur, wenn der Kandidat die 170 Pflichtexemplare eingereicht hat oder wenn ihm durch Fakultätsbeschluß Dispens vom Druckzwang gewährt worden ist.

6. In § 30, Absatz 2, werden die Worte „der Dissertation und“ gestrichen.

Demnach erhält der Absatz folgenden Wortlaut:

Überdies hat der Kandidat die Kosten für den Druck des Diploms zu bestreiten.

C. Medizinische Fakultät und zahnärztliches Institut.

Die Promotionsordnungen erhalten folgende Ergänzung:

1. Bis auf weiteres ist gestattet, statt der vollständigen Dissertation nur einen Auszug im Mindestumfang von vier Druckseiten (Oktavformat) drucken zu lassen. Dieser Auszug ist zusammen mit einem in Maschinenschrift geschriebenen Exemplar der vollständigen Dissertation in der bisherigen Weise dem Dekan einzureichen.

2. Nach Genehmigung der Dissertation durch die Fakultät sind der Universitätskanzlei drei weitere, in Maschinenschrift geschriebene und geheftete Exemplare der vollständigen Dissertation abzugeben. Diese Exemplare müssen auch die Figuren und Tabellen der Originaldissertation in geeigneter Reproduktion enthalten. Ferner sind der Universitätskanzlei 200 Exemplare des gedruckten Auszuges abzuliefern.

3. Die Originaldissertation verbleibt dem Institut, aus dem die Arbeit hervorgegangen ist. Von den drei Kopien werden zwei der Zentralbibliothek, eine der Landesbibliothek in Bern zugewiesen.

D. Veterinär-medizinische Fakultät.

§ 7 erhält am Schluß folgende Ergänzung:

Auf besonderes Verlangen des Kandidaten kann der volle Druck der Dissertation erlassen werden. In diesem Falle sind von der vollständigen Arbeit vier in Karton broschiierte Maschinenschrift-Exemplare in Quartformat nebst eventuellen Figuren dem Dekan der Fakultät abzugeben.

Ferner ist eine Zusammenfassung des Forschungsganges, sowie der Resultate mit den Schlußfolgerungen samt Abbildungen und dem offiziellen Titel- und Umschlagblatt unter Nennung des Re-

ferenten gedruckt in 200 Exemplaren der Kanzlei der Universität abzuliefern. Für das dabei zu beobachtende weitere Vorgehen sind die Vorschriften von § 7 der Promotionsordnung maßgebend.

E. Philosophische Fakultät I.

1. Der Publikationszwang für Dissertationen wird grundsätzlich aufrecht erhalten.

2. Bei der Wahl des Themas und bei der Durchführung der Arbeit ist vom Referenten auf eine möglichst kurze und präzise Fassung zu dringen.

3. Die Zahl der einzureichenden Pflichtexemplare wird auf 150 reduziert.

4. Die gedruckte Dissertation soll in der Regel mindestens 48 Oktavseiten umfassen.

5. Ist eine Dissertation größeren Umfanges eingereicht und angenommen worden, so kann ausnahmsweise von der Fakultät der Druck eines in sich abgeschlossenen Teiles gestattet werden. Auch für solche Teildrucke gelten die vorstehenden Artikel 3 und 4. Zudem soll der Teildruck eine gedruckte Angabe über den Inhalt und Aufbewahrungsort oder eventuell über den an anderer Stelle erfolgenden Druck der vollständigen Arbeit enthalten. Das bereinigte Original der vollständigen Arbeit ist, sofern diese nicht an anderer Stelle in vollem Umfang gedruckt werden kann, mit dem Teildruck in leicht leserlicher Handschrift oder Maschinenschrift an die Kanzlei der Universität abzuliefern. Die Arbeit wird, nachdem sie vom Referenten eingesehen und richtig befunden worden ist, den Manuskripten der Zürcher Zentralbibliothek zugewiesen.

F. Philosophische Fakultät II.

1. Der in § 2, Absatz 3, der Promotionsordnung genannten Abhandlung (Dissertation) kann der Bewerber einen geeigneten, alle neuen und wesentlichen Resultate wiedergebenden Auszug oder Teil der Originaldissertation beigeben, mit dem Gesuche an die Fakultät, nur zur Veröffentlichung dieser gekürzten Dissertation verpflichtet zu werden.

2. Die Fakultät ist berechtigt, die Druckpflicht auf diese gekürzte Dissertation zu beschränken und gleichzeitig vom Kandidaten vier maschinengeschriebene Kopien der Originalabhandlung zu verlangen.

3. Die Kopien der Originalarbeit sind in schwarzer Maschinenschrift abzuliefern. Jeder dieser Kopien sind allfällige Tafeln, Figuren und Kartenbeilagen der Originalarbeit (photographisch oder durch Lichtpausverfahren reproduziert) beizufügen.

Falls die Gesamtabhandlung innerhalb der zur Ablieferung vorgeschriebenen Frist in einer Zeitschrift erschienen ist, können statt der vier Kopien vier komplette Separatabzüge aus der Zeitschrift eingereicht werden.

4. Auf der gedruckten abgekürzten Dissertation soll außer der Angabe des Referenten sich ein Vermerk finden über das Verhältnis des vorliegenden Druckes zur eingereichten Originaldissertation, sowie Hinweise auf die Orte, wo diese Originalabhandlung (respektive ihre Kopien oder gedruckte Separatabzüge) deponiert sind (Institut oder Bibliothek), ferner auf den Umstand, daß die Kopien (respektive Separatabzüge) von den Depotstellen erhältlich sind.

5. Die gekürzte Fassung der Dissertation, wie sie als druckpflichtig erklärt wurde, ist in der vorgeschriebenen Zahl von Pflichtexemplaren, entsprechend dem § 26 der Promotionsordnung, der Kanzlei der Universität abzugeben innerhalb der in § 27 bestimmten Frist.

6. Die Promotion der Kandidaten, denen die Bewilligung zur Ablieferung gekürzter Dissertationen erteilt wurde, wird erst rechtskräftig, wenn außer den Pflichtexemplaren der gedruckten Dissertation auch die nichtgedruckte Originalabhandlung, sowie die vier unter 3 genannten Kopien der Kanzlei der Universität zuhanden des Dekanates abgegeben wurden.

Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft. Sie werden im Auszug fakultätsweise den Promotionsordnungen beigegeben.

10. Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich. (Vom 1. Juli 1921.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Befähigung für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern an den Zürcher Kantonsschulen und ähnlichen Anstalten wird durch eine Prüfung (Diplomprüfung) nachgewiesen, deren Aufgabe es ist, die für den Schuldienst erforderliche wissenschaftliche und didaktische Vorbildung der Kandidaten festzustellen.

§ 2. Die einzelnen Fächer gruppieren sich nach folgenden drei Hauptrichtungen:

1. Klassische Philologie (Griechisch und Lateinisch mit alter Geschichte);
2. Geschichte (mit historischer Geographie);
3. Germanische und romanische Sprachen.

Auf Gesuch an die Prüfungskommission wird gestattet, einzelne Hauptfächer aus den drei Hauptrichtungen miteinander, ebenso eine Hauptrichtung oder ein einzelnes Hauptfach mit einem oder mehreren Nebenfächern zu kombinieren; siehe darüber §§ 33—37.

§ 3. Die Diplomprüfung kann auf Wunsch des Kandidaten in eine Vor- und eine Schlußprüfung geteilt werden.

§ 4. Die Kandidaten, die die Schlußprüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, das unter Angabe der Haupt- und Nebenfächer,

in denen die Prüfung bestanden worden ist, wie auch deren Unterabteilungen (Teilfächer) und der darin erreichten Leistungsnoten, die in § 1 bezeichnete Befähigung für die angegebenen Fächer ausspricht.

II. Die Prüfungskommission.

§ 5. Die Prüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die unter Berücksichtigung der zu vertretenden Hauptrichtungen (§ 2) vom Erziehungsrate je auf die Dauer von drei Jahren mit Wiederwählbarkeit ernannt werden.

Der Erziehungsrat bestimmt den Präsidenten der Kommission.

§ 6. Die Prüfungskommission ist ermächtigt, durch Zuziehung von Fachmännern, insbesondere auch der Leiter der didaktischen Kurse, sich zu ergänzen.

III. Vorbedingung und Anmeldung zur Prüfung.

§ 7. Für die Zulassung zur Vorprüfung sind mindestens vier, für diejenige zur Schlußprüfung mindestens acht Semester Fachstudien an einer Universität erforderlich. Ausnahmen können von der Prüfungskommission in besondern Fällen bewilligt werden.

Alle Kandidaten haben sich ferner darüber auszuweisen, daß sie sich während wenigstens eines Semesters an einem didaktischen Kurse in einem ihrer Fächer an der Universität Zürich aktiv beteiligt und daß sie eine Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie gehört haben. Von den Kandidaten der klassischen Philologie wird außerdem noch der Besuch von Vorlesungen über Geschichte der antiken Kunst und der antiken Philosophie und von archäologischen Übungen gefordert.

§ 8. Für die gesamte Prüfung und das Diplom sind Fr. 120 bei der Kasse der Universität zu entrichten. Die Gebühr für die Vorprüfung beträgt Fr. 30, die an der Gesamtsumme in Abrechnung gebracht werden.

Bei der Anmeldung für die Prüfung in einem Nebenfache ist eine besondere Gebühr von Fr. 30 an die Universitätskasse zu entrichten; bei Kombination eines Haupt- und eines Nebenfaches fällt jedoch diese besondere Gebühr weg.

§ 9. Die Anmeldung erfolgt schriftlich an den Präsidenten der Prüfungskommission; der Kandidat hat bei der Anmeldung zu erklären, in welchen Fächern er geprüft zu werden wünscht.

§ 10. Der Anmeldung sind außer den Zeugnissen, die zum Nachweise der in §§ 7, 8 und 24 geforderten Vorbedingungen notwendig sind, die Ausweise über den Bildungsgang und ein Lebensabriß (*curriculum vitæ*) beizufügen, in welchem der Kandidat über Gang und Ausdehnung seiner Studien Rechenschaft zu geben hat.

IV. Die Prüfung.

§ 11. Die Vorprüfung ist ausschließlich mündlich, die Schlußprüfung teils schriftlich, teils mündlich.

§ 12. Die schriftliche Prüfung umfaßt zwei Hausarbeiten, sowie einige kürzere Klausurarbeiten.

§ 13. Mit Eingabe der Arbeiten an das Präsidium der Kommission erklärt der Examinand zugleich, daß er der selbständige Verfasser nach Stoff und Form ist. Sollten darüber Zweifel entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Ergibt sich, daß der Kandidat nicht der selbständige Verfasser ist, so ist er zurückzuweisen und kann erst nach Verfluß von zwei Jahren um Erlaubnis zu nochmaliger Zulassung einkommen. Über die Zulassung entscheidet der Erziehungsrat nach Anhörung der Prüfungskommission.

§ 14. Von der Beschaffenheit der Hausarbeiten hängt die Zulassung zu den Klausurarbeiten und zu der mündlichen Schlußprüfung ab.

§ 15. Die Kandidaten, deren Hausarbeiten nicht als genügend erkannt worden sind, können sich erst nach einem Semester wieder zur Prüfung melden.

§ 16. Zur mündlichen Prüfung gehören zwei Probelektionen in zwei Hauptfächern (eventuell im Haupt- und im Nebenfach) oder in zwei verschiedenen Gebieten des Hauptfaches (so in Geschichte) und auf zwei verschiedenen Altersstufen. Der Präsident der Kommission trifft dafür in Verbindung mit den Rektoren der Mittelschulen und den Kursleitern die geeigneten Anordnungen. Im Anschluß an die Probelektionen wird (unter Beachtung von § 18) die Diplomnote dafür festgestellt.

§ 17. Die Prüfungskommission kann Kandidaten, die an der philosophischen Fakultät I der Zürcher Universität den Doktorgrad erworben haben, die Prüfung teilweise erlassen, ebenso Kandidaten, die sich in einem der Seminarien durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben.

§ 18. Die beigezogenen Fachmänner haben bei Feststellung der Diplomnoten, die Kursleiter bei Feststellung der Note für die Probelektion Antrags- und Stimmrecht.

§ 19. Die Prüfungsergebnisse werden (unter Beachtung von § 18) durch die Noten von 1—6 festgestellt, von denen 1 die geringsten, 6 die besten Leistungen bezeichnet. Wer in einem Teilfach oder in den Probelektionen nicht wenigstens die Note $3\frac{1}{2}$ erworben hat, erhält kein Diplom; dagegen wird ihm auf seinen Wunsch über die Teilfächer, in denen er mindestens die Note 4 erhalten hat, ein Zeugnis ausgestellt. Bei der Feststellung der Noten sind die Resultate der Vorprüfung in Rechnung zu bringen. Nach den Spezialzensuren wird die Gesamtzensur des Diploms bestimmt; ein Diplom mit der Gesamtnote $3\frac{1}{2}$ wird nicht erteilt.

§ 20. Die Kandidaten, die kein Diplom erhalten haben, können sich erst nach einem Jahr wieder zur Prüfung melden.

Doch wird ihnen alsdann in den Teilfächern, in denen sie wenigstens die Note 5 erlangt haben, die Prüfung erlassen.

V. Besondere Bestimmungen für die drei Hauptrichtungen.

A. Klassische Philologie (Griechisch und Lateinisch mit alter Geschichte).

1. Vorprüfung.

§ 21. Die Prüfung umfaßt: Alte Geschichte (mit Berücksichtigung der Verfassungs- und Kunstgeschichte), eventuell unter Vorlegung eines Quellentextes.

(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunden.)

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 22. In der schriftlichen Prüfung hat der Kandidat zu liefern:

Erstens zwei Hausarbeiten:

- a) Die erste besteht in einer Untersuchung aus dem Gesamtgebiet der Altertumswissenschaft, die auf selbständiger Quellenforschung beruht und die wissenschaftliche einschlägige Literatur heranzieht;
- b) die zweite, deren Thema dem Kandidaten gestellt wird, besteht in der allseitigen Erklärung eines sprachlich oder inhaltlich schwierigen griechischen oder lateinischen Textes oder in der kritischen Darstellung eines sprach- oder literaturgeschichtlichen Gegenstandes; ist die erste Hausarbeit vorwiegend literaturgeschichtlich oder sachlich gerichtet, hat in der zweiten die sprachliche Seite im Vordergrund zu stehen, und umgekehrt. Diese Arbeit, zum mindesten aber ein vom Prüfenden zu bezeichnender längerer und geeigneter Abschnitt, ist in lateinischer Sprache abzufassen.

Zweitens folgende Klausurarbeiten:

- a) Verdeutschung und Erklärung eines griechischen und eines lateinischen Textes; der Kandidat erhält nach Entscheid des Prüfenden außer dem Text weitere Hilfsmittel;
(Dauer: je 4 Stunden.)
- b) eine Übersetzung ins Lateinische und eine Übersetzung ins Griechische nach deutschem Diktat oder deutscher Vorlage.
(Dauer: je 1 Stunde.)

§ 23. Die mündliche Prüfung umfaßt:

- a) Übersetzen aus griechischen und lateinischen Autoren mit Befragung über praktische Grammatik, Sprach- und Literaturgeschichte;
(Dauer: $1\frac{3}{4}$ Stunden.)

- b) alte Geschichte (mit Berücksichtigung der Verfassungs- und Kunstgeschichte;
(Dauer $\frac{3}{4}$ Stunden.)
- c) zwei Probelektionen nach § 16.

B. Geschichte (mit historischer Geographie).

§ 24. In dem der Anmeldung beizufügenden Lebensabriß hat der Kandidat eine der alten und eine der neuern Sprachen zu bezeichnen, deren er wenigstens bis zum sichern Verständnis der Geschichtsquellen mächtig ist.

1. Vorprüfung.

§ 25. Die Prüfung umfaßt:

- a) Alte Geschichte (mit Kunstgeschichte) und alte Geographie;
(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunden.)
- b) Übersetzen eines Stückes aus einem antiken und aus einem modernen Quellschriftsteller oder Geschichtschreiber.
(Dauer: je $\frac{1}{4}$ Stunde.)

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 26. Der Kandidat hat zu liefern:

1. Zwei Hausarbeiten:

- a) Die erste besteht in einer Untersuchung und Darstellung aus dem Gesamtgebiete der Geschichte, die auf selbständiger Quellenforschung beruht und die einschlägige wissenschaftliche Literatur heranzieht;
- b) die zweite, deren Thema dem Kandidaten gestellt wird, besteht in der Darstellung eines größern Abschnittes der Weltgeschichte; sie soll, unter Benutzung der maßgebenden Hilfsmittel, auf die Bedürfnisse der höhern Mittelschule berechnet sein;

2. folgende Klausurarbeiten:

- a) Verdeutschung und geschichtliche Erläuterung eines Stückes aus einem antiken,
 - b) Verdeutschung und geschichtliche Erläuterung eines Stückes aus einem modernen Quellschriftsteller oder Geschichtschreiber,
- beides in den vom Kandidaten bezeichneten Sprachen.

Der Examinand erhält in der Klausur den Text und eventuell weitere Hilfsmittel.

- c) Eine auf die Schule berechnete Darstellung eines größern weltgeschichtlichen Zusammenhanges, mit Berücksichtigung der maßgebenden geographischen Bedingungen.

Der Kandidat erhält eventuell eine gute Terrainkarte des betreffenden Landes.

(Dauer: je 4 Stunden.)

§ 27. Die mündliche Prüfung umfaßt:

- a) Die ganze Weltgeschichte, mit besonderer Berücksichtigung der Teile, innerhalb deren die Themata der Hausarbeiten liegen. Der Kandidat hat dabei zu bekunden, daß er auch mit den Hauptsächlichsten der Kunst- und Verfassungsgeschichte, sowie den wichtigsten wirtschaftsgeschichtlichen Problemen bekannt ist. Außerdem wird die Kenntnis der bedeutendsten Quellen und Darstellungen, sowie der maßgebenden geographischen Verhältnisse verlangt.

(Dauer: 2 Stunden.)

- b) Verdeutschung eines Stückes

1. aus einem antiken,

2. aus einem modernen Geschichtschreiber oder Quellen-schriftsteller.

(Dauer: je $\frac{1}{4}$ Stunde.)

- c) Zwei Probelektionen nach § 16.

C. Germanische und romanische Sprachen.

§ 28. Die Prüfung erstreckt sich auf: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch.

§ 29. Die Prüfung kann in zwei oder mehr der in § 28 genannten Sprachen bestanden werden; möglich ist auch Kombination einer dieser Sprachen mit Griechisch, Latein oder Geschichte als zweitem Hauptfach; der Kandidat kann sich auch zu einer Prüfung nur in einem Hauptfach melden, in welchem Falle er an Stelle des zweiten Hauptfaches ein Nebenfach zu wählen verpflichtet ist; siehe §§ 33—37.

1. Vorprüfung.

§ 30. Die Prüfung umfaßt:

- a) Im Deutschen:

1. Phonetik. Übersetzen eines gotischen, alt- oder mittelhochdeutschen Textes.

Kenntnis der alt- und mittelhochdeutschen Literaturgeschichte.

(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunde.)

2. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.

(Dauer: $\frac{1}{4}$ Stunde.)

- b) Im Englischen:

1. Deskriptive Phonetik.

2. Geschichte der neuern englischen Literatur.

3. Übersetzen eines leichtern angelsächsischen und eines mittelenglischen Textes.

(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunden.)

4. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.

(Dauer: $\frac{1}{4}$ Stunde.)

- c) Im Französischen:
 1. Deskriptive und historische Phonetik. Geschichte der neuern französischen Literatur. Übersetzen eines leichtern altfranzösischen (altprovenzalischen) Textes.
(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunden.)
 2. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.
(Dauer: $\frac{1}{4}$ Stunde.)
- d) Im Italienischen:
 1. Deskriptive und historische Phonetik. Geschichte der neuern italienischen Literatur. Übersetzen eines leichtern altitalienischen Textes.
(Dauer: $\frac{3}{4}$ Stunden.)
 2. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.
(Dauer: $\frac{1}{4}$ Stunde.)
- e) Im Spanischen: entsprechend d.

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 31. Die Hausarbeiten bestehen für jedes Hauptfach in einer literar- oder sprachgeschichtlichen, auf Grund selbständiger Quellenstudien verfaßten Arbeit.

Ist die Hausarbeit in dem einen Fache eine literaturgeschichtliche, so muß sie im andern Fache eine sprachgeschichtliche sein.

Im Englischen, Französischen, Italienischen und Spanischen ist die Arbeit in der betreffenden Sprache abzufassen.

Die Klausurarbeiten betreffen:

- a) Im Deutschen:

Bearbeitung eines sprach- und literaturgeschichtlichen Themas; gehört die Hausarbeit dem sprachgeschichtlichen Gebiet an, so ist die Klausurarbeit dem literargeschichtlichen zu entnehmen und umgekehrt.
(Dauer: 4 Stunden.)
- b) Im Englischen:
 1. Behandlung einer literar- oder sprachgeschichtlichen Frage.
(Dauer: 4 Stunden.)
 2. Übersetzung ins Englische nach diktiertem oder gedrucktem deutschen Text.
(Dauer: 1 Stunde.)
- c) Im Französischen:
 1. Übersetzen und philologische Erklärung eines ältern Textes.
(Dauer: 4 Stunden.)
 2. Übersetzung ins Französische nach diktiertem oder gedrucktem deutschen Text.
(Dauer: 1 Stunde.)
- d) Im Italienischen: entsprechend c.
- e) Im Spanischen: entsprechend c.

§ 32. Die mündliche Prüfung umfaßt:

- a) Im Deutschen:
 - 1. Phonetik. Übersetzen eines gotischen, alt- oder mittelhochdeutschen Textes.
 - 2. Kenntnis der Entwicklung der deutschen Sprache und Literatur.
 - 3. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.
(Dauer: 1 $\frac{1}{4}$ Stunden.)
 - 4. Zwei Probelektionen nach § 16.
- b) Im Englischen:
 - 1. Kenntnis der Entwicklung der englischen Literatur.
 - 2. Kenntnis der neuenglischen, sowie der Elemente der alt- und mittelenglischen Grammatik.
 - 3. Leichte und korrekte Handhabung der lebenden englischen Sprache.
 - 4. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.
(Dauer: 1 $\frac{1}{4}$ Stunden.)
 - 5. Probelektionen wie a 4.
- c) Im Französischen:
 - 1. Kenntnis der Entwicklung der französischen Literatur.
 - 2. Kenntnis der neufranzösischen Grammatik und der Geschichte der französischen Schriftsprache.
 - 3. Leichte und korrekte Handhabung des Neufranzösischen.
 - 4. Übersetzen aus einem leichtern lateinischen Schriftsteller.
(Dauer: 1 $\frac{1}{4}$ Stunden.)
 - 5. Probelektionen nach § 16.
- d) Im Italienischen: entsprechend c.
- e) Im Spanischen: entsprechend c.

VI. Bestimmungen für die besondern Prüfungen.

§ 33. Für die Kandidaten, die außer in einer Hauptrichtung noch in einem oder mehreren Fächern der andern beiden Hauptrichtungen oder in nicht als regelmäßige Prüfungsfächer vorgesehenen Fächern (z. B. Kunstgeschichte) geprüft zu werden wünschen, wird die Prüfungskommission in jedem einzelnen Falle im Anschluß an die in §§ 11—32 enthaltenen Bestimmungen den Modus der besondern Prüfung festsetzen.

§ 34. Bei Kombination von Hauptfächern aus verschiedenen Hauptrichtungen (§ 2, Alinea 2, und § 29) gelten unverändert die Forderungen von §§ 21—32; doch soll

- 1. aus jedem Hauptfach nur eine Hausarbeit geliefert werden, bei Sprachen in der einen eine sprach-, in der andern eine literargeschichtliche; bei Kombination mit Geschichte sind die in § 26, 1 a, bezeichnete Hausarbeit, die in § 26, 2 c, bezeichnete Klausurarbeit und nach freier Wahl des Kandidaten eine der in § 26, 2 a, bezeichneten Klausurarbeiten zu liefern.

Wird Latein als Hauptfach kombiniert, so wird in der mündlichen Prüfung auch die Übersetzung eines Stückes aus einem leichtern griechischen Schriftsteller gefordert (Dauer $\frac{1}{4}$ Stunde).

2. Die Gesamtdauer der mündlichen Prüfung beträgt $2\frac{1}{2}$ Stunden.

NB. Allenfalls kommt auch Kombination eines Hauptfaches mit Geographie (in vollem Umfange) in Frage; über die Anforderungen in Geographie unterrichtet das Reglement betreffend die Diplomprüfung an der philosophischen Fakultät II.

§ 35. Bei Kombination eines Hauptfaches und eines Nebenfaches (§ 2, Alinea 2, und § 29) gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Aus dem Hauptfach sind eine sprach- und eine literargeschichtliche Hausarbeit (nach § 31) zu liefern;
2. die Prüfung im Hauptfach beträgt $1\frac{1}{2}$ Stunden;
3. ausgeschlossen ist die Kombination von Latein (Griechisch) als Hauptfach mit Griechisch (Latein) als einzigem Nebenfach.

§ 36. Den Kandidaten, die sich der Prüfung in mehreren Hauptfächern (§§ 2 und 29) unterziehen, wird die Möglichkeit geboten, den Kandidaten, die sich auf ein Hauptfach beschränken (§§ 2 und 29), die Verpflichtung auferlegt, sich neben dem Diplom für die Hauptfächer noch einen Befähigungsausweis für ein oder mehrere Nebenfächer (Sprachen, Geschichte, Geographie) zu erwerben. Ein solcher Ausweis berechtigt zum Unterricht auf der Unterstufe des betreffenden Faches an den Zürcher Kantonsschulen und ähnlichen Anstalten.

Die Prüfung in einem Nebenfach ist in unmittelbarem Anschluß an die Hauptprüfung (obligatorisch bei Kombination eines Haupt- und eines Nebenfaches) oder spätestens zu Beginn des dritten Semesters nach derselben abzulegen. Die Prüfungsergebnisse werden nach § 19 festgestellt.

§ 37. Die Prüfungen in den Nebenfächern (nach § 36) umfassen:

- a) Im Deutschen:
 1. Schriftlich: Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).
 2. Mündlich: Mittelhochdeutsch. Neuhochdeutsche Grammatik auf geschichtlicher Grundlage. Hupterscheinungen der deutschen Literatur.
- b) Im Französischen (beziehungsweise Italienischen, Englischen, Spanischen):
 1. Schriftlich: Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).
 2. Mündlich: Lesen und Übersetzen von Texten aus der lebenden Schriftsprache mit Befragung über Grammatik (auf geschichtlicher Grundlage) und Literatur (Hupterscheinungen). Deskriptive Phonetik. Korrektes Sprechen.
- c) In Latein (beziehungsweise Griechisch):
 1. Schriftlich: Übersetzung und Erklärung eines prosaischen oder poetischen Textes.

2. Mündlich: Übersetzen aus Schulschriftstellern mit Befragung über Grammatik (auf geschichtlicher Grundlage) und Literatur (Haupterscheinungen).
- d) In Geschichte:
 1. Schriftlich: Übersetzung eines Stückes aus einem Quellschriftsteller mit geschichtlichen Erläuterungen; der Kandidat hat die Sprache zu bezeichnen, aus der er die Übersetzung zu liefern wünscht.
 2. Mündlich: Allgemeine Geschichte und Kulturgeschichte bis auf die Gegenwart.
- e) In Geographie (Prüfender: der Vertreter der Geographie an der philosophischen Fakultät II):
 1. Schriftlich: Bearbeitung eines Themas aus der Länder- oder Völkerkunde.
 2. Mündlich: Allgemeine Geographie, Länder- und Völkerkunde. (Dauer der schriftlichen Prüfungen je 4 Stunden, der mündlichen je 1 Stunde.)

§ 38. Durch gegenwärtiges Reglement, das auf 1. Oktober 1921 in Kraft tritt, wird das Reglement vom 23. Dezember 1918 aufgehoben.

II. Abänderung der Promotionsordnung der philosophischen Fakultät II der Universität Zürich vom 16. Februar 1915. (Vom 18. Januar 1921.)

II. In § 11 tritt folgende Änderung ein:

Hauptfach: Chemie (inklusive Stereochemie).

Obligatorische Nebenfächer: Physik, Mineralogie, physikalische Chemie, Differential- und Integralrechnung.

4. Lehrerschaft aller Stufen.

12. Programm der Kurse zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen an Volks- und Fortbildungsschulen des Kantons Zürich. (Vom 1. März 1921.)

I. Organisation.

a) Aufnahmebedingungen.

Die schriftliche Anmeldung mit genauer Angabe des Bildungsganges hat an die Erziehungsdirektion zu erfolgen.

Der Anmeldung sind beizulegen:

1. Ein Altersausweis: erforderlich ist das zurückgelegte 18. Altersjahr.
2. Ein Ausweis über dreijährigen Sekundarschulbesuch oder über eine analoge Vorbildung, wie sie in einer zürcherischen Sekundarschule mit drei Jahreskursen erreicht werden kann.
3. Ein Ausweis über eine gute Vorbildung in den weiblichen Handarbeiten, wie sie an einer Frauenarbeits- oder Fach-

schule, in einer Berufslehre oder in Kursen erworben werden kann.

4. Ein amtsärztlicher Gesundheitsausweis.

Die Bewerberinnen haben eine Aufnahmeprüfung zu bestehen, die sich auf folgende Fächer erstreckt: Nähen, Stricken, Flicken, deutsche Sprache (Aufsatz, Lesen und Erzählen), Rechnen, Formenlehre, Zeichnen und Naturkunde.

b) Dauer der Ausbildungszeit: Zwei Jahre.

c) Programm.

Der Unterricht zerfällt:

1. In allgemein bildende Fächer,
2. in den beruflichen Fachunterricht,
3. in den besonderen hauswirtschaftlichen Unterricht.

Die allgemein bildenden Fächer sind: Deutsche Sprache, Staatskunde, Wirtschaftslehre, Gesundheitslehre, Naturkunde, Formenlehre, Rechnen, Freihandzeichnen, Turnen.

Der berufliche Fachunterricht umfaßt: Stricken, Nähen, Flicken, Anfertigung von Gebrauchs-, Wäsche- und Bekleidungsgegenständen, Schnittmusterzeichnen, Sticken und andere Verzierungstechniken, Pädagogik, Methodik, Probelektionen.

Die Lehrgegenstände des hauswirtschaftlichen Unterrichtes sind: Hauswirtschaftslehre und Hausarbeiten, Waschen und Glätten, Ernährungslehre, Nahrungsmittellehre, Kochen.

Die hauswirtschaftliche Ausbildung erlangen die Kandidatinnen als interne Schülerinnen der Haushaltungsschule der Sektion Zürich des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins. Der übrige Unterricht wird in der Schweizerischen Frauenfachschule für das Bekleidungsgewerbe erteilt.

Im II. Schuljahr ist ein fünfzehnwöchiger Spezialkurs im Kleidermachen einbezogen.

Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt 36. Die Ferien richten sich nach denen der Haushaltungsschule und der Schweizerischen Frauenfachschule für das Bekleidungsgewerbe und betragen im Schuljahr zirka neun Wochen.

d) Unterrichtskosten.

Für Kantonsbürgerinnen ist der Unterricht unentgeltlich. Im Falle des Bedürfnisses können auf ein eingereichtes Gesuch hin durch den Erziehungsrat Stipendien verabfolgt werden. Nichtkantonsbürgerinnen haben ein Schulgeld von Fr. 300 im Jahr zu bezahlen. An die Kosten des Unterhaltes in der Haushaltungsschule haben die Kursteilnehmerinnen Fr. 100 im Monat zu bezahlen.

e) Patentierung.

Auf Grund der Schlußprüfung und der Jahresnoten in den einzelnen Fächern entscheidet der Erziehungsrat über die Patentierung der Kursteilnehmerinnen. Die Prüfung in den ein-

zernen Fächern erfolgt jeweilen beim Abschluß derselben, in Gesundheitslehre, Naturkunde, Pädagogik und allgemeiner Methodik am Schluß des I. Quartals des 2. Schuljahres.

f) **Leitung und Aufsicht.**

Die Oberleitung des Arbeitslehrerinnenseminars ist Sache der kantonalen Arbeitschulinspektorin. Die Aufsicht wird durch eine vom Erziehungsrat bestellte Kommission ausgeübt.

II. Lehrplan.

A. Allgemein bildende Fächer.

Deutsche Sprache. (2 Wochenstunden während der ganzen Kursdauer.)

Mündliche Übungen: Lesen und Erklären ausgewählter Stücke in Prosa und Poesie, Dramen mit verteilten Rollen. Freier Vortrag mit Diskussion.

Schriftliche Übungen: Freie Aufsätze, Stundenaufsätze, Briefe aus dem Berufsleben und dem Verkehr mit den Behörden.

Staatskunde. (2 Wochenstunden während des III. Quartals im 2. Schuljahr.)

Kurzer Abriß der schweizerischen Verfassungsgeschichte. Entstehung des Staates, Staatsformen. Familie, Gemeinde, Kanton, Bund. Das Wichtigste aus der Bundesverfassung. Rechte und Pflichten des Bürgers im staatlichen Gemeinschaftsleben. Die Stellung der Frau im modernen Staat. Die wichtigsten Bestimmungen aus dem schweizerischen Zivilgesetz im Personen-, Familien- und Erbrecht.

Wirtschaftslehre. (2 Wochenstunden während des IV. Quartals im 2. Schuljahr.)

Einige Grundbegriffe der volkswirtschaftlichen Terminologie. Kurzer Abriß der Wirtschaftsgeschichte. Ausgewählte Kapitel aus der praktischen Volkswirtschaft. Besprechung der wichtigsten Fragen aus dem Arbeitsgebiet der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie, des Handels etc. mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse. Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart. Stellung und Bedeutung der Frau im modernen Wirtschaftsleben.

Gesundheitslehre. (2 Wochenstunden während 10 Monaten mit Beginn nach dem 5. Monat des 1. Schuljahres.)

Bau und Tätigkeit der menschlichen Organe; Gesunderhaltung; erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Hygiene des weiblichen Körpers (erteilt durch eine Ärztin).

Besichtigung der Sammlungen für Hygiene der beiden Hochschulen in Zürich.

Naturkunde. Chemie. (3 Wochenstunden während 5 Monaten.)

Die Luft. Die Oxyde. Das Wasser. Der Wasserstoff. Der Kohlenstoff. Kohlenoxyd und -monoxyd. Das Leuchtgas. Die

Flamme. Die Zündhölzchen. Säuren. Laugen. Salze. Glas, Porzellan, Tonwaren, Seifen.

Besuch einiger industrieller Etablissements.

Physik. (2 Wochenstunden während 3 Monaten.)

Elektrische Grunderscheinungen. Galvanische Elemente. Magnetische Wirkungen des elektrischen Stromes. Das Läutwerk. Die elektrischen Maße (Watt, Spannung, Volt, Ampère). Wärme und Lichtwirkung des elektrischen Stromes. Bügeleisen, Kochapparate, elektrische Öfen.

Naturgeschichte. (1 Wochenstunde während 5 Monaten, 2 Wochenstunden während 8 Monaten.)

Die Bakterien im Haushalt. Desinfektion. Sterilisieren und Konservieren. Gärung. Fäulnis. Die Pilze. Kurzer Abriß der Zellenlehre. In- und ausländische Nutzpflanzen.

Die Rohstoffe der Textilindustrien: Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Ramie, Manilahanf, Kokos, Seide, Kunstseide, Wolle. Die Garne und ihre Erzeugung unter spezieller Berücksichtigung der Baumwollspinnerei.

Die Gewebe. Gewebefbindungen. Die Jacquardmaschine.

Die Tuchfabrikation. Anlegen einer Stoff- und Garnsammlung.

Exkursionen. Besuch industrieller Etablissements und des botanischen Gartens und Museums.

Formenlehre. (1 Wochenstunde während 7 Monaten.)

Die verschiedenen ebenen Flächenformen.

Einige krumme Flächen und ihre Abwicklung. Alles mit Konstruktionsübungen an der Wandtafel und mit Übungen im Gestalten in Papier.

Rechnen. (1 Wochenstunde während 12 Monaten.)

Die im täglichen Verkehr vorkommenden Rechnungsarten mit besonderer Berücksichtigung des Kopfrechnens. Geschäftliches Rechnen (Geld- und Wechselverkehr), Zahlungsverkehr durch die Post (Postscheck- und Giroverkehr), Zinse, Steuern, Versicherungen, eine Vereinsrechnung.

Freihandzeichnen. (2 Wochenstunden während 18 Monaten.)

Bilden des Sinnes für Linienführung, Raumverteilung und stilgemäße Verzierung. Herstellung von Entwürfen für die Verzierung der Gebrauchs- und Bekleidungsgegenstände, die von den Schülerinnen im Handarbeiten ausgeführt werden.

Turnen. (1 Wochenstunde während 19 Monaten, mit Beginn nach dem 5. Monat des 1. Schuljahres.)

Ordnungs- und Freiübungen. Geräteübungen. Spiele.

B. Beruflicher Fachunterricht.

Handarbeiten. (Durchschnittlich 22 Wochenstunden während 19 Monaten.)

Der Unterricht umfaßt die theoretische und praktische Durcharbeitung aller für den Mädchenhandarbeitsunterricht in Frage

kommenden Lehrgegenstände unter besonderer Berücksichtigung der häuslichen Bedürfnisse.

- a) Sämtliche Lehrgegenstände des kantonalen Lehrplanes für die Primar- und Sekundarklassen und die Fortbildungsschule. Kinder- und Frauenwäsche in verschiedener Ausführung.

Gebrauchsgegenstände mit Anwendung des Verzierens nach Entwürfen der Schülerin.

Die verschiedenen Arten von Flickarbeiten an gestrickten und gewobenen Gegenständen, sowie an Tuch und Tüll, auch mit Benützung der Nähmaschine.

- b) Kleidermachen (während 15 Wochen): Unterrock, Rock, einfaches Kleid, Blusen, Morgenjacke, Kinderkleidchen, Ändern von Kleidern; Übungen im Einsetzen von Taschen und Besetzen von Rockschlüssen.

- c) Herstellen der Schnittmuster durch Abformen und Zeichnen.

- d) Im Anschluß an den Zeichenunterricht während 6 Monaten in 2 Wochenstunden:

Entwerfen und Ausführen von kunstgewerblichen Arbeiten mit Anwendung verschiedener Techniken, wie Sticken, Durchbruch, Zierstiche, Filet, Knüpfen etc.

Pädagogik. (2 Wochenstunden während 10 Monaten und 1 Wochenstunde während 9 Monaten.)

Grundlehren der pädagogischen Psychologie. Zweck, Aufgabe und Mittel der Erziehung. Aufgaben und Pflichten der Lehrerin. Das Leben und Wirken einiger der bedeutendsten Pädagogen der neuern Zeit. Lesen pädagogischer Schriften.

Allgemeine Methodik (2 Wochenstunden während 10 Monaten), und Spezielle Methodik. (2 Wochenstunden während 9 Monaten.)

Grundfragen des Unterrichts unter Anwendung auf die spezielle Aufgabe der Mädchenarbeitschule des volksschulpflichtigen Alters und der Mädchenfortbildungsschule.

Geschichtliche Entwicklung des Handarbeitsunterrichtes. Allgemeine Methodik des Handarbeitsunterrichtes, spezielle Methodik der einzelnen Handarbeitsgruppen.

Probelektionen. (4 Wochenstunden während 9 Monaten.)

Unterrichtsübungen an der kantonalen Übungsschule. Schriftliche Vorbereitung der Lektionen und Lehrübungen, Besprechungen und Kritik.

C. Hauswirtschaftlicher Unterricht.

(Während der ersten 5 Monate, inklusive 4 Wochen Sommerferien.)

Hauswirtschaftslehre und Hausarbeiten. Anforderungen an die Führung eines Haushaltes in wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung. Wohnung: Einrichtung, Heizung und Beleuchtung. Behandlung und Instandhaltung der Hausgeräte. Das Reinigungsmaterial und dessen Instandhaltung. Besprechung

ethischer Fragen aus dem Pflichtenkreis der Hausfrau. Systematische Anleitung zu den häuslichen Arbeiten; Übungen: Instandhalten von Wohn- und Schlafräumen, Treppen etc. Waschen von Haus-, Leib-, Stärke-, Bunt- und Wollwäsche. Glätten.

Ernährungslehre, Nahrungsmittellehre und Kochen. Das Notwendigste aus der Stoffwechsellehre. Bedeutung der einzelnen Nährstoffe für den Körper. Die wichtigsten Nahrungsmittel bezüglich Gewinnung, Nährgehalt, Verdaulichkeit, Preiswürdigkeit, Verwendung und Aufbewahrung. Die Genußmittel nach Bedeutung, Einkauf, Verwendung. Marktbesuche und Exkursionen.

Verwendung und Zubereitung der wichtigsten Nahrungsmittel unter Berücksichtigung der verschiedenen Kochvorgänge: Sieden, Dämpfen, Schmoren, Braten, Backen im Ofen und im Fett; Zubereitung einfacher Teigsorten. Herstellung einfacher Mahlzeiten; Haltbarmachen von Früchten und Gemüse. Zusammenstellung und Berechnung vollständiger Mahlzeiten. Instandhaltung der Küche und des Küchenmaterials.

III. Übersicht der Fächer- und Stundenverteilung.

1. Schuljahr.

	a) 5 Monate (inklusive 1 Monat Ferien) Hauswirtschaftlicher Unterricht Wochenstunden	b) 7 Monate mit Unterricht in den Handarbeiten Wochenstunden
Deutsche Sprache	2	2
Chemie	3	—
Naturgeschichte und Physik	1	2
Formenlehre	1	1 (währ. 2 Mon.)
Rechnen	—	1 (währ. 5 Mon.)
Zeichnen	2	2
Nahrungsmittellehre	2	—
Hauswirtschaftslehre	2	—
Kochen	11	—
Hausarbeiten inklusive Waschen und Glätten	11	—
Gesundheitslehre	—	2
Pädagogik	—	2
Methodik	—	2
Handarbeit und Herstellung von Schnittmustern	—	22
Turnen	—	1
	35	36

Für Aufräumarbeiten kommen täglich durchschnittlich 2 Stunden hinzu.

2. Schuljahr.

	I.	Wochenstunden im			
		II.	III.	IV.	Quartal
Deutsche Sprache	2	2	2	2	
Naturgeschichte und Physik	2	—	—	—	
Gesundheitslehre	2	—	—	—	
Pädagogik	2	1	1	1	
Allgemeine Methodik	2	—	—	—	
Zeichnen	2	2	—	—	
Kunstgewerbliche Arbeiten	—	—	2	2	
Rechnen	1	1	—	—	
Staatskunde	—	—	2	—	
Wirtschaftslehre	—	—	—	2	
Spezielle Methodik	—	2	2	2	
Probelektionen	—	4	4	4	
Handarbeiten inklusive Spezialkurs im Klei- dermachen und Schnittmusterzeichnen	22	23	22	22	
Turnen	1	1	1	1	
	36	36	36	36	

13. Reglement über die Fähigkeitsprüfungen zürcherischer Sekundarlehrer und Fachlehrer. (Vom 15. Februar 1921.)

A. Für Sekundarlehrer.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Wer das Fähigkeitszeugnis (Patent) als Sekundarlehrer erwerben will, hat sich über seine wissenschaftliche und berufliche Befähigung durch eine Prüfung auszuweisen.

§ 2. Für die Zulassung zur Prüfung sind folgende Ausweise erforderlich:

1. Das zürcherische Primarlehrerpatent oder das Primarlehrerpatent eines andern Kantons oder das Maturitätszeugnis einer vollwertigen Mittelschule.
2. Der Ausweis über ein akademisches Studium von mindestens vier Semestern.
3. Der Ausweis über einen Aufenthalt von mindestens fünf Monaten in französischem Sprachgebiet, der höchstens einmal unterbrochen worden ist.
4. Der Ausweis über den Besuch wenigstens eines Lehrkurses zur besondern Einführung in einzelne Unterrichtsgebiete der Sekundarschule, und zwar: von Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung in Mathematik, von Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung in Französisch.
5. Der Ausweis über die Entrichtung der Prüfungs- und Patentgebühr (§ 32).

§ 3. Das Patent gewährleistet nicht die Wählbarkeit an eine Sekundarschule des Kantons Zürich.

Wer das Wählbarkeitszeugnis erwerben will, hat sich außerdem auszuweisen:

- a) Über unbedingte Wählbarkeit als zürcherischer Primarlehrer;
- b) über mindestens einjährigen Schuldienst auf der Primarschulstufe.

Ausnahmen werden vom Erziehungsrat nur in besonderen Fällen gewährt.

§ 4. Bewerber um das Wählbarkeitszeugnis, die bei der Schlußprüfung an der Vorbereitungsschule (Lehrerseminar, Gymnasium, Industrieschule) im Deutschen, im Französischen, in den mathematischen Fächern und in den Naturwissenschaften nicht mindestens die Durchschnittsnote $4\frac{1}{2}$ erhielten, haben vor ihrer Zulassung zur Sekundarlehrerprüfung in dem betreffenden Einzelfache eine Nachprüfung zu bestehen.

§ 5. Bewerbern um das Wählbarkeitszeugnis, die ihre Befähigung durch anderweitige Prüfung, zum Beispiel Diplomprüfung für das höhere Lehramt oder Promotionsprüfung an der philosophischen Fakultät I oder II, nachgewiesen haben, kann durch Beschluß des Erziehungsrates die Fähigkeitsprüfung ganz oder teilweise erlassen werden.

§ 6. Der Erziehungsrat kann Bewerber wegen eines die Ausübung des Lehrerberufes hindernden Gebrechens oder wegen ungünstiger Sitten- oder Studienzeugnisse von den Fähigkeitsprüfungen oder auch nach bestandener Prüfung von der Erteilung des Wählbarkeitszeugnisses ausschließen.

II. Umfang der Prüfungen.

§ 7. Für alle Kandidaten ist obligatorisch:

- a) Die Prüfung in Didaktik der Fächer der Sekundarschule (mit Einschluß zweier Lehrübungen);
- b) die Prüfung in Psychologie und allgemeiner Pädagogik.

Den Kandidaten wird die Prüfung in Psychologie und Pädagogik erlassen, wenn sie bei der Primarlehrerprüfung in diesen Fächern mindestens die Note 5 erreicht haben.

§ 8. Für die weitere Prüfung steht den Kandidaten die Wahl frei zwischen den Fächern der sprachlich-historischen und denen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gruppe. Innerhalb dieser Gruppen hat der Kandidat nach Maßgabe der §§ 9 und 11 ein Hauptfach und zwei oder drei Nebenfächer zu bezeichnen.

Im Hauptfach werden bei der Prüfung besondere Anforderungen gestellt. Die Prüfung ist im Hauptfach mündlich und schriftlich. Außerdem ist der Ausweis über die Erfüllung der in der Studienordnung aufgestellten besondern Vorschriften zu erbringen.

§ 9. Für die Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung sind, außer den in § 7 genannten, drei weitere Prüfungsfächer obligatorisch. Das Hauptfach und ein Nebenfach sind der ersten, das andere Nebenfach ist der zweiten der beiden folgenden Fächergruppen zu entnehmen:

I. Deutsch, Französisch.

II. Italienisch, Englisch, Latein, Schweizergeschichte und Verfassungskunde, allgemeine Geschichte der Neuzeit.

§ 10. Die Prüfung in den Fächern der sprachlich-historischen Richtung erstreckt sich auf nachfolgende Gebiete:

1. Deutsch.

- a) Grammatik (ausgewählte Partien aus der neuhochdeutschen Grammatik mit historischer Begründung);
- b) Hupterscheinungen der deutschen Literatur von 1750 bis zur Gegenwart;
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

2. Französisch.

- a) Phonetik, Formenlehre, Syntax;
- b) Französische Literaturgeschichte seit 1650 in ihren Hupterscheinungen;
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

3. Italienisch.

- a) Sprachfertigkeit und neuitalienische Grammatik;
- b) Literaturkunde (Kenntnis der Werke eines der folgenden Schriftsteller: Dante, Petrarca, Boccaccio, Ariosto, Tasso, und eines hervorragenden Schriftstellers des 19. Jahrhunderts);
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

4. Englisch.

- a) Sprachfertigkeit und neuenglische Grammatik;
- b) Literaturkunde (Kenntnis der Werke eines der folgenden Schriftsteller: Shakespeare, Milton, Byron, und eines hervorragenden Schriftstellers der neueren Zeit);
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

5. Latein.

- a) Lateinische Schulgrammatik;
- b) Übersetzen und grammatische Erklärung eines Abschnittes aus einem Prosaiker, zum Beispiel Cæsar, Livius, Cicero, oder einem Dichter, zum Beispiel Ovid, Vergil;
- c) Hupterscheinungen der römischen Literatur;
- d) schriftliche Übersetzung und Erklärung eines Stückes aus einem leichteren lateinischen Schriftsteller.

6. Schweizergeschichte und Verfassungskunde (im vollen Umfang).

7. Allgemeine Geschichte der Neuzeit (im vollen Umfang).

§ 11. Für die Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung sind, außer den in § 7 genannten, vier weitere Prüfungsfächer, darunter Mathematik, obligatorisch. Das Hauptfach und ein Nebenfach sind der einen, die zwei andern Nebenfächer sind der andern der beiden folgenden Gruppen zu entnehmen:

I. Mathematik, Physik, Chemie.

II. Botanik, Zoologie, Geographie.

§ 12. Die Prüfung in den Fächern der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Mathematik.

A. Als Hauptfach:

- a) Elemente der darstellenden Geometrie;
- b) Differential- und Integralrechnung;
- c) analytische Geometrie der Ebene und des Raumes;
- d) schriftliche Lösung von Aufgaben aus der darstellenden Geometrie;
- e) schriftliche Lösung von Aufgaben aus den unter b und c genannten Gebieten.

B. Als Nebenfach:

- a) Elemente der darstellenden Geometrie;
- b) Elemente der Differential- und Integralrechnung und der analytischen Geometrie;
- c) schriftliche Lösung von je einer Aufgabe aus den unter a und b genannten Gebieten (je vier Aufgaben zur Auswahl).

2. Physik.

- a) Experimentalphysik;
- b) physikalisches Praktikum.

3. Chemie.

- a) Anorganische Chemie;
- b) organische Chemie;
- c) chemisches Praktikum.

4. Botanik.

- a) Allgemeine Botanik;
- b) systematische Botanik;
- c) botanisches Praktikum.

5. Zoologie.

- a) Zoologie;
- b) vergleichende Anatomie;
- c) zootomisches Praktikum.

6. Geographie.

- a) Länderkunde;
- b) physische Geographie;
- c) Völkerkunde oder Wirtschaftsgeographie.

§ 13. Auf seinen Wunsch kann ein Kandidat auch in fakultativen Fächern geprüft werden. Als solche kommen außer den in den §§ 10 und 12 genannten Fächern folgende Disziplinen in Betracht:

1. Geschichte der Griechen und Römer;
2. Geschichte des Mittelalters;
3. Geschichte der Kunst des Altertums;
4. Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit;
5. Nationalökonomie;

6. Staatswissenschaftliche Disziplinen (Staatsrecht und Völkerrecht);
7. Mineralogie inklusive Petrographie;
8. Geologie;
9. Anatomie und Physiologie des Menschen;
10. Physische Anthropologie;
11. Mathematik (entweder Integral- und Differentialrechnung und analytische Geometrie, oder politische Arithmetik und mathematische Ortsbestimmung).

III. Durchführung der Prüfungen.

§ 14. Die Fähigkeitsprüfungen finden halbjährlich, vor Beginn und am Schlusse des Wintersemesters statt. Die mündlichen Prüfungen sind öffentlich.

§ 15. Die Anordnung der Fähigkeitsprüfungen wird durch die Erziehungsdirektion mindestens zwei Monate vor dem Beginn öffentlich angekündigt. Die Anmeldungen und die erforderlichen Ausweise sind der Erziehungsdirektion mindestens sechs Wochen vor dem Beginne der Prüfungen einzureichen.

§ 16. Die Prüfung kann in zwei Abteilungen abgelegt werden. Dabei hat es jedoch die Meinung, daß die Prüfung im gleichen Fache als Ganzes betrachtet werde. In Didaktik und Probelektion, im Hauptfach und in dem Nebenfach, das der gleichen Gruppe angehört wie das Hauptfach, findet die Prüfung am Schlusse des Studiums statt.

Der erste und der zweite Teil der Prüfung sollen nicht mehr als drei Semester auseinander liegen. Eine Ausnahme kann nur in besonderen Fällen zugestanden werden.

§ 17. Für die mündliche Prüfung entfällt auf den Kandidaten im Hauptfach eine Prüfungszeit von 45, in jedem Nebenfach eine solche von 30 Minuten.

Für die schriftlichen Arbeiten werden je vier Stunden eingeräumt.

§ 18. Zur Durchführung der Prüfungen bezeichnet die Erziehungsdirektion für jedes Fach zwei Experten. Die Gesamtheit der Experten bildet die Prüfungskommission.

Der Erziehungsdirektor oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter leitet die Beratungen der Prüfungskommission.

§ 19. Die beiden Fachexperten setzen gemeinsam die Fähigkeitsnoten für ihre Fachabteilung fest und übermitteln sie der Prüfungskommission.

§ 20. Für die zu erteilenden Noten kommen die ganzen und halben Zahlen von 6 bis 1 zur Anwendung, wobei 6 die beste und 1 die schlechteste Note bedeutet.

Eine Note unter $3\frac{1}{2}$ bezeichnet eine ungenügende Leistung.

§ 21. Kandidaten, deren Durchschnittszensur in einem ganzen Fache die Note $3\frac{1}{2}$ nicht erreicht, können nicht patentiert werden; dagegen ist ihnen gestattet, die Prüfung nach einem Semester zu wiederholen. Die Wiederholung wird in den Fächern erlassen, in denen die Durchschnittsnote $4\frac{1}{2}$ erreicht wurde.

Durch Beschluß des Erziehungsrates kann ausnahmsweise eine zweite Wiederholung bewilligt werden.

§ 22. Die aus den Beratungen der Prüfungskommission sich ergebenden Fähigkeitsnoten und Anträge werden der Erziehungsdirektion zuhanden des Erziehungsrates übermittelt.

Der Erziehungsrat entscheidet über die Erteilung des Patentbescheides und des Wahlbarkeitszeugnisses.

B. Für Fachlehrer.

§ 23. An der Universität Zürich besteht die Möglichkeit der Erwerbung eines Ausweises über Lehrbefähigung in einzelnen Fächern auf der zürcherischen Sekundarschulstufe (Fachlehrerpatent).

§ 24. Die Bewerber um das Fachlehrerpatent haben, sofern sie keinen Maturitätsausweis besitzen, gestützt auf ihre Schulzeugnisse, vor Beginn des Studiums die Zulassungsbewilligung der Erziehungsdirektion einzuholen.

§ 25. Die Bewerber um Fachlehrerpatente haben der Anmeldung folgende Ausweise beizulegen:

1. Ausweis über das zurückgelegte 20. Altersjahr;
2. Ausweis über mindestens dreijährigen Besuch einer über die Sekundarschule hinausreichenden Mittelschule, und bei Bewerbung um ein Patent für fremdsprachlichen Unterricht über einen mindestens halbjährigen Aufenthalt in dem entsprechenden Sprachgebiet;
3. Zeugnisse über ein mindestens zweijähriges akademisches Studium in den Prüfungsfächern;
4. Ausweis über den Besuch der Vorlesungen über Psychologie und allgemeine Pädagogik;
5. die Zulassungsbewilligung der Erziehungsdirektion (§ 24);
6. eine umfangreichere Hausarbeit aus einem der Wahlfächer;
7. Ausweis über Entrichtung der Prüfungs- und Patentgebühr (§ 33).

§ 26. Die Prüfung umfaßt:

1. Didaktik des Sekundarschulunterrichtes;
2. mindestens zwei Wahlfächer;
3. eine Probelektion in jedem Wahlfach.

§ 27. Als Wahlfächer können bezeichnet werden:

- a) Die für die Kandidaten des Sekundarlehramtes zulässigen Hauptfächer im Umfange der in den §§ 10 und 12 bezeichneten Sachgebiete;

b) die folgenden Fächer im Umfange der dabei bezeichneten Sachgebiete:

1. Italienisch.

- a) Sprachfertigkeit und neuitalienische Grammatik;
- b) Haupterscheinungen der italienischen Literatur;
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

2. Englisch.

- a) Sprachfertigkeit und neuenglische Grammatik;
- b) Haupterscheinungen der englischen Literatur;
- c) Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).

3. Latein.

- a) Lateinische Schulgrammatik;
- b) Übersetzen und grammatische Erklärung eines Abschnittes aus einem Prosaiker, zum Beispiel Cæsar, Livius, Cicero, oder einem Dichter, zum Beispiel Ovid, Vergil;
- c) Haupterscheinungen der römischen Literatur;
- d) schriftliche Übersetzung und Erklärung eines Stückes aus einem leichteren italienischen Schriftsteller.

4. Geschichte.

- a) Schweizergeschichte;
- b) Geschichte der Neuzeit.

5. Kunstgeschichte.

- a) Geschichte der Kunst des Altertums;
- b) Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit.

§ 28. Über die Zulassung anderer Fächer und ihre Umschreibung entscheidet im einzelnen Fall der Erziehungsrat.

§ 29. Die Bewerber um das Fachlehrerpatent haben spätestens sechs Wochen vor Beginn der Prüfung eine aus dem Gebiet der Wahlfächer gewählte größere Arbeit einzureichen.

§ 30. Ein Fachlehrerpatent ist nur dann zu erteilen, wenn der Bewerber in den Wahlfächern mindestens die Note $4\frac{1}{2}$ erhalten hat.

§ 31. Die Fachlehrerprüfungen werden in Verbindung mit den Fähigkeitsprüfungen für Sekundarlehrer vorgenommen. Für ihre Anordnung und Durchführung gelten die für die Sekundarlehrerprüfungen festgesetzten Bestimmungen. Die Prüfung in den Wahlfächern dauert jedoch eine Stunde.

C. Gemeinsame Bestimmungen.

I. Gebühren.

1. Sekundarlehrerprüfung.

§ 32. Vor der Anmeldung zur Prüfung sind an die Kantonschulverwaltung zu entrichten:

- a) Eine Prüfungsgebühr für jede Teilprüfung. Sie beträgt für Kantonsbürger und schweizerische Kandidaten, die im Kanton

Zürich niedergelassen sind, Fr. 20, für kantonsfremde Schweizerbürger Fr. 30 und für Ausländer Fr. 40. Falls die Prüfung in einem Male abgelegt wird, ist der doppelte Betrag zu bezahlen. Eine Rückzahlung findet nur dann statt, wenn der Kandidat sein Nichterscheinen an der Prüfung durch ein ärztliches Zeugnis begründen kann.

- b) Eine einmalige Patentgebühr. Sie beträgt für Kantonsbürger und für schweizerische Kandidaten, deren Eltern im Kanton Zürich niedergelassen sind, Fr. 20, für kantonsfremde Schweizerbürger Fr. 30 und für Ausländer Fr. 40. Diese Gebühr wird bei der erstmaligen Anmeldung zur Prüfung erhoben; sie wird zurückbezahlt, wenn die Patentierung nicht ausgesprochen werden kann.

Für Stipendiaten werden die Gebühren auf die Hälfte ermäßigt.

2. Fachlehrerprüfung.

§ 33. Vor der Anmeldung zur Prüfung sind an die Kantonschulverwaltung zu entrichten:

- a) Eine Prüfungsgebühr. Diese beträgt für Kantonsbürger und schweizerische Kandidaten, deren Eltern im Kanton Zürich niedergelassen sind, Fr. 40, für kantonsfremde Schweizerbürger Fr. 60 und für Ausländer Fr. 80. Eine Rückzahlung findet nur dann statt, wenn der Kandidat sein Nichterscheinen an der Prüfung durch ein ärztliches Zeugnis begründen kann.
- b) Eine Patentgebühr. Diese beträgt für Kantonsbürger und schweizerische Kandidaten, deren Eltern im Kanton Zürich niedergelassen sind, Fr. 20, für kantonsfremde Schweizerbürger Fr. 30 und für Ausländer Fr. 40. Diese Gebühr wird zurückbezahlt, wenn die Patentierung nicht ausgesprochen werden kann.

II. Vollzug.

§ 34. Dieses Reglement tritt auf Beginn des Sommersemesters 1921 in Kraft. Durch dasselbe wird das Reglement vom 5. April 1913 über die Fähigkeitsprüfungen zur Patentierung zürcherischer Sekundarlehrer und Fachlehrer aufgehoben.

§ 35. Für Kandidaten, die vor dem Sommersemester 1921 ihre Studien begonnen haben, gelten die Prüfungsvorschriften des bisherigen Reglements, sofern sie nicht nach den neuen Voeschriften geprüft zu werden wünschen. Doch sind die Gebühren gemäß den §§ 32 und 33 des vorliegenden Reglements zu entrichten.

14. Verordnung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals der kantonalen Mittelschulen. (Vom 10. Januar 1921.)

§ 1. Die Jahresbesoldung der definitiv angestellten Lehrer der kantonalen Mittelschulen: Kantonsschule Zürich (mit den Abteilungen

Gymnasium, Industrieschule und Handelsschule), Lehrerseminar Küsnacht, Kantonsschule (mit den Abteilungen Gymnasium und Industrieschule) und Technikum in Winterthur ist festgesetzt wie folgt:

I. Für vollbeschäftigte Lehrer wissenschaftlicher Fächer mit abgeschlossener wissenschaftlicher Bildung:

- a) Am Gymnasium, der Industrieschule und der Handelsschule in Zürich: Fr. 8000—11,800;
- b) am Lehrerseminar in Küsnacht, der Kantonsschule und dem Technikum in Winterthur: Fr. 8000—11,600.

II. Vollbeschäftigte Lehrer, die ausschließlich oder vorwiegend für nicht wissenschaftliche Fächer angestellt worden sind, sowie vollbeschäftigte Lehrer ohne abgeschlossene wissenschaftliche Bildung beziehen eine Besoldung, die um Fr. 400 niedriger ist, als die in Ziffer I genannten Ansätze.

In Ausnahmefällen kann der Regierungsrat die Besoldung solcher Lehrer bis zum vollen Betrag erhöhen.

§ 2. Das Aufsteigen von der Mindest- zur Höchstbesoldung geschieht jährlich in gleichen Raten derart, daß mit Beginn des 13. Dienstjahres das Maximum erreicht ist.

§ 3. Die Festsetzung der Dienstjahre erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

- a) Maßgebend ist in erster Linie der Schuldienst an einer öffentlichen Mittelschule des Kantons Zürich oder einer andern gleichwertigen Mittelschule als vollbeschäftigter Lehrer, Hilfslehrer oder Vikar; bei nur teilweiser Betätigung erfolgt entsprechende Anrechnung.
- b) Lehrern, die auf einer untern Schulstufe oder nach Abschluß ihrer Studien als Assistenten an Hochschulen gewirkt haben, werden ihre dortigen Dienstjahre, besondere Fälle vorbehalten, zur Hälfte angerechnet.
- c) Bei der Anstellung von Lehrern aus wissenschaftlichen, technischen oder kaufmännischen Berufsstellungen kann die Zeit der praktischen Tätigkeit angemessen angerechnet werden, ebenso ein Studienaufenthalt im Ausland nach absolvierter Hochschulbildung.

§ 4. Der Regierungsrat ist ermächtigt, zur Erhaltung vorzüglicher Kräfte die ordentliche Besoldungssteigerung zu erhöhen oder sie im Falle unbefriedigender Leistungen oder Eignung oder bei tadelhaftem Verhalten zu unterbrechen. Solche Ausnahmen sind zu begründen.

§ 5. Dem Kantonsrat bleibt vorbehalten, in Ausnahmefällen eine Erhöhung der Besoldung eines Lehrers bis auf ein Viertel über das vorgesehene Maximum zu bewilligen.

§ 6. Für die nicht vollbeschäftigten Lehrer wird die Besoldung im Verhältnis der Pflichtstundenzahl mit einem angemessenen Zuschlag angesetzt. Überstunden werden im Sinne von § 13 vergütet.

§ 7. Bei der Übertragung von Unterrichtsstunden an Hilfslehrer erfolgt die Honorierung auf dem Fuße einer Jahresentschädigung von Fr. 260—320 bei wissenschaftlichen, von Fr. 225—300 bei nicht wissenschaftlichen Fächern. Der Regierungsrat setzt die Grundsätze fest, nach denen die Besoldungen innerhalb dieser Normen bestimmt werden.

Für den Kurzstundenbetrieb (§ 9) reduzieren sich diese Ansätze um je Fr. 30—40 für die wöchentliche Unterrichtsstunde.

§ 8. Vikare erhalten für die erteilte Unterrichtsstunde eine Entschädigung von Fr. 6—8.

§ 9. Die Stundenverpflichtung der Lehrer ordnet sich nach folgenden Grundsätzen:

Die Pflichtstundenzahl ist der Jahresdurchschnitt der wöchentlichen Stunden, die der Lehrer zu erteilen hat.

Bei Unterrichtsstunden von 50 Minuten beträgt die Pflichtstundenzahl vollbeschäftigter Lehrer 22—25, bei der Lektionsdauer von 40 Minuten (Kurzstunden) 24—28 Lektionen wöchentlich.

Die Semesterstundenzahl darf die Pflichtstundenzahl nicht um mehr als drei Stunden oder Lektionen übersteigen.

Der Regierungsrat bestimmt innerhalb dieser Grenzen, nach Normen, die er erläßt, die Pflichtstunden der einzelnen Lehrer, wobei eine in der Natur der Fächer liegende, besonders starke Belastung mit Korrekturen und Vorbereitungsarbeiten angemessen berücksichtigt werden soll (Fachentlastung).

Die semesterweise Ansetzung der Stundenzahl der Lehrer im Stundenplan unterliegt der Genehmigung der Aufsichtskommission.

§ 10. Die Pflichtstundenzahl der vollbeschäftigten älteren Lehrer, sofern diese keinem Nebenerwerb obliegen, reduziert sich ohne Gehaltsverminderung vom Beginn des Schuljahres an, in dessen Verlaufe sie das 51. Altersjahr zurückgelegt haben werden, und zwar vom 51. bis 55. Altersjahr um zwei, vom 56. bis 60. Altersjahr um drei, vom 61. Altersjahr an um vier Stunden, beziehungsweise Lektionen.

Als Nebenerwerb wird jede Tätigkeit betrachtet, die mit einem Einkommen verbunden ist. Ausgenommen sind die Funktionen nach §§ 24, 25 und 26 dieser Verordnung, sowie die freie wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit.

§ 11. Aus Gesundheitsrücksichten können, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, Entlastungen bis auf vier Stunden auf die Dauer eines Jahres durch die Erziehungsdirektion, weitergehende oder länger dauernde durch den Regierungsrat bewilligt werden.

§ 12. Für die Stellvertretung bei Krankheit oder Militärdienst eines Lehrers kann jeder der übrigen Lehrer der Schule innerhalb eines Schuljahres ohne Entgelt bis auf drei Stunden in der Woche und bis auf die Dauer von vier Wochen in Anspruch genommen werden.

§ 13. Ausnahmsweise können einem Lehrer vorübergehend bis auf drei Überstunden in der Woche zugewiesen werden. Jede wöchentliche Unterrichtsstunde, die den Jahresdurchschnitt über die Pflichtstundenzahl um eine ganze Stunde erhöht, wird als Überstunde mit $\frac{1}{25}$ der Jahresbesoldung entschädigt.

Es werden nur ganze oder halbe Überstunden vergütet.

§ 14. Innerhalb der Bestimmungen der Schulordnung ist auch jeder Lehrer verpflichtet, ohne Entgelt an allen Konventen, Konferenzen, Veranstaltungen der Schule mitzuwirken und besondere Funktionen als Klassenlehrer, Pausenaufseher, Besorgen kleinerer Sammlungen, Leiter von Schulreisen (bei körperlicher Eignung) u. s. w. zu übernehmen.

§ 15. Jeder vollbeschäftigte Lehrer ist verpflichtet, seine ganze Arbeitskraft in den Dienst seines Lehramtes zu stellen.

Ohne Bewilligung des Erziehungsrates darf er weder eine andere Stelle bekleiden, noch einen Nebenberuf oder eine Nebenbeschäftigung betreiben, die mit einem regelmäßigen, erheblichen Einkommen verbunden oder zeitraubend sind.

Die Bewilligung soll versagt werden, wenn die Stelle oder Nebenbeschäftigung dem Lehramte nicht angemessen ist, oder die Tätigkeit des Lehrers zum Schaden der Schule in Anspruch nimmt.

Ergeben sich Übelstände, so kann eine bereits erteilte Bewilligung zurückgezogen und auch eine außeramtliche Betätigung zu erzieherischen Zwecken beschränkt oder ganz untersagt werden.

§ 16. Mit der definitiven Wahl eines Lehrers ist neben dem Eintritt in die staatliche Witwen- und Waisenstiftung die Verpflichtung zum Eintritt in die Witwen- und Waisenkasse der Schulanstalt verbunden.

Der Staat gewährt jeder der Kassen für jedes Mitglied einen nach deren eigenen Leistungen und deren Versicherungsprämien bemessenen jährlichen Beitrag, vorbehaltlich die Ansetzung eines einheitlichen Beitrages für alle Mittelschulen.

§ 17. Wenn für einen Lehrer infolge Erkrankung oder Unfalls, oder infolge ansteckender Krankheit in der Familie Stellvertretung nötig wird, so übernimmt der Staat die Kosten des Vikariates.

Ein Vikariat darf in der Regel nicht länger als zwei Jahre dauern. Kann der Lehrer nach Ablauf dieser Frist sein Amt nicht wieder versehen, so gelangt § 21, Absatz 2, zur Anwendung.

Im Falle der Dislozierung eines Lehrers bei Ausbruch einer ansteckenden Krankheit in seiner Familie leistet der Staat unter Beachtung der persönlichen Verhältnisse einen Beitrag an die Kosten, die dem Lehrer aus der Dislokation erwachsen sind.

§ 18. Leistet ein Lehrer Militärdienst, so trägt der Staat die Stellvertretungskosten bei Abwesenheit:

1. Im aktiven Dienst inklusive Ordnungsdienst;
2. in der Rekrutenschule;

3. in Wiederholungskursen;
4. in Unteroffiziersbildungsschulen;
5. in Offiziersbildungsschulen;
6. in der Rekrutenschule, die der Wehrmann als Unteroffizier oder Leutnant zu leisten hat;
7. in solchen weitem Instruktionsdiensten, für die der Bund den Kantonen nach Art. 15 der Militärorganisation drei Viertel der Stellvertretungskosten vergütet.

Bei allen übrigen Wehrdiensten hat der Lehrer für die notwendig werdende Stellvertretung aufzukommen, ebenso wenn die Dienstleistung in den unter Ziffer 2—7 genannten Kursen binnen zwölf Monaten die Dauer von 90 Tagen übersteigt, vom 91. Dienstage an.

Die von der Eidgenossenschaft geleistete Vergütung der Kosten für Stellvertretung wegen Instruktionsdienstes fällt in die Staatskasse.

§ 19. Die Lehrer der kantonalen Mittelschulen sind nach dem zurückgelegten 65. Lebensjahr berechtigt, nach dem zurückgelegten 70. Altersjahr verpflichtet, mit den gesetzlichen Ansprüchen auf Gewährung eines Ruhegehaltes in den Ruhestand zu treten.

§ 20. Für die Festsetzung des Ruhegehaltes und des Besoldungsnachgenusses finden die für die Primar- und Sekundarlehrer geltenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung auch auf die Lehrer der kantonalen Mittelschule.

§ 21. Der Regierungsrat ist berechtigt, einen Lehrer, der infolge von Krankheit oder anderer unverschuldeter Ursachen außerstande ist, das Lehramt auszuüben, unter Wahrung der in § 20 genannten Ansprüche in den Ruhestand zu versetzen.

Im Falle der Erkrankung erfolgt die Versetzung in den Ruhestand, wenn eine dauernde Unfähigkeit, das Lehramt wieder auszuüben, festgestellt ist, spätestens zwei Jahre nachdem ein Vikariat hatte eingerichtet werden müssen.

Der Regierungsrat kann auch einen Lehrer, der wegen eigenen Verschuldens seinen Unterricht ohne Nachteil für die Schule nicht fortsetzen kann, zwangsweise in den Ruhestand versetzen, wobei die Bestimmung eines jährlichen Ruhegehaltes den Verhältnissen entsprechend erfolgt.

§ 22. Die Berechtigung zum Bezug eines Ruhegehaltes kann jederzeit neu geprüft werden; sie erlischt ganz oder teilweise, wenn die Gründe, die bei der Gewährung des Ruhegehaltes maßgebend waren, nicht mehr im vollen Umfange vorhanden sind.

Bezieht ein im Ruhestand befindlicher Lehrer ein Erwerbseinkommen, das mit dem Ruhegehalt das Maximum seiner früheren gesetzlichen Barbesoldung übersteigt, so ist das Ruhegehalt entsprechend zu vermindern, eventuell dessen weitere Ausrichtung zu sistieren.

§ 23. Den Lehrern der kantonalen Mittelschulen ist gestattet, ihren Rücktritt von der Lehrstelle auch aus anderen Gründen als aus Alters- oder Gesundheitsrücksichten zu nehmen, jedoch nur auf Ende eines Semesters und nach erfolgter dreimonatiger Kündigung.

§ 24. Die Direktoren der Kantonsschulen und die Direktoren des Seminars und des Technikums sind zur Erteilung von 8 bis 10 Unterrichtsstunden oder 10 bis 12 Kurzstunden in der Woche verpflichtet. Sie beziehen neben der Lehrerbesoldung unter angemessener Berücksichtigung des Umfangs ihrer Funktionen und der Dauer der Dienstzeit eine Zulage bis zu einem gesamten Besoldungsbetrag, der dem Besoldungsmaximum der obersten Klasse der Verordnung über die Amtsstellung und die Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte entspricht. In dieser Besoldung ist die Entschädigung für Besorgungen der Funktionen des Hausvorstandes und des Direktorenpräsidiums inbegriffen.

§ 25. Die Prorektoren und Vizedirektoren sind zu 16 bis 20 wöchentlichen Unterrichtsstunden oder 18 bis 22 Kurzstunden verpflichtet. Ihre Besoldung beträgt je nach dem Umfang der ihnen zugewiesenen Funktionen Fr. 300—500 jährlich.

Für die Abfassung des Stundenplanes und die während des Schuljahres sich ergebenden Stundenplanänderungen bezieht der Prorektor oder der von der Erziehungsdirektion damit betraute Lehrer eine besondere Entschädigung von Fr. 200 bis 300.

§ 26. Die Sammlungsvorstände und die Bibliothekare der größeren Schülerbibliotheken beziehen je nach dem Umfang der Betätigung eine Jahresentschädigung bis zum Höchstbetrage von Fr. 300, die jeweilen für die Amtsdauer von drei Jahren vom Erziehungsrat festgesetzt wird.

§ 27. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auf Lehrer, die zur Zeit des Erlasses nicht mehr im Staatsdienst waren, keine Anwendung.

§ 28. Die Verordnung tritt nach der Genehmigung durch den Kantonsrat hinsichtlich der Besoldungen der festangestellten Lehrer (§§ 1 und 2) mit Rückwirkung auf 1. Januar 1920, bezüglich der Besoldungen der Hilfslehrer (§ 7) mit Rückwirkung auf Beginn des Schuljahres 1920/1921 in Kraft. Die übrigen Bestimmungen gelangen vom Beginn des Schuljahres 1921/1922 zur Anwendung.

15. Beschluß des Regierungsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Hilfslehrer an kantonalen Mittelschulen. (Vom 4. Februar 1921.)

Der Regierungsrat,

in Ausführung von § 7 der Verordnung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals der kantonalen Mittel-

schulen vom 10. Januar 1921, nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

Für die Festsetzung der Besoldungen der an den kantonalen Mittelschulen betätigten Hilfslehrer werden folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Innerhalb der beiden Gruppen der wissenschaftlichen und der nichtwissenschaftlichen Fächer wird unterschieden zwischen Lehrern mit und solchen ohne abgeschlossene Fachbildung.

Als Ausweis für abgeschlossene Fachbildung wird in den wissenschaftlichen Fächern der Besitz eines Diploms für das höhere Lehramt oder der Dr.-Titel erkannt. In den nichtwissenschaftlichen Fächern wird über die erforderlichen Ausweise von Fall zu Fall entschieden.

2. Die Festsetzung der Besoldung erfolgt entsprechend den an einer der kantonalen Mittelschulen verbrachten Dienstjahren nach folgender Abstufung:

a) Bei Normalstundenbetrieb (50 Minuten):

Dienst- jahr	Wissenschaftliche Fächer Bildung		Nicht wissenschaftliche Fächer Bildung	
	abgeschlossene	nicht abge- schlossene	abgeschlossene	nicht abge- schlossene
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1.	280	260	250	225
2.	290	270	265	240
3.	300	280	280	255
4.	310	290	290	270
5.	320	300	300	280

b) Beim Kurzstundenbetrieb (40 Minuten):

1.	250	230	230	200
2.	255	235	235	210
3.	260	240	240	220
4.	270	250	250	230
5.	280	260	260	240

3. Soweit für die Übertragung der Unterrichtsstunden an Hilfslehrer Anforderungen besonderer Art sich ergeben, ist die Erziehungsdirektion ermächtigt, gegebenenfalls innerhalb des bestehenden Minimums und Maximums ohne Rücksicht auf die Dienstjahre eine entsprechende Erhöhung des Besoldungsansatzes eintreten zu lassen, ebenso bei nicht abgeschlossener Bildung eine Erhöhung auf das Maximum des Ansatzes für abgeschlossene Bildung.

4. Wenn ein Hilfslehrer seine Fachausbildung abschließt, so bezieht er vom nächsten Semester an den höhern Ansatz, wobei die bisherigen Dienstjahre angerechnet werden.

16. Beschluß des Regierungsrates über die Entschädigung für Stellvertretung von Lehrern an kantonalen Mittelschulen. (Vom 16. April 1921.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

Die Entschädigung für Stellvertretung von Lehrern an den kantonalen Mittelschulen wird festgesetzt wie folgt:

1. Fr. 8: An Lehrer wissenschaftlicher Fächer bei besonders starker Belastung mit Korrekturen oder mit höheren technischen Anforderungen, ebenso an Angehörige des ständigen Lehrkörpers für Stellvertretungen, die über die in § 12 der Verordnung vorgesehene Verpflichtung hinausgehen;
2. Fr. 7: An Lehrer wissenschaftlicher Fächer mit einiger Erfahrung im Unterricht für Fächer ohne besonders starke Belastung mit Korrekturen;
3. Fr. 6: An Anfänger in einem wissenschaftlichen Fach und an nicht ständige Lehrer nicht wissenschaftlicher Fächer.

Für die Kantonsschule in Winterthur werden die Ansätze, besondere Fälle vorbehalten, auf Fr. 7, beziehungsweise Fr. 6 beschränkt.

17. Beschluß des Regierungsrates über die Festsetzung der Ruhegehälter der kantonalen Mittelschullehrer. (Vom 20. April 1921.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates, unter Beachtung der Vorlage der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates vom 31. August 1920 über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Mittelschullehrer,

beschließt:

Für die Festsetzung der Ruhegehälter der kantonalen Mittelschullehrer werden in Ausführung von § 20 der kantonsrätlichen Verordnung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals der kantonalen Mittelschulen vom 10. Januar 1921 folgende Normen aufgestellt:

1. Ein Lehrer, der nach mindestens 15 angerechneten Dienstjahren oder nach dem vollendeten 40. Altersjahr aus Alters- oder Gesundheitsrücksichten mit Bewilligung des Regierungsrates von seiner Lehrstelle zurücktritt, hat Anspruch auf ein der Dienstzeit entsprechendes jährliches Ruhegehalt.

2. Das Ruhegehalt beträgt im 16. Dienstjahr oder 41. Altersjahr 40 % des zuletzt bezogenen Gehaltes. Es steigert sich bis zum vollendeten 30. Dienstjahr oder 55. Altersjahr um je 1 % jährlich, von da an um je 2 % bis zum Höchstbetrag von 75 % nach dem vollendeten 65. Altersjahr.

3. Ergeben sich bei der Bestimmung der Dienst- und Altersjahre verschiedene Ruhegehaltsansätze, so erfolgt die Festsetzung nach dem Mittelansatz.

4. Ausnahmsweise kann ein Ruhegehalt auch vor dem 15. Dienstjahr oder 40. Altersjahr gewährt werden. Die Festsetzung erfolgt in Ansehung der Verhältnisse durch den Regierungsrat. Ebenso kann außerordentlicherweise eine Erhöhung des Maximalbetrages von 75 auf 80 % des Höchstbetrages des Gehaltes eintreten, wenn die besondern Verhältnisse und die Verdienste des Lehrers dies angezeigt erscheinen lassen.

18. Verordnung über die Lehrverpflichtung und Besoldungen der ordentlichen und der außerordentlichen Professoren an der Universität Zürich. (Vom 23. Mai 1921.)

I. Umfang der Lehrverpflichtung.

§ 1. Die Professoren der Universität sind zur Abhaltung einer bestimmten Zahl wöchentlicher Vortrags- oder Übungsstunden verpflichtet. Ihre Obliegenheiten werden in jedem einzelnen Falle durch die Anstellungsurkunde bestimmt (§ 63 der Universitätsordnung).

§ 2. Die Lehrverpflichtung eines ordentlichen Professors beträgt in der Regel 8 bis 12, die eines außerordentlichen Professors 5 bis 8 wöchentliche Vortrags- und Übungsstunden.

In dieser Pflichtstundenzahl ist die erforderliche Präsenzzeit des Inhabers der Professur als Institutsleiter nicht inbegriffen.

§ 3. Bei der Zumessung der Stundenverpflichtung ist auf den Umfang der erforderlichen Vorbereitung, wie auf die Dauer der Dienstzeit des Professors angemessen Rücksicht zu nehmen.

II. Besoldungsverhältnisse.

a) Professoren, die vor dem 1. Oktober 1918 in den Dienst der Universität traten.

§ 4. Die Professoren, die vor dem 1. Oktober 1918 in den Dienst der Universität traten, erhalten bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Lehrkörper eine aus festem Gehalt und Kollegiengeld gebildete Mindestbesoldung, und zwar:

- a) Die ordentlichen Professoren: von Fr. 12,000 bis Fr. 15,000;
- b) die außerordentlichen Professoren: von Fr. 8000 bis Fr. 12,000.

Hierbei sind in der Regel inbegriffen:

- a) Die Bezüge als Institutsvorsteher, soweit es sich um ein Anstellungsverhältnis auf Amtsdauer der kantonalen Beamten handelt;
- b) die Bezüge, die einem Dozenten der Eidgenössischen Technischen Hochschule in seiner Eigenschaft als Inhaber einer gemeinsamen Professur zufallen (§ 9).

§ 5. Die Festsetzung der Besoldungen einzelner Professoren, die nicht als Inhaber eigentlicher Professuren anerkannt werden, oder für die überhaupt im Umfang ihrer Verpflichtungen besondere Anstellungsbedingungen bestehen, bleibt dem Regierungsrat vorbehalten.

§ 6. Für die Professoren, die nicht bereits 12 und mehr Jahre Inhaber ihrer Professur sind, tritt im Grundgehalt und in der zugesicherten Gesamtbesoldung bei ihrer ersten und zweiten Erneuerungswahl eine Erhöhung um den Betrag von je Fr. 1000 ein, soweit ihre Gesamtbesoldung Fr. 15,000 nicht übersteigt.

§ 7. Das Kollegiengeld fällt, nach Abzug des Staatsanteils und allfälliger Institutsgebühren, dem Professor zu. Erreichen die Bezüge an Grundgehalt und Kollegiengeld das zugesicherte Gesamtgehalt nicht, so wird dem betreffenden Professor die Differenz am Ende je des zweiten Semesters aus dem Fonds für die Universität vergütet.

b) Professoren, die nach dem 1. Oktober 1918 in den Dienst der Universität traten.

§ 8. Das staatliche Jahresgehalt der Professoren, die nach dem 1. Oktober 1918 in den Dienst der Universität traten, beträgt in der Regel:

a) Für ordentliche Professoren Fr. 12,000 bis Fr. 16,000;

b) für außerordentliche Professoren Fr. 8000 bis Fr. 12,000.

Innerhalb des Mindest- und des Höchstansatzes tritt eine Steigerung nach Dienstjahren ein, beginnend mit dem vierten Dienstjahr. Die Zulagen steigen in vier dreijährigen Perioden, und zwar für einen ordentlichen Professor um je Fr. 500. für einen außerordentlichen Professor um je Fr. 250 bis zum Höchstbetrag der erstern von Fr. 2000, der letztern von Fr. 1000 mit dem 13. Dienstjahr.

§ 9. Vom Betrag des auf ihre Vorlesungen und Kurse entfallenden Kollegiengeldes (nach Abzug des Staatsanteils und allfälliger Institutsgebühren) erhalten die Professoren 30 %. Der Rest wird dem Fonds für die Universität zugewiesen.

c) Gemeinsame Bestimmungen.

§ 10. Der Regierungsrat setzt innerhalb der angegebenen Grenzen (§§ 4 und 8) die Besoldungen der einzelnen Professoren fest unter Berücksichtigung des Umfanges der Lehrtätigkeit, der Bedeutung der Disziplin, die sie vertreten, der Dienstjahre, der Belastung durch die Leitung der wissenschaftlichen Arbeiten in Seminarien oder Instituten mit Einschluß der Verwaltung derselben, sowie der Lehrtätigkeit an der Eidgenössischen Technischen Hochschule.

In Ausnahmefällen kann der Regierungsrat durch besondern Beschluß das Gehalt eines Professors erhöhen, ohne an die aufgestellten Grundsätze gebunden zu sein.

§ 11. Die Professoren der Universität sind nach dem zurückgelegten 65. Altersjahr berechtigt, nach dem zurückgelegten 70. Alters-

jahr verpflichtet, mit den gesetzlichen Ansprüchen auf Gewährung eines Ruhegehaltes in den Ruhestand zu treten.

Soweit die gegenwärtig im Amte stehenden Professoren in Frage kommen, tritt diese Bestimmung erst auf 15. April 1923 in Kraft.

§ 12. Für die Anordnung von Stellvertretung, die Festsetzung des Ruhegehaltes und des Besoldungsnachgenusses finden die für die Primar- und Sekundarlehrer geltenden gesetzlichen Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

III. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 13. Die Besoldungsverhältnisse der ordentlichen und außerordentlichen Professoren, die vor dem 1. Oktober 1918 dem akademischen Lehrkörper angehört haben, können im Einverständnis des Inhabers des Lehrstuhles durch Beschluß des Regierungsrates bei der Erneuerungswahl oder bei Änderung des Lehrauftrages, für außerordentliche Professoren auch bei der Beförderung zum ordentlichen Professor auf Grund der §§ 8 und 9 geordnet werden.

Professoren, die seit dem 1. Oktober 1918 auf Grund der §§ 4 bis 7 zur Erneuerungswahl gelangten, erhalten Gelegenheit, von dieser Vergünstigung jetzt schon Gebrauch zu machen.

§ 14. Diese Verordnung, durch welche diejenige vom 10. Februar 1919 aufgehoben wird, tritt nach der Genehmigung durch den Kantonsrat mit Rückwirkung auf 1. April 1920 in Kraft.

19. Abänderung des Reglementes über die Anstellungsbedingungen des wissenschaftlichen und technischen Personals der Institute der Universität Zürich. (Vom 4. Juni 1921.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion,
beschließt:

I. Das Reglement über die Anstellungsbedingungen des wissenschaftlichen und technischen Personals der Institute der Universität Zürich vom 21. Januar 1919 wird abgeändert wie folgt:

§ 5. Die tägliche Arbeitszeit des wissenschaftlichen und technischen Personals mit voller Beschäftigung richtet sich nach den vom Regierungsrat für die kantonalen Beamten und Angestellten festgesetzten Normen.

Soweit der Betrieb eines Institutes eine längere Arbeitszeit verlangt, oder die regelmäßige Gewährung eines freien Nachmittages nicht ermöglicht, kann mit Genehmigung der Erziehungsdirektion entsprechende Kompensation durch Verlängerung der ordentlichen Ferien (§ 6) erfolgen.

Die Institutsvorstände wachen über den Vollzug.

§ 7. Das wissenschaftliche und technische Personal der Universitätsinstitute wird, soweit nicht für einzelne Institute besondere Vorschriften bestehen, folgenden Besoldungsklassen der kantonalen Verordnung über die Amtsstellung und Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte vom 13. April 1920 zugeteilt:

1. Laboratoriumsdiener, Schreibgehilfinnen: Klasse I	Fr. 3800—5600
2. Assistenten, Präparatoren II. Klasse (Konservatoren, Prosektor etc.), technische Hilfskräfte:	
Klasse II	4100—6000
3. Präparatoren I. Klasse, Techniker II. Klasse:	
Klasse IV	4800—7000
4. Assistenten mit dem Rang von Oberassistenten:	
Klasse VII	6300—8800

Im einzelnen Falle wird bei Ausmessung der Besoldung der Umfang der Betätigung mitberücksichtigt.

Schluß unverändert.

§ 8. Hinweis auf § 17 der Verordnung betreffend die Amtsstellung und Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte vom 13. April 1920.

II. Publikation in Amtsblatt und Gesetzessammlung.

5. Verschiedenes.

20. **Verordnung über das Pflegekinderwesen.** (Vom 2. Juli 1921.)

21. **Verordnung über das kantonale Tierspital [§ 4 des Gesetzes betreffend die Vereinigung der Tierarzneischule mit der Hochschule vom 2. Juni 1901].** (Vom 4. Juni 1921.)

22. **Regulativ über die Verwendung des Fonds zur Unterstützung der bildenden Künste [Legat Schelldorfer].** (Vom 5. Februar 1921.)

II. Kanton Bern.

1. Primarschule.

1. **Dekret betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die Primarschule.** (Vom 15. November 1921.)

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. **Aus: Règlement de l'Ecole cantonale de Porrentruy.** (Du 28 juin 1921.)

L'Ecole cantonale de Porrentruy est l'établissement d'instruction scientifique qui prépare dans le Jura les élèves à l'accès aux universités, à l'Ecole polytechnique fédérale et au commerce.

Elle fait suite à la 4^e année scolaire des écoles primaires bernoises et comprend un cycle de 8½ années.

Les 5 classes inférieures (de la VIII^e à la IV^e incluse) constituent le *progymnase*; les 4 suivantes (III^e, II^e, Ia et Ib) forment le *gymnase*.

A partir de la V^e classe, les élèves ont le choix entre la *section littéraire* avec l'étude du latin et, éventuellement, du grec, et la *section réelle*, avec l'étude plus particulière des sciences et des langues vivantes.

Puis, à partir de la IV^e classe, une troisième section dite *section commerciale* s'offre à ceux qui veulent se vouer à la carrière du commerce.

Comme sanction à leurs études, les élèves reçoivent au sortir de la classe supérieure du gymnase, et après avoir subi avec succès l'examen final, un *certificat de maturité* littéraire, scientifique ou commercial.

Remarque: La distinction de l'Ecole cantonale en gymnase et progymnase n'est que verbale. — L'Ecole cantonale forme un tout dont les parties ne sont pas séparables.

Titre premier.

Commission de l'Ecole cantonale.

Art. 1^{er}. L'autorité de surveillance et d'administration de l'Ecole cantonale est une commission composée d'un président et de 12 membres. Le président et 6 membres sont pris parmi les citoyens domiciliés à Porrentruy ou dans le district. Les 6 autres membres représentent les districts de Courtelary, Delémont, Franches-Montagnes, Laufon, Moutier et Neuveville.

Les membres de la Commission, y compris le président, sont nommés par le Conseil-exécutif, à l'exception de deux membres dont la désignation est réservée à la ville de Porrentruy.

La durée des fonctions de la Commission est de 4 ans.

Art. 2. Les 7 membres résidant à Porrentruy constituent la *Commission restreinte* ou *locale* chargée spécialement de la surveillance générale et des affaires courantes.

La *Commission générale* n'est appelée à siéger que lorsqu'il s'agit de questions importantes, comme les propositions à faire à la Direction de l'Instruction publique pour les nominations des professeurs, du recteur, la tenue des examens de fin d'année et toutes les fois que la Commission restreinte juge à propos de faire appel à la Commission générale.

Art. 3. La Commission désigne le vice-président, le secrétaire et le caissier.

Art. 4. Elle se réunit sur la convocation du président toutes les fois que ce dernier le juge nécessaire, ou à la demande de trois membres de la Commission. Le Recteur et le Proviseur assistent sur convocation aux séances avec voix consultative.

Pour qu'une décision puisse être prise, il faut la présence d'au moins 4 membres aux séances de la Commission restreinte, et de 7 membres aux séances de la Commission générale.

Art. 5. La Commission veille à l'observation des lois, règlements et ordonnances concernant l'Ecole et en assure la bonne marche sous le rapport de l'enseignement, de l'ordre intérieur et de la discipline. — A cet effet, les membres de la Commission s'astreignent à assister de temps en temps aux leçons et s'entendent entre eux pour que leurs visites s'étendent à toutes les classes et à toutes les branches.

Art. 6. Elle veille à l'exécution du plan d'études et à l'application du tableau des leçons établi par le Recteur et que celui-ci doit soumettre à l'approbation de la Commission qui en autorise la mise en vigueur.

Art. 7. Elle soumet à la Direction de l'Instruction publique les améliorations jugées nécessaires, ou les modifications d'une certaine importance demandées éventuellement par le corps enseignant et relatives à l'introduction de nouveaux manuels ou moyens d'enseignement.

Art. 8. Elle prend toutes les mesures propres à assurer les ressources et à conserver la fortune de l'Ecole. Elle autorise les dépenses courantes et vérifie la comptabilité du caissier. Elle dresse les comptes annuels et les soumet, ainsi que les budgets, à la Direction de l'Instruction.

Art. 9. Sur la proposition de la Conférence des maîtres, elle fait les promotions, prononce l'exclusion d'élèves coupables de fautes graves, fixe la date du début et de la fin des vacances et l'époque des examens.

Art. 10. La Commission examine également les requêtes d'élèves demandant l'exonération totale ou partielle de l'écolage et recommande éventuellement à la Direction de l'Instruction publique la prise en considération de celles des requêtes d'élèves tendant à obtenir des bourses scolaires.

Art. 11. La Commission de l'Ecole cantonale publie, dans la règle, chaque année après la fin des cours, un rapport concernant la marche de l'établissement. Ce rapport contient le programme des études faites pendant l'année et peut être accompagné d'un travail littéraire ou scientifique d'un des maîtres de l'établissement.

Art. 12. Le président et le secrétaire perçoivent un traitement de fr. 300; le caissier reçoit fr. 600 par an. Tous les membres ont droit à une vacation de fr. 10 par séance. Les frais de déplacement des membres externes leur sont bonifiés à raison de fr. 0,50 par kilomètre aller et retour.

Titre II.

Conférence des maîtres.

Art. 13. Le corps enseignant se réunit en *conférence générale ordinaire* tous les 15 jours, sous la présidence du Recteur (ou du Proviseur, si le Recteur est empêché).

Des *conférences extraordinaires* ou *restreintes* peuvent également être convoquées lorsque les circonstances le demandent ou que des questions spéciales doivent être traitées.

Art. 14. Ces conférences sont obligatoires pour tous les maîtres de l'établissement. Dans le tableau des leçons une heure de la journée sera laissée en blanc, afin qu'il soit possible à chacun d'assister, sans perte de leçon, à la séance.

Art. 15. Le corps enseignant nomme un secrétaire dont les fonctions, qui sont obligatoires, durent *une* année. Le secrétaire est chargé de la rédaction du protocole, ainsi que des lettres, requêtes et autres pièces à écrire au nom du corps enseignant. — Le protocole des séances doit être à la disposition de la Commission, lorsque celle-ci en demande la production.

Art. 16. Les attributions de la conférence des maîtres sont les suivantes:

- a) Elle reçoit communication par le Recteur des décisions de la Commission et en assure l'exécution;
- b) elle discute le choix et l'application des méthodes, et veille à ce que le même esprit règne dans l'enseignement d'une branche dont les différents degrés sont confiés à plusieurs maîtres. Elle s'entretient du développement moral et intellectuel des élèves;
- c) elle discute et arrête les notes trimestrielles, ainsi que les promotions, qu'elle soumet à la sanction de la Commission;
- d) elle prend les dispositions nécessaires à l'effet d'empêcher l'accumulation sur les mêmes jours des travaux à domicile et veille à ce que le surmenage soit évité;
- e) elle apprécie les cas graves d'indiscipline et propose à la Commission les sanctions qu'elle estime justifiées;
- f) elle propose les acquisitions désirables en fait de moyens d'enseignement (notamment les livres pour les bibliothèques de classes);
- g) elle fait à la Commission ses propositions quant à la fixation des vacances, la rentrée des classes, les examens (dont elle présente le programme), l'admission de nouveaux élèves, les fêtes scolaires et les excursions;
- h) elle examine les demandes d'élèves tendant à obtenir des bourses ou l'exemption de l'écolage, ainsi que celles d'élèves qui désirent être dispensés définitivement ou temporairement de certaines branches d'enseignement;
- i) elle prend connaissance du rapport de fin d'année rédigé par le Recteur d'après les éléments et les notes fournis par les

maîtres. Ce rapport contiendra les détails statistiques et pédagogiques nécessaires concernant la marche de l'Ecole et sera soumis à la Commission pour être ensuite lu publiquement dans la cérémonie de clôture de l'année scolaire;

- k) les décisions sont prises à la majorité des membres présents.

Titre III.

Recteur et Proviseur.

Art. 18. Le Recteur veille à l'exécution des décisions de la Commission et de la Conférence des maîtres, ainsi qu'à l'observation des lois et règlements, du plan d'études et de l'ordre journalier des leçons, comme aussi, avec le concours du Proviseur, au maintien de l'ordre et de la discipline dans l'établissement. Il représente l'Ecole auprès des parents et des autorités scolaires. Il assiste, avec le Proviseur, aux séances de la Commission et en transmet les décisions et les vœux à ses collègues, soit individuellement, soit réunis en conférence. Il a voix consultative aux séances de la Commission. Ses attributions spéciales sont les suivantes:

- a) Il convoque et préside la Conférence des maîtres et en soumet les propositions à la Commission;
- b) il tient le registre des élèves, surveille l'inscription des notes trimestrielles et en signe les bulletins remis aux élèves;
- c) il établit le tableau des leçons pour le trimestre d'été et le semestre d'hiver, ainsi que le programme des cérémonies de promotions et fêtes scolaires, dont il soumet le projet à la Conférence des maîtres, puis à la Commission, et fait à celle-ci des propositions pour les congés extraordinaires;
- d) il est compétent pour accorder aux maîtres des congés n'excédant pas 3 jours, et aux élèves des congés de 15 jours au plus. Les demandes excédant ces limites sont soumises par lui, avec son préavis, à la Commission;
- e) en l'absence d'un de ses collègues, ou dans le cas où lui-même serait empêché, il a à pourvoir au remplacement;
- f) il a le devoir d'assister le plus souvent possible aux leçons données par ses collègues et de faire, tant au maître en particulier qu'aux élèves, les observations qu'il juge nécessaires;
- g) il inaugure la reprise des leçons au commencement de l'année scolaire, ainsi qu'à la rentrée d'automne, par une réunion générale des élèves, dans laquelle il leur adresse les recommandations d'usage et les rend attentifs aux dispositions du règlement d'ordre et de discipline de l'Ecole;
- h) il clôt de même l'année scolaire par une cérémonie publique, dite „de clôture“, dont le programme, arrêté par la Conférence des maîtres et la Commission, comprend en sus de productions littéraires et musicales des élèves, la lecture d'un rapport sur la marche des classes et la proclamation des promotions telles qu'elles ont été fixées par la Commission;

- i) il proclame également, immédiatement après les examens de maturité, dans une séance publique à l'École, le résultat de ces examens et adresse aux élèves intéressés les recommandations, les conseils et les vœux que la circonstance comporte;
- j) il peut en tout temps réunir les élèves, soit en total, soit partiellement, pour leur faire les recommandations qu'il estime nécessaires, ou leur présenter les observations auxquelles leur conduite peut avoir donné lieu de la part du personnel enseignant. Ces séances dites „*de censure*“ se tiennent en présence du corps enseignant ou d'une délégation des maîtres;
- k) le Recteur est nommé par le Conseil-exécutif sur la proposition de la Commission. La durée de ses fonctions est de 6 ans et expire avec l'échéance de ses fonctions de maître. Il est immédiatement rééligible.

Art. 19. Le Proviseur est adjoint au Recteur et le remplace auprès de la Commission et de la Conférence des maîtres lorsque celui-ci est empêché. Ses attributions sont:

- a) Il coopère avec le Recteur au maintien de l'ordre et de la discipline dans le bâtiment et la cour;
- b) il veille avec le concours des maîtres de classes à la perception des finances d'entrée et de promotion, des écolages, ainsi que des amendes et en opère le versement entre les mains du caissier;
- c) il surveille l'approvisionnement du combustible et fait au concierge chargé du chauffage les observations qu'il juge à propos;
- d) il fait les commandes nécessaires de matériel scolaire (manuels, atlas, cahiers) à remettre aux maîtres de classes et en tient le contrôle général;
- e) il prend de concert avec le Recteur les mesures nécessaires pour assurer la bonne marche de l'École au point de vue de la conduite des élèves et du maintien en bon état des salles d'école et du bâtiment en général.

Art. 20. Le Proviseur assiste avec voix consultative, de même que le Recteur, aux séances de la Commission.

Art. 21. Il est nommé par la Commission pour une durée de 3 ans. La Conférence des maîtres pourra être invitée à présenter une double proposition.

Art. 22. Etant données les obligations du Proviseur et du Recteur, le nombre de leurs leçons doit être réduit à un minimum. Celui du Proviseur ne peut excéder 25 heures; celui du Recteur ne doit pas dépasser 20 heures.

Titre IV.

Maîtres.

Art. 23. Les maîtres donnent l'enseignement qui leur est assigné par la mise au concours et par la Commission. Au cas où ils

n'auraient pas le nombre d'heures fixé par la mise au concours de leur place, ils peuvent être chargés d'autres leçons, même dans des classes inférieures, à moins que ces cours ne leur soient étrangers.

Art. 24. Les maîtres principaux doivent vouer tout leur temps à leur enseignement. Tout emploi ou occupation accessoire qui pourrait entraver la bonne marche de leur enseignement ou nuire à leur considération ou à celle de l'Ecole, est interdite. Ils sont tenus d'ailleurs d'informer la Commission de la nature des fonctions accessoires qu'ils seraient disposés à entreprendre. En cas de contestation, la Direction de l'Instruction publique intervient.

Art. 25. Lorsqu'un maître sera obligé de s'absenter, il devra en prévenir, si possible assez tôt, le Recteur pour que celui-ci puisse pourvoir au remplacement. Pour toute absence prolongée au delà de 3 jours, le maître est tenu de demander congé à la Commission par l'intermédiaire du Recteur.

Art. 26. En sus des obligations que leur impose la nature de leurs fonctions, les maîtres devront:

- a) Seconder le Recteur et le Proviseur dans l'exécution de toutes les mesures prises en vue d'assurer l'ordre et la discipline au dedans et en dehors de l'établissement;
- b) remplir les fonctions de *maîtres de classes* qui leur ont été attribuées par la Conférence;
- c) exercer la surveillance dans les corridors pendant les pauses. Cette surveillance est réglée au commencement de l'année scolaire dans une séance de la Conférence des maîtres;
- d) remettre tous les 15 jours, pour la séance ordinaire de la Conférence, la liste des absences justifiées et non justifiées, ainsi que des retards, aux maîtres de classe qui en établissent le compte et le transmettent au Proviseur;
- e) les *maîtres de classe* ont à remettre aux élèves qui y ont droit le matériel scolaire qui leur est prêté ou fourni gratuitement. Ils en donnent la liste au Proviseur qui en tient le contrôle;
- f) ils veillent à ce que l'élève désigné *chef de classe* s'acquitte consciencieusement des fonctions qui lui sont assignées (voir plus loin).

Art. 27. Tout maître a le droit et le devoir de rappeler et, s'il le faut, de remettre à l'ordre, aussi bien à l'extérieur qu'à l'intérieur du bâtiment, l'élève qui le mérite, et de faire rapport au Recteur.

Titre V.

Elèves.

Art. 28. Les élèves ne doivent pas perdre de vue que la mission de l'Ecole cantonale est de faire d'eux des jeunes gens appelés à devenir des citoyens qui, par leurs connaissances et leur talent, puissent contribuer au développement des intérêts moraux et matériels du pays.

Art. 29. Ils seront vrais et réservés dans leur langage. Ils se souviendront qu'ils se doivent mutuellement le bon exemple dans le travail et l'application, ainsi que dans la conduite. Leurs relations entre camarades seront polies, franches et amicales. Ils s'abstiendront de toute discussion ou propos de nature à froisser les convictions religieuses.

Art. 30. Ils doivent le respect aux autorités scolaires et à *tous* les membres du personnel enseignant. Les manifestatins inconvenantes à l'égard d'un maître seront sévèrement réprimées.

Art. 31. Il est en outre recommandé spécialement aux élèves de se montrer respectueux et complaisants envers les personnes étrangères à l'établissement. La décence dans la tenue est de rigueur.

Art. 32. Les dégradations commises aux propriétés de l'Ecole seront sévèrement réprimées et les réparations faites aux frais des coupables.

Art. 33. Tout élève non domicilié chez ses parents doit, aussitôt après son admission, faire connaître au Recteur chez qui il a pension et logis. Tout changement de domicile doit également être annoncé au Recteur. Le maître de pension est tenu de surveiller le travail et la conduite des élèves qu'il a chez lui. Le Recteur et le Proviseur sont autorisés à contrôler cette surveillance.

Art. 34. En règle générale, les élèves étrangers ne doivent pas avoir la pension et le logis séparés.

Art. 35. Sauf autorisation de la Commission, il est interdit aux élèves de prendre pension dans les cafés, cabarets, auberges et autres établissements de ce genre.

Art. 36. Il est interdit à tous les élèves, sauf à ceux de III^e, II^e et I^{re}, de fréquenter les auberges sans être accompagnés de leurs parents ou de leurs maîtres de pension. L'entrée dans les auberges et cafés n'est d'ailleurs autorisée qu'en tant qu'elle n'est pas répétée et ne devient pas une habitude. Jouer à l'argent est défendu à tous les élèves.

Art. 37. Aux élèves du progymnase il est expressément défendu de fumer. En outre, il est interdit aux autres de fumer dans les bâtiments de l'Ecole et ses environs immédiats.

Art. 38. Il est loisible aux élèves des 3 classes supérieures (II, Ia et Ib) de s'organiser en sociétés, à la condition que les séances soient consacrées à des travaux littéraires et scientifiques, et que l'on s'y abtienne scrupuleusement de toute discussion propre à porter atteinte à leurs convictions religieuses ou politiques. En tant que ces sociétés seront pour les élèves un auxiliaire ou un stimulant pour l'œuvre de l'Ecole, elles seront tolérées par la Commission.

Art. 39. Les sociétés remettront au Recteur un double de leurs statuts, lesquels seront également soumis à la Commission. Elles indiqueront aussi l'époque et le lieu de leurs séances.

Art. 40. Les séances ne se prolongeront pas au delà de 11 heures de la nuit, et les sociétaires rentreront immédiatement et sans tapage chez eux. Les excès de boissons et les allures pouvant causer du scandale seront sévèrement réprimés et mettront en péril l'existence tolérée de la Société.

Art. 41. Les insignes ou couleurs de sociétés ne devront pas être portés en dehors des locaux de réunion. Les exceptions à cette règle ne pourront être accordées que par le Président de la Commission.

Aus: *Règlement d'intérieur.*

Admissions. — Examens. — Promotions. — Censures.

Art. 59. L'admission de nouveaux élèves ne peut, dans la règle, avoir lieu qu'au début de l'année scolaire ou à la rentrée d'automne. Des exceptions toutefois sont tolérées.

Art. 60. Les jeunes filles ne peuvent être admises comme élèves régulières que dans les classes supérieures, à partir de la IV^e.

Art. 61. Les auditeurs ne sont acceptés qu'exceptionnellement et sur l'autorisation de la Commission, après consultation de la Conférence des maîtres.

Art. 62. Tous les nouveaux venus ont à subir un examen pour la détermination de la classe dans laquelle ils peuvent être reçus. Toutefois les élèves des progymnases, gymnases et écoles secondaires du canton sont admis sans examen dans la classe qui correspond à celle qu'ils ont quittée ou dans laquelle ils ont été promus.

Art. 63. L'âge d'admission dans la VIII^e classe est la dixième année révolue au 1^{er} avril. C'est d'après ce principe que se règle l'admission dans les autres classes.

Art. 64. Les enfants qui n'ont atteint leur 10^e année qu'après le 1^{er} avril peuvent être acceptés en VIII^e, s'ils ont eu une instruction primaire de 4 ans.

Art. 65. Si dans les quatre semaines qui ont suivi l'admission d'un élève dans les autres classes, il apparaît que l'élève n'est pas capable de suivre avec succès l'enseignement de cette classe, il est, par décision de la Commission, sur le préavis de la Conférence des maîtres, ou bien renvoyé de l'Ecole, ou reculé dans une classe inférieure.

Art. 66. Il est délivré à chacun des élèves un carnet sur lequel s'inscrivent à la fin de chaque trimestre, c'est-à-dire fin juillet, fin décembre et fin mars, les notes et observations auxquelles sa conduite, son travail et ses succès ont donné lieu. Ces *bulletins trimestriels* sont établis par la Conférence et signés par le Recteur. A la reprise des cours, les élèves ont à remettre leurs carnets, signés par leurs parents ou tuteurs, à leurs maîtres de classes qui les transmettent au Recteur.

Art. 67. L'année scolaire est clôturée au printemps par la cérémonie dite „des promotions“, dans laquelle le Recteur donne

lecture du rapport sur la marche de l'Ecole et proclame les promotions des élèves admis dans des classes supérieures.

Les élèves qui, pour la deuxième fois dans la même classe, ne peuvent être annoncés comme promus, sont exclus de l'Ecole.

Art. 68. Les élèves des classes supérieures (littéraire, réelle et commerciale) subissent à la fin de leurs études les épreuves dites „*de la maturité*“, qui sont l'objet de règlements spéciaux. La proclamation des résultats a lieu immédiatement après la Conférence du jury d'examen.

Art. 69. La clôture de l'année scolaire au printemps est précédée des examens de fin d'année dont la forme et la durée sont fixées chaque fois par la Commission, sur la proposition de la Conférence des maîtres.

Art. 70. Les élèves peuvent être — lorsque la Commission ou la Conférence le juge opportun — convoqués et réunis pour entendre les observations et recommandations jugées nécessaires. Ces réunions dites „*de censure*“ ont lieu dans la règle au début et à la fin de chaque trimestre. Des convocations partielles d'une ou plusieurs classes peuvent être faites lorsque des circonstances particulières le demandent.

Rétributions scolaires. — Bourses. — Vacances.

Art. 71. A leur admission à l'Ecole, les élèves ont à verser une *finance d'entrée* de 5 francs, et pour chaque promotion, une *finance de promotion* de 2 francs.

Art. 72. *L'écolage*, à partir de la 5^e classe, est de 40 francs au moins par an. La Commission a la faculté d'augmenter cet écolage pour certaines classes ou certaines catégories d'élèves.

Art. 73. L'écolage est supprimé dans les classes VIII, VII et VI du progymnase. La Commission peut étendre la suppression de l'écolage à d'autres classes encore. Dans ces mêmes classes, le matériel scolaire (manuels et atlas) est fourni gratuitement par l'Ecole aux élèves dont les parents sont domiciliés à Porrentruy. La Commission a la faculté de décréter la gratuité du matériel scolaire dans les classes et pour les catégories d'élèves qu'elle jugera à propos. Il est entendu toutefois que ce matériel n'est que prêté et doit être remis au maître de classe quand, par suite de promotion ou de départ, l'élève n'en a plus l'emploi.

Art. 74. Les enfants de parents sans fortune peuvent, s'ils en font la demande au Recteur, être exemptés de l'écolage par la Commission.

Si, dans une famille, il y a deux élèves ou plus astreints à l'écolage, celui-ci est à payer complètement par l'un seulement; les autres ne paient que la moitié.

La finance d'entrée et celle de promotion ne bénéficient pas de l'exemption.

Art. 75. Il y a, pour les élèves âgés de 14 ans au moins, des *bourses scolaires* ou subsides accordés par la Direction de l'Instruction publique. La distribution de ces bourses se fait par moitié deux fois par an (mai et octobre), et est annoncée par un avis de la Direction de l'Instruction publique dans la Feuille scolaire. Les intéressés sont informés en temps dû par le Recteur des formalités à remplir pour l'obtention d'une bourse.

Art. 76. L'année scolaire finit pour toutes les écoles bernoises le 31 mars. Les vacances à l'Ecole cantonale sont réparties en *grandes vacances*, *vacances de Nouvel-An* et *vacances de Pâques*.

Commissions spéciales.

Art. 77. Des commissions particulières peuvent être constituées par la Commission de l'Ecole cantonale.

Disposition finale.

Le présent règlement abroge tous les règlements antérieurs de l'Ecole.

3. Universität.

3. Philosophische Fakultät I; Doktorreglement. (Sitzung des Regierungsrates vom 8. Februar 1921.)

Der Abänderung dieses Reglements, wonach die Musikwissenschaft als Prüfungsfach (Haupt- oder Nebenfach) zugelassen wird, wird die Genehmigung erteilt.

4. Reglement für das zahnärztliche Institut der Hochschule Bern. (Vom 29. September 1921.)

4. Lehrerschaft aller Stufen.

5. Dekret betreffend die Einreihung der Gemeinden in Besoldungsklassen für die Lehrerbessoldungen. (Vom 15. November 1921.)

III. Kanton Luzern.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Dekret betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Willisau. (Vom 28. September 1921.)

Der Große Rat des Kantons Luzern,
in der Absicht, vermehrte Gelegenheit zur bäuerlichen Berufsausbildung, sowie zur Förderung der Milchwirtschaft zu schaffen;
nach Kenntnissnahme von einer Botschaft des Regierungsrates vom 10. September 1921;

in Hinsicht auf § 32 des Erziehungsgesetzes vom 13. Oktober 1910,

beschließt:

I. Der Regierungsrat wird ermächtigt, in der ehemaligen Kleiderfabrik in der Gemeinde Willisau-Stadt eine kantonale landwirtschaftliche Winterschule zu errichten, respektive die daselbst von der landwirtschaftlichen Genossenschaft Willisau bereits gegründete Lehranstalt zu übernehmen unter folgenden Bedingungen:

1. Der Besitzer der genannten Liegenschaft, Herr Gemeindeammann Josef Schürch in Willisau, ist zu verpflichten:
 - a) die ehemalige Kleiderfabrik samt Umgelände (etwa eine Jucharte offenen Landes) für eine vertraglich zu vereinbarende Reihe von Jahren dem Staate zu Schulzwecken zur Verfügung zu stellen;
 - b) die für die Führung einer doppelkursigen landwirtschaftlichen Winterschule nötigen Um- und Erweiterungsbauten, sowie die allfällig erforderlichen Reparaturen auf seine Kosten gemäß Weisung des Regierungsrates vornehmen zu lassen.
2. Für diese Leistungen wird dem Herrn Gemeindeammann Josef Schürch auf die Dauer des Mietvertrages ein jährlicher Mietzins, einschließlich einer angemessenen Amortisation, deren Höhe der vertraglichen Vereinbarung vorbehalten bleibt, zugesichert.
3. Die Gemeinden Willisau-Stadt und -Land haben sich zu nachfolgend genannten unentgeltlichen Leistungen für die Schule zu verpflichten:
 - a) Zur Erstellung der Zuleitung, Einrichtung und Lieferung von Licht und Wasser für das ganze Jahr während der Vertragsdauer;
 - b) zum Anschluß des Gebäudes an die städtische Kanalisation und zum Unterhalt dieser Einrichtungen;
 - c) zur Bezahlung der Hälfte des alljährlich erforderlichen Mietzinses und der Amortisation an den Liegenschaftsbesitzer, wobei es ihnen freisteht, andere an der Errichtung der Schule interessierte Gemeinden um Beitragsleistungen hieran zu begrüßen.
4. Der Staat übernimmt auf seine Kosten die andere Hälfte des Gebäudezinses inklusive Amortisation; ferner fallen zu seinen Lasten die Möblierung, Beheizung und Reinigung, die Besoldung des Abwartes, sowie die übrigen auf die Führung des Schulbetriebes entfallenden Auslagen (Lehrerbesoldungen, wissenschaftliche Sammlung, Lehrmittel etc.). Der hieran zu erwirkende Bundesbeitrag fällt in die Staatskasse.
5. Der Staat übernimmt ferner gegen eine angemessene Vergütung die von der landwirtschaftlichen Genossenschaft Willisau bereits angeschafften Mobilien, soweit solche für einen zweckmäßigen Schul- und Konviktsbetrieb sich eignen.
6. Dem Regierungsrat wird hiefür der erforderliche Kredit erteilt.

II. Der Regierungsrat wird ermächtigt, alle aus gegenwärtigem Dekrete sich ergebenden Verträge abzuschließen.

III. Das gegenwärtige Dekret ist dem Regierungsrate zur Vollziehung mitzuteilen, urschriftlich ins Staatsarchiv niederzulegen und in die Sammlung der Gesetze, Dekrete und Verordnungen aufzunehmen.

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Gesetz betreffend die teilweise Abänderung des Erziehungsgesetzes vom 13. Oktober 1910 und vom 27. Oktober 1913 (Alterszulagen). (Vom 8. März 1921.)

Der Große Rat des Kantons Luzern,
in teilweiser Revision des Erziehungsgesetzes vom 13. Oktober 1910 und des Gesetzes betreffend die Abänderung desselben vom 27. Oktober 1913;

auf den Vorschlag des Regierungsrates und den Bericht einer hiefür eingesetzten Kommission,

beschließt:

§ 1. Innerhalb der durch das jeweilige Besoldungsdekret geschaffenen Grenzen ist die Besoldung der Lehrerschaft an den Primar- und Sekundarschulen, den Mittelschulen und den kantonalen Lehranstalten, sowie der Beamten und Angestellten der wissenschaftlichen Anstalten und des Lehrmittelverlages durch den Regierungsrat derart festzusetzen, daß das Besoldungsmaximum mit dem vollendeten 12. Dienstjahre erreicht wird.

In den zwei ersten Dienstjahren ist in der Regel das Minimum auszurichten; von da an steigt die Besoldung je von zwei zu zwei Jahren in gleichen Raten bis zum Maximum.

§ 2. Die Besoldung der Lehrer der Bürgerschulen ist vom Beginn der Legislaturperiode 1923 an gleichzeitig mit den übrigen Lehrerbesoldungen auf dem Dekretswege festzusetzen.

Bis dahin beträgt die Besoldung Fr. 250 bis Fr. 300.

Die Bestimmung von § 1, Absatz 2, dieses Gesetzes findet Anwendung.

§ 3. Die dem Staate aus diesem Gesetze erwachsenden Mehrausgaben sind durch besondere Zuschläge der Staatssteuer zu decken.

Der Große Rat ist dabei an das ordentliche Steuermaximum nicht gebunden.

§ 4. Alle mit dem gegenwärtigen Gesetze in Widerspruch stehenden Bestimmungen, insbesondere §§ 110, 114 und 120 des Erziehungsgesetzes vom 13. Oktober 1910 und § 2 der Gesetzesnovelle vom 27. Oktober 1913, werden aufgehoben.

§ 5. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes treten in Wirksamkeit für die vom 1. Januar 1921 an geltenden Besoldungen.

§ 6. Gegenwärtiges Gesetz ist dem Regierungsrate zur Bekanntmachung, sowie — vorbehältlich einer Volksabstimmung — zur Vollziehung mitzuteilen und urschriftlich ins Staatsarchiv niederzulegen.

3. Dekret betreffend die Ausrichtung von Teuerungszulagen für das erste Halbjahr 1922 und die Festsetzung der Taggelder. (Vom 28. Dezember 1921.)

~~~~~

**IV. Kanton Uri.**  
**Fortbildungsschulen.**

**I. Aus: Gesetz über das Lehrlingswesen. (Vom 1. Mai 1921.)**

Allgemeines.

Art. 1. Das Lehrlingswesen, umfassend die Berufslehre und Berufsbildung, wird dem Schutz und der Kontrolle des Staates unterstellt.

Berufsbildung.

Art. 17. Das gewerbliche und kaufmännische Bildungswesen ist dem Regierungsrat unterstellt.

Private Anstalten und Vereine für berufliche Weiterbildung haben nach Maßgabe des Bedürfnisses und ihrer Leistungen Anspruch auf Unterstützung durch Staatsbeiträge.

Der Lehrplan der Anstalten soll den beruflichen Anforderungen entsprechen. Die Unterrichtszeit ist so anzusetzen, daß die Betriebe möglichst geschont werden.

Art. 18. Wo gewerbliche oder kaufmännische Fortbildungsschulen bestehen, ist jeder Lehrling zum regelmäßigen Besuch einer derselben während der ganzen Dauer der vertragsmäßigen Lehrzeit verpflichtet, sofern die Schule nicht mehr als fünf Kilometer vom Wohnort des Lehrlings entfernt ist. Der Unterricht in den benötigten Fächern soll für den Lehrling unentgeltlich sein.

Der Lehrmeister hat dem Lehrling für den Besuch der Schule wöchentlich bis auf fünf Stunden während der Arbeitszeit freizugeben. Ebenso die nötige Zeit für den Religionsunterricht, beides ohne Lohnabzug oder Zeitanrechnung.

Art. 19. Der Regierungsrat ist befugt, nach Maßgabe der im Voranschlag der Staatsverwaltung vom Landrate bewilligten Kredite und soweit die Stiftungen nicht ausreichen, an unbemittelte, befähigte und fleißige Lehrlinge während der Lehre und behufs weiterer Ausbildung Stipendien auszurichten.

Lehrlingsprüfung.

Art. 20. Jeder Lehrling ist verpflichtet, zum Abschluß seiner Lehrzeit eine Prüfung über Kenntnisse und Fertigkeit abzulegen.

Wer die Lehrlingsprüfung wegen ungenügender Kenntnisse nicht bestanden oder aus wichtigen Gründen versäumt hat, kann sich innert Jahresfrist wieder zur Prüfung stellen.

Der Lehrmeister hat für rechtzeitige Anmeldung der Lehrlinge zu sorgen und ihnen die nötige Zeit für die Prüfung freizugeben.

Jedem Lehrling, der die Prüfung bestanden hat, wird ein Lehrbrief ausgestellt.

Gute Leistungen werden prämiert.

Art. 21. Für die Lehrlingsprüfungen gelten die Vorschriften der schweizerischen Berufsverbände, soweit sie diesem Gesetze nicht widersprechen.

Die gewerblichen und kaufmännischen Prüfungen sind getrennt vorzunehmen.

Die während der Prüfung angefertigten Arbeitsproben sollen öffentlich ausgestellt werden.

Art. 22. Organisation und Leitung der Lehrlingsprüfungen kann der Regierungsrat entweder nach bisheriger Übung einer Berufsorganisation oder der Lehrlingskommission übertragen.

Die Kosten der Prüfung werden mit Benützung des Bundesbeitrages und allfällig von anderer Seite fließender Beiträge vom Kanton übernommen.

## V. Kanton Schwyz.

### Lehrerschaft aller Stufen.

#### 1. Verordnung betreffend Stellvertretungskosten, Besoldungsnachgenuß und Versicherung bei Krankheit und Unfall für die Lehrer der öffentlichen Volksschulen. (Vom 12. Dezember 1921.)

Der Erziehungsrat des Kantons Schwyz,  
in Ausführung von § 5, Absatz 1, des Besoldungsgesetzes für die Lehrer der öffentlichen Volksschulen im Kanton Schwyz,  
beschließt:

§ 1. Wird ein Lehrer oder eine Lehrerin infolge Krankheit, Unfall oder ansteckender Krankheit in der Familie an der Ausübung der Lehrtätigkeit verhindert, so beziehen sie mindestens zwei Monate das volle Einkommen, soweit dasselbe nicht durch Kranken- oder Unfallgeld erreicht wird. Ist der Unfall auf offensichtliches Selbstverschulden zurückzuführen, so fällt der Anspruch dahin.

§ 2. Bei Beurlaubung infolge Militärdienstes:

1. Im aktiven Dienst;
2. in der Rekrutenschule;
3. in Wiederholungskursen;
4. in Unteroffiziersbildungskursen;
5. in der Rekrutenschule, die der Wehrmann als Unteroffizier zu leisten hat;

6. in solchen weitem Instruktionsdiensten, für welche der Bund den Kantonen  $\frac{3}{4}$  der Stellvertretungskosten vergütet:

hat der ledige Lehrer Anspruch auf mindestens 25 ‰,  
der verheiratete Lehrer Anspruch auf mindestens 60 ‰

seines ganzen Einkommens, und zwar binnen einem Jahr für höchstens 90 Tage.

§ 3. Für Stellvertretung infolge Krankheit, Unfall oder ansteckender Krankheit in der Familie trägt die Gemeinde die Kosten auf die Dauer von mindestens zwei Monaten. Bei längerer Dauer der Krankheit können besondere Abmachungen getroffen werden unter angemessener Berücksichtigung der Verdienste und Verhältnisse des Lehrers.

§ 4. Die Kosten der Stellvertretung wegen Militärdienst gehen zu Lasten der Gemeinde, sofern es sich um eine unter § 2 dieser Verordnung genannte Dienstleistung handelt. Bei allen übrigen Diensten hat der Lehrer für die Kosten der notwendig werdenden Stellvertretung aufzukommen, ebenso, wenn die Dienstleistung in den sub Ziffer 2—6 des § 2 genannten Kursen die Dauer von 90 Tagen übersteigt, vom 91 Tage an.

Die von der Eidgenossenschaft geleistete Vergütung der Kosten für Stellvertretung wegen Instruktionsdienst fällt in die betreffende Gemeindeschulkasse.

§ 5. Beim Tode des Lehrers kommt den Hinterlassenen für drei Monate der Nachgenuß des ganzen Einkommens zu. Als Hinterlassene im Sinne dieser Bestimmung gelten: Die Witwe des Verstorbenen und seine Kinder, ferner auch seine Eltern und Geschwister, sofern sie in seiner Haushaltung gelebt und von ihm nachweislich regelmäßig unterstützt worden sind.

Den nächsten und ausschließlichen Anspruch hat die Witwe. Unter den übrigen Hinterlassenen entscheidet die gesetzliche Erbfolge.

§ 6. Anspruch auf Besoldungsnachgenuß haben in analoger Weise auch die Hinterlassenen einer verstorbenen weltlichen Lehrerin, sofern ihre Tätigkeit im Schuldienst Lebensberuf war.

§ 7. Lehrer und Lehrerinnen (auch Lehrschwestern) sind verpflichtet, sich gegen Krankheit bei einer anerkannten Krankenkasse zu versichern, und zwar Lehrer: Auf Krankenpflege (Arzt und Arzneien) und ein Krankengeld von Fr. 4; Lehrerinnen auf Krankenpflege (Arzt und Arzneien) und ein Krankengeld von Fr. 2. Gegen die Folgen eines Unfalles (in und außer Schulbetrieb) sind Lehrer und Lehrerinnen von der Gemeinde (Bezirk) entsprechend ihrer Besoldung (Grundgehalt) für Unfallpflege und Unfallgeld zu versichern.

Die Prämien für Kranken- und Unfallversicherung tragen Gemeinde und Lehrer (Lehrerin) je zur Hälfte.

Allfällige Reduktionen der Prämien zugunsten von abstinenter Lehrern (Lehrerinnen) kommen diesen zugut.

§ 8. Es ist der Gemeinde (Bezirk) oder dem Erziehungsrat freigestellt, in bezug auf die Stellvertretung und die Versicherung bei Lehrschwestern mit dem betreffenden Mutterhaus besondere, von dieser Verordnung abweichende Abmachungen zu treffen.

§ 9. Differenzen betreffend Anwendung und Auslegung dieser Verordnung entscheidet nach Anhörung der Parteien der Erziehungsrat, endgültig der Regierungsrat.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit Beginn des Schuljahres 1921/22 in Rechtskraft.

## 2. Statuten der Lehrerkasse des Kantons Schwyz. (Vom 12. Dezember 1921.)

### I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Lehrerkasse des Kantons Schwyz hat den Zweck, dem weltlichen Stande angehörende Lehrer und Lehrerinnen, sowie die Witwen und Waisen der Lehrer zu unterstützen.

§ 2. Zum Eintritt in die Lehrerkasse sind alle aktiven Sekundar- und Primarlehrer weltlichen Standes verpflichtet.

Die Kasse ist nicht verpflichtet, Lehrer, die nach zurückgelegtem 40. Altersjahre in den kantonalen Schuldienst treten, aufzunehmen.

Fachlehrern mit wenigstens 15 Wochenstunden, Lehrerinnen und Seminarlehrern ist der Eintritt freigestellt. Über deren Aufnahme entscheidet der Verwaltungsrat.

§ 3. Wer vor Ablauf von 10 Dienstjahren den kantonalen Schuldienst verläßt, hat aus der Lehrerkasse des Kantons Schwyz auszutreten, ist jedoch berechtigt, die Hälfte der einbezahlten Personalbeiträge zinslos zurückzuverlangen, wenn er über 5 Jahre zur Kasse beigetragen hat.

Nach 10 Jahren Schuldienst im Kanton Schwyz kann der aus dem Kanton oder aus dem kantonalen Schuldienst tretende Lehrer Mitglied der Kasse bleiben, hat aber einen jährlichen Beitrag von Fr. 200 zu bezahlen, wovon Fr. 100 als Äquivalent des auf die einzelnen Mitglieder entfallenden Staatsbeitrages berechnet werden.

§ 4. Lehrer, die infolge strafgerichtlichen Urteils des Lehrpatentes verlustig gehen, verlieren jeden Anspruch auf Kassaleistungen. In diesem Falle ist die Hälfte der bisher entrichteten persönlichen Beiträge an Frau und Kinder zinslos zurückzuzahlen, abzüglich eventuell bereits bezogene Nutznießungen.

### II. Das Vermögen.

§ 5. Das Vermögen wird gebildet:

- a) Aus dem schon vorhandenen Fonds der Lehrerkasse;
- b) aus den jährlichen Beiträgen der Lehrerschaft;
- c) aus dem Jahresbeitrag der Staatskasse;
- d) aus dem Beitrag aus der Schulsubvention;
- e) aus den Beiträgen der Gemeinden;
- f) aus den Beiträgen der Jützischen Direktion;



- g) aus den Stipendienrückzahlungen, die von Unterstützten aus dem Jützischen Fonds durch Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen fällig werden;
- h) aus Hochzeitstaxen und Schenkungen;
- i) aus Bußgeldern.

§ 6. Das Vermögen der Lehrerkasse darf seinem Zwecke nicht entfremdet werden. Für die Beiträge der Mitglieder gelten folgende Bestimmungen:

- a) Jedes Mitglied zahlt einen jährlichen Beitrag von Fr. 100, zahlbar in vierteljährlichen Raten, und zwar spätestens auf 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember.
- b) Für verzögerte Zahlungen der Beiträge ist eine Buße von 50 Cts. pro Quartal zu bezahlen.
- c) Wer beim Eintritt über 20 Jahre zählt, hat für jedes Jahr vom 20. bis zum Eintrittsalter die für diese Zeit festgesetzten Jahresbeiträge samt Zins zu 5% nachzuzahlen, in den vom Verwaltungsrat festzusetzenden Raten.
- d) Lehrer, die den kantonalen Schuldienst zeitweise verlassen, sind beim Wiedereintritt pflichtig, die für diese Zeit festgesetzten Jahresbeiträge nachzuleisten und beim Austritt bezogene Anteile ihrer früheren Personalbeiträge samt Zins zu 5% wieder zurückzuerstatten.
- e) Jedes Mitglied, das zur Zeit seines Eintrittes verheiratet ist, bezahlt einen Extrabeitrag von Fr. 50. Denselben Extrabeitrag hat jedes Mitglied bei seiner ersten Verheiratung zu entrichten.

§ 7. Es sind 40 Jahresbeiträge zu entrichten. Bei Eintritt der Nutznießung hört jede weitere Beitragspflicht auf.

§ 8. Die jährlich zur Nutznießung verfallende Summe wird gebildet:

- a) Aus dem Jahreszins des Kapitalvermögens;
- b) aus der vom Kanton zugewiesenen Schulsubvention des Bundes;
- c) aus der Hälfte sämtlicher Jahresbeiträge des Kantons und der Jützischen Direktion;
- d) aus einem Viertel der Beiträge der Mitglieder.

Die übrigen  $\frac{3}{4}$  der Personalbeiträge, sowie die Hälfte der Beiträge des Kantons und der Jützischen Direktion und alle weiteren Einnahmen, Rückvergütungen von Stipendien, Hochzeitstaxen und Schenkungen etc. müssen in den Kapitalfonds gelegt werden. Pro Teil darf nicht mehr als Fr. 30 ausbezahlt werden. Ein eventueller Überschuß muß ebenfalls kapitalisiert werden.

Abzuliefernde Rückvergütungsanteile an austretende Mitglieder sind dem Kapitalfonds zu entnehmen.

§ 9. Anrechte an dem jährlichen Nutznießungsbetrag haben:

- a) Mit 20 Teilen, Lehrer, die mit dem 65. Altersjahre in den Ruhestand treten.



- b) Mit 10 Teilen, Lehrer, die das 65. Altersjahr zurückgelegt haben und im Amte bleiben.
- c) Mit 20 Teilen, Lehrer, die nach 15jährigem Schuldienst durch körperliche oder geistige Schwäche bleibend erwerbsunfähig sind.
- d) Mit 10—20 Teilen, Mitglieder, die den kantonalen Schuldienst verlassen, aber das 65. Altersjahr zurückgelegt haben; ferner Mitglieder, die vor 15 Dienstjahren erwerbsunfähig werden, oder deren Erwerbsfähigkeit beschränkt und unter dem gesetzlichen Gehaltsminimum bleibt.
- e) Mit 15 Teilen, die Lehrerswitwen.
- f) Mit 10 Teilen, die Witwen inaktiver Lehrer.
- g) Mit 3 Teilen, die vaterlose Waise bis zum Maximum von 20 Teilen.
- h) Mit 5—20 Teilen, die vater- und mutterlosen Waisen.

Waisenkinder sind bis zum erfüllten 18. Altersjahr nutzungsberechtigt. Lehrerswitwen, die sich wieder verheiraten, verlieren die Nutzungsberechtigung. Für das Jahr der Wiederverehelichung bleiben sie jedoch nutzungsberechtigt. Die Kinder bleiben dagegen nach der Wiederverehelichung der Mutter im Besitze der Nutznießungsrechte.

§ 10. Die Nutzungsbeträge werden je auf Ende Dezember fällig und sind bis spätestens Ende Februar des folgenden Jahres an die Berechtigten auszuzahlen.

Eine Pfändung der Nutznießungsbeträge ist gemäß Art. 93 Sch. K. unzulässig.

### III. Verwaltung.

§ 11. Für die Besorgung sämtlicher Geschäfte der Lehrerkasse wird ein Verwaltungsrat bestellt.

§ 12. Der Verwaltungsrat besteht:

- a) Aus dem Präsidenten, der vom Erziehungsrat bezeichnet wird;
- b) aus acht Mitgliedern, von denen jede der vier Lehrerkonferenzen zwei auf die Dauer von vier Jahren wählt.

§ 13. Der Verwaltungsrat wählt auf vier Jahre einen Kassier und einen Sekretär.

§ 14. Der Verwaltungsrat besammelt sich jährlich wenigstens einmal, und außerordentlicherweise, so oft der Präsident oder drei Mitglieder des Verwaltungsrates es verlangen.

§ 15. Dem Verwaltungsrat liegt ob:

- a) Die Anlegung der Gelder;
- b) die Prüfung der auf Ende Dezember abgeschlossenen Jahresrechnung;
- c) die Festsetzung der Nutzungsbeträge gemäß § 9;
- d) die Deponierung der Werttitel bei der Kantonalbank;

- e) die Zustellung der detaillierten Jahresrechnung an den Erziehungsrat, an die Jützische Direktion und an die Kassamitglieder.

Die zu kapitalisierenden Gelder sind in der Regel in Wertpapieren staatlicher oder vom Staate garantierter Institute anzulegen.

§ 16. Der Kassier hat zu besorgen:

- a) den Bezug der in § 5 erwähnten Beiträge, der Stipendienrückvergütungen, der Zinsen, der Bußen, Schenkungen u. s. w.;
- b) die Auszahlung der Nutznießungen;
- c) den jährlichen Rechnungsabschluß;
- d) die jährliche Berichterstattung an den Verwaltungsrat über den Geschäftsgang, über die Fondsanlagen und die Nutznießungen;
- e) die Führung des Mitgliederverzeichnisses und der Kontrolle über die Nutznießungsberechtigten.

§ 17. Dem Präsidenten der Verwaltung steht jederzeit die Einsicht in den Kassenbestand und die Geschäftsbücher des Kassiers und des Sekretärs offen.

§ 18. Der Sekretär besorgt nebst der Protokollführung und der Korrespondenz die Eintragung der Jahresrechnung in das Protokoll.

§ 19. Für die Geschäftsbesorgung erhalten der Kassier jährlich Fr. 50, der Sekretär Fr. 10. Besondere größere Arbeiten werden extra vergütet.

Den in die Sitzung reisenden Mitgliedern des Verwaltungsrates werden pro Kilometer Entfernung 20 Cts. und ein Taggeld von Fr. 5 vergütet. Porti und Schreibmaterialien und andere Auslagen bestreitet die Kasse.

§ 20. Eine Revision dieser Statuten soll vorgenommen werden, wenn  $\frac{2}{3}$  aller beteiligten Mitglieder beim Erziehungsrat unter schriftlicher Begründung es verlangen. Der Erziehungsrat ist jedoch auch von sich aus zur Statutenrevision befugt. Jede Revision wird vor deren Festlegung einer Begutachtung der Kassamitglieder in einer durch die Erziehungsdirektion einzuberufenden Kantonalkonferenz vorgelegt.

§ 21. Diese Statuten treten mit 1. Januar 1922 in Kraft. Durch dieselben sind jene vom 2. Januar 1905 aufgehoben. Sie gelten bis zum 1. Januar 1932. Auf diesen Zeitpunkt soll den Mitgliedern eine versicherungstechnische Vorlage über Einführung des Deckungsverfahrens unterbreitet werden.

#### Übergangsbestimmungen.

§ 22. Nutzungsberechtigte Mitglieder, welche die neuen Statuten nicht annehmen, sind berechtigt, mit Rechten und Pflichten der Statuten vom 2. Januar 1905 bei der Kasse zu bleiben; ein Nutzungsteil darf aber nicht mehr als Fr. 30 betragen.

Allfällige Austrittserklärungen haben innert sechs Monaten nach Inkrafttreten vorliegender Statuten zu erfolgen. Austretende Mitglieder, die noch keine Nutznießungen bezogen haben, erhalten 70% der einbezahlten Beiträge zurück.

Die übrigen Mitglieder zahlen die laufenden Beiträge weiter bis zum 60. Altersjahr.

## **VI. Kanton Obwalden.**

### **Lehrerschaft aller Stufen.**

#### **Abänderung der Verordnung über die Lehrerunterstützungskasse.** (Vom 24. November 1921.)

Der Kantonsrat

des Kantons Unterwalden ob dem Wald,

in Rücksicht darauf, daß der Stand der Lehrerunterstützungskasse eine Erhöhung der im Kantonsratsbeschluß vom 27. März 1916 betreffend Ergänzung der Verordnung über die Lehrerunterstützungskasse vorgesehenen Leistungen gestattet,

in Abänderung beziehungsweise Ersetzung des angeführten Kantonsratsbeschlusses,

auf Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

1. Art. 2 der kantonsrätlichen Verordnung betreffend die Lehrerunterstützungskasse vom 22. Mai 1905 lautet in Ziffer 3:

„3. eine jährliche Zulage aus der Lehrerunterstützungskasse bis auf Fr. 400 vom zurückgelegten 60. Altersjahre an, sofern der Versicherte wegen Invalidität den Schuldienst verlassen muß, zu bemessen im Verhältnis zum eingetretenen und weiterbestehenden Erwerbsunfähigkeitsgrad.“

2. Die bisherige Ziffer 3 des genannten Verordnungsartikels wird Ziffer 4.

3. Vorstehende Abänderung der Verordnung über die Lehrerunterstützungskasse tritt sofort in Kraft.

## **VII. Kanton Nidwalden.**

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1921.

## **VIII. Kanton Glarus.**

### **Fortbildungsschulen.**

#### **Gesetz betreffend die Handwerkerschule Glarus.** (Erlassen von der Landsgemeinde am 1. Mai 1921.)

§ 1. Die Schulgemeinde Glarus-Riedern ist berechtigt, die von ihr im Jahre 1899 errichtete Handwerkerschule in Glarus aus den

ihr für das Volksschulwesen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterhalten, soweit ihr nicht anderweitige Einnahmen dafür zur Verfügung gestellt werden.

§ 2. Die Handwerkerschule in Glarus wird unter den gleichen Bedingungen als öffentliche Schule anerkannt wie eine Sekundarschule (Gesetz betreffend das Schulwesen § 37, Beschluß von 1919).

§ 3. Die Handwerkerschule vermittelt als gewerbliche Bildungsanstalt eine über das Lehrziel der Primarschule hinausgehende Bildung mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Handwerks. Sie steht Schülern aus allen Gemeinden des Kantons offen.

§ 4. Die Handwerkerschule umfaßt in zwei Jahreskursen das achte und neunte Schuljahr.

§ 5. In die erste Klasse der Handwerkerschule dürfen nur solche Schüler aufgenommen werden, die die siebente Primarklasse mit Erfolg besucht haben. Sie haben vor der Aufnahme eine Prüfung zu bestehen.

Schüler, die in die Handwerkerschule aufgenommen worden sind, sind pflichtig, sie während zweier Jahre regelmäßig und bis zum Ende des Schuljahres zu besuchen.

Wer die Handwerkerschule vor diesem Zeitpunkt verläßt, ist der Schulpflicht unterworfen, wie einer, der die Handwerkerschule nicht besucht hat.

§ 6. Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Lehrmittel, die Zeichenutensilien und das Schreib- und Zeichenmaterial werden den Schülern unentgeltlich abgegeben.

§ 7. Lehrplan und Lehrmittel unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 8. Die Lehrer der Handwerkerschule unterstehen den allgemeinen auf die Lehrer bezüglichen Bestimmungen der Gesetze betreffend das Schulwesen und betreffend die Besoldungen der Lehrer.

§ 9. Die Kosten der Handwerkerschule werden bestritten:

1. Aus dem Beitrag des Bundes.
2. Aus den ordentlichen jährlichen Beiträgen des Kantons (§ 61 des Gesetzes betreffend das Schulwesen, Beschluß 1919).
3. Aus den besonderen Unterstützungen des Kantons.
4. Aus den Erträgen der Schul- und Gemeindesteuern.

§ 10. Die nach Abzug des Bundes- und des ordentlichen Kantonsbeitrages verbleibenden Nettokosten des Betriebes werden vom Kanton und von denjenigen Schulgemeinden getragen, aus denen die Schule besucht wird.

Der Kanton übernimmt nach § 55, Absatz 4, des revidierten Schulgesetzes von 1919 die Hälfte derselben; die andere Hälfte wird nach der Zahl der Schüler von den Schulgemeinden beziehungsweise den Ortsgemeinden gedeckt (Schulgesetz § 55, Absatz 5, von 1919).



§ 11. Wenn die Schulgemeinde Glarus-Riedern ein der Handwerkerschule dienendes Schulhaus erstellt oder ein für die Zwecke der Handwerkerschule geeignetes Gebäude ankauft und umbaut, so leistet der Kanton daran, angesichts des kantonalen Charakters der Schule, einen Beitrag von 50 % der auf die Handwerkerschule entfallenden Gesamtbaukosten.

Im übrigen finden auch für diesen Beitrag die allgemeinen Bestimmungen über außerordentliche Ausgaben, wie Neubauten oder wesentliche Erweiterungen bestehender Schulhäuser nach § 62 des Schulgesetzes von 1907 Anwendung.

§ 12. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1921 in Kraft.

§ 13. Alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere § 17, Absatz 1, des Reglementes betreffend das Fortbildungsschulwesen von 1901, werden aufgehoben.

§ 14. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

## IX. Kanton Zug.

### Lehrerschaft aller Stufen.

#### **Gesetz betreffend die Besoldung der Primar- und Sekundarlehrer.** (Vom 31. Januar 1921.)

Der Kantonsrat beschließt:

§ 1. Die Mindestbesoldung eines weltlichen Primarlehrers beträgt Fr. 3400 nebst Entschädigung für eine ortsübliche Wohnungsmiete, sofern dem Lehrer keine geeignete Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Einer weltlichen Lehrerin sind im Minimum jährlich (Wohnungsentschädigung inbegriffen) Fr. 3000 auszubezahlen.

Lehrer und Lehrerinnen von Gesamtschulen erhalten eine jährliche Besoldungszulage von Fr. 100 bis Fr. 200.

Die Mindestbesoldung eines Sekundarlehrers beträgt Fr. 4400 nebst Wohnungsentschädigung laut Absatz 1, diejenige einer weltlichen Sekundarlehrerin (Wohnungsentschädigung inbegriffen) Fr. 3600.

Die Besoldung der einer religiösen Genossenschaft angehörenden Lehrerin beruht auf vertraglichem Übereinkommen der Gemeinde mit dem Mutterhause der betreffenden Lehrerin. Immerhin soll eine fixe Besoldung nicht weniger als die Hälfte der Besoldung einer weltlichen Lehrerin betragen.

Nach dem Ableben einer aktiven weltlichen Lehrkraft ist den Hinterlassenen die Besoldung noch für ein Vierteljahr weiter zu verabfolgen.

Die Besoldung der Hilfs- oder Fachlehrer an Primar- und Sekundarschulen bestimmt die Schulgemeinde, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Erziehungsrat. Sie richtet sich nach den an den betreffenden Lehrer gestellten Anforderungen.



Die fixen Besoldungen der Primar- und Sekundarlehrer sind in monatlichen Raten auszuzahlen.

Die Lehrer der Bürgerschule erhalten Fr. 3 pro Stunde (Korrekturen inbegriffen) und diejenigen der Fortbildungsschule Fr. 3.50 im Minimum.

§ 2. Außer der Lehrer-, Pensions- und Krankenkasse, die durch einen eigenen Erlaß geregelt ist, bestehen noch die kantonalen Institute der Dienstalterszulagen und der Altersfürsorge.

a) Dienstalterszulagen. Der Kanton entrichtet jedem Lehrer der Primar- und Sekundarschule Dienstalterszulagen von Fr. 1000, erreichbar nach 16 Dienstjahren, wobei die Hälfte eines allfällig außerkantonalen Dienstes angerechnet wird. Die Zulage beginnt somit nach dem 4. Dienstjahr mit Fr. 200 und steigert sich je nach 3 weiteren Jahren um Fr. 200, so daß sie nach 7 Jahren Fr. 400, nach 10 Jahren Fr. 600, nach 13 Jahren Fr. 800 und nach 16 Dienstjahren jährlich Fr. 1000 beträgt.

Die weltlichen Lehrerinnen erhalten  $\frac{3}{4}$  dieser Dienstalterszulagen.

Die Dienstalterszulagen werden der Lehrerschaft vierteljährlich ausbezahlt.

b) Altersfürsorge. Der Kanton macht für jeden definitiv angestellten Hauptlehrer und jede Hauptlehrerin weltlichen Standes an der Primar- und Sekundarschule nach dem ersten Jahre der Anstellung bis zum Austritt aus dem zugerischen Schuldienst, längstens bis zum 65. Altersjahr, Spareinlagen von jährlich Fr. 150. Nach dem 20. Dienstjahr wird der Inhaber des Sparguthabens berechtigt, jährlich den Zins zu beziehen. Im übrigen werden die Einlagen samt Zinsen beim Austritt aus dem zugerischen Schuldienst dem Lehrer oder der Lehrerin selbst und beim Tode eines Lehrers oder einer Lehrerin den Erbberechtigten vollständig ausbezahlt.

Wird ein Lehrer oder eine Lehrerin wegen grober Pflichtverletzung oder aus moralischen Gründen nicht wieder gewählt oder entlassen, oder wird die Lehrstelle unter Nichteinhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist verlassen, so verfallen die Spareinlagen der letzten drei Jahre zugunsten der Lehrer-Pensions- und Krankenkasse.

Die Spareinlagen dürfen, so lange sie an den Lehrer nicht ausgehändigt sind, weder an Dritte abgetreten, noch verpfändet werden.

§ 3. Fachlehrer, z. B. Arbeitslehrerinnen, Gesang- und Turnlehrer, welche ungefähr für die gleiche Stundenzahl wie ein Hauptlehrer zum Schuldienst verpflichtet sind, haben auf die in § 2 genannten Institute ebenfalls Anspruch. Wer nicht den vollen Wochen dienst zu leisten hat, erhält die Dienstalterszulagen, sowie die Einlagen der Altersfürsorge nach proportionaler Berechnung.

§ 4. Bei ärztlich ausgewiesener Krankheit oder Militärdienst eines Lehrers wird die Besoldung des Stellvertreters während der

ersten 3 Monate von Lehrer, Gemeinde und Kanton je zu einem Drittel getragen. Bei längerer Krankheit teilen sich Gemeinde und Kanton in die Stellvertretungskosten. Einem Stellvertreter ist wenigstens die gesetzliche Mindestbesoldung zu verabfolgen. Wenn die Krankheitsdauer 10 Schulmonate übersteigt, ist wiederum ein Definitivum zu schaffen.

§ 5. Die mit fixen Jahresbesoldungen an öffentlichen Schulen angestellten Lehrer und Lehrerinnen dürfen, Frühlings- und Herbstferienzeit ausgenommen, ohne Bewilligung des Erziehungsrates keine andere besoldete oder zeitraubende Stelle bekleiden. Ergeben sich Übelstände oder Nachteile für die Schule, so kann eine erteilte Bewilligung wieder zurückgezogen werden.

Agenturen sind den Lehrern und ihren Frauen untersagt. Die bestehenden Agenturen sind von der Lehrerschaft innert 2 Jahren abzugeben.

§ 6. Durch dieses Gesetz werden alle damit in Widerspruch stehenden frühern Bestimmungen, insbesondere §§ 55, Absatz 2, und 68, 69, 73 des Schulgesetzes vom 7. November 1898, aufgehoben.

§ 7. Dieses Gesetz tritt — vorbehältlich Geltendmachung der verfassungsmässigen Volksrechte — sofort in Kraft und ist rückwirkend bis 1. Januar 1920. Der Regierungsrat ist mit der Vollziehung beauftragt.

## **X. Kanton Freiburg.**

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1921.

## **XI. Kanton Solothurn.**

### **1. Primar- und Bezirksschulen.**

#### **I. Regulativ über die Äufnung der Primarschulbibliotheken des Kantons Solothurn. (Vom 19. November 1921.)**

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,  
in der Absicht, Differenzen, die bei Anschaffung der Bücher für die Schulbibliotheken entstehen können, zu vermeiden,

in Anwendung der §§ 10, 42, 66 und 59 des Primarschulgesetzes vom 27. April 1873 und der §§ 71 ff. der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877,

nach Vorberatung durch den Erziehungsrat und auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

#### **A. Äufnung durch die Gemeinden und private Schenkungen.**

§ 1. Jede Schulgemeinde besitzt eine Bibliothek. In größeren Gemeinden kann für die verschiedenen Schulstufen oder Schulklassen je eine Bibliothek errichtet werden.

§ 2. Die Schulgemeinde sorgt für die Beschaffung der notwendigen, möglichst staubfreien, verschleißbaren und zweckdienlichen Schränke zur Unterbringung der Bücher.

§ 3. Für die Anschaffung neuer und den Ersatz oder Neueinband defekter Bücher ist es wünschenswert, daß jede Gemeinde einen jährlichen Beitrag von mindestens Fr. 1 pro Schulkind leiste. Bei Gemeinden mit weniger als 40 Schülern sollte der Gemeindebeitrag wenigstens Fr. 40 betragen.

§ 4. Über die Anschaffung neuer Bücher und die Annahme von Bücherschenkungen entscheidet die Schulbibliothekkommission der Schulgemeinde. Diese Kommission besteht aus:

- a) Dem Präsidenten der Gemeindeschulkommission;
- b) den betreffenden Schulinspektoren;
- c) den betreffenden Lehrern, die die Schulbibliotheken führen.

Die Gemeindeschulkommissionen und Schulinspektoren sind gehalten, über den Zustand der Bibliothek zu wachen (§ 66 des Primarschulgesetzes vom 27. April 1873 und § 94, lit. g, der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877).

§ 5. Als Wegleitung für die Auswahl und Annahme der Bücher gilt nachfolgendes:

Die Werke aus schweizerischer und deutscher Dichtung müssen dem jugendlichen Verständnis angemessen sein und erzieherisch auf Gesinnung und Gemüt einwirken; sie sollen die jugendliche Einbildungskraft beleben, das Gefühl für das Schöne stärken und das Wissen fördern. Durch die Herbeiziehung der trefflichsten schweizerischen Dichter und Schriftsteller wird das Verständnis und die Liebe zur Heimat gefördert.

Der politische und religiöse Charakter von Schriften ist für deren Aufnahme in die Bibliothek kein Ausschließungsgrund. Einseitige und tendenziöse Schriften politischer und religiöser Natur, die geeignet sind, Andersdenkende zu kränken, dürfen den Schulbibliotheken nicht einverleibt werden.

Bei Neuanschaffung von Büchern sollen in erster Linie die Schweizer Autoren und die Erzeugnisse der schweizerischen Verlage berücksichtigt werden.

§ 6. Jeder Lehrer ist gehalten, dem Erziehungsdepartement immer auf den Beginn des Schuljahres ein Verzeichnis der während dem verflossenen Schuljahr der Bibliothek zugekommenen Bücher zu übersenden (§ 71 der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877).

§ 7. Allfällige Differenzen über Anschaffung oder Aufnahme von geschenkten Büchern in die Schulbibliotheken entscheidet nach Begutachtung des Streitpunktes durch die kantonale Jugendschriftenkommission das Erziehungsdepartement.

### **B. Äufnung durch den Staat.**

§ 8. Das Erziehungsdepartement verteilt alljährlich im Umfange des vom Kantonsrat hiefür bewilligten Kredites an alle Schulgemeinden des Kantons eine Anzahl von der kantonalen Jugendschriftenkommission empfohlener Bücher.

§ 9. Dieser Bücherabgabe durch den Staat wird alljährlich für die Oberschulen das Bändchen „Mitteilungen“ der Jugendschriftenkommission des schweizerischen Lehrervereins beigegeben, sowie in freier Folge Verzeichnisse derjenigen Schriften, die von der kantonalen Jugendschriftenkommission empfohlen werden.

Diese Verzeichnisse sind in den Bibliothekskatalog einzutragen.

### **C. Allgemeine Bestimmungen.**

§ 10. Den Schulgemeinden wird empfohlen, für ihre Schulbibliotheken ein Reglement aufzustellen.

§ 11. Dieses Regulativ tritt sofort in Kraft.

---

## **2. Programm für das Turnen an den Primar- und Bezirksschulen für das Winterhalbjahr 1921/22.**

---

### **2. Fortbildungsschulen.**

#### **3. Lehrplan für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen.** (Vom 1. März 1921.) [Vorläufig provisorisch für zwei Jahre.]

---

### **3. Berufsschulen.**

#### **4. Reglement für die kantonale hauswirtschaftliche Schule Solothurn.** (Vom 5. Februar 1921.)

##### **I. Aufgabe der Schule.**

Art. 1. Die kantonale hauswirtschaftliche Schule Solothurn hat die Aufgabe, Frauen und Töchtern aller Stände in kurzfristigen, nicht teuren Kursen die Kenntnisse zu vermitteln, wie sie für die Führung eines einfachen bäuerlichen oder bürgerlichen Haushaltes notwendig sind. Der Unterricht soll sich nicht nur auf Kochen, Nähen, Flicken, Waschen und Glätten, überhaupt auf die Hausgeschäfte erstrecken, sondern es sollen die Töchter auch in Garten- und Feldgemüsebau, in Geflügel- und Schweinehaltung unterrichtet werden.

Die Kurse dauern 4½ bis 5 Monate und beginnen in der Regel Mitte April.

Außerdem können an der Schule je nach Bedürfnis kurzfristige Kurse über aktuelle hauswirtschaftliche Gebiete abgehalten werden.



## II. Hilfsmittel und Ausrüstung.

Art. 2. Der hauswirtschaftlichen Schule stehen sämtliche Einrichtungen der landwirtschaftlichen Winterschule, also auch deren Bibliothek und Sammlung zur Verfügung.

## III. Schülerinnen.

Art. 3. a) Aufnahmebedingungen. Die Anmeldungen sind jeweilen bis Ende März mündlich oder schriftlich an die Direktion der Schule zu richten. Aufgenommen werden nur Frauen und Töchter, die mindestens 17 Jahre alt, gut beleumdet und befähigt sind, dem Unterricht zu folgen. Verlangt wird eine gute Primarschulbildung.

b) Verpflegung und Kostgeld. Die Schülerinnen werden in der Lehranstalt verpflegt und bilden mit der Familie des Vorstehers und den Hauptlehrerinnen einen gemeinsamen Haushalt. Für Kost und Logis haben sie einen vom Regierungsrat zu bestimmenden Betrag zu entrichten, der in zwei Raten zu Beginn und in der Mitte des Kurses zu bezahlen ist.

Vorzeitig Austretende haben nur Anspruch auf Rückvergütung des Kostgeldes, wenn sie wegen Erkrankung oder infolge Todesfalls oder Krankheit in der Familie wegbleiben müssen.

Die Schülerinnen haben in die Lehranstalt mitzubringen:

Genügend Leibwäsche für einen Monat;

6 Waschtücher;

6 Handtücher;

6 Küchenschürzen;

3 große Hausschürzen, ferner Zahn-, Kleider- und Schuhbürste, sowie Nähzeug.

Die Wäsche muß deutlich gezeichnet sein.

c) Stipendien. Stipendien werden verabfolgt in der Form von Kostgelderlassen. Das Kostgeld kann unbemittelten, tüchtigen Schülerinnen ganz oder teilweise erlassen werden. Regel soll sein, daß die erste Rate des Kostgeldes immer entrichtet wird. Im übrigen erfolgt die Ausrichtung von Stipendien unter den gleichen Bedingungen wie die Stipendiengewährung bei der landwirtschaftlichen Winterschule.

Gesuche um Stipendien sind mit der Anmeldung an die Direktion zu richten. Über den Kostgelderlaß entscheidet auf Antrag der Aufsichtskommission der Regierungsrat.

d) Schlußprüfung und Zeugnisse. Am Schlusse jedes Kurses findet eine öffentliche praktische und theoretische Prüfung statt.

Ein Schlußzeugnis gibt Aufschluß über das Betragen im allgemeinen, sowie über den Fleiß und die Leistungen der Schülerinnen in den einzelnen Fächern.



#### IV. Aufsicht.

Art. 4. Die kantonale hauswirtschaftliche Schule steht unter der Oberaufsicht des Regierungsrates. Geschäftsleitendes Organ ist das Erziehungsdepartement. Die nähere Überwachung der Schule untersteht einer Aufsichtskommission von 5 Mitgliedern zuzüglich eines Präsidenten.

Der Vorsteher der Schule und seine Frau haben den Sitzungen der Aufsichtskommission mit beratender Stimme beizuwohnen.

Das Inspektorat wird durch eine eidgenössische und eine kantonale Expertin ausgeübt.

#### V. Direktion und Lehrerschaft.

Art. 5. Die unmittelbare Leitung der Schule liegt dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Schule ob. Er wird in diesen Funktionen von seiner Frau unterstützt und im Verhinderungsfalle vertreten.

Der Regierungsrat wählt jeweilen auf Vorschlag der Aufsichtskommission die notwendigen Lehrkräfte und setzt deren Honorare fest. Lehrerinnen und Lehrer erteilen den Unterricht gemäß dem Unterrichtsprogramm und dem vom Vorsteher nach Rücksprache mit der Lehrerschaft aufgestellten Stundenplan und besorgen die weitem Obliegenheiten nach Anordnung des Leiters der Schule.

#### VI. Schul- und Hausordnung.

Art. 6. Die Schul- und Hausordnung der landwirtschaftlichen Winterschule findet auch für die hauswirtschaftliche Schule Anwendung. Notwendige Änderungen sind nach Rücksprache mit der Lehrerschaft und unter Meldung an die Aufsichtskommission durch den Vorsteher der Schule zu verfügen.

## XII. Kanton Baselstadt.

### 1. Allgemeines.

#### I. Stipendienordnung. (Vom 4. April 1921.)

Der Erziehungsrat des Kantons Baselstadt hat in Ausführung der §§ 66 und 75 des Schulgesetzes und unter Aufhebung der Stipendienordnung vom 3. Dezember 1892 folgende Vorschriften betreffend Verwaltung und Verwendung des Schulstipendienfonds, sowie des in § 66 des Schulgesetzes festgesetzten Stipendienkredites, aufgestellt:

#### I. Stipendienkommission.

§ 1. Für die Verwaltung des Schulstipendienfonds und anderer Schulstiftungen in der Stadt und die Verwendung des Ertrages derselben, sowie des in § 66 des Schulgesetzes festgesetzten Stipendien-

kredites besteht eine Stipendienkommission von neun Mitgliedern, welche vom Erziehungsrat auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

In der Kommission sollen die wichtigsten in Betracht fallenden Schulanstalten und das Lehrlingspatronat vertreten sein.

Der Vorsteher des Erziehungsdepartements führt von Amtes wegen den Vorsitz in der Stipendienkommission.

Die Sekretariatsgeschäfte der Stipendienkommission werden durch einen der Kommission als Sekretär beigegebenen Beamten des Erziehungsdepartements besorgt.

§ 2. Die Stipendienkommission übt ihre Tätigkeit aus gemäß den nachfolgenden Bestimmungen und erstattet alljährlich auf Schluß des Kalenderjahres dem Erziehungsrat und dem Regierungsrat Bericht und Rechnung über die Verwaltung und Verwendung des Schulstipendienfonds sowie des Stipendienkredites.

## II. Schulstipendienfonds.

§ 3. Die Stipendienkommission verwaltet den Schulstipendienfonds, wie derselbe infolge der Ausscheidung des Fiscus Gymnasii aus dem Vermögen der Universität in ihre Hand übergegangen ist, und die Stiftungen, welche einzelnen anderen Schulen für Stipendienzwecke gemacht worden sind oder noch gemacht werden.

§ 4. Die Kommission ist befugt, die Verwaltung der Kapitalien einem sachverständigen Verwalter zu übertragen; Kapitalanlagen sollen aber nur auf Grund einstimmigen Beschlusses der Kommission und nach den Grundsätzen, welche für die Anlage von Vogtsgeldern aufgestellt sind, gemacht werden.

§ 5. Für Bezüge von Geld in laufender Rechnung genügt die Unterschrift des Präsidenten der Kommission; zur rechtsgültigen Quittung für Kapitalrückzahlungen ist die Unterschrift des Präsidenten und eines durch die Kommission hiezu bezeichneten Mitgliedes erforderlich.

§ 6. Die verschiedenen Stiftungen bilden, soweit nicht ausdrücklich das Gegenteil bestimmt ist, für die Verwaltung nur einen Fonds. Stiftungen, welche zugunsten einer bestimmten Schule oder bestimmter Familien bestehen, werden in ihrem Kapitalbestande in der Jahresrechnung besonders aufgeführt; den Schulstiftungen wird ein allfälliger Zinsüberschuß jährlich gutgeschrieben; nicht verwendete Zinsen von Familienstipendien fallen in den Schulstipendienfonds.

§ 7. Es soll in keinem Jahre mehr für Stipendien verwendet werden, als der Betrag der eingehenden Zinsen. Überschüsse dienen zur Äufnung des Kapitals; Kapitaleingriffe sind untersagt.

§ 8. Die Kommission stellt fest, für welche Familienstipendien zurzeit noch genußberechtigte Verwandtschaft vorhanden ist, und wie groß der Betrag dieser einzelnen Stipendien ist; das Ergebnis

dieser Untersuchung soll in angemessener Weise periodisch veröffentlicht werden.

§ 9. Die Kommission wird in einem Stiftungsbuche (Legatarium) den Wortlaut aller bestehenden und inskünftig noch erfolgenden Stiftungen eintragen und ist zur sorgfältigen Aufbewahrung aller Dokumente verpflichtet.

§ 10. Der Ertrag des allgemeinen Fonds soll in erster Linie gutbegabten minderbemittelten Schülern des obern Gymnasiums und der oberen Realschule zugute kommen; im Kanton Wohnhafte genießen vor auswärts Wohnenden den Vorzug.

§ 11. Die Direktoren der genannten Anstalten werden jeweilen im Herbst die Schüler, welche ein Stipendium erwerben wollen, einladen, ihre Bewerbungen durch Eltern oder Vormünder einzugeben.

§ 12. Die Direktoren übermitteln die eingegangenen Bewerbungen nach Anhörung der Lehrerschaft mit ihrem Gutachten an die Stipendienkommission; diese entscheidet endgültig über die Begehren.

§ 13. Die Stipendien werden jeweilen für die Dauer eines Jahres zugesprochen; Schüler, denen ein Stipendium zuerkannt worden ist, haben, sofern sie in späteren Jahren wieder ein Stipendium zu erhalten wünschen, die Gesuche zu erneuern.

§ 14. Schülern, welche sich in bezug auf Fleiß oder Betragen Tadel zugezogen haben, kann auf Antrag der beteiligten Lehrer das Stipendium zurückgelegt oder auf bestimmte oder unbestimmte Zeit entzogen werden.

§ 15. Der jährliche Betrag des Stipendiums in den obern Schulen ist:

|               |                  |
|---------------|------------------|
| für die 1.    | Klasse Fr. 200.— |
| „ „ 2.        | „ „ 250.—        |
| „ „ 3.        | „ „ 300.—        |
| „ „ 4. und 5. | „ „ 350.—        |

§ 16. An nicht mehr schulpflichtige Schüler der untern Abteilung der in § 10 genannten Schulanstalten (unteres Gymnasium und untere Realschule) können jährliche Stipendien bis auf Fr. 240.— bewilligt werden; im übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 10—14 auch für diese Stipendien.

§ 17. Familienstipendien sollen in der Regel nur an Schüler der untern Mittelschule verabfolgt werden; und zwar im ganzen Zinsbetrage an ein Mitglied der berechtigten Familie, solange es die untere Mittelschule besucht; beim Besuche der oberen Mittelschule nur, sofern kein anderer Berechtigter das Stipendium beansprucht.

Zur Bewerbung genügt der Nachweis der Verwandtschaft, doch kann die Lehrerschaft gegen die Verabfolgung Einsprache erheben bei beharrlichem Unfleiß oder unbefriedigendem Betragen des Petenten.

§ 18. Die Stipendien werden halbjährlich gegen Schluß des Schulhalbjahres durch Vermittlung des Rektorates an die Schüler ausbezahlt.

§ 19. Für bestehende und neue Stiftungen sind im übrigen die besonderen Stiftungsbedingungen maßgebend, auch wenn sie obigen Bestimmungen widersprechen.

### III. Stipendienkredit.

§ 20. Aus dem der Stipendienkommission zur Verfügung stehenden Stipendienkredit können an begabte unbemittelte Kantonsangehörige, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter stehen, Stipendien bewilligt werden, wenn sie ihre Vorbildung zum größten Teil im hiesigen Kanton erworben haben.

Kantonsbürger können Stipendien erhalten, auch wenn sie nicht im Kanton wohnen; sie können auch ausnahmsweise bedacht werden, wenn sie ihre Vorbildung auswärts erworben haben.

Die Stipendien sollen zur Ausbildung der Bedachten an hiesigen oberen Mittelschulen, einschließlich der Fortbildungsklassen der Sekundarschulen, oder zur Ausbildung an hiesigen oder auswärtigen höheren Lehranstalten dienen.

Für die aus dem staatlichen Stipendienkredit bedachten Stipendiaten fällt die Berechtigung zum Genuß weiterer staatlicher Stipendien dahin.

§ 21. Die Stipendien werden jeweilen im Herbst, nach vorausgegangener öffentlicher Bekanntmachung, durch die Stipendienkommission zugesprochen.

Die Anmeldungen sind von den Bewerbern oder ihren Eltern oder Vormündern jährlich im Monat August auf besonderem, vom Sekretariat der Stipendienkommission zu beziehenden Formular schriftlich einzugeben, unter Beilegung eines Berichtes über den bisherigen Bildungsgang und die beabsichtigte weitere Ausbildung sowie des Schulzeugnisses über das letzte Schul- beziehungsweise Studienjahr.

#### *A. Stipendien für höhere Ausbildung.*

§ 22. Die Stipendien für Ausbildung an höheren Lehranstalten werden jeweilen auf die Dauer eines Jahres zugesprochen.

Die Ausweisung der jährlichen Stipendienbeträge erfolgt:

die erste Hälfte am Ende des Sommersemesters,

die zweite Hälfte am Ende des Wintersemesters.

Zur Erlangung der ersten Hälfte ist die Vorlage des Semesterzeugnisses über das Sommersemester, zur Erlangung der zweiten Hälfte neben der Vorlage des Zeugnisses über das Wintersemester ein Studienbericht notwendig.

Bewerber, die bereits ein Stipendium erhalten haben und um ein weiteres Einkommen, haben ihrer schriftlichen Eingabe die Zeugnisse über das abgelaufene Schuljahr beizufügen.



§ 23. Stipendiengenössigen, welche sich in bezug auf Fleiß oder Betragen Tadel zugezogen haben, kann das Stipendium zurückgelegt oder auf bestimmte oder unbestimmte Zeit entzogen werden.

§ 24. Die Stipendien betragen im Minimum Fr. 300.— und im Maximum Fr. 800.— pro Jahr.

Ausnahmsweise kann ein Jahresstipendium bis auf Fr. 1000.— erhöht werden. Für besondere Zwecke (Studienreisen, temporäre Bildungs- und Unterrichtskurse, Besuch von Ausstellungen u.s.w.) können einmalige Stipendien bis zum Höchstbetrage von Fr. 500.— bewilligt werden.

Der jährliche Betrag eines Stipendiums kann einem Bewerber höchstens viermal zugesprochen werden.

Ausnahmsweise kann in geeigneten Fällen der Maximalbetrag eines Stipendiums auf einmal bewilligt werden.

#### *B. Schülerstipendien.*

§ 25. Für die in Absatz 3 des § 20 genannten Schüler und Schülerinnen betragen die jährlichen Stipendien:

|                                         |           |
|-----------------------------------------|-----------|
| im 9. Schuljahr . . . . .               | Fr. 200.— |
| im 10. „ . . . . .                      | „ 250.—   |
| im 11. „ . . . . .                      | „ 300.—   |
| im 12. und eventuell im 13. Schuljahr „ | 350.—     |

§ 26. An nicht mehr schulpflichtige Schüler und Schülerinnen der unteren Mittelschulen und der Sekundarschulen können ausnahmsweise jährliche Stipendien bis auf Fr. 240.— bewilligt werden.

§ 27. Für die in den §§ 25 und 26 aufgeführten Schülerstipendien gelten im übrigen ebenfalls die Bestimmungen der §§ 12—14 und 18 der Stipendienordnung.

#### **IV. Schlußbestimmungen.**

§ 28. Freiwillig zurückbezahlte Stipendienbeträge und allfällige weitere außerordentliche Beiträge werden in einen Spezialfonds gelegt, der zur Ergänzung ungenügender Stipendienbeträge oder zur Verabfolgung außerordentlicher Stipendien zu verwenden ist.

§ 29. Aus dem Stipendienkredit können auch jährliche Zuschüsse zu den Einnahmen des Schulstipendienfonds und, auf Antrag der Regenz, zu den Einnahmen des akademischen Vermächtnisfonds durch die Stipendienkommission bewilligt werden.

## **2. Ordnung betreffend die Abgabe der obligatorischen Lehrmittel und Materialien. (Vom 17. Dezember 1921.)**



## 2. Lehrerschaft aller Stufen.

### 3. Beschluß des Regierungsrates betreffend die Einrichtung von Prüfungen für Kandidaten des Lehramts auf der oberen und mittleren Stufe des Unterrichts vom 17. Mai 1913/14. Februar 1914. (Vom 5. Juli 1921.)

Der Erziehungsrat hat folgende Abänderung der §§ 11 und 12 der Ordnung betreffend die Einrichtung von Prüfungen für Kandidaten des Lehramts auf der oberen und mittleren Stufe des Unterrichts vom 17. Mai 1913/14. Februar 1914 beschlossen:

§ 11. Die Prüfungsgebühr beträgt Fr. 80.— und muß vor der Prüfung bei dem Sekretariate der Prüfungskommission erlegt werden; die Gebühr für Ergänzungsprüfungen bestimmt die Kommission im einzelnen Falle.

Petenten, welche die Prüfung das erste Mal nicht bestanden haben, bezahlen bei Wiederholung der Prüfung die halbe Gebühr.

§ 12. Die Examinatoren erhalten für jede mündliche Prüfung Fr. 10.—, für die schriftliche Prüfung Fr. 12.—; das der mündlichen Prüfung vorsitzende Mitglied der Prüfungskommission erhält Fr. 5.—.

Die Prüfungskommission setzt die Entschädigung für das Sekretariat fest.

## XIII. Kanton Baselland.

### Primar- und Sekundarschule.

**Lehrplan für Haushaltungskunde.** (Vom 2. März 1921.) [Provisorisch für Arbeitschulunterricht des 8. Schuljahres in Primar- und Sekundarschulen.]

## XIV. Kanton Schaffhausen.

### Lehrerschaft aller Stufen.

**Reglement für die Fähigkeitsprüfungen der Elementarlehrer (Primarlehrer) im Kanton Schaffhausen.** (Vom 19. Mai 1921.)

Der Erziehungsrat des Kantons Schaffhausen, in Vollziehung der Art. 101, 102, 103, 120 und 121 des Schulgesetzes und in Abänderung des „Reglementes für die Prüfung der Elementar- und Reallehrer“ vom 27. Februar 1890,

beschließt und verordnet

was folgt:

#### I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die ordentlichen Fähigkeitsprüfungen für die Elementarlehrer (Primarlehrer) werden durch den Erziehungsrat in der Regel auf Ende jedes Winterhalbjahres angesetzt. Die Prüfungen sind un-

entgeltlich. Zeit und Ort derselben werden mindestens einen Monat vor ihrer Abhaltung im Amtsblatt bekanntgegeben.

§ 2. Die Prüfungen werden unter der Aufsicht von Mitgliedern des Erziehungsrates unter Zuzug der Schulinspektoren von besonders ernannten Examinatoren abgenommen. Der Erziehungsdirektor oder sein Stellvertreter übernimmt die Leitung der Prüfungen. Er stellt die Prüfungspläne fest und führt den Vorsitz in den Beratungen über die Ergebnisse der Prüfungen. Er genehmigt nach den Vorschlägen der Examinatoren die Themata für die schriftlichen Arbeiten. Das Aktuariat der Prüfungsverhandlungen führt die Kanzlei des Erziehungsrates.

Die Experten und Examinatoren beziehen für ihre Bemühungen eine Vergütung nach den Bestimmungen des Besoldungsgesetzes.

§ 3. Zu den Fähigkeitsprüfungen werden nur Bewerber zugelassen, die einen mindestens vierjährigen Studiengang an einem schweizerischen Seminar durchlaufen haben. In Ausnahmefällen kann auch ein anderer Bildungsgang als ausreichend betrachtet werden. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Erziehungsrat.

§ 4. Wer die Prüfung bestehen will, hat sich bei der Erziehungsdirektion schriftlich anzumelden. Die Seminaristen der Kantonsschule gelten nach § 7 als angemeldet. Der Anmeldung sind Ausweise über Alter, Gesundheit, Studiengang und Leumund beizufügen.

Der Bewerber muß bis zum Anmeldungstermin das 19. Altersjahr zurückgelegt haben. Ungünstige Studien- oder Sittenzeugnisse, sowie körperliche Gebrechen, die im Lehrerberufe hindernd wirken, können als Grund für die Abweisung der Anmeldung in Betracht kommen.

## II. Umfang, Inhalt und Organisation der Prüfungen.

§ 5. Die Fähigkeitsprüfungen umfassen folgende Fächer:

1. Pädagogik, Psychologie und Probelektionen.
2. Religionslehre.
3. Deutsche Sprache und Literatur.
4. Französische Sprache.
5. Allgemeine und Schweizer Geschichte.
6. Geographie.
7. Arithmetik und Algebra. Geometrie.
8. Naturwissenschaften.
9. Musik.
10. Zeichnen.
11. Schreiben und Buchhaltung.
12. Turnen.
13. Handfertigkeit.

§ 6. Die Lehrziele und Stoffpensen finden sich im Lehrplan und in den Jahresberichten der Kantonsschule. Sie geben die verbindliche Anleitung über den Umfang der Kenntnisse, die in den Prüfungen gefordert werden können.

§ 7. Der Erziehungsrat ist befugt, auf Vorschlag des Hauptlehrers der Seminarabteilung unter den angegebenen Fächern eine Auswahl zu treffen oder die Prüfung auf alle Fächer auszudehnen. Die auswärtigen Kandidaten können die Prüfung auf einmal oder in zwei getrennten Teilen ablegen, die in der Regel auf zwei aufeinanderfolgende Jahre fallen müssen.

Die Schüler des Schaffhauser Seminars werden am Ende des dritten Kurses zum ersten Teil, am Ende des vierten Kurses zum zweiten Teil der Prüfung zugelassen. Die Prüfung erstreckt sich jeweilen über den Stoff, der im letzten Jahre, in dem das Fach im Lehrplan eingesetzt war, behandelt wurde.

§ 8. Die Prüfungen sind schriftlich und mündlich in den Fächern Deutsch und Mathematik, in den übrigen Fächern nur mündlich. Die schriftlichen Prüfungen gehen den mündlichen voran. Die Arbeiten zirkulieren beim Examinator und bei zwei Mitgliedern der Aufsichtsbehörde. Für die schriftlichen Prüfungen werden in jedem Fache drei bis vier Stunden zur Lösung der Aufgaben angesetzt und mehrere Themata zur Auswahl gestellt. Die Ausführung der Arbeiten wird überwacht. Außer den Logarithmentafeln ist jede Benützung von Hilfsmitteln untersagt; die Überschreitung dieses Verbotes zieht die Kassation der Prüfung nach sich.

§ 9. Die Noten für die Leistungen werden von den anwesenden Mitgliedern der Aufsichtsbehörde und vom Examinator erteilt und aus ihnen das arithmetische Mittel genommen. Bei den Seminaristen der Kantonsschule wird auch die Erfahrungsnote berücksichtigt. In den Fächern, in denen nicht geprüft wird, gilt die Erfahrungsnote der letzten zwei Quartale, in welchen das betreffende Fach zuletzt unterrichtet wurde.

Als Notenskala gelten die Ziffern 6—1, wobei 6 als die beste, 1 als die schlechteste Note anzusehen ist. Es kommen nur ganze und halbe Noten in Betracht.

§ 10. Die Prüfungen gelten als erfolgreich bestanden, wenn die Summe der Einzelnoten dividiert durch die Zahl der Fächer im Minimum den Durchschnitt 4 ergibt und wenn in keinem der Fächer Pädagogik, Deutsch und Mathematik die Prüfungsnote unter 4 ist. Andernfalls hat der Kandidat eine Nachprüfung in dem Fache zu bestehen, in welchem die Prüfungsnote unter 4 steht. Die Nachprüfung muß innert zwei Jahren nach der abgelegten Prüfung stattfinden. Ein Kandidat kann nur einmal zur Nachprüfung zugelassen werden.

§ 11. Die Ergebnisse der Prüfungen werden den Kandidaten gleich nach der Prüfung mündlich mitgeteilt und später schriftlich zugestellt.

Der Erziehungsrat erteilt auf Grund der erfolgreich bestanden Prüfungen ein Wahlfähigkeitszeugnis, das die Prüfungsnoten enthält und zur Anstellung an der Elementarschule des Kantons Schaffhausen berechtigt.

§ 12. Das Reglement für die Prüfung der Elementarlehrer vom 27. Februar 1890 wird durch dieses Reglement, das sofort in Kraft tritt, aufgehoben.

## **XV. Kanton Appenzell A.-Rh.**

### **Primarschule.**

**Regulativ betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die öffentliche Primarschule im Kanton Appenzell A.-Rh. (Vom 29. November 1921.)**

§ 1. Die dem Kanton Appenzell A. Rh. jährlich zufallende Bundessubvention wird zu folgenden Zwecken verwendet:

1. An den Bau oder wesentlichen Umbau von Schulhäusern und Turnhallen und an die Neuanlage oder Erweiterung von Turnplätzen.
2. An die Ausbildung schwachbegabter Kinder im Sinne von § 6 dieses Regulativs.
3. An die Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder.
4. An die Errichtung neuer Lehrstellen bei Einführung von Ganztagschulen oder des 8. Schuljahres im Sinne von § 3 dieses Regulativs.
5. An die Erhöhung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenspensionen durch staatliche Zulagen zu den Leistungen der allgemeinen Lehrerspensionskasse.
6. Zur Äufnung der allgemeinen Lehrerspensionskasse.
7. An weitere im Bundesgesetz genannte Zwecke, sofern die Mittel dazu reichen.

§ 2. Für die in § 1, Ziffer 1, genannten Zwecke sind jährlich mindestens Fr. 5000, höchstens Fr. 10,000 zu verwenden.

An den rationellen Bau oder wesentlichen Umbau \*) von Schulhäusern und Turnhallen, sowie an die Anlage oder Erweiterung von Turnplätzen werden Subventionen von 10 % der Kosten verabfolgt.

Die genannten Bauten und Anlagen müssen nach einem vom Regierungsrat genehmigten Plane ausgeführt werden. Pläne, Baubeschrieb und Kostenvoranschlag sind vor Beginn des Baues der Erziehungsdirektion einzusenden.

Die Festsetzung der Subvention erfolgt nach vorgenommener Kollaudation des Baues auf Antrag des Regierungsrates durch den Kantonsrat.

Die Auszahlung kann bei starker Inanspruchnahme des bezüglichen Kredites auf mehrere Jahre verteilt werden.

---

\*) Als wesentlicher Umbau gelten Bauarbeiten, die eine wesentliche Veränderung des Grund- oder Aufrisses des Gebäudes zur Folge haben oder welche eine wesentliche Verbesserung der Baute in schulhygienischer Beziehung bedeuten. (Art. 10 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule.)







Zwecke hinreichen, fällt bei der Subventionierung vorab § 1, Ziffer 1, hernach Ziffer 6 außer Betracht.

Sollte die Bundessubvention auch nicht für die alsdann noch verbleibenden Zwecke ausreichen, so tritt eine verhältnismäßige Reduktion für diese Zwecke ein.

§ 9. Je auf Ende Juni haben die Gemeinden dem Aktuariat der Landesschulkommission eine Zusammenstellung ihrer subventionsberechtigten Auslagen im abgelaufenen Rechnungsjahr (Kalendarjahr), unter gleichzeitiger Einsendung der detaillierten Rechnungen, einzugeben.

Die Vorschläge für die Verwendung der Bundessubvention sollen von der Landesschulkommission dem Regierungsrate alljährlich so rechtzeitig eingegeben werden, daß sie dem Kantonsrate in der ordentlichen Novembersitzung vorgelegt werden können. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Verteilungsplanes.

§ 10. Die Verwendung der Bundessubvention ist in den gedruckten Gemeinderechnungen spezifiziert aufzuführen.

§ 11. Dieses Regulativ tritt rückwirkend mit dem 1. Januar 1921 in Kraft. Damit ist das Regulativ vom 31. Mai 1917 aufgehoben.

---

## **XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.**

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1921.

---

## **XVII. Kanton St. Gallen.**

**Lehrerschaft aller Stufen.**

**Verordnung für die Patentierung von Haushaltungslehrerinnen des Kantons St. Gallen.** (Vom 30. Mai 1921.) [Provisorisch.]

---

## **XVIII. Kanton Graubünden.**

**Lehrerschaft aller Stufen.**

**Verordnung des Großen Rates über die Unterstützung der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen vom 29. November 1916.** (Großratsbeschluß vom 23. Mai 1921.)

Art. 5 erhält folgende neue Fassung:

„Die Lehrerin ist für die Minimalstundenzahl von 120 Unterrichtsstunden mit mindestens Fr. 300 zu entschädigen. Bei Vermehrung der Unterrichtszeit ist das Gehalt entsprechend zu erhöhen. Dazu kommen noch Gehaltszulagen von Fr. 50 bei drei und vier Dienstjahren, von Fr. 100 bei fünf und mehr Dienstjahren.“

---

## **XIX. Kanton Aargau.**

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1921.

## **XX. Kanton Thurgau.**

### **1. Mittelschulen und Berufsschulen.**

#### **1. Lehrplan für das Thurgauische Lehrerseminar in Kreuzlingen.**

(Regierungsratsbeschluß vom 5. August 1921.)

##### **A. Allgemeines.**

Der Unterricht schließt sich an die Vorbildung an, welche in den drei Jahreskursen der thurgauischen Sekundarschule erworben wird. Er hat den Zweck, den Schülern denjenigen Grad von allgemeiner Bildung zu vermitteln, der an andern schweizerischen Mittelschulen gefordert wird, und sie gleichzeitig zur Ausübung des Lehrerberufes an thurgauischen Primarschulen vorzubereiten. Die eigentliche Berufsbildung fällt vorwiegend in die zweite Hälfte der Seminarzeit.

Der Unterricht ist in allen Fächern so zu erteilen, daß er dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft entspricht und die Schüler zu selbständigem Denken und Arbeiten befähigt. Es handelt sich nicht darum, ein Stoffgebiet lückenlos zu behandeln, wohl aber darum, auf anregende Weise in dasselbe einzuführen und das Interesse an seinen Problemen und ihrer Lösung zu wecken. Für die Stoffauswahl im einzelnen ist die geistige Entwicklung der Schüler in erster Linie maßgebend. Das bloße Mitteilen von Wissensstoff und die gedächtnismäßige Aneignung desselben muß auf das wirklich Notwendige beschränkt bleiben. Um so ausgiebiger soll die Selbstbetätigung der Lernenden zu ihrem Rechte kommen. Es ist daher den Schülern so viel als möglich Gelegenheit zu geben, daß sie das, was ihr Wissen zu bereichern geeignet ist, durch praktische Versuche erproben, durch eigene Tätigkeit sich erarbeiten oder durch Lektüre sich aneignen.

Das Recht der Selbstbestimmung, auf dem die Selbsterziehung beruht, ist den Seminaristen auch im Unterricht in geeigneter Weise einzuräumen durch eine gewisse Freiheit in der Stoffauswahl, durch die freigewählten Fächer und durch die Gewährung eines hinreichenden Maßes von verfügbarer Zeit. Für Exkursionen und für Übungen im Freien sind Nachmittagsstunden freizuhalten.

Der Stundenplan ist so einzurichten, daß die Vormittagsstunden wohl ausgenutzt und, soweit es angeht, mit Fächern ausgefüllt werden, welche vorwiegend Denkarbeit beanspruchen. Unterrichtsstunden, welche vor allem die Einübung von Fertigkeiten bezwecken, sind mehr auf den Nachmittag zu verlegen, auf den Vormittag nur insofern, als sie eine wohltuende Abwechslung gewähren. Die Dauer

der einzelnen Unterrichtsstunde bleibt im allgemeinen auf 40 Minuten beschränkt.

In der Durchführung des Lehrplanes ist alles zu vermeiden, was die Gesundheit der Seminaristen gefährden könnte, dagegen alles gebührend zu berücksichtigen, was ihrer körperlichen und geistigen Ausbildung dienlich ist, ihre sittlich-religiösen Gefühle kräftigt, ihre Selbständigkeit fördert und sie zur Erfüllung ihres Lebensberufes tüchtig macht.

## B. Obligatorische Fächer.

### Pädagogik.

#### a) Psychologie.

#### III. Klasse. 4 Stunden.

Einführung in das Verständnis der *psychischen Vorgänge* auf Grund einfacher Versuche und mit Herbeiziehung der gesicherten Ergebnisse experimenteller Forschung. Eingehendere Behandlung derjenigen Gebiete, welche sich zur Anwendung auf Unterricht und Erziehung vorzugsweise eignen.

Grundzüge der Logik. Ausgewählte Kapitel aus der Kinderforschung. Krankheitszustände im kindlichen Seelenleben und ihre Anzeichen.

#### b) Pädagogik.

#### IV. Klasse. 5 Stunden.

Allgemeine Theorie der *Erziehung und des Unterrichts* zur Ermöglichung eines tieferen Einblickes in die Ziele und Aufgaben der Erziehung und einer bewußten Anwendung ihrer vielseitigen Mittel, Begründung des Lehrplans und der verschiedenen Methoden der Stoffbehandlung. Psychologische Würdigung des Standpunktes des Kindes. Einfluß der Person des Lehrers. Individual- und Sozialpädagogik.

Geschichtliche Entwicklung des Bildungsideals von Comenius bis zur Gegenwart auf Grund der Lektüre ausgewählter Abschnitte aus den Werken der bedeutendsten Pädagogen. Anleitung zum selbständigen Studium pädagogischer Schriften.

Schulkunde, insbesondere Kenntnis des thurgauischen Schulwesens.

#### c) Spezielle Methodik.

#### III. Klasse. 1 Stunde.

Einführung in sämtliche Fächer des *Primarschulunterrichts* als Vorbereitung auf die praktischen Lehrübungen. Darstellung der besonderen Aufgabe jedes einzelnen Faches; Auswahl und Anordnung der Stoffe, Lehrverfahren, Lehrmittel und Literatur. Einzelne Stunden können zu gemeinsamen Besuchen der Übungsschulen verwendet werden.

## IV. Klasse. 2 Stunden.

Beendigung der *Methodik* der einzelnen Unterrichtsfächer. Diskussionen über Fragen der Schulpraxis im Anschluß an die Lehrübungen.

## d) Lehrübungen.

## IV. Klasse.

Je nach dem Bestand der Klasse werden wöchentlich ein bis drei Seminaristen von den Unterrichtsstunden im Seminar befreit, um während dieser Zeit in den beiden Abteilungen der Übungsschule in die Unterrichtserteilung und Schulleitung eingeführt zu werden. Jeder Seminarist der IV. Klasse soll auf diese Weise im ganzen während drei bis vier Wochen die Übungsschule besuchen können. Der Besuch der Übungsschule darf in der Regel nicht über Ende Januar ausgedehnt werden. — Einmal wöchentlich besucht die IV. Klasse gemeinsam die Übungsschulen im zweiten Teil eines Vormittags, um Musterlektionen der Lehrer oder Lehrproben einzelner Seminaristen anzuhören.

## Religion.

## a) Für Protestanten.

## I. Klasse. 2 Stunden.

*Religionsgeschichte Israels.* Einführung in das zeitgeschichtliche Verständnis der Schriften des Alten Testaments mit Berücksichtigung der Ergebnisse der religionsgeschichtlichen Forschung. Darstellung der Entwicklung der isrealitischen Religion als Vorbereitung für das Verständnis des Christentums.

## II. Klasse. 2 Stunden.

*Die Entstehungsgeschichte des Christentums.* Die Schriften des Neuen Testaments als Quellen für das Leben und die Lehre Jesu. Die Grundzüge der Lehre Jesu und ihre Ausgestaltung in der Urgemeinde.

## III. Klasse. 1 Stunde.

*Die Geschichte des Christentums,* insbesondere die Geschichte des Protestantismus von seiner Entstehung bis heute. Lektüre geeigneter Abschnitte aus Quellenschriften. Orientierung über die wichtigsten Fragen des religiösen Lebens der Gegenwart.

## IV. Klasse. 1 Stunde.

*Allgemeine Religionsgeschichte.* Kurze Darstellung einiger außerchristlichen Religionen und ihre Vergleichung mit dem Christentum.

## b) Für Katholiken.

*Allgemeines.* Vervollständigung der im Religionsunterricht der Primar- und Sekundarschule gewonnenen religiösen Kenntnisse. Festigung der sittlichen Grundsätze. Praktische Winke für die Erziehung der Jugend zu sittlich-religiösem Denken und Handeln.

I. Klasse. 2 Stunden.

*Repetitionen aus dem Alten Testament.* Politische und religiöse Zustände in Palästina zur Zeit Christi.

II. Klasse. 2 Stunden.

*Neues Testament.* Christus als Messias und Gottessohn. Die Kirche. Das Kirchenjahr.

III. Klasse. 1 Stunde.

*Kirchengeschichte.*

IV. Klasse. 1 Stunde.

*Apologetische Behandlung der Zeitirrtümer.*

#### Deutsch.

I. Klasse. 6 Stunden.

*Lektüre* ausgewählter Lesestücke verbunden mit Belehrung über die Lautwerkzeuge und die Aussprache des Hochdeutschen. — Mündliche und schriftliche *Übungen zur Förderung der Sprachfertigkeit*: Aufsätze erzählenden und beschreibenden Inhaltes, Briefe, kleine Vorträge. — *Sprachlehre*: Die Wortarten, das Wichtigste aus der Satzlehre, insbesondere Herkunft und Bedeutung der in der Sprachlehre üblichen Fachausdrücke; Orthographie und Interpunktion.

II. Klasse. 5 Stunden.

*Lektüre* von Proben deutscher Dichtung in Prosa und in Versen; eingehende Besprechung eines Epos oder eines leichteren Dramas. — *Aufsätze* wie in der I. Klasse, dazu Charakteristiken und leichtere Abhandlungen, Referate über Privatlektüre, Erlebnisse und Beobachtungen. — *Sprachlehre*: Das Verhältnis von Mundart und Schriftsprache. Die Erscheinungen des Sprachlebens im Zusammenhang mit Laut- und Wortbildungslehre. Historisches Erfassen der Wortbiegung und des Satzbaues unter Hinweis auf die Mundart. Der Bedeutungswandel.

III. Klasse. 4 Stunden.

*Lektüre*: Auswahl aus der lyrischen und epischen Poesie der ersten Blütezeit der deutschen Literatur (Proben aus dem Nibelungenlied und den Gedichten Walthers von der Vogelweide in mittelhochdeutscher Sprache). Volkstümliche Stoffe (Märchen und Volkslieder). Meisterdramen der zweiten Blütezeit (Lessing, Goethe und Schiller). — *Aufsätze*: Charakteristiken und Abhandlungen. Referate wie in der II. Klasse. — *Sprachlehre*: Übersicht über die Geschichte der deutschen Sprache unter Hinweis auf das in der Mundart Erhaltene. Stillehre im Zusammenhang mit Lektüre und Aufsatz.

IV. Klasse. 5 Stunden.

*Literaturkunde*: Goethe. Auswahl aus der Literatur des XIX. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der großen schweizerischen Dichter. Jugendschriften. Im Anschluß an die Lektüre das Wichtigste aus der Poetik. — *Sprachlehre*: Übersicht über



die behandelten Erscheinungen des Sprachlebens. — *Aufsätze* wie in der III. Klasse. Vorträge.

In allen Klassen soll das *Ziel des Unterrichtes* sein: Sprachfertigkeit, sorgfältige Aussprache auf Grund von Rezitationsübungen, Verständnis für das Sprachleben, insbesondere für das Verhältnis von Mundart und Schriftsprache, durch umfassende Lektüre erarbeitete Kenntnis der deutschen Dichtung, Einblick in den Zusammenhang der Literatur mit der gesamten Kultur.

#### Französisch.

##### I. Klasse. 3 Stunden.

Auf Anschauung gegründete *Sprechübungen*. *Lektüre* leichter Erzählungen und Gedichte. Phonetik. Repetition der *Formenlehre*, insbesondere der Konjugation. Schriftliche Arbeiten.

##### II. Klasse. 3 Stunden.

*Lektüre* wie in der I. Klasse mit gesteigerten Anforderungen: Auswahl aus Töpffer, Erckmann-Chatrion, Malot u. a. — *Konversationsübungen*: Besprechung von Bildern und von Ereignissen des täglichen Lebens. Wichtige Kapitel der *Syntax*. Schriftliche Übungen.

##### III. Klasse. 3 Stunden.

*Lektüre* geeigneter Proben aus den Werken neuerer Schriftsteller: V. Hugo, A. Daudet, A. Theuriet, P. Loti, Guy de Maupassant u. a. — Abschluß der *Syntax*. Repetition der Grammatik. Mündliche und schriftliche Übungen wie in der II. Klasse.

##### IV. Klasse. 2 Stunden.

Auswahl aus der *modernen Literatur* mit Berücksichtigung der Schriftsteller der französischen Schweiz. Pflege der Umgangssprache.

Allgemeines: Das Hauptgewicht ist auf die Umgangssprache zu legen, damit die Schüler sich einen im täglichen Leben verwendbaren Wortschatz aneignen. Die Lektüre soll einen Einblick in die Eigenart französischer Kultur vermitteln.

#### Geschichte.

##### I. Klasse. 2 Stunden.

*Schweizergeschichte*. Urgeschichte der Schweiz. Voreidgenössische Geschichte bis 1291 in kurzer Zusammenfassung. Politische und Kulturgeschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft bis zu deren Zusammenbruch im Jahre 1798.

##### II. Klasse. 3 Stunden.

Einführung in die *Geschichtswissenschaft* und ihre Hilfswissenschaften. Geschichte des Altertums mit besonderer Berücksichtigung der Griechen und Römer. Untergang des römischen Weltreiches und Entstehung neuer Staaten. Christentum und Islam. Das Frankenreich und sein Zerfall. Zeitalter der Kreuzzüge.

## III. Klasse. 2 Stunden.

*Allgemeine Geschichte.* Ausgewählte Abschnitte der Weltgeschichte vom Zeitalter der Kreuzzüge bis zur französischen Revolution, bei einläßlicher Behandlung derjenigen Ereignisse und Erscheinungen, welche auch noch für die Gegenwart von Bedeutung sind.

## IV. Klasse. 2 Stunden.

*Allgemeine und Schweizer Geschichte.* Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Über Geschichtsschreibung und ihre hervorragendsten Vertreter.

Für die Anordnung und Durcharbeitung des Lehrstoffes soll nicht zeitliche Aufeinanderfolge unbedingt maßgebend sein, sondern es können verwandte Erscheinungen im Völkerleben verschiedener Zeiten im Zusammenhang behandelt werden. Der Unterricht ist zu beleben und zu fördern durch gemeinsames Lesen wichtiger Quellen der Geschichte, durch Vortrag von Schülerarbeiten und durch Wanderungen nach geschichtlich bedeutsamen Stätten.

**Geographie.**

## I. Klasse. 2 Stunden.

*Allgemeine Geographie:* Begriff und Einteilung der Geographie. Einführung in die Kartenkunde. — *Länderkunde:* Die Schweiz.

## II. Klasse. 2 Stunden.

*Allgemeine Geographie:* Physikalische Geographie (Gliederung der Erdoberfläche, Lehre vom Festlande, vom Meere und von der Lufthülle). — *Länderkunde:* Der Erdteil Europa. Einläßliche Behandlung der Länder, welche für die Schweiz von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sind.

## III. Klasse. 2 Stunden.

*Allgemeine Geographie:* Pflanzen- und Tiergeographie in zusammenfassender Behandlung. Die wichtigsten Gebiete der Anthropogeographie (geographische Verbreitung der Menschenrassen, Siedlungskunde, Wirtschaftsgeographie, politische Geographie). — *Länderkunde:* Die fremden Erdteile.

## IV. Klasse. 2 Stunden.

*Astronomische Geographie:* Orientierungen am Himmel nach Sternbildern und Sternkoordinaten. Das astronomische Dreieck. Gestalt der Erde. Geographische Ortsbestimmung. Lehre von den Kartenprojektionen. Über Vermessung und Kartierung der Schweiz. Größe und Bewegung der Erde. Der Mond. Zeitmaße und Kalender. Das Sonnensystem. Blick in den Bau des Universums.

Der Unterricht in astronomischer Geographie ist soweit immer möglich mit Übungen zu verbinden.

Anleitung zum Beobachten, Förderung des Kartenverständnisses und Nachweis der Wechselbeziehungen zwischen Landesnatur, Siedlung und wirtschaftlichen Verhältnissen sind Hauptaufgaben des

erdkundlichen Unterrichts. Übungen im geographischen Zeichnen und in der Anfertigung erdkundlicher Veranschaulichungsmittel sollen dem Lernenden Gelegenheit zu eigener Betätigung verschaffen.

#### Verfassungskunde und Volkswirtschaftslehre.

##### IV. Klasse. 2 Stunden.

a) *Verfassungskunde*. Wesen und Zweck des Staates. Staatsformen. Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtswesen des Kantons Thurgau und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Gemeindehaushalt.

b) *Volkswirtschaftslehre*. Einführung in die Wirtschaftslehre. Die schweizerische Volkswirtschaft. Geschichte des Wirtschaftswesens und die Entwicklung wirtschaftlicher Lehren und Anschauungen.

#### Mathematik.

##### I. Klasse. 6 Stunden.

*Arithmetik*. 3 Stunden. Die Operationen erster und zweiter Stufe. Proportionalität und Proportion. Funktionen und Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Graphische Darstellungen. Potenzen mit ganzen Exponenten. Bürgerliches Rechnen.

*Planimetrie*. 3 Stunden. Abklärung der Grundbegriffe. Achsensymmetrie, Kongruenz, Parallelismus, Punktsymmetrie. Dreiecks-konstruktionen. Das allgemeine und die besonderen Vierecke. Die Vierecke. Gerade und Winkel am Kreis. Flächenmessung, -verwandlung und -teilung. Ähnlichkeit. Die regelmäßigen Vielecke und die Kreisberechnung. Praktische Übungen mit den einfachsten Feldmeßgeräten. Aufnahme von Grundstücken.

##### II. Klasse. 5 Stunden.

*Arithmetik*. 2 Stunden. Wurzeln. Potenzen und Wurzeln mit gebrochenen Exponenten. Begriff der irrationalen und komplexen Zahlen. Die Funktionen und Gleichungen zweiten Grades.

*Stereometrie*. 2 Stunden. Die gegenseitige Lage der Elemente im Raum. Symmetrie im Raume. Das Dreikant. Der allgemeine und die regelmäßigen Vielflächner. Prisma, Pyramide, Zylinder und Kegel. Ebene Schnitte. Kongruenz und Ähnlichkeit. Kugel und Kugeldreieck. Oberflächen- und Inhaltsbestimmungen.

*Projektionslehre*. 1 Stunde. Einige größere planimetrische Konstruktionsaufgaben. Darstellung der Elemente und einfacher Körper in einer Projektion, in schiefer Parallelprojektion und in Grund- und Aufriß. Darstellung der regelmäßigen Vielflächner.

##### III. Klasse. 5 Stunden.

*Arithmetik*. 2 Stunden. Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Zinseszins-, Renten- und Versicherungsrechnung.

*Trigonometrie*. 2 Stunden. Die Funktionen spitzer Winkel. Berechnung der Funktionen einiger spitzer Winkel. Beziehung zwischen

den Funktionen desselben Winkels. Auflösung der rechtwinkligen und gleichschenkligen Dreiecke. Ableitung der Sätze zur Berechnung des schiefwinkligen Dreiecks. Die Verallgemeinerung der Definitionen und die Hauptsätze der Goniometrie. Praktische Übungen. Nivellieren. Winkelmessen mit Theodolit. Vermessungstechnische Aufgaben.

*Projektionslehre.* 1 Stunde. Ebene Schnitte von Körpern und ihre geometrische Verwandtschaft. Netzaufwicklungen. Die Kegelschnitte.

IV. Klasse. 3 Stunden. (Für die Töchter fakultativ.)

*Arithmetik und Geometrie.* 2 Stunden. Die Elemente der analytischen Geometrie der Ebene. Wiederholungen aus dem Gesamtgebiet des behandelten Stoffes. Eingekleidete Aufgaben aus der praktischen Geometrie, Triangulation und Physik.

*Projektionslehre.* 1 Stunde. Durchdringungen, Schattenkonstruktionen. Perspektive.

Das Linearzeichnen findet im Geometrieunterricht Berücksichtigung durch Lösung von Konstruktionsaufgaben und Ausführung von Plänen, durch Übungen und Konstruktionen zur Projektionslehre, sowie durch Aufnahmen von einfachen Bau- und Maschinenteilen.

#### Naturwissenschaften.

I. Klasse. 5 Stunden.

*Botanik.* Sommer 3, Winter 2 Stunden. Sommer: Monographische Behandlung charakteristischer Vertreter der wichtigsten Phanerogamenfamilien. Wichtige einheimische und ausländische Nutzpflanzen. Übersicht des natürlichen Systems. Exkursionen. — Winter: Besprechung der wichtigsten Kryptogamenfamilien. Grundzüge der äußeren und inneren Morphologie des Pflanzenkörpers.

*Zoologie.* Sommer 2, Winter 3 Stunden. Die Veränderlichkeit der Art als Voraussetzung der Entwicklung. Organisation und Lebenserscheinungen wichtigster Vertreter der Protozoen und Metazoen.

II. Klasse. 7 Stunden.

*Botanik.* Sommer 1 Stunde. Bestimmungsübungen nach dem natürlichen System. Experimentelle Einführung in die Pflanzenphysiologie. Exkursionen.

*Zoologie.* 2 Stunden. Vergleichende Behandlung der Wirbeltiere.

*Biologisches Praktikum.* 2 Stunden. Einführung in den Gebrauch des Mikroskopes. Mikroskopisch-zoologische und -botanische Untersuchungen. Makroskopisch-zootomische Übungen.

*Physik.* 2 Stunden. a) Mechanik. Anwendung der allgemeinen Gesetze des Gleichgewichtes und der Bewegung auf die einfachen Maschinen und auf die Theorie des Schwerpunktes. Gesetze der Zentral- und Pendelbewegung. Gleichgewicht flüssiger Körper. Molekularwirkungen zwischen festen und flüssigen Körpern. Kapillaritätserscheinungen. Bewegungserscheinungen der tropfbaren Flüssigkeiten. Gesetze des Gleichgewichtes und der Bewegung luftförmiger Körper.



Allgemeine Eigenschaften der Körper. — b) Akustik. Grundzüge der Wellenlehre. Von den Tönen und wichtigsten Tonerregern. — c) Wärmelehre. Wirkungen der Wärme. Formen der Wärmefortpflanzung. Spannung der Dämpfe. Dampfmaschine. Spezifische Wärme. Quellen der Wärme.

*Physikalisches Praktikum.* Winter 1 Stunde. Ausführung einfacher physikalischer Messungen.

III. Klasse. 6 Stunden.

*Chemie.* 2 Stunden. Physikalische Chemie. Chemische Grundgesetze. Grundzüge der Molekular- und Atomlehre. Sauerstoff, Wasserstoff, Oxydationen und Reduktionen. Allotropie-Begriff. Ozon. Die wichtigsten Metalloide. Begriff der Säuren, Basen und Salze. Spektralanalyse.

*Chemie-Praktikum.* 1 Stunde. Übungen zur physikalischen Chemie: Molekulargewichtsbestimmungen, Formelberechnungen. Wiederholung der Schulexperimente.

*Mineralogie.* Sommer 1 Stunde. Die allgemeinen Eigenschaften und kristallographischen Verhältnisse. Charakteristik der verbreitetsten Minerale.

*Geologie.* Winter 1 Stunde. Die verbreitetsten Gesteine.

*Physik.* 2 Stunden. a) Optik. Ursprung und Ausbreitung des Lichtes. Reflexion. Refraktion. Optische Instrumente. Farbenzerstreuung. Polarisation. — b) Magnetismus und Elektrizität. Magnetische Grunderscheinungen. Erdmagnetismus. Grunderscheinungen der statischen Elektrizität. Verstärkungs- und Ansammlungsapparate. Elektrische Erscheinungen der Atmosphäre. Die galvanische Elektrizität. Wirkungen des elektrischen Stromes und ihre bedeutendsten Anwendungen. Elektrisches Maßsystem.

IV. Klasse. Sommer 5, Winter 4 Stunden.

*Chemie.* 1 Stunde. Chemie der wichtigsten Metalle. Radioaktivität. Das periodische System.

*Chemie-Praktikum.* 2 Stunden. Wichtige chemische Operationen. Reaktionen einiger Elemente und Verbindungen. Herstellung chemischer Präparate.

*Geologie.* Sommer 2, Winter 1 Stunde. Vulkanische Erscheinungen, Erdbeben, Gebirgsbildung. Exogene Vorgänge. Historische Geologie mit besonderer Hervorhebung des Tertiärs und der Eiszeit. Grundzüge des Alpenbaues. Exkursionen.

Freiwillig: Grundfragen der Naturwissenschaft. 1 Stunde.

#### Buchhaltung.

I. Klasse. 1 Stunde.

Die erweiterte Form der einfachen Buchführung. Gemeindefrechnungen. Vormundschaftsrechnungen.

II. Klasse. 1 Stunde.

Lehre vom Wechsel, Scheck und Kontokorrent, mit Übungsbeispielen. Einführung in die doppelte Buchhaltung.



**Kalligraphie.**

I. Klasse. 2 Stunden.

Die deutsche und die englische Kurrentschrift.

II. Klasse. 1 Stunde.

Einführung in einige Zierschriften. Wandtafelschreiben.

**Freihandzeichnen.**

I. Klasse. 2 Stunden.

Pflanzenzeichnen nach Natur. Anwendung der gezeichneten Formen in einfachen Entwürfen. Flachornamente. Wiedergabe von Federn, Schmetterlingen, Gebrauchsgegenständen u. s. w. — Skizzierübungen, Gedächtniszeichnen, Zeichnen an der Wandtafel. — Perspektive.

II. Klasse. 2 Stunden.

Fortsetzung des Pflanzen- und Ornamentzeichnens. — Perspektive; Zeichnen nach Gebrauchsgegenständen, Früchten, Kunstformen u. s. w. — Kleine Stilleben. — Skizzierübungen, Gedächtniszeichnen, Zeichnen an der Wandtafel.

III. Klasse. 2 Stunden.

Im Sommer: Zeichnen im Freien (Häuser, Bäume u. s. w.). Im Winter: Naturstudien (Stilleben, ausgestopfte Tiere, Schädel und dergleichen). — Übungen im Aquarellieren, Federzeichnen. — Skizzierübungen, Gedächtniszeichnen, Zeichnen an der Wandtafel.

IV. Klasse. 2 Stunden.

Im Sommer: Zeichnen im Freien. Im Winter: Skizzieren eines Normallehrganges für den Zeichenunterricht der sämtlichen Klassen der Primarschule. — Fortsetzung im Aquarellieren und Federzeichnen. — Skizzierübungen, Illustrationen, Zeichnen an der Wandtafel.

Als Ziel des Unterrichts im Freihandzeichnen ist festzuhalten: Ausbildung der Beobachtungsgabe und der Fähigkeit, das Gesehene klar und sicher auf dem Papier und der Wandtafel wiederzugeben.

**Gesang.**

I. Klasse. 1 Stunde.

Das menschliche Stimmorgan (Lunge, Kehlkopf, Ansatzrohr), Atmung, Klangeinsatz, Register, die verschiedenen Stimmgattungen und deren Umfang. Stimmbildungs- und rhythmisch-melodische Gehörbildungsübungen. Vokalisation und Aussprache. Leichtere Solfeggien und einstimmige Lieder mit Klavierbegleitung.

II. Klasse. 1 Stunde.

Ein- und zweistimmige Solfeggien mit melodisch und rhythmisch gesteigerten Anforderungen. Treffübungen; ein- und zweistimmige Lieder mit Klavierbegleitung.

III. Klasse. 1 Stunde.

Ein- und zweistimmige Solfeggien und Lieder mit Klavierbegleitung. Tonbildungs- und Treffübungen.

## IV. Klasse. 1 Stunde.

Wie in Klasse III. Übungen im Intonieren und Dirigieren.

I.—III. Klasse und I.—IV. Klasse je eine Stunde Chorgesang.

**Musiktheorie.**

## I. Klasse. 1 Stunde.

Elementarlehre der Musik. Rhythmus, Melodie, Tonleitern, Intervalle, Hauptdreiklänge in Dur und Moll und Verbindung derselben.

## II. Klasse. 1 Stunde.

Umkehrungen der Hauptdreiklänge und deren Anwendung, harmoniefremde Töne (Dissonanzen). Der Dominantseptakkord und seine Umkehrungen. Ausarbeitung von bezifferten Bässen und Harmonisieren einfacher Melodien.

## III. Klasse. 1 Stunde.

Nebenharmenien in Dur und Moll, zufällige Harmoniebildungen. Ausarbeitungen von bezifferten Bässen und Harmonisieren von Melodien. Einfache Modulationen. Formenlehre.

## IV. Klasse. 1 Stunde.

Die Methodik des Schulgesanges mit Berücksichtigung der neueren Bestrebungen und Methoden. Bilder aus der Musikgeschichte.

**Instrumentalmusik.**

Der Unterricht in Violin- oder Klavierspiel ist obligatorisch. Die Wahl des Instrumentes steht den Seminaristen beim Eintritt frei, in dem Sinne, daß zum Violinunterricht nur Befähigte zugelassen werden. — Der Unterricht ist in möglichst kleinen Gruppen zu erteilen.

**Violin.**

## I. Klasse. 1 Stunde.

Einfache einstimmige Übungen in der ersten Lage.

## II. Klasse. 1 Stunde.

Ein- und zweistimmige Übungen in der ersten Lage, in den leichteren Tonarten; einfache Stricharten.

## III. Klasse. 1 Stunde.

Ein- und zweistimmige Übungen in Dur und Moll. Schwierigere Stricharten. Mit den vorgeschrittenen Lagenspiel.

## IV. Klasse. 1 Stunde.

Wie in Klasse III, eventuell die höheren Lagen.

**Klavier.**

## I. Klasse. 1 Stunde.

Einfache Fingerübungen und leichte Stücke in den leichtesten Tonarten.

## II. Klasse. 1 Stunde.

Übungen, Stücke und einfache Tonleiterübungen in den leichteren Tonarten.

**III. Klasse. 1 Stunde.**

Übungen und Stücke in den gebräuchlichsten Dur- und Molltonarten; leichtere Etüden und Sonatinen.

**IV. Klasse. 1 Stunde.**

Schwierigere Tonleiterübungen; klassische und moderne Klaviersachen.

**Turnen.****I. Klasse. 2 Stunden.**

Ordnungs-, Marsch-, Frei-, Stab- und Geräteübungen nach der eidgenössischen Turnschule II. Stufe.

**II. Klasse. 2 Stunden.**

Ordnungs-, Marsch-, Frei-, Stab- und Geräteübungen im Rahmen des Übungsstoffes der eidgenössischen Turnschule III. Stufe.

**III. Klasse. 3 Stunden.**

Erweiterung und Befestigung des Übungsstoffes der II. Klasse mit gesteigerten Anforderungen an Kraft und Gewandtheit. Einführung in das Mädchenturnen. Kommandierübungen. Die grundlegenden Kapitel aus der Physiologie der Leibesübungen.

**IV. Klasse. 3 Stunden.**

Fortsetzung der Übungen aller Turngattungen zur Erhaltung und Steigerung der turnerischen Fertigkeit. Methodik des Schulturnunterrichts. Musterlektionen durch den Lehrer und Probelektionen durch die Schüler unter sich und mit Klassen der Übungsschule. Fortsetzung der anatomisch-physiologischen Besprechungen. Eingehende Behandlung des Übungsbedürfnisses der Schulkinder in den verschiedenen Entwicklungsperioden und des physiologischen Wertes der einzelnen Übungen.

Auf allen Stufen sind die verschiedenen Turnsysteme gebührend zu berücksichtigen, und ganz besonders ist dem Turnspiel die seiner hohen Bedeutung entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken. — Ausmärsche, verbunden mit volkstümlichen Übungen und angewandtem Turnen, sind mit jeder Klasse auszuführen.

**Mädchenturnen.**

Für die Seminaristinnen der I.—IV. Klasse gemeinsam 2 Stunden, für die Seminaristinnen der III. und IV. Klasse 1 Stunde Turntheorie und Lehrübungen gemeinsam mit den Seminaristen. Der Turnübungsstoff ist der eidgenössischen Turnschule für das Mädchen- turnen zu entnehmen. — In allen Turngattungen besondere Berücksichtigung der Haltungsübungen. Ausgiebige Pflege des Turnspiels.

**Gesundheitslehre.****IV. Klasse. 1 Stunde.**

Allgemeine Hygiene. Schulhygiene mit praktischen Übungen in der Schüleruntersuchung.

**Handfertigkeit.**

I. Klasse. 2 Stunden.

Elementarkurs. Modellieren und Kartonnage.

II. Klasse. 2 Stunden.

Holzarbeit. Metallarbeit.

IV. Klasse. 2 Stunden. (Freiwillig.)

Einführung in das Arbeitsprinzip.

**Gartenarbeit.**

I. Klasse. Sommer 2 Stunden.

Gartenarbeiten, besonders Gemüsebau und Blumenpflege. Schulgarten.

II. Klasse. Sommer 2 Stunden. (Freiwillig.)

Gartenarbeiten, Gemüsebau, Blumenpflege und Obstbau. Schulgarten.

Die Beziehungen zum übrigen Unterricht sind angelegentlich zu pflegen.

**C. Fakultative Fächer.****Italienisch.**

Zwei Kurse, entsprechend den Vorkenntnissen.

Aneignung des Wortschatzes der Umgangssprache. Formenlehre. Ausgewählte Partien der Syntax. Sprechübungen im Anschluß an Vorfälle des täglichen Lebens. Lektüre leichter Erzählungen in Prosa (z. B. de Amicis) und dramatischer Szenen.

**Lateinisch.**

Zwei Kurse, entsprechend den Kenntnissen der Teilnehmer.

Formenlehre. Die wichtigsten Regeln der Syntax. Lektüre: Kleinere Erzählungen, Cornelius Nepos. Cäsars Bellum Gallicum. Leichte Proben aus der Poesie.

Für Vorgerücktere kann die Lektüre auf einen weiteren Kreis von Schriftstellern, z. B. auf Livius, Vergil, Cicero ausgedehnt werden.

**Orgel.**

Der Orgelunterricht beginnt mit dem Anfang des dritten Jahreskurses. Es können nur solche Seminaristen daran teilnehmen, welche den Klavierunterricht von der ersten Klasse an mitgemacht haben.

III. Klasse. 1 Stunde.

Einfache, ein-, zwei- und dreistimmige Übungen auf dem Manual mit besonderer Berücksichtigung des stummen Wechsels. Pedalübungen. Drei- und vierstimmige Übungen mit Pedal. Choralspiel.

IV. Klasse. 1 Stunde.

Choralspiel. Einfache und schwierigere Orgelstücke für den kirchlichen Gebrauch, von älteren und neueren Meistern. Bau und Einrichtung der Orgel. Winke für den angehenden Organisten.

**Katholische Kirchenmusik.**

1 Stunde für alle Klassen gemeinsam.

a) Gesang. Kenntnis des gregorianischen Chorals; Lesen und Spielen von einfachen Meßpartituren.

b) Orgelspiel. Begleitung der kirchlichen Gesänge, Responsorien und Rezitative. Hochamt, Vesper, Requiem, Karwoche.

**Gemischter Chorgesang.**

1 Stunde.

Freiwillige Beteiligung von Männer- und Frauenstimmen; eventuell bei größerer Beteiligung gemischte Chorgesangstunde an Stelle einer der obligatorischen Chorgesangstunden.

**Zusammenspiel.**

1 Stunde.

Freiwillige Übungen im Begleiten von Gesang und Violinspiel; Quartett.

\* \* \*

*Anmerkung.* Für die Beteiligung an fakultativen Kursen ist die Bewilligung des Konvents erforderlich. Neben Französisch darf nur ein fremdsprachlicher Kurs besucht werden.

## 2. Lehrerschaft aller Stufen.

### 2. Beschluß betreffend die Ausbildung und Wahl von Arbeitslehrerinnen und von Lehrerinnen der hauswirtschaftlichen und gewerblichen Töchterfortbildungsschulen. (Vom 18. November 1921.)

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau,  
in Ausführung des § 17 des Reglementes für die Mädchenarbeitsschulen des Kantons Thurgau vom 31. Oktober 1884 und in Ergänzung der Verordnung betreffend die freiwilligen Fortbildungsschulen vom 13. Oktober 1893,

beschließt:

1. Zur Ausbildung von Lehrerinnen der Mädchenarbeitsschulen finden periodisch nach Bedürfnis kantonale Kurse statt. Der Unterricht an diesen Kursen umfaßt einerseits allgemein bildende Fächer (Deutsch, Rechnen, Zeichnen), sowie Erziehungs- und Unterrichtslehre, anderseits die theoretische und praktische Einführung in die Handarbeiten und in die Hauswirtschaft nach Maßgabe des Lehrplanes der Mädchenarbeitsschulen.

2. Für die Aufnahme in den Arbeitslehrerinnenkurs ist erforderlich:

- a) ein Alter nicht unter 18 und nicht über 30 Jahren;
- b) dreijähriger Besuch der Sekundarschule und Abschluß einer Berufslehre als Weiß- oder Kleidernäherin. An Stelle der Berufslehre können auch entsprechende Fachkurse an einer Frauenarbeitsschule treten, deren Wert und Dauer einer Berufslehre gleichkommen;



- c) gute Gesundheit (durch ärztliches Zeugnis auszuweisen) und guter Leumund;
- d) das Bestehen einer Aufnahmeprüfung in Deutsch, Rechnen, Haushaltungskunde und weiblicher Handarbeit.

3. Das Fähigkeitszeugnis einer Arbeitslehrerin wird erteilt auf Grund des Kursbesuches und einer am Schlusse des Kurses abgehaltenen Prüfung.

Bewerberinnen, die sich anderwärts ausgebildet haben und das thurgauische Wahlfähigkeitszeugnis erwerben möchten, haben sich einer besondern Prüfung zu unterziehen. Das Erziehungsdepartement entscheidet auf Grund der vorgelegten Ausweise über die Zulassung zur Prüfung.

4. Ausnahmsweise kann das Fähigkeitszeugnis auch ohne Prüfung an solche Bewerberinnen erteilt werden, die auf Grund einer den thurgauischen Arbeitslehrerinnenkursen mindestens gleichwertigen Ausbildung das Fähigkeitszeugnis bereits in einem andern Kantone erlangt haben.

5. Vakante Lehrstellen an Mädchenarbeitsschulen sind, wenn möglich, mit Lehrerinnen zu besetzen, die das Fähigkeitszeugnis besitzen, sei es durch provisorische, sei es durch definitive Wahl.

Ausnahmsweise kann der Unterricht auch einer Bewerberin übertragen werden, die das Fähigkeitszeugnis noch nicht erworben hat, jedoch die zur Aufnahme in den Arbeitslehrerinnenkurs aufgestellten Erfordernisse erfüllt und bereit ist, den nächsten Arbeitslehrerinnenkurs zu bestehen.

6. Arbeitslehrerinnen, die außer dem Arbeitslehrerinnenkurs noch einen besondern Kurs für Hauswirtschaft besucht haben, können auch mit der Erteilung von elementarem hauswirtschaftlichem Unterricht auf der Primar- und Sekundarschulstufe beauftragt werden. Im übrigen soll solcher Unterricht nur durch ausgebildete Hauswirtschaftslehrerinnen erteilt werden.

7. Zur Ausbildung von Lehrerinnen an Töchterfortbildungsschulen sind ebenfalls nach Bedürfnis kantonale Kurse zu veranstalten.

Voraussetzung der Teilnahme an diesen Kursen ist der Besitz des Fähigkeitszeugnisses als Arbeitslehrerin.

Auf Grund des Kursbesuches und einer am Schlusse des Kurses abgehaltenen Prüfung wird das Fähigkeitszeugnis einer Lehrerin für Töchterfortbildungsschulen erteilt.

8. Der Unterricht in weiblicher Handarbeit an Töchterfortbildungsschulen soll nur von Lehrerinnen erteilt werden, die das Fähigkeitszeugnis besitzen; letzteres kann nur solchen Bewerberinnen ausgestellt werden, die mit der Fachbildung auch Unterricht in Methodik und Pädagogik genossen haben. Ausnahmsweise kann mit Zustimmung des Erziehungsdepartements der Unterricht einer tüchtigen Arbeitslehrerin übertragen werden, die den Fortbildungskurs

noch nicht bestanden hat, sich aber bereit erklärt, den nächsten Fortbildungskurs zu besuchen.

9. Es bleibt vorbehalten, auch für die Ausbildung von Hauswirtschaftslehrerinnen kantonale Kurse zu veranstalten zur Erwerbung des Fähigkeitsausweises einer Hauswirtschaftslehrerin.

Im übrigen kann die Erteilung des Hauswirtschaftsunterrichtes solchen Lehrerinnen übertragen werden, die in einer außerkantonalen Bildungsanstalt das Fähigkeitszeugnis einer Hauswirtschaftslehrerin erworben haben und vom Erziehungsdepartement zur Ausübung der Lehrtätigkeit im Kanton Thurgau ermächtigt worden sind.

10. In gleicher Weise ist zur Erteilung von beruflichem Unterricht an den zu gewerblichen Schulen ausgestalteten Töchterfortbildungsschulen (siehe Lehrlingsgesetz) der Besitz eines entsprechenden Fähigkeitsausweises einer Fachschule und dessen Anerkennung durch das Erziehungsdepartement erforderlich.

11. Die Schulvorsteherschaften haben für jede Wahl einer Arbeitslehrerin und für jeden Lehrauftrag zur Unterrichtserteilung an Töchterfortbildungsschulen die Genehmigung des Erziehungsdepartements nachzusuchen, das nötigenfalls das Gutachten der Leiterinnen der kantonalen Arbeitslehrerinnenkurse oder anderer Fachexpertinnen einholt.

12. Ebenso ist dem Erziehungsdepartement von der Schulvorsteherschaft jeweilen bei der Anstellung die Zahl der von einer Arbeitslehrerin wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden und später jede Änderung dieser Stundenzahl mitzuteilen.

Daneben liegt auch den Arbeitslehrerinnen die Pflicht ob, der Inspektorin von der übernommenen Stundenzahl alljährlich und nach jeder Änderung Mitteilung zu machen.

13. Publikation dieses Beschlusses im Amtsblatt und in der Gesetzessammlung und Mitteilung desselben in Separatabdrücken an die Schulvorsteherschaften, die Aufsichtskommissionen der Mädchenarbeitsschulen, die Inspektoren und Inspektorinnen und die Arbeitslehrerinnen.

## XXI. Kanton Tessin.

### 1. Allgemeines.

#### I. Decreto esecutivo circa le classificazioni scolastiche. (Del 10 dicembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione  
*decreta:*

Art. 1. In tutte le scuole primarie, secondarie e professionali del Cantone le note così di profitto come di applicazione e di condotta vanno dall' 1 al 6.

La nota 1 rappresenta il peggio e significa *malissimo*; la nota 2 significa *male*; la nota 3, *quasi male*; la nota 4, *sufficiente*; la nota 5, *bene*; la nota 6, *benissimo*.

Le note finali devono venire assegnate numeri interi.

Art. 2. Il presente decreto viene pubblicato nel *Bollettino Ufficiale* ed entra immediatamente in vigore.

## 2. Primarschule.

### 2. Decreto esecutivo circa gli Ispettori ed i Circondari scolastici. (Del 2 settembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*

Visto l'art. 3 del Decreto legislativo 27 dicembre 1920 circa modificazioni di leggi scolastiche, il quale è del seguente tenore:

„Art. 3. L'art. 114 della legge 28 settembre 1914 sull'insegnamento elementare è modificato come segue: Art. 114. La sorveglianza immediata delle scuole elementari è affidata agli Ispettori di Circondario nominati dal Consiglio di Stato, dipendenti direttamente dal Dipartimento della Pubblica Educazione e posti sotto la sorveglianza didattica del Direttore della Scuola Normale.

„§. Il primo capoverso dell'art. 116 della legge sopra citata è così modificato: Il numero degli Ispettori ed i Circondari scolastici sono determinati dal Consiglio di Stato.“

Considerata la recente deliberazione del lod. Gran Consiglio, nel senso della riduzione a quattro degli Ispettori scolastici, come una raccomandazione per il conseguimento della maggior possibile economia e della massima semplificazione degli ordinamenti scolastici, non potendosi attribuire alla cennata deliberazione il valore di un decreto legislativo abrogante la surriferita disposizione della legge scolastica;

Tenuto calcolo dell'esperienza fatta con una prima riduzione, eseguita nel 1920, mediante la fusione dei due Circondari IV e V, affidati alla vigilanza di un solo Ispettore;

Osservato che la riduzione di numero degli Ispettori è solo possibile se si ritenga che le scuole delle località in cui esiste una direzione didattica siano sottoposte alla vigilanza di tale direzione, pur riservando all'Ispettore il controllo, e, in genere, tutte le mansioni che gli sono attribuite dalla legge;

Osservato che se si richiede, come è necessario, dagli Ispettori una *vigilanza effettiva* anche sulle scuole primarie private e se si richiederà da loro, com'è naturale, la vigilanza sulle scuole di grado superiore quando saranno riordinate ed eventualmente avocate allo Stato, — non è possibile ridurre a meno di cinque il numero dei Circondari, ritenuto che per il Sopraceneri, data l'estensione territoriale, occorranno assolutamente almeno tre Ispettori;

Osservato che la riduzione a cinque viene risolta per il prossimo anno scolastico e a titolo di esperimento e che non esclude una eventuale nuova riduzione, qualora alla prova questa si dimostrasse possibile;

Considerando che le scuole del Sopraceneri hanno, in genere, una durata minore di quelle del Sottoceneri, e che quindi gli Ispettori dei Circondari III, IV e V possono agevolmente supplire quelli dei Circondari I e II, specie durante il tempo in cui la maggior parte delle scuole nei Circondari III, IV e V sono chiuse;

Sentito l'avviso della lod. Commissione cantonale degli studi;

Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,

*decreta:*

Art. 1. A partire dall'anno scolastico 1921-1922 il numero dei Circondari e degli Ispettori scolastici è fissato a cinque.

Art. 2. I nuovi Circondari scolastici sono determinati come segue:

*I<sup>o</sup> Circondario.* Sede in Mendrisio. Comprende tutto il Distretto di Mendrisio, più il Circolo del Ceresio, il Circolo di Carona, i Comuni di Caslano, Magliaso, Ponte Tresa (Circ. di Magliasina), Agno, Gentilino, Montagnola, Muzzano (Circ. di Agno), Croglia, Monteggio, Sessa (Circ. di Sessa) e Sorengo (Circ. di Vezia). Totale 57 Comuni e circa 160 scuole.

*II<sup>o</sup> Circondario.* Sede in Lugano. Comprende tutto il Distretto di Lugano, esclusi i Circoli ed i Comuni sopra citati in aggiunta al Distretto di Mendrisio per il I<sup>o</sup> Circondario, più i Comuni di Isonne e Medeglia (Circ. di Giubiasco). Totale 73 Comuni e circa 140 scuole.

*III<sup>o</sup> Circondario.* Sede in Locarno. Comprende tutto il Distretto di Locarno (escluso il Circ. del Gambarogno) e tutto il Distretto di Vallemaggia. Totale 59 Comuni e circa 110 scuole.

*IV<sup>o</sup> Circondario.* Sede in Bellinzona. Comprende tutto il Distretto di Bellinzona (esclusi i Comuni di Isonne e Medeglia, annessi al II<sup>o</sup> Circondario), tutto il Distretto di Riviera (escluso il Comune di Biasca) e il circolo del Gambarogno. Totale 32 Comuni e circa 110 scuole.

*V<sup>o</sup> Circondaria.* Sede in Biasca. Comprende i Distretti di Blenio e Leventina ed il Comune di Biasca. Totale 40 Comuni e circa 110 scuole.

Art. 3. Gli Ispettori sono obbligati di stabilire il loro domicilio nella sede dei rispettivi Circondari.

Art. 4. Gli Ispettori dei Circondari III, IV e V saranno tenuti, a giudizio del Dipartimento di Pubblica Educazione, a supplire i loro colleghi dei Circondari I e II.

Art. 5. Il Dipartimento della Pubblica Educazione pubblicherà il concorso per la nomina dei titolari dei cinque Circondari ispettorali, per l'anno scolastico 1921—1922.

Art. 6. Il presente decreto esecutivo entra in vigore con la data della sua pubblicazione nel *Bollettino Ufficiale delle Leggi e degli Atti esecutivi del Cantone*.



### 3. Decreto legislativo protraente di un anno l'esistenza delle Scuole Maggiori. (Del 15 luglio 1921.)

*Il Gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
Sulla proposta del Consiglio di Stato,  
*decreta:*

Art. 1. Dato che non si possa nel corrente anno procedere ad un riordinamento dell'istruzione primaria di grado superiore, l'esistenza delle attuali scuole maggiori è protratta di un anno e cioè sino alla fine dell'anno scolastico 1921—22.

Art. 2. Il decreto legislativo 21 luglio 1920 è abrogato.

Art. 3. Il presente decreto entra in vigore colla sua pubblicazione nel *Bollettino Ufficiale delle leggi* dopo trascorso il termine per l'esercizio del diritto di referendum.

---

### 3. Mittelschulen und Berufsschulen.

#### 4. Decreto legislativo in modificazione della legge sull'insegnamento professionale. (Del 15 luglio 1921.)

*Il Gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
Sulla proposta del Consiglio di Stato,  
*decreta:*

Art. 1. L'articolo 62 della legge 28 settembre 1914 sull'insegnamento professionale è modificato come segue:

„Art. 62. I corsi nelle Scuole Normali durano due anni per la patente che abilita all'insegnamento nelle Scuole elementari. La patente che abilita ad insegnare nelle Scuole Maggiori non può essere conseguita se non dopo due anni d'esercizio ed a seguito di esame speciale, oppure dopo d'aver superato l'esame del primo corso della Scuola Pedagogica.“

Art. 2. L'articolo 63 della Legge sopra citata è modificato come segue:

„Art. 63. Sono ammessi alla Scuola Normale:

- a) gli scolari e le scolare con licenza del ginnasio o di una scuola tecnico-letteraria;
- b) i giovani dell'età di 16 anni compiuti che superano un esame di ammissione.

§. Salvo casi speciali, da riconoscersi dal Dipartimento, non vi sono ammissioni dirette al secondo corso normale.“

Art. 3. A partire dall'anno scolastico 1921—1922 la Scuola Tecnica inferiore femminile di Locarno è trasformata in Scuola Tecnico-letteraria ed è allogata nella sede della Normale femminile.

Art. 4. Il presente decreto, che è di natura urgente, entra in vigore con la sua pubblicazione nel *Bollettino Ufficiale delle leggi* e degli atti esecutivi ed abroga, oltre gli articoli citati, anche gli altri dispositivi contrari o incompatibili.

---



**5. Decreto esecutivo circa trasformazione della Scuola Tecnica inferiore femminile di Lugano in Scuola Tecnico-letteraria femminile.**  
(Del 15 settembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*

Visto l'art. 3 del Decreto legislativo 15 luglio a. c., mediante il quale la Scuola Tecnica inf. femminile di Locarno è trasformata, a partire dal prossimo anno scolastico, in Scuola Tecnico-letteraria;

Vista l'opportunità di una tale trasformazione anche per la Scuola Tecnica femminile di Lugano, dato il numero sempre maggiore di alunne che si iscrivono nel Ginnasio cantonale e dato il desiderio esplicitamente espresso dalla Direzione del Ginnasio stesso, nel senso che le alunne possano avere una Scuola loro destinata;

Richiamato l'invito nel senso suesposto, contenuto nel rapporto della lod. Commissione di Gestione sul Dipartimento della Pubblica Educazione;

Vista, d'altro lato, l'opportunità di permettere alle alunne del IV<sup>o</sup> corso ginnasiale che possano compiere nella stessa scuola il ciclo di studi incominciato;

Preso atto, con piacere, dell'impegno assunto dal Comune di Lugano, nel senso di fornire alla nuova scuola le aule e tutto il mobilio occorrente;

Sentito l'avviso della lod. Commissione cantonale degli Studi;  
Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione.

*decreta:*

Art. 1. In via provvisoria e per l'anno scolastico 1921—1922 la Scuola Tecnica inferiore femminile di Lugano è trasformata in Scuola Tecnico-letteraria, limitata, per ora, a soli 4 corsi.

Art. 2. Il Comune di Lugano fornirà per la nuova Scuola, secondo l'intesa, un numero sufficiente di aule, convenientemente arredate.

Art. 3. Il Dipartimento della Pubblica Educazione provvederà a completare il corpo insegnante della Scuola.

Art. 4. Il presente decreto entra in vigore con la sua pubblicazione nel *Bollettino Ufficiale delle Leggi*.

---

**6. Decreto esecutivo che approva il Regolamento della Scuola cantonale d'arti e mestieri in Bellinzona.** (Del 2 novembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,

*decreta*

il seguente

*Regolamento della Scuola cantonale d'arti e mestieri in Bellinzona.*

*Finalità della scuola.*

La scuola ha per iscopo:

1. di insegnare praticamente e teoricamente il mestiere all'allievo apprendista;

2. d'approfondire la coltura generale appresa nelle scuole precedentemente frequentate, completandola con altre nozioni, specie di carattere professionale;

3. di esercitare il tirocinante nel disegno;

4. di educarlo alla pulizia, all'ordine, alla puntualità, facendone un operaio il quale conosca a fondo il proprio mestiere.

#### *Ammissione.*

Per essere ammessi alla scuola occorre:

a) aver 14 anni compiuti e non più di 16; b) possedere la licenza dalla scuola elementare o dalla tecnica inferiore; c) presentare il certificato medico comprovante che il giovane è fisicamente atto al mestiere cui intende dedicarsi; d) superare uno speciale esame d'ammissione il quale consiste:

a) *in una prova orale e scritta di italiano e di aritmetica;*

b) *in un disegno a mano libera.*

Le domande d'iscrizione devono essere stese sopra un formulario che verrà fornito, su richiesta, dalla Direzione.

*Avvertenza:* Per profittare della scuola, un giovane deve essere sano, intelligente, robusto e ben preparato intellettualmente; deve avere buona volontà di lavorare e studiare e possedere una certa inclinazione al disegno.

#### *Tassa.*

All'inizio di ogni anno scolastico, gli allievi pagano una tassa di fr. 30 (trenta), come partecipazione personale alle spese per il materiale di consumo.

#### *Durata dei corsi ed assenze.*

Le lezioni di coltura e di disegno durano quanto le altre scuole cantonali.

L'officina, invece, rimane aperta durante tutto l'anno con una sospensione di tre, quattro settimane, la quale avverrà generalmente nei mesi di luglio e di agosto.

Per eventuali esigenze di lavoro, le ferie potranno essere differito o divise per sezioni.

Gli allievi ammessi devono frequentare regolarmente la scuola. Eventuali permessi d'assenza e le giustificazioni devono essere presentate, per iscritto, alla Direzione, dai genitori.

Le mancanze arbitrarie sono punite con multa di cent. 20 l'ora, raddoppiabili in caso di recidiva.

Chi, colposamente, rompe o smarrisce materiale appartenente alla scuola è tenuto a risarcirne i danni.

I genitori o tutori degli allievi sono responsabili per tutti i danni e mancanze dei loro figli o pupilli.

Gli allievi devono avere le soppravvesti (giacchetta e calzoni).

*Disciplina.*

Gli scolari devono presentarsi puntualmente, puliti e tenere buona condotta. Eventuali atti d'indisciplina saranno puniti severamente (multa, cattiva nota in condotta e diligenza, sospensione, ecc.).

Un caso grave o la recidiva portano seco l'espulsione dalla scuola la quale sarà decretata dal Dipartimento di Pubblica Educazione sentito l'avviso della Commissione di Vigilanza, salvo ricorso al Consiglio di Stato.

*Assicurazione.*

Gli allievi sono assicurati contro gli infortuni professionali per conto dello Stato. La società assicuratrice si assume le spese mediche e farmaceutiche. L'allievo non riceve nessun indennizzo giornaliero, riservati i risarcimenti in caso di morto o di invalidità permanente.

*Contratto.*

Il contratto di tirocinio viene stipulato al momento della assunzione definitiva e non può essere sciolto prima della scadenza, se non per motivi gravi, riconosciuti dall'Autorità competente.

Un risarcimento fino a fr. 200 secondo il giudizio del Dipartimento, sarà pagato da chi abbandonerà la scuola senza preventiva autorizzazione.

Gli allievi apprendisti non ricevono alcuna mercede. Viene però concessa loro una percentuale sugli introiti netti proveniente dai lavori eseguiti su commissione, la quale può essere percepita solo a tirocinio ultimato, come dispone il Regolamento particolare concernente i lavori su commissione eseguiti nei laboratori annessi alle Scuole d'Arti e Mestieri.

La durata media, giornaliera, della scuola è di 8—9 ore.

*Attestati scolastici e promozioni.*

Ogni trimestre gli allievi ricevono il libretto scolastico, con le classificazioni in tutte le materie del programma.

L'alunno che alla fine d'anno non è promosso in lavoro o in tre materie di coltura generale e tecnologia, deve ripetere la classe. Negli altri casi esso potrà essere ammesso all'esame di riparazione. Potrà essere rimandato alla sessione d'esame del mese di ottobre l'alunno che non avrà raggiunto in condotta la nota 3 quale risultante dalla media di tutto l'anno.

Per chi non supera l'esame di licenza, si ritiene il contratto di tirocinio prolungato di un anno al massimo.

*Esami di fine tirocinio.*

Il tirocinio per i meccanici dura 4 anni (48 mesi). Dopo il terzo anno (cioè  $\frac{3}{4}$  del periodo, dedotte le assenze come all'art. 10 del Contratto) un allievo potrà essere iscritto all'esame di fine tirocinio presso la Commissione cantonale di Vigilanza sugli apprendisti, qualora la Direzione e il Capo Officina lo ritenesse convenientemente preparato.

---

**7. Decreto esecutivo circa modificazioni e aggiunte al Regolamento 16 novembre 1920 per il Liceo, il Ginnasio e le Scuole Tecniche.**  
(Del 10 dicembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,  
*decreta:*

Art. 1. Al Regolamento 16 novembre 1920 per il Liceo, il Ginnasio e le Scuole Tecniche è aggiunto un articolo 16<sup>bis</sup> del seguente tenore:

„Art. 16<sup>bis</sup>. — Durante l'ultimo mese dell'anno scolastico, i docenti dovranno ripetere l'intera materia del programma e interrogare su di essa, ripetutamente e minutamente, tutti gli alunni, in guisa da poter constatare la loro preparazione generale ed assegnare la nota finale.“

Art. 2. L'art. 40 del Regolamento sopra citato è modificato come segue:

„Art. 40. — Le note così di profitto come di applicazione e di condotta vanno dall' 1 al 6. La nota 1 rappresenta il peggio, la nota 4 la sufficienza.“

„§. Le note finali devono venire assegnate mediante numeri interi.“

Art. 3. Al Regolamento sopra citato è pure aggiunto un articolo 43<sup>bis</sup>, del seguente tenore:

„Art. 43<sup>bis</sup>. — Il Consiglio dei Professori, in una seduta che il Direttore indirà negli ultimi due o tre giorni di scuola, stabilirà l'elenco degli alunni ai quali è concesso il beneficio della dispensa totale o parziale dagli esami di promozione.

„Tale dispensa è concessa nella materia o nelle materie in cui l'alunno abbia ottenuto almeno la nota media 5, risultante dagli attestati trimestrali di tutto l'anno scolastico, purchè concorrano le seguenti condizioni:

„a) l'alunno abbia ottenuto in condotta la nota media 5, risultante dagli attestati di tutto l'anno;

„b) l'alunno abbia raggiunto almeno la nota media 4, pure risultante come sopra, nelle altre materie.

„§. Potrà essere concessa la dispensa anche a quegli alunni che, pur avendo ottenuto una nota media alquanto inferiore a quelle volute per la dispensa, abbiano dimostrato nel corso dell'anno scolastico una progrediente volontà di studio ed abbiano fatto lodevole prova specialmente nel periodo delle ripetizioni durante l'ultimo mese di scuola.

„In nessun caso potrà essere concessa la dispensa agli alunni i quali, nel periodo delle ripetizioni suddette, abbiano dimostrata malavoglia o insufficienza.“



Art. 4. Il presente decreto viene pubblicato nel *Bollettino Ufficiale delle Leggi e degli Atti esecutivi del Cantone* ed entra immediatamente in vigore.

## 8. Regolamento per gli esami di Capomastro. (Del 23 settembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*

Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,  
*decreta*

il seguente

### *Regolamento per gli esami di Capomastro.*

Art. 1. Ogni anno sarà tenuta una speciale sessione d' esami per coloro che aspirassero ad ottenere la patente di Capomastro.

Art. 2. Le domande di ammissione a detti esami saranno indirizzate al Dipartimento della Pubblica Educazione entro il termine che sarà indicato nell' avviso da pubblicarsi sul „Foglio Ufficiale“ un mese prima degli esami.

Art. 3. Gli esami sono diretti dalla Commissione di vigilanza sulla Scuola dei Capimastri, presieduta dall' Ispettore cantonale delle Scuole professionali di disegno.

La Commissione esaminatrice potrà giovare dell' opera dei professori della Scuola dei Capimastri, i quali sono tenuti a prestarsi senza speciale compenso ove gli esami si tenessero durante il periodo scolastico.

Art. 4. Gli esami si compongono di prove teoretiche e di prove pratiche.

Art. 5. Le *prove teoretiche* si estendono a tutte le materie della Scuola cantonale dei Capimastri, e l' esame verrà fatto dai professori di questa scuola con l' assistenza di almeno un membro della Commissione.

§. Del risultato di dette prove verrà rilasciato apposito attestato, firmato dal Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 6. Sono dispensati dalle prove teoretiche i candidati che sono in possesso dell' attestato di licenza dalla Scuola cantonale dei Capimastri, oppure di certificato ritenuto equivalente dal Dipartimento della Pubblica Educazione, sentito il parere della Commissione suddetta.

Art. 7. Per essere ammessi alle *prove pratiche* occorre:

1. Presentare la licenza della Scuola cantonale dei Capimastri, oppure altro certificato equivalente, come è detto all' art. 6, oppure l' attestato d' aver subito le prove teoretiche di cui all' art. 5.

2. Comprovare che, dopo aver ottenuto i certificati suddetti, si è fatto almeno un anno di pratica presso un costruttore edilizio od un ufficio di costruzioni, pubblico o privato, tale, per la natura e importanza dei lavori a cui attende, da rispondere allo scopo.



§ 1. La persona o l'ufficio suddetto deve essere preventivamente notificato al Dipartimento della Pubblica Educazione e da questo riconosciuto, dopo sentito il parere della Commissione d'esame.

§ 2. La Direzione della Scuola cantonale dei Capimastri, l'Ispettore delle Scuole professionali di disegno e i singoli membri della Commissione esaminatrice dovranno essere messi in grado di poter seguire, in ogni tempo, la pratica del candidato.

Art. 8. Le prove pratiche di Capomastro comprendono:

- a) Un progetto di fabbricato con particolari architettonici e costruttivi, calcoli statistici, preventivo e relazione;
- b) la soluzione di un tema pratico riferentesi alle materie insegnate nella Scuola cantonale dei Capimastri;
- c) una discussione orale sul progetto di esame.

§. Le prove pratiche si svolgeranno in periodo di quindici giorni. La Commissione esaminatrice stabilirà la durata delle singole prove.

Art. 9. Gli esaminatori classificano le singole prove con note da 1 a 6.

Art. 10. La Commissione trasmette al Dipartimento della Pubblica Educazione il risultato delle prove pratiche, ed il Consiglio di Stato conferisce la patente di Capomastro a coloro che hanno ottenuto una nota media non inferiore al 4.

Art. 11. I candidati saranno tenuti a pagare anticipatamente le seguenti tasse:

1. fr. 80 per gli esami teorici.
2. fr. 50 per gli esami pratici.

Art. 12. I candidati che non hanno superato l'esame di patente potranno ripeterlo un anno dopo, pagando nuovamente la tassa.

§. Detto esame può essere ripetuto una volta sola.

Art. 13. Il presente regolamento da pubblicarsi sul „Bollettino Ufficiale delle leggi“, entra immediatamente in vigore, ed abroga il regolamento 16 gennaio 1907 per gli esami di geometra agrimensore e di capomastro.

#### 4. Lehrerschaft aller Stufen.

9. Decreto legislativo circa la nomina dei docenti primari. (Del 16 giugno 1921.)

10. Decreto legislativo accordante indennità di caro-vivere per il 1921 alle maestre degli Asili d'infanzia. (Del 28 dicembre 1921.)

11. Decreto legislativo circa indennità di caro-vivere ai docenti pensionati. (Del 16 giugno 1921.)

**12. Decreto esecutivo di modificazione dell'art. 17 del regolamento 12 novembre 1920 sulla Cassa Pensioni del Corpo insegnante ticinese.** (Del 27 settembre 1921.)

*Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,*

Letta l'istanza 30 maggio 1921 dell'Associazione Docenti ticinesi, tendente ad ottenere la variazione dell'articolo 17 del regolamento 12 novembre 1920 sulla Cassa Pensioni del Corpo insegnante per quanto concerne la procedura da seguire nella votazione per la nomina quinquennale della Commissione di revisione;

Considerato come la domanda abbia essenzialmente per iscopo di assicurare la segretezza del voto e di stabilire le più ampie garanzie per l'imparzialità delle operazioni di spoglio;

Su proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,

*decreta:*

1. L'art. 17 del regolamento 12 novembre 1920 di applicazione della legge 18 gennaio 1917 su la Cassa Pensioni del Corpo insegnante è sostituita dal seguente:

„Art. 17. — L'elezione avviene nel seguente modo:

„a) I membri della Cassa, avvertiti con pubblicazione sul *Foglio Ufficiale*, presentano liste di candidati.

„Per essere valide le liste non devono contenere più di sette nomi; devono portare la firma di 40 membri della Cassa; devono pervenire entro il mese di ottobre al Dipartimento, il quale provvederà alla pubblicazione delle stesse sul F. O. del Cantone.

„b) I soci attivi fanno pervenire al più tardi, per le ore 11 del sabato precedente la terza domenica di novembre, la propria scheda al Dipartimento della Pubblica Educazione servendosi di due buste; l'una, chiusa, per la scheda; l'altra, pure chiusa, per l'invio. Quest'ultima porterà *esternamente* l'indicazione del nome del votante e del Comune, o della scuola dove insegna.

„La mancanza dell'indicazione del nome del votante ha per effetto la nullità della scheda.

„c) La Commissione di spoglio è composta dal Presidente della Commissione di revisione e da due delegati per ogni lista valida, i nomi dei quali dovranno essere comunicati a cura del primo firmatario, al Dipartimento della Pubblica Educazione per la vigilia (ore antimeridiane) della terza domenica di novembre.

„La Commissione di spoglio si riunisce alle ore 9 del lunedì susseguente e, ritirate le schede dal Dipartimento, procede allo spoglio nel modo che segue: registra il nome del votante, apre l'invio e depone nell'urna la busta contenente la scheda di voto; procede in seguito allo spoglio delle schede e proclama eletti i candidati che hanno raggiunto il maggiore numero di voti.

„A parità di voti decide la sorte.

„§. I membri de la Commissione di spoglio ricevono la diaria e le indennità, come all'art. 19.“

2. Il presente decreto entra in vigore colla sua pubblicazione sul *Bollettino Ufficiale delle leggi*.

## XXII. Kanton Waadt.

### 1. Lehrerschaft aller Stufen.

1. Arrêté modifiant les articles 138 et 140 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires du canton de Vaud, ainsi que l'article 139 du dit règlement, déjà modifié par l'arrêté du 15 mai 1917. (Du 8 février 1921.)

*Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud,*

Vu le préavis du Département de l'instruction publique et des cultes;

Vu l'article premier de la loi du 8 décembre 1920 revisant les articles 66, 67, 68, 72, 73, 74 et 115 de la loi sur l'instruction publique primaire du 15 mai 1906;

*arrête:*

Article premier. Les articles 138, 139 et 140 du règlement du 15 février 1907 sont abrogés et remplacés par les dispositions ci-après:

Art. 138. Le traitement des instituteurs, des institutrices et des maîtresses d'écoles enfantines brevetés est payé par mensualités. Ce paiement ne peut se faire par acomptes.

Art. 138 bis (*nouveau*). Tout membre du personnel enseignant, porteur du brevet prévu pour sa fonction et qui a effectué un stage régulier d'une année dans une école officielle, a droit au traitement fixé par le premier alinéa de l'art. 66 de la loi. Sont réservés les cas de prolongation de stage prévus par le dernier alinéa du dit article 66.

Art. 139. Les maîtresses d'écoles enfantines chargées en outre de l'enseignement des travaux à l'aiguille ou dirigeant une classe semi-enfantine comprenant plus de 20 enfants ont droit, si elles possèdent les brevets prévus par l'art. 39, lettres c et d, de la loi, ou le brevet primaire, à un supplément de traitement de fr. 300 au minimum.

Art. 140. Le calcul des années de service pour les augmentations de traitement prévues à l'art. 72 de la loi se fera en tenant compte d'une année de stage.

Sera considéré comme stage, l'enseignement régulier et ininterrompu d'une année au moins dans la même classe, soit comme titulaire provisoire ou remplaçant, soit comme titulaire définitif.

Les remplacements de moins d'une année effectués avant le stage ne seront pas comptés comme temps de service pour les augmentations. Il en sera de même de toute prolongation du stage prononcée par le Conseil d'Etat en vertu des dispositions du dernier alinéa de l'art. 66 de la loi.

Les membres du personnel enseignant qui, au 1<sup>er</sup> janvier 1921, n'avaient pas encore été mis au bénéfice de la première augmentation pour années de service, sont soumis aux dispositions du présent article pour l'obtention de la dite augmentation.

Art. 140 bis (*nouveau*). Les augmentations pour années de service, prévues à l'art. 72 de la loi, sont à la charge de l'Etat. Elles sont payées proportionnellement au temps de service pendant l'année et par trimestre échu.

Art. 2. Le Département de l'instruction publique et des cultes est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui entre immédiatement en vigueur, avec effet rétroactif au 1<sup>er</sup> janvier 1921.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 8 février 1921.

## 2. Verschiedenes.

### 2. Règlement pour la bibliothèque cantonale et universitaire du Canton de Vaud. (Du 31 mai 1921.)

## XXIII. Kanton Wallis.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1921.

## XXIV. Kanton Neuenburg.

### 1. Mittelschulen und Berufsschulen.

#### 1. Arrêté concernant l'Ecole normale cantonale. (Du 7 janvier 1921.)

*Article premier.* Les articles premier et 16 du règlement de l'Ecole normale cantonale du 4 juin 1909 sont abrogés et remplacés par les suivants:

*Article premier.* L'Ecole normale cantonale a pour but de préparer les jeunes gens des deux sexes à l'enseignement primaire et des jeunes filles à l'enseignement dans les écoles enfantines. Elle est gratuite. Toutefois, les élèves non neuchâtelois dont les parents n'habitent pas le canton, sont astreints à un écolage annuel payable en deux termes, soit au commencement de l'année scolaire et à la rentrée d'automne. Cet écolage est de fr. 50 pour les Suisses d'autres cantons et de fr. 100 pour les étrangers.



Art. 16. Outre les élèves réguliers, l'Ecole normale admet des auditeurs et des auditrices.

Les auditeurs et les auditrices paient fr. 6 par an pour chaque heure hebdomadaire de leçon. Cette finance est portée à fr. 10 pour les Suisses non neuchâtelois et à fr. 20 pour les étrangers dont les parents n'habitent pas le canton.

Les auditrices qui ne suivent que les cours pratiques de la section frœbelienne paient fr. 10 par mois ou fr. 40 pour un semestre. Toutefois, celles dont les parents n'habitent pas le canton, paient fr. 16 par mois ou fr. 60 pour un semestre, si elles sont d'origine suisse, mais non neuchâteloise, fr. 30 par mois ou fr. 120 pour un semestre si elles sont d'origine étrangère.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur dès le 1<sup>er</sup> avril 1921.

## 2. Universität.

### 2. Arrêté portant revision du règlement des examens de l'Université de Neuchâtel, du 6 juin 1911. (Du 25 février 1921.)

*Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel,*

Vu une lettre du Recteur de l'Université, en date du 22 janvier 1921, demandant qu'il soit apporté diverses modifications aux articles 48, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 57<sup>bis</sup>, 57<sup>ter</sup>, 88 et 90 du règlement des examens de l'Université, du 6 juin 1911, et qu'un article 52<sup>bis</sup> et un article 52<sup>ter</sup> soient introduits dans ce dernier;

Vu le préavis favorable présenté à ce sujet par la Faculté de droit;

Vu les articles 4 et 39 de la loi sur l'enseignement supérieur et 58 du règlement général de l'Université;

Sur la proposition du conseiller d'Etat chef du Département de l'instruction publique,

*arrête:*

*Article premier.* Les articles 48, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 57<sup>bis</sup>, 57<sup>ter</sup>, 88 et 90 du règlement des examens de l'Université de Neuchâtel, du 6 juin 1911, sont abrogés et remplacés par les suivants:

#### *Licence en droit.*

Art. 48. Pour être admis aux examens de licence en droit, il faut:

1<sup>o</sup> être porteur du baccalauréat du Gymnase cantonal de Neuchâtel, du Gymnase communal de La Chaux-de-Fonds ou d'un titre que la Faculté juge équivalent;

2<sup>o</sup> justifier de six semestres d'études dans une Faculté de droit, sous la réserve des dispositions de l'art. 51.

Art. 49. Le candidat doit rédiger deux travaux; le sujet de l'un est pris dans le droit civil ou dans le droit des obligations; celui du second, dans une autre matière juridique, choisie par le candidat parmi celles inscrites au programme des cours.



Les thèmes des travaux sont désignés par les professeurs chargés de l'enseignement des matières auxquelles ils se rapportent.

Un délai de 15 jours est accordé au candidat pour la présentation de ces deux travaux.

Le candidat n'est admis aux épreuves orales que si les travaux écrits ont été suffisants. Toutefois, dans le cas prévu à l'article 51, n° 2, cette disposition n'est applicable qu'à la dernière série d'épreuves.

Art. 50. Les épreuves orales portent sur les matières suivantes :

1. L'économie politique et la statistique.
2. Principes généraux et sources du droit (cours d'introduction à la science du droit).
3. Le droit romain.
4. La traduction et l'interprétation de textes de droit romain.
5. Le droit international public.
6. Le droit public.
7. Le droit administratif.
8. Le droit pénal et la procédure pénale.
9. Le droit civil (droit des personnes, droit de famille, droit de successions et droits réels).
10. Le droit des obligations et le droit de change.
11. La procédure civile et la législation sur la poursuite pour dettes et la faillite.
12. Le droit international privé.
13. Le droit comparé.

L'introduction à la science du droit, le droit romain, le droit international public, le droit public, le droit administratif, le droit pénal, le droit civil, le droit des obligations et le droit de change sont les branches essentielles au sens de l'article 3.

Art. 51. Pour les épreuves orales, le candidat a le choix :

- 1<sup>o</sup> de passer un examen unique sur toutes les matières, ou
- 2<sup>o</sup> de subir des examens partiels au cours de ses études.

Dans ce dernier cas, chaque examen partiel doit porter au moins sur trois des branches énumérées à l'article 50. Le candidat fait connaître au président de la Faculté les matières sur lesquelles il désire être interrogé.

Le dernier examen partiel porte nécessairement sur les matières indiquées à l'article 50, n°s 8 à 13.

Art. 52. Le grade de licencié ne peut être conféré si le candidat obtient la note 3 dans plus d'une épreuve, une seule note inférieure à 3, ou une note inférieure à 4 dans les branches essentielles.

*Licence ès sciences commerciales et économiques.*

Art. 53. Pour être admis aux examens, il faut :

- a) être porteur d'un des diplômes suivants : maturité commerciale délivrée par une école supérieure de commerce suisse ;

baccalauréat du Gymnase cantonal de Neuchâtel, du Gymnase communal de La Chaux-de-Fonds ou d'un titre équivalent; brevet pour l'enseignement primaire.

Ces diplômes, à l'exception de la maturité commerciale, doivent être complétés par des examens spéciaux de comptabilité et d'arithmétique commerciales. Ces examens complémentaires, qui peuvent se faire en cours d'études, porteront sur le programme de la 4<sup>me</sup> année d'une école supérieure de commerce subventionnée par la Confédération;

b) justifier de quatre semestres d'études dans une université commerciale ou dans une section universitaire de sciences commerciales, dont un au moins à l'Université de Neuchâtel.

Art. 57. Les candidats doivent obtenir une moyenne de 4 au moins, soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales. Le diplôme n'est pas accordé si le candidat obtient la note 3 dans plus d'une épreuve, une seule note inférieure à 3 ou une note inférieure à 4 dans les branches essentielles. Les sciences commerciales et l'économie politique sont branches essentielles au sens de l'article 3.

*Licence ès sciences politiques et administratives.*

Art. 57<sup>bis</sup>. Pour être admis aux examens, il faut:

a) être porteur de la maturité commerciale délivrée par une école supérieure de commerce suisse, du baccalauréat du Gymnase cantonal de Neuchâtel, du Gymnase communal de La Chaux-de-Fonds ou d'un titre équivalent;

b) justifier de 6 semestres d'études dans une faculté de droit, dans une université commerciale ou dans une section universitaire de sciences économiques ou sociales, dont un semestre au moins à l'Université de Neuchâtel.

Les candidats doivent en outre faire la preuve qu'ils ont pris une part active pendant un semestre au moins aux travaux des séminaires ou conférences portant sur les matières prévues au programme.

Les examens se composent d'épreuves écrites et d'épreuves orales.

Les épreuves écrites comprennent trois travaux:

- un travail de droit public ou de droit administratif,
- un travail de finances publiques,
- un travail de comptabilité administrative.

Un délai de 15 jours est accordé aux candidats pour la présentation des deux premiers travaux. Le travail de comptabilité administrative se fait à l'Université et 4 heures sont accordées pour cette épreuve.

Les épreuves orales comprennent neuf interrogations:

1. Introduction à la science du droit.
2. Droit public et droit administratif.

3. Droit international public.
4. Comptabilité administrative et technique commerciale.
5. Economie commerciale et finances publiques.
6. Economie politique et statistique.
7. Sociologie. Systèmes politiques et législation sociale.
- 8—9. Deux interrogations au choix du candidat, portant sur

les branches suivantes :

- a) Droit civil.
- b) Droit pénal.
- c) Droit commercial et droit de change.
- d) Droit civil comparé.
- e) Géographie économique.
- f) Histoire contemporaine.
- g) Science actuarielle.
- h) Hygiène publique.

Les candidats doivent obtenir une moyenne de 4 au moins, soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales. Le diplôme n'est pas accordé si le candidat obtient le chiffre 3 dans plus d'une épreuve, un seul chiffre inférieur à 3 ou une note inférieure à 4 dans les branches essentielles.

Le droit public, les finances public et l'économie politique sont branches essentielles au sens de l'article 3.

*Licence ès sciences sociales.*

Art. 57<sup>ter</sup>. Pour être admis aux examens, il faut :

a) être porteur de la maturité commerciale délivrée par une école supérieure de commerce suisse ; du baccalauréat du Gymnase cantonal de Neuchâtel, du Gymnase communal de La Chaux-de-Fonds ou d'un titre équivalent ;

b) justifier de six semestres d'études dans une Faculté de droit, dans une université commerciale ou dans une section universitaire de sciences économiques et sociales, dont un semestre au moins à l'Université de Neuchâtel.

Les candidats doivent en outre faire la preuve qu'ils ont pris une part active pendant un semestre au moins aux travaux des séminaires ou conférences portant sur les matières prévues au programme.

Les examens se composent d'épreuves écrites et d'épreuves orales.

Les épreuves écrites comprennent deux travaux :

Un travail d'économie politique fait à l'Université sous surveillance, et pour lequel quatre heures sont accordées.

Un travail sur les éléments des sciences commerciales et des finances publiques, pour la présentation duquel un délai de 15 jours est accordé aux candidats.

Les épreuves orales comprennent dix interrogations :

1. Sociologie et systèmes politiques.
2. Economie politique et statistique.

3. Législation sociale.
4. Eléments des sciences commerciales et des finances.
5. Introduction à la science du droit.
6. Ethnographie.
- 7.—10. Quatre interrogations au choix du candidat portant sur les branches suivantes, dont deux du groupe A et deux du groupe B :

*Groupe A.*

- a) Droit public et droit administratif.
- b) Droit international.
- c) Droit commercial et droit de change.
- d) Droit civil.
- e) Droit pénal.
- f) Droit civil comparé.
- g) Droit romain.
- h) Histoire du droit.
- i) Philosophie du droit.
- j) Géographie économique.
- k) Questions spéciales d'économie et de technique commerciales.

*Groupe B.*

- l) Philosophie.
- m) Psychologie.
- n) Pédagogie.
- o) Histoire.
- p) Linguistique.
- q) Histoire de la littérature.
- r) Histoire des religions.
- s) Archéologie et préhistoire.
- t) Anthropologie.
- u) Biologie.

Les candidats doivent obtenir une moyenne de 4 au moins, soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales. Le diplôme n'est pas accordé si le candidat obtient le chiffre 3 dans plus d'une épreuve, un seul chiffre inférieur à 3, ou une note inférieure à 4 dans les branches essentielles.

La sociologie, la législation sociale et l'économie politique sont branches essentielles au sens de l'article 3.

*Doctorat en droit.*

Art. 88. Pour les licenciés en droit d'une université suisse, les épreuves comportent :

a) la présentation d'une thèse sur un sujet approuvé par la Faculté ;

b) un examen approfondi sur trois branches choisies par la Faculté parmi celles énumérées à l'article 50.

Toutefois, si le candidat est licencié en droit de l'Université de Neuchâtel et si la moyenne des notes qu'il a obtenues au cours

de ses examens de licence n'est pas inférieure à 5, la faculté peut le dispenser de l'épreuve orale.

Art. 90. Pour tous les autres candidats les épreuves comportent:

a) La présentation d'une thèse sur un sujet approuvé par la faculté.

b) Un examen approfondi sur les branches suivantes:

Droit romain.

Droit international public.

Droit public général.

Droit pénal.

Droit civil (droit des personnes, droit de famille, droit de successions, droits réels).

Droit des obligations et droit de change, droit international privé et droit comparé.

Art. 2. Il est introduit dans le règlement susmentionné, après l'art. 52, un article 52<sup>bis</sup> et un article 52<sup>ter</sup> de la teneur suivante:

Art. 52<sup>bis</sup>. Le diplôme de licencié en droit délivré aux citoyens suisses porte la mention „avec l'effet prévu par l'art. 5, chiffre 2, de la loi sur le barreau“.

La faculté communique au Conseil d'Etat les noms des candidats qui l'ont obtenu.

Art. 52<sup>ter</sup>. Les candidats étrangers peuvent être dispensés de la traduction et de l'interprétation des textes de droit romain.

Ils ne sont pas interrogés sur le droit public et le droit administratif neuchâtelois.

La licence qui leur est conférée ne les autorise pas, s'ils acquièrent dans la suite l'indigénat helvétique, à requérir le brevet d'avocat neuchâtelois (loi sur le barreau du 20 mai 1914, art. 5).

Art. 3. Le Département de l'instruction publique est chargé de l'exécution du présent arrêté qui entre immédiatement en vigueur et qui sera inscrit au *Recueil des Lois*.

---

### 3. Lehrerschaft aller Stufen.

#### 3. Loi portant revision des articles 102, 110, 111 et du deuxième alinéa de l'article 112 de la loi sur l'enseignement primaire. (Du 8 février 1921.)

*Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,  
*décède:*

Article premier. Les articles 102, 110, 111 et le deuxième alinéa de l'article 112 de la loi sur l'enseignement primaire sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:



*Art. 102.* L'Etat contribue aux dépenses de l'enseignement primaire en prenant à sa charge le 50 % de l'ensemble des traitements initiaux et de la haute-paie fixés par les articles 110 et 111 de la présente loi et payés aux instituteurs, aux institutrices et aux autres fonctionnaires communaux de l'enseignement primaire.

La contribution de l'Etat sert d'abord à payer, par trimestres échus, la haute-paie déterminée par l'article 111 de la présente loi. Le solde est ensuite réparti entre les communes en prenant comme facteurs actifs le chiffre des traitements initiaux de leur personnel scolaire et le produit des taxes locales perçues en vertu des articles 1 et 4 de la loi sur les impositions communales, et comme facteur passif la richesse locale représentée par le montant de l'impôt direct perçu par l'Etat dans la commune.

En conséquence, le montant des traitements initiaux fixés par la présente loi, multiplié par celui des taxes locales et divisé par le produit de l'impôt direct de l'Etat perçu dans la localité, donne le nombre de points attribué à chaque commune pour la répartition de l'allocation.

Le tableau de répartition de la contribution de l'Etat est soumis au Grand Conseil en même temps que le budget cantonal. La répartition est effectuée entre les communes en quatre versements égaux, à la fin de chaque trimestre.

*Art. 110.* Pendant les deux premières années de service, les instituteurs ont droit à un traitement de fr. 4000 par an et les institutrices à un traitement de fr. 3300 par an.

A partir du cinquième semestre de service, les traitements sont fixés comme suit :

|                         |                  |
|-------------------------|------------------|
| Instituteurs . . . . .  | Fr. 4800 par an, |
| Institutrices . . . . . | „ 3600 „ „       |

Les communes ont la faculté d'augmenter les traitements des membres de leur corps enseignant et de leur accorder en outre une haute-paie communale. L'Etat ne contribue pas au paiement de ces augmentations communales de rétribution.

*Art. 111.* A partir du neuvième semestre de service, les membres du corps enseignant primaire reçoivent une haute-paie s'acquérant graduellement, pendant seize ans, de fr. 150 par année pour les instituteurs, et de fr. 75 par année pour les institutrices, le montant maximum de la haute-paie étant limité à fr. 2400 par an pour les instituteurs et à fr. 1200 par an pour les institutrices.

*Art. 112,* deuxième alinéa. Le prix de l'heure hebdomadaire donnée par des maîtres spéciaux ne peut être inférieur à fr. 175, ni supérieur à fr. 220 par an. Pour les maîtresses spéciales, le prix minimum de l'heure est de fr. 140 et le prix maximum de fr. 180 par an. Ces chiffres servent de base pour la fixation de la haute-paie.

Art. 2. La présente loi n'entrera en vigueur que si la loi du 9 février 1921, portant revision de l'article 2 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903, devient exécutoire. Dans ce cas, la présente loi déploiera ses effets à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1921.

Art. 3. L'excédent de dépenses résultant de l'entrée en vigueur de la présente loi sera porté au budget de 1921 comme crédit supplémentaire.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

---

**4. Loi portant revision de l'article 47, du deuxième alinéa de l'article 52, des articles 53 et 58, et du troisième alinéa de l'article 59 de la loi sur l'enseignement secondaire. (Du 9 février 1921.)**

*Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,  
*décède :*

Article premier. Les dispositions de l'article 47, du deuxième alinéa de l'article 52, des articles 53 et 58 et du troisième alinéa de l'article 59 de la loi sur l'enseignement secondaire sont abrogées et remplacées par les dispositions suivantes :

*Art. 47.* Le traitement des maîtres du Gymnase cantonal est calculé, dès l'entrée en fonctions, à raison de fr. 400 l'heure de leçon hebdomadaire.

Ce traitement s'augmente de fr. 5 par heure et par période de deux années d'enseignement jusqu'à concurrence de fr. 25 au maximum.

Il peut être substitué des traitements globaux aux traitements à l'heure de leçon.

Le directeur du Gymnase cantonal reçoit un traitement de fr. 5000. Il a droit en outre au traitement fixé pour l'enseignement dont il peut être chargé. Sauf autorisation spéciale et toujours révocable du Conseil d'Etat, il ne peut donner plus de quinze heures de leçons par semaine.

Les maîtres du Gymnase cantonal ne peuvent y enseigner plus de 24 heures par semaine.

*Art. 52, deuxième alinéa.* Le prix de l'heure de leçon dans les écoles secondaires du canton ne peut être inférieur aux minima suivants :

a) dans les gymnases et écoles supérieures de jeunes filles donnant un enseignement gymnasial : fr. 300 pour les maîtres et fr. 240 pour les maîtresses ;

b) dans les écoles secondaires et classiques de Neuchâtel, du Locle et de La Chaux-de-Fonds : fr. 240 pour les maîtres et fr. 210 pour les maîtresses ;

c) dans les écoles secondaires des autres localités : fr. 220 pour les maîtres et fr. 190 pour les maîtresses.

Pour les maîtres spéciaux chargés d'un enseignement de moindre importance, les minima fixés par le présent article peuvent être diminués de 25 %.

*Art. 53.* L'Etat subventionne l'enseignement secondaire.

La subvention de l'Etat est proportionnée aux dépenses faites par les communes pour traitement du personnel enseignant et dirigeant des établissements d'enseignement secondaire.

Elle est égale au 50 % de l'ensemble des traitements de toutes les écoles du canton, déduction faite des écolages prévus à l'article 58, et s'applique:

a) aux traitements du personnel dirigeant (direction et secrétariat) pour la totalité de ces traitements;

b) aux traitements du personnel enseignant jusqu'aux maxima suivants:

Villes (Neuchâtel, Le Locle, La Chaux-de-Fonds): Ecoles secondaires et classiques, heure hebdomadaire: fr. 320 pour les maîtres et fr. 260 pour les maîtresses; Gymnases communaux et écoles supérieures de jeunes filles donnant un enseignement gymnasial: fr. 400 pour les maîtres et fr. 320 pour les maîtresses.

Autres communes: Ecoles secondaires, heure hebdomadaire: fr. 270 pour les maîtres et fr. 230 pour les maîtresses.

Pour les traitements globaux, le taux de l'heure hebdomadaire s'obtient en divisant le traitement par le nombre d'heures hebdomadaires.

Les maîtres principaux des écoles secondaires communales ne peuvent consacrer plus de 30 heures par semaine à l'enseignement public. S'ils consacrent une partie de leur activité à l'enseignement supérieur, chaque heure d'enseignement supérieur compte pour deux heures d'enseignement.

Les maîtres spéciaux ne peuvent consacrer plus de 35 heures par semaine à l'enseignement public.

*Art. 58.* La fréquentation des établissements d'enseignement secondaire est gratuite, sauf pour les élèves étrangers à la Suisse dont les parents ne sont pas domiciliés dans le canton. Ces derniers paient un écolage annuel, fixé par les communes, à fr. 200 au maximum.

Le même écolage peut être exigé des élèves d'origine suisse dont les parents sont domiciliés hors du canton.

*Art. 59, troisième alinéa.* Pour les élèves externes, la commune qui est le siège de l'école a le droit de se faire payer par les communes de domicile de ces élèves, à titre d'écolage, une contribution annuelle de fr. 120 au maximum pour chaque élève.

*Art. 2.* La présente loi n'entrera en vigueur que si la loi du 9 février 1921, portant revision de l'article 2 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903 devient exécutoire. Dans ce cas, la présente loi déploiera ses effets à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1921.

Art. 3. L'excédent de dépenses résultant de l'entrée en vigueur de la présente loi sera porté au budget de 1921 comme crédit supplémentaire.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

## **5. Loi portant revision de l'article 7 de la loi sur l'enseignement professionnel. (Du 9 février 1921.)**

*Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,

*décète :*

Article premier. L'article 7 de la loi sur l'enseignement professionnel est abrogé et remplacé par le suivant :

*Art. 7.* L'Etat accorde aux communes pour chaque établissement communal d'enseignement professionnel une subvention calculée à raison de 40 % de leurs dépenses pour traitements du personnel dirigeant et du personnel enseignant, déduction faite des écolages, et de 20 % de leurs dépenses pour matériel d'enseignement.

La subvention de l'Etat s'applique à la totalité des traitements du personnel de la direction et de l'administration des écoles professionnelles.

Elle s'applique aux traitements du corps enseignant dans les limites des maxima et minima et dans les conditions déterminées, pour le corps enseignant secondaire, par les articles 52 et 53 de la loi sur l'enseignement secondaire.

Sont assimilées à l'enseignement gymnasial (maxima de fr. 400 pour les maîtres et de fr. 320 pour les maîtresses), les leçons données dans les classes du degré supérieur correspondant aux classes d'un gymnase par des maîtres porteurs d'un diplôme délivré par un établissement d'enseignement supérieur.

Les autres leçons de l'enseignement professionnel sont assimilées à l'enseignement secondaire inférieur (traitements maxima de fr. 320 ou de fr. 270 pour les maîtres et de fr. 260 ou de fr. 230 pour les maîtresses).

Les maîtres et maîtresses de pratique, dont l'enseignement peut comporter jusqu'à 48 heures par semaine, reçoivent des traitements globaux dont le minimum est fixé à fr. 7000 pour le personnel masculin des villes de Neuchâtel, de La Chaux-de-Fonds et du Locle, à fr. 6500 dans les autres localités du canton et à fr. 4500 pour le personnel féminin.

La subvention de l'Etat s'applique aux traitements énumérés ci-dessus jusqu'à concurrence des chiffres maxima de fr. 8000, fr. 7500 et fr. 5400.



Les maîtresses des écoles ménagères reçoivent le traitement et la haute-paie des institutrices primaires, plus un supplément initial de fr. 300.

Art. 2. La présente loi n'entrera en vigueur que si la loi du 9 février 1921 portant revision de l'article 2 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903 devient exécutoire. Dans ce cas, la présente loi déploiera ses effets à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1921.

Art. 3. L'excédent de dépenses résultant de l'entrée en vigueur de la présente loi sera porté au budget de 1921 comme crédit supplémentaire.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

## **6. Loi fixant les traitements du directeur et du personnel enseignant de l'Ecole normale cantonale. (Du 9 février 1921.)**

*Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,  
*décète :*

Article premier. Le directeur de l'Ecole normale cantonale reçoit un traitement de fr. 5000. Il a droit en outre au traitement fixé pour l'enseignement dont il peut être chargé. Sauf autorisation spéciale du Conseil d'Etat, il ne peut donner plus de 15 heures de leçons par semaine.

Le personnel enseignant de l'Ecole normale est payé comme suit, d'après le nombre de ses heures de leçons hebdomadaires :

- a) les maîtres principaux : fr. 400 l'heure ;
- b) les maîtres spéciaux : fr. 350 l'heure ;
- c) les maîtresses spéciales : fr. 320 l'heure.

Les traitements des professeurs et des maîtres s'augmentent de fr. 5 par heure et par périodes de deux années d'enseignement, jusqu'à concurrence d'une haute-paie de fr. 25 au maximum.

Les maîtres de l'Ecole normale cantonale ne peuvent y enseigner plus de 24 heures par semaine.

Une institutrice surveillante (fr. 4200) et deux institutrices frœbeliennes (fr. 3600) font partie du personnel de l'Ecole normale et reçoivent le traitement et la haute-paie des institutrices primaires. L'enseignement donné par l'institutrice surveillante est rétribué à part, sur la base des prescriptions du présent article.

Art. 2. La présente loi abroge le décret du 30 novembre 1917 fixant les traitements des professeurs de l'Ecole normale. Elle n'entrera en vigueur que si la loi du 9 février 1921 portant revision de l'article 2 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903 devient exécutoire. Dans ce cas, elle déploiera ses effets à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1921.



Art. 3. L'excédent de dépenses résultant de l'entrée en vigueur de la présente loi sera porté au budget de 1921 comme crédit supplémentaire.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

---

**7. Loi portant revision des articles 23 et 24 de la loi sur l'enseignement supérieur. (Du 9 février 1921.)**

*Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,  
*décète:*

Article premier. Les dispositions des articles 23 et 24 de la loi sur l'enseignement supérieur sont abrogées et remplacées par les dispositions suivantes:

*Art. 23.* Le traitement des professeurs est fixé par le Conseil d'Etat dans les limites de fr. 800 à fr. 1000 par heure de leçon hebdomadaire.

Dans certains cas, il pourra être attribué un traitement global à des chaires principales.

*Art. 24.* Le traitement des chargés de cours au Séminaire de français moderne est calculé à raison de fr. 400 l'heure de leçon hebdomadaire. Il augmente de fr. 5 après chaque période d'enseignement de deux ans et atteint son maximum de fr. 425 après dix années d'enseignement.

Le traitement du directeur du Séminaire de français moderne est fixé à fr. 800.

Art. 2. La présente loi n'entrera en vigueur que si la loi du 9 février 1921 portant revision de l'article 2 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903 devient exécutoire. Dans ce cas, elle déploiera ses effets à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1921.

Art. 3. L'excédent de dépenses résultant de l'entrée en vigueur de la présente loi sera porté au budget de 1921 comme crédit supplémentaire.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

---

**8. Décret concernant l'extinction des allocations de renchérissement. (Du 9 février 1921.)**

---

## 9. Règlement de la Caisse cantonale de remplacement du Corps enseignant primaire du canton de Neuchâtel. (Du 23 décembre 1921.)

### I. Dispositions générales.

Article premier. *La Caisse cantonale de remplacement du Corps enseignant primaire* est créée en application de l'article 107 de la Loi sur l'enseignement primaire.

Cette institution a son siège à Neuchâtel.

Elle a pour but de subvenir aux frais de remplacement de ses sociétaires malades.

Les instituteurs et les institutrices primaires, les maîtres spéciaux donnant un minimum de 20 heures de leçons par semaine à l'école primaire, les fonctionnaires communaux de l'enseignement primaire (directeurs, secrétaires, administrateurs des écoles) en font obligatoirement partie.

### II. Administration.

Art. 2. Les organes de l'administration de la Caisse cantonale de remplacement sont:

- a) un Comité,
- b) des membres correspondants,
- c) une Commission de vérification des comptes.

Art. 3. Le Comité est composé:

1. d'un président nommé par le Conseil d'Etat;
2. de six membres et de six suppléants, à raison de un par district, choisis par le Conseil d'Etat, parmi les autorités communales;
3. de six délégués du Corps enseignant primaire et six suppléants, soit un par district, nommés par les intéressés dans les conférences officielles.

Ces nominations sont faites pour une durée de trois ans au début de chaque période législative.

Art. 4. Le Comité choisit dans son sein un vice-président et un secrétaire-caissier.

Art. 5. Le secrétaire-caissier s'occupe de la correspondance, tient la comptabilité générale, reçoit les avis de maladie et de remplacement et paie les indemnités par l'intermédiaire des correspondants.

Il établit la situation financière de la Caisse à la fin de chaque exercice annuel, soit au 31 décembre.

Art. 6. Les fonctions de membre du Comité et celles de Correspondant sont gratuites. Toutefois, les frais de déplacement des membres du Comité et des vérificateurs de comptes sont remboursés.

Le caissier reçoit une rétribution fixée par le Comité.

Art. 7. Le Comité désigne, dans chaque Commune, un correspondant choisi parmi les membres du Corps enseignant primaire, chargé de recevoir les avis de maladie, de les viser; de visiter ou

de faire visiter les sociétaires malades; de payer les indemnités de remplacement aux intéressés et de signaler au secrétaire-caissier les démissions, mutations ou nominations au moment où elles se produisent.

Lorsque le correspondant d'une Commune est malade, les déclarations sont visées par un ou une de ses collègues.

Dans les localités ayant une seule classe, les déclarations sont visées par le Président de la Commission scolaire.

Art. 8. Le Comité a le droit de faire examiner les malades par un médecin à son choix.

Art. 9. Une Commission, composée de six membres et de six suppléants, à raison de un membre par district, nommés pour une année par les conférences officielles, est chargée de la vérification des comptes de chaque exercice.

Le Président de la caisse assiste aux séances de la Commission et les préside. Celle-ci choisit parmi ses membres un rapporteur.

Le rapport de la Commission de vérification des comptes est annexé au rapport administratif annuel du Comité.

### *III. Finances.*

Art. 10. Les recettes de la Caisse sont:

1. les cotisations des membres,
2. la subvention des Communes,
3. la subvention de l'Etat,
4. éventuellement la subvention de la Confédération,
5. les intérêts des fonds capitalisés,
6. les dons et legs.

Art. 11. Les dépenses de la Caisse sont:

1. les indemnités payées aux remplaçants et remplaçantes des titulaires malades,
2. les frais d'administration.

Art. 12. Les excédents de recettes sont versés dans un Fonds de réserve destiné à couvrir les excédents éventuels de dépenses.

Art. 13. La fortune de la Caisse de remplacement doit être placée en obligations d'Etat, de communes ou d'établissements de crédits reconnus par l'Etat. Les titres et les capitaux formant le Fonds de réserve sont déposés à la Banque Cantonale Neuchâteloise.

Ils ne peuvent être retirés que sur demande signée du président et du caissier de la Société.

Les fonds de la Caisse de remplacement ne peuvent en aucun cas être détournés de leur destination.

### *Cotisations.*

Art. 14. La cotisation annuelle de chaque membre est fixée à fr. 24.—.

Elle est payée en deux termes, au commencement de chaque semestre, au caissier communal qui en remet quittance aux intéressés.

Les membres du Corps enseignant nommés dans le 1<sup>er</sup> semestre de l'année civile paient la cotisation entière de fr. 24.—. Ceux qui sont nommés dans le 2<sup>me</sup> semestre paient la moitié de la cotisation, soit fr. 12.—.

*Subventions.*

Art. 15. La subvention de l'Etat est également de fr. 24.— pour chacun des membres de la Caisse en fonctions au 1<sup>er</sup> janvier de chaque année.

Elle est versée avant le 31 mars.

Pour les postes nouveaux, créés au cours du 1<sup>er</sup> semestre, la subvention est de fr. 24.—, et pour ceux du 2<sup>me</sup> semestre, elle est de fr. 12.—.

Art. 16. La subvention des Communes est également de fr. 24.— pour chacun des membres de leur Corps enseignant, de leurs maîtres spéciaux et de leurs fonctionnaires de l'enseignement primaire.

Elle est également versée avant le 31 mars.

Pour les postes nouveaux, créés au cours du 1<sup>er</sup> semestre, la subvention est de fr. 24.—, et pour ceux du 2<sup>me</sup> semestre, elle est de fr. 12.—.

Art. 17. Si les comptes d'un exercice bouclent par un déficit ou si, au cours d'un exercice, le Comité prévoit que les comptes boucleront par un déficit ne pouvant être couvert par le Fonds de réserve, il sera perçu, après entente avec les trois groupes intéressés, les subventions et cotisations supplémentaires nécessaires.

Les membres de la Caisse, les Communes et l'Etat participent à ces suppléments dans la même proportion.

*IV. Indemnités de remplacement.*

Art. 18. Sur présentation d'un certificat médical remis au début d'une maladie au correspondant de la Commune de domicile des titulaires malades, la Caisse paie les indemnités de remplacement effectif.

Pour les remplacements d'une durée prolongée, une déclaration médicale mensuelle est exigée.

Art. 19. L'indemnité de remplacement est due par la Caisse dès le premier jour de remplacement effectif et pour un total de 250 jours compris dans une période de 730 jours consécutifs.

Ces périodes sont calculées d'après le système appliqué par l'Office fédéral des assurances sociales.

Art. 20. Quand un membre remplacé aura épuisé les indemnités prévues à l'article 18, il ne pourra bénéficier à nouveau des services de la Caisse qu'après une période de deux ans, comptée à partir du premier jour qui suit le 250<sup>me</sup> jour indemnisé.

Art. 21. Tout titulaire remplacé ne peut renoncer à son droit aux prestations qu'à partir du jour où il reprend effectivement ses fonctions.



Art. 22. Les indemnités de remplacement sont payées mensuellement. L'indemnité journalière est fixée comme suit:

Instituteur remplacé: fr. 13.—

Institutrice remplacée: fr. 10.—

Art. 23. La Caisse ne paie aucune indemnité pour les jours de congé, les dimanches et les vacances.

La demi-journée de remplacement effectif compte pour une journée entière, si l'horaire de la classe indique une demi-journée de leçons.

En cas de décès d'un titulaire malade, la Caisse prend à sa charge le remplacement, jusques et y compris le jour de l'inhumation.

Art. 24. La Caisse rétribue les remplaçants des maîtres spéciaux et des fonctionnaires communaux de l'enseignement primaire, sur les mêmes bases que ceux des instituteurs et des institutrices. (Voir art. 22.)

#### *V. Dispositions diverses.*

Art. 25. Les membres du Corps enseignant primaire quittant pour une cause ou pour une autre l'enseignement public cessent, dès ce moment-là, de faire partie de la Caisse de remplacement; ils n'ont droit à aucune restitution.

Art. 26. Toute modification aux statuts doit être préalablement soumise à l'examen des trois groupes intéressés.

Art. 27. Les présents statuts sont soumis à la ratification du Conseil d'Etat.

Art. 28. Le présent règlement abroge celui du 5 février 1918 et entre en vigueur dès le 1<sup>er</sup> janvier 1922.

## **XXV. Kanton Genf.**

### **I. Allgemeines.**

#### **1. Loi relative à la durée de la scolarité obligatoire. (Du 29 juin 1921.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition du Conseil d'Etat,  
*décète ce qui suit:*

Article premier. En dérogation aux dispositions du 1<sup>er</sup> alinéa de l'article 9 de la loi sur l'instruction publique, la scolarité obligatoire s'étend pour les enfants de l'agglomération urbaine, soit dans les communes de Genève, Plainpalais, Eaux-Vives, Carouge, Petit-Saconnex, Lancy, Chêne-Bourg, Chêne-Bougeries et Thonex de 6 à 15 ans révolus. Toutefois, les enfants âgés de 14 ans révolus pourront être libérés de cette obligation s'ils justifient d'une occu-



pation régulière ensuite d'un engagement ou d'un contrat d'apprentissage satisfaisant à la loi du 26 novembre 1899.

Art. 2. Cette disposition est applicable jusqu'à la fin de l'année scolaire 1921—1922.

---

**2. Loi autorisant le Conseil d'Etat à ne pas appliquer pendant trois ans les articles de la loi sur l'instruction publique concernant les examens. (Du 29 juin 1921.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que :

*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition d'un de ses membres,  
*décète ce qui suit :*

Article unique. Le Conseil d'Etat est autorisé, à titre d'essai, à ne pas appliquer pendant un délai de trois années, dans quelques établissements d'instruction publique, les articles de la loi sur l'instruction publique concernant les examens en vue de la promotion d'une classe dans une autre.

---

**2. Primarschule.**

**3. Loi sur l'Assurance scolaire obligatoire en cas de maladie. (Du 11 octobre 1919, modifiée le 29 juin 1921.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que :

*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition d'un de ses membres,  
*décète ce qui suit :*

Article premier (modifiée le 29 juin 1921). L'assurance scolaire en cas de maladie et d'accident est déclarée obligatoire.

Art. 2 (modifié le 29 juin 1921). Dans ce but, il est créé à Genève, sous le nom de „Caisse cantonale genevoise d'assurance scolaire en cas de maladie“, une caisse mutuelle publique d'assurance, destinée à assurer à ses membres, en cas de maladie ou d'accident, les soins médicaux et pharmaceutiques, et éventuellement des séjours à la montagne ou à la campagne.

Cette Caisse devra en tout temps remplir les conditions requises par la loi fédérale du 13 juin 1911, pour la reconnaissance du droit au subside.

Art. 3 (modifié le 29 juin 1921). Devront faire partie de cette Caisse les enfants de nationalité suisse ou étrangère qui fréquentent les écoles publiques enfantines et primaires du canton, à moins qu'ils ne justifient être assurés auprès d'une société de secours mutuels ayant son siège à Genève et mise au bénéfice de la loi cantonale

du 27 mai 1903, modifiée le 19 octobre 1918, et la loi fédérale du 13 juin 1911.

Art. 4 (modifié le 29 juin 1921). Le Conseil d'Etat fixera chaque année, avant le 1<sup>er</sup> août, sur le préavis de la Commission administrative et en tenant compte du bilan technique de la Caisse et des fonds de réserve, le montant de la cotisation des assurés pour l'exercice suivant.

Pour la première année, la cotisation est fixée à 25 centimes par semaine.

Art. 5 (modifié le 29 juin 1921). La Caisse est administrée par une Commission administrative de 17 membres, de nationalité suisse, domiciliés dans le canton, et désignés comme suit:

- 3 par le Conseil d'Etat,
- 3 par le Grand Conseil,
- 3 par la Commission scolaire, mais choisis dans le corps enseignant,
- 4 par la Fédération des sociétés de secours mutuels,
- 1 par l'Association des médecins,
- 1 par la Société genevoise de pharmacie.

Le Directeur scientifique du Service d'hygiène et

Le Médecin-chef des écoles font partie de droit de la Commission.

Les fonctions son gratuites.

Art. 6. Cette Caisse a la personnalité juridique et fonctionne sous le contrôle du Conseil d'Etat.

Sa fortune est indépendante de celle de l'Etat.

Art. 7. La Commission administrative assure, avec le concours du corps enseignant, le fonctionnement de la Caisse. Elle nomme les employés qui lui sont nécessaires.

La Commission présentera chaque année un rapport administratif et financier.

Art. 8. Les communes seront avisées des cotisations qui ne seraient pas régulièrement payées. Elles auront, en tout temps, droit de recours contre les représentants légaux des intéressés.

A la fin de chaque année scolaire, les communes du domicile des élèves devront verser à la Caisse d'assurance le montant des cotisations impayées.

La Commission administrative pourra, en outre, prendre les mesures qu'elle jugera convenables contre les personnes qui, par mauvaise volonté, refuseraient de payer les cotisations.

Art. 9. Les ressources de la Caisse sont:

- 1<sup>o</sup> Cotisations des assurés,
- 2<sup>o</sup> Subvention fédérale,
- 3<sup>o</sup> Subvention cantonale,
- 4<sup>o</sup> Dons et legs.

Art. 10. La Commission administrative élaborera les statuts de la Caisse, qui devront être approuvés par les autorités fédérales et cantonales.

#### **4. Statuts de la Caisse cantonale genevoise d'assurance scolaire en cas de maladie.** (Modifiés le 29 juin 1921.)

##### *Dispositions générales.*

Article premier. La Caisse cantonale genevoise d'assurance scolaire en cas de maladie, créée par la loi du 11 octobre 1919, modifiée le 29 juin 1921, est une Caisse publique d'une durée illimitée.

Art. 2. Elle a son siège à Genève.

Art. 3. Son but est de procurer à ses membres, par la mutualité et conformément à l'art. 2 de la loi, des prestations en cas de maladie et d'accident.

Art. 4. La Caisse se soumet aux conditions sous lesquelles sera reconnu son droit aux subsides fédéraux et cantonaux, ainsi qu'aux prescriptions destinées à assurer ou à compléter l'exécution de la loi visée à l'art. 1. De par cette déclaration, les conditions établies par les lois fédérales et cantonales sont réputées contenues dans les présents statuts.

##### *Des membres.*

Art. 5. Devront faire partie de cette Caisse les enfants de nationalité suisse ou étrangère qui fréquentent les écoles publiques enfantines et primaires du canton, à moins qu'ils ne justifient être assurés auprès d'une société de secours mutuels ayant son siège à Genève et mise au bénéfice de la loi cantonale du 27 mai 1903, modifiée le 19 octobre 1918, et la loi fédérale du 13 juin 1911.

Art. 6. La qualité de membre s'acquiert dès l'entrée dans un établissement ci-dessus désigné.

Aucun membre ne peut être assuré simultanément auprès d'une autre caisse-maladie.

Art. 7. Il sera délivré à chaque élève un carnet qui servira de quittance et qui devra contenir tous les renseignements utiles.

Le coût du carnet est à la charge de l'assuré.

Art. 8. La qualité de membre se perd par la mort et en outre:

- a) Par la sortie définitive des écoles publiques prévues à l'art. 5.
- b) Par le transfert du domicile hors du canton.
- c) Par la démission.

Le membre démissionnaire doit fournir la preuve qu'il est assuré à une société de secours mutuels remplissant les conditions prévues à l'art. 5 des présents statuts.

Art. 9. Le membre sortant n'a droit à aucun remboursement.

Art. 10. Lorsqu'un élève quitte la Caisse, celle-ci est tenue de lui délivrer le certificat d'affiliation établi suivant le formulaire officiel. Le personnel enseignant sera prié de démontrer aux élèves l'utilité de ce certificat.

*Des droits et obligations des membres.*

Art. 11. Les prestations de la Caisse en faveur de ses membres qui tombent malades sont les suivantes:

a) *Les soins médicaux.* Le choix du médecin est libre. Toutefois la Caisse ne paiera ces soins que dans la limite des tarifs fixés par le Conseil d'Etat.

Les suppléments pour visite de nuit ou de dimanche ne sont à la charge de la Caisse que si l'état du malade justifie cette mesure.

Le malade doit choisir son médecin dans un rayon de 5 kil. de son domicile. Dans le cas où il n'y aurait pas de médecin dans ce secteur, le malade pourra choisir entre les médecins les plus rapprochés. Si l'assuré choisit un autre médecin, la Caisse ne prendra à sa charge l'indemnité kilométrique que depuis la distance ci-dessus mentionnée.

Les certificats médicaux ne sont payés que s'ils intéressent la Caisse.

La Caisse ne paie pas les lunettes et appareils dentaires. Pour les appareils orthopédiques, le Bureau statuera sur chaque demande.

b) *Les frais pharmaceutiques.* Toutes les ordonnances établies par un médecin sont à la charge de la Caisse.

Toutefois, le Bureau se réserve, dans le cas où il croirait constater un abus dans l'usage des médicaments, d'intervenir par l'intermédiaire du médecin-conseil auprès du médecin traitant. Il pourra même, après avoir entendu les deux précités, supprimer le paiement des médicaments prescrits abusivement.

c) Les soins médicaux et pharmaceutiques sont également fournis en cas de traitement dans un établissement hospitalier ou de cure dans un lieu de séjour, à condition que ce traitement ou cette cure ait été ordonné par un médecin diplômé. La Caisse peut charger un ou plusieurs établissements hospitaliers de ces soins. A cet effet, une convention sera passée avec les établissements précités.

La Commission se réserve de faire examiner par une commission médicale les malades désignés pour suivre un traitement ou une cure et après rapport de fixer elle-même le lieu de séjour.

d) Les massages qui ne sont pas appliqués personnellement par le médecin et les examens radiographiques nécessaires pour le diagnostic seront payés par la Caisse selon les conventions passées avec les médecins et approuvées par le Conseil d'Etat.

Ne sont pas compris dans les soins médicaux, les bains ne résultant pas d'une ordonnance médicale et les soins dentaires.

e) Les prestations ci-dessus sont accordées, sans limite de temps, jusqu'à la sortie de la Caisse (voir art. 8).



Art. 12. Le droit aux prestations est assuré dès le jour où le sociétaire tombe malade. Le sociétaire qui tombe malade doit déclarer sa maladie à la Caisse. Cette déclaration doit être faite lors du retrait de la feuille de maladie à l'administration de la Caisse ou autres lieux désignés à cet effet.

Cette feuille de maladie devra être utilisée par le médecin et le pharmacien. Sitôt la maladie terminée ou à la fin de chaque trimestre, la feuille devra être retournée ou échangée. Si la déclaration a lieu pendant les trois premiers jours de la maladie, le jour de déclaration est réputé jour de début de la maladie. Si la déclaration a été retardée au-delà du 3<sup>me</sup> jour, sans qu'il y ait eu faute du malade ou de sa famille, l'administration peut reconnaître comme premier jour de maladie le jour où le sociétaire est véritablement tombé malade.

Art. 13. La Caisse pourra faire examiner le malade par un médecin-conseil et désigner un commissaire auquel le sociétaire devra donner tous les renseignements nécessaires.

Art. 14. En cas d'inobservation des prescriptions ou de transgression des statuts, les prestations peuvent être en tout ou partie supprimées par le Bureau de la Caisse.

Art. 15. Les sociétaires, qu'ils soient bien portants ou malades, ont à payer une cotisation annuelle fixée chaque année par le Conseil d'Etat.

Cette cotisation sera répartie en quarante semaines et devra être payée à l'avance par semaine, mois ou année.

Les sociétaires qui n'auraient pas droit aux subsides fédéraux ou cantonaux, devront récupérer la Caisse du montant de ces subsides.

La perception sera faite par les soins du personnel enseignant.

Art. 16. L'administration surveillera l'application de l'article 8 de la loi concernant les cotisations dues par les enfants de parents indigents et fera chaque mois un rapport au Bureau. Elle pourra aussi servir d'intermédiaire auprès de l'Office fédéral des assurances sociales pour faire obtenir aux communes intéressées le subside prévu à l'article 38 de la loi fédérale du 13 juillet 1911.

Art. 17. Lorsqu'un tiers répond également des conséquences de la maladie en faveur de l'un des membres de la Caisse, cette dernière est subrogée dans les droits de l'assuré contre le tiers assureur.

#### *De l'organisation.*

Art. 18. Les organes de la Caisse sont:

- La Commission administrative,
- Le Bureau de la commission,
- La Commission de vérification des comptes.

Art. 19. La Commission administrative instituée en application de l'art. 5 de la loi cantonale se réunit tous les mois au siège de la Caisse et extraordinairement aussi souvent que le Bureau le juge nécessaire.

Art. 20. Pour la validité des décisions de la Commission, il faut la présence de la moitié au moins des membres. Si ce quorum n'est pas atteint sur une première convocation, le Bureau en fera une seconde quatre jours au moins après la première et les membres présents délibéreront alors valablement quel que soit leur nombre.

Art. 21. La Commission administrative a les attributions suivantes :

- a) Elle entend le rapport mensuel du Bureau.
- b) Elle nomme chaque année, en avril, le président et 4 membres du Bureau.
- c) Elle nomme les fonctionnaires de la Caisse.
- d) Elle approuve les cahiers des charges et fixe les traitements des fonctionnaires précités.
- e) Elle présente chaque année au Conseil d'Etat, dans les trois mois qui suivent la clôture d'un exercice, un rapport administratif et financier.
- f) Elle statue sur les recours contre les décisions du Bureau.
- g) Elle nomme chaque année la commission médicale visée à l'art. 11 des présents statuts (3 membres, y compris le médecin-chef des écoles).
- h) Elle désigne le ou les médecins-conseils.
- i) Elle désigne la commission de vérification des comptes. (3 membres pris en dehors de la commission).
- j) Elle propose des modifications aux statuts.

Art. 22. Sauf pour les élections du Bureau et la nomination des fonctionnaires qui auront lieu au bulletin secret, la Commission prend ses décisions à main levée, à la majorité des membres présents.

Art. 23. Le Président peut prononcer le huis-clos. Toute discussion politique ou religieuse est expressément interdite.

Art. 24. Le Bureau se compose d'un Président, de deux Vice-Présidents, d'un Secrétaire et d'un Vice-Secrétaire. A part le Président élu par la Commission, le Bureau se répartit les autres fonctions. La durée de ses fonctions est d'un an; il est immédiatement rééligible.

Art. 25. Le Bureau se réunit aussi souvent que les affaires l'exigent. La présence de 3 membres au moins est nécessaire pour la validité des décisions. Le bureau prend ses décisions à main levée et à la majorité absolue des votants; en cas d'égalité, la voix du Président est prépondérante.

Art. 26. Le bureau a les attributions suivantes :

- a) Il exécute les décisions de la Commission.
- b) Par l'organe de son Président ou de son remplaçant, il a la surveillance du personnel de l'administration.
- c) Il dirige et surveille la marche des affaires.
- d) Il valide les demandes de secours.
- e) Il établit les rapports mensuels, ainsi que les pièces nécessaires pour l'obtention des subsides fédéraux et cantonaux.
- f) Il désigne les commissaires surveillants.
- g) Il traite toutes les affaires qui ne rentrent pas dans les attributions d'autres organes de la Caisse.

Art. 27. Les décisions du Bureau peuvent faire l'objet d'un recours à la Commission; les recours doivent parvenir au Président dans les 20 jours qui suivent la décision.

Les contestations de droit privé pourront toujours encore être portées devant le tribunal cantonal des assurances.

Art. 28. Le Bureau représente la Caisse vis-à-vis des tiers et en justice.

Il est engagé par la signature du Président et du Secrétaire ou, en cas d'empêchement, de leurs suppléants.

Ces représentants sont seuls autorisés à correspondre avec les autorités.

Art. 29. L'Administration est composée d'un secrétaire-comptable, assisté d'un ou plusieurs employés.

Le secrétaire-comptable tient à jour les registres-contrôles, livres de comptabilité, établit les bilans, etc., et assure la correspondance courante. Il n'engage pas la commission par sa signature.

Pour le surplus, un cahier des charges adopté par la Commission fixera exactement ses attributions.

Art. 30. Chaque nomination devra être précédée d'une inscription publique.

Les employés ne sont nommés définitivement qu'après un an d'épreuve.

Art. 31. Les commissaires chargés de la surveillance des malades sont désignés par le Bureau.

#### *Comptabilité.*

Art. 32. La comptabilité sera organisée de façon que les comptes annuels puissent être facilement arrêtés conformément aux prescriptions fédérales sur la matière.

Art. 33. La perception des cotisations se fait par l'intermédiaire du corps enseignant; les directeurs et régents principaux signaleront à l'administration les élèves qui ont plus de quatre semaines de retard. Dans la règle, les secours ne seront accordés que contre présentation du livret de sociétaire à jour de cotisations.

Art. 34. Lorsqu'un exercice bouclera par un excédent de recettes, cet excédent sera porté à un fonds de réserves.

Si ce fonds était entamé de plus de  $\frac{1}{5}$ , il devrait être reconstitué dans un délai de trois ans.

Art. 35. La Commission de vérification des comptes contrôlera chaque année les écritures de la Caisse. Le rapport sera joint à celui prévu à l'art. 21, lettre e.

Art. 36. La clôture de l'exercice a lieu le 31 décembre.

Art. 37. La Caisse, même en cas de dissolution, ne peut affecter ses ressources qu'à des buts d'assurance. Cette disposition ne saurait être annulée, ni modifiée, même par une décision unanime de la Commission.

#### *Pénalités.*

Art. 38. La Commission fixe les pénalités dans les cas de retard de cotisation, négligence dans le retour de la feuille de maladie, de fausses déclarations, abus volontaires de secours, etc.

#### *Divers.*

Art. 39. La Commission édictera, dans le cadre tracé par les présents statuts, des dispositions de détail sur les modalités de l'organisation et du fonctionnement de l'administration, les relations avec le médecin et la pharmacie, les avis de maladie, les formulaires et autres matériaux à utiliser.

Les dispositions modifiant les charges et les prestations, ainsi que celles qui pourraient donner à un article des statuts une interprétation différente, devront être soumises à l'approbation de l'Office fédéral des assurances sociales.

Art. 40. En cas de revision des statuts, les nouveaux statuts n'entreront en vigueur qu'après leur approbation par le Conseil d'Etat et le Conseil fédéral.

---

**5. Loi autorisant le Conseil d'Etat à disposer du Fonds Alexis Mègevand pour l'acquisition d'un pavillon destiné aux Ecoles en plein-air. (Du 22 octobre 1921.)**

---

### **3. Mittel- und Berufsschulen.**

**6. Loi modifiant et abrogeant les dispositions des articles 304, 305 et 307 de la Loi sur l'Instruction publique du 5 novembre 1919 (Titre V, Chapitre II) et accordant une allocation à la Fondation „Pour l'Avenir“. (Du 18 juin 1921.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

*Le Grand Conseil,*  
Sur la proposition d'un de ses membres,  
*décète ce qui suit:*



Article premier. Les articles 304, 305 et 307 de la Loi sur l'Instruction publique (Chapitre II, Titre V), sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes :

Art. 304. Pour les établissements d'enseignement secondaire autres que ceux visés à l'article 303 de la Loi sur l'Instruction publique, il est créé un fond de bourse destiné à venir en aide aux élèves bien doués dont le travail et la conduite sont très satisfaisants. L'attribution d'une bourse est subordonnée à la situation de fortune et aux charges de famille des parents.

Art. 305. Ce fonds est formé :

- a) par une allocation spéciale portée annuellement au budget cantonal;
- b) par un prélèvement de 15 % des rétributions annuelles payées par les élèves de ces établissements;
- c) par des dons et legs.

Art. 307. Le Comité a les attributions suivantes :

- a) Il reçoit du Département de l'Instruction publique, des membres du corps enseignant secondaire, des parents ou des patrons les noms des jeunes gens qui demandent à être admis au bénéfice de l'article 304.
- b) Il procède ou fait procéder à toutes les enquêtes nécessaires.
- c) Il discute chaque cas en séance plénière et fixe la quotité de chaque subside, son emploi et sa durée.

Art. 2. Le Conseil d'Etat est autorisé à payer une allocation annuelle à la Fondation „Pour l'Avenir“. Cette allocation sera équivalente au montant des intérêts produits chaque année par le capital de la Fondation.

## **7. Règlement des Cours professionnels commerciaux et industriels.** (Du 2 avril 1921.)

Article premier. Tous les jeunes gens et jeunes filles qui quittent les établissements scolaires avant l'âge de 18 ans révolus, sont tenus de suivre les Cours professionnels correspondant à leur âge et à leur degré d'instruction, et à la profession qu'ils doivent embrasser. Le degré d'instruction est déterminé par le bulletin des écoles suivies ou par un examen.

Art. 2. Les Cours professionnels comprennent :

- a) des Cours obligatoires, dont les conditions sont fixées par la Loi, destinés aux jeunes gens et jeunes filles de 14 à 18 ans révolus. Ces Cours peuvent également être suivis, à titre volontaire, par des jeunes gens et jeunes filles de plus de 18 ans révolus, apprentis ou ouvriers;

b) des Cours facultatifs destinés à compléter les premiers et auxquels sont admis les élèves des Cours professionnels, ainsi que les jeunes gens et jeunes filles justifiant d'une instruction suffisante pour pouvoir les suivre (Cours de langues étrangères);

c) des bibliothèques et salles de travail destinées à compléter les Cours prévus aux lettres a et b, et auxquelles sont admis les jeunes gens et jeunes filles de 18 ans révolus, justifiant d'une instruction suffisante pour pouvoir les utiliser.

Art. 3. Les Cours obligatoires doivent être suivis régulièrement. Les infractions à cette règle seront punies conformément aux dispositions des articles 11 et 12 de la Loi sur l'Instruction publique.

Les élèves qui volontairement auraient manqué les Cours sans motif valable, pourront être convoqués d'autres jours (samedi et dimanche compris), pour remplacer les heures manquées.

Art. 4. Dans la règle, les Cours professionnels comprennent quatre années d'études, les deux premières années d'une journée par semaine, les deux dernières d'une demi-journée par semaine.

En outre, il sera éventuellement créé des classes spéciales pour les élèves dont l'instruction est retardée, classes correspondant au degré d'avancement de ces élèves (classes spéciales pour anormaux, classes pour élèves retardés, classes pour élèves anormalement retardés, classes pour élèves de langue étrangère, classes pour élèves indisciplinés).

Toutes ces classes spéciales sont d'une journée par semaine.

Art. 5. Les Cours professionnels sont obligatoires jusqu'à l'âge de 18 ans révolus.

Toutefois, les élèves, apprentis ou apprenties qui ont terminé leur apprentissage et obtenu un diplôme de fin d'apprentissage du Département du Commerce et de l'Industrie, sont libérés de toute obligation scolaire, même s'ils n'ont pas atteint l'âge de 18 ans révolus.

Les élèves non apprentis qui ont terminé avec des résultats satisfaisants une classe de quatrième année des Cours professionnels sont également libérés de toute obligation scolaire même s'ils n'ont pas atteint l'âge de 18 ans révolus.

Sous réserve des dispositions de l'art. 6, nul élève ne peut être dispensé des cours avant l'âge de 16 ans révolus.

Art. 6. Les élèves qui ont fréquenté les établissements scolaires publics du canton de Genève, sont libérés de toute obligation scolaire, quel que soit leur âge, s'ils ont obtenu des résultats suffisants.

Les pièces exigées pour la dispense des Cours sont les suivantes:

*Ecole des Arts et Métiers:*

*Section A. Métiers.*

Diplôme de fin d'apprentissage du Département du Commerce et de l'Industrie.

*Section B. Arts industriels.* Certificat de capacité ou Diplôme de fin d'apprentissage du Département du Commerce et de l'Industrie.

*Section C. (Construction et Génie civil).* Bulletin de sortie de II<sup>e</sup> année avec la mention „Promu en III<sup>e</sup> année“.

*Section D. (Mécanique).* Diplôme de fin d'apprentissage du Département du Commerce et de l'Industrie.

*Section E. (Mécanique appliquée).* Bulletin de sortie de II<sup>e</sup> année avec la mention „Promu en III<sup>e</sup> année“.

*Ecole ménagère et professionnelle:*

*Sections d'apprentissage.* Diplôme de fin d'apprentissage du Département du Commerce et de l'Industrie.

*Section de Commerce.* Certificat.

*Ecole supérieure de Commerce:*

*Classe spéciale.* Certificat.

*Deuxième année.* Bulletin de sortie avec la mention „Promu en III<sup>e</sup> année“.

*Ecole d'Administration:*

Certificat d'études.

*Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles:*

*Troisième classe.* Bulletin de sortie avec la mention „Promue en II<sup>e</sup> classe“.

*Section commerciale.* Bulletin de sortie de II<sup>e</sup> année avec la mention „Promue en III<sup>e</sup> année“.

*Collège de Genève:*

Bulletin de sortie de III<sup>e</sup> classe avec la mention „Promu en II<sup>e</sup> classe“.

Art. 7. Les membres de la Commission consultative prévue par la Loi peuvent, en tout temps, assister aux leçons, contrôler la marche de l'enseignement et apprécier les examens.

Art. 8. Le Département peut désigner des sous-commissions de spécialistes professionnels, permanentes ou temporaires. Les membres de ces sous-commissions possèdent les mêmes droits que ceux prévus à l'article 7, en ce qui concerne les classes pour lesquelles ils ont été désignés.

Art. 9. Les maîtres sont tenus de se conformer, dans leur enseignement, au programme établi par le Département, ainsi qu'aux instructions méthodiques qui peuvent y être annexées.

Art. 10. Les absences et les observations sur la conduite des élèves, ainsi que les notes qui leur sont attribuées pour les diverses branches, sont inscrites sur un registre de classe. Il est remis à chaque élève un carnet dans lequel sont notées chaque mois les heures

d'absence et les observations sur la conduite en classe. En octobre, décembre, mars et mai, il est en plus indiqué une note pour le travail accompli pendant les deux mois. Au mois de janvier et en juin, il est attribué une note dépendant d'une épreuve orale ou écrite, portant sur le travail accompli pendant le semestre.

Art. 11. Le maître ou la maîtresse de classe est chargé de la tenue du registre de classe et de la confection des carnets. Il doit remettre ceux-ci aux élèves chaque mois, et veiller à ce qu'ils soient rapportés signés du patron et des parents. C'est le maître ou la maîtresse de classe qui fixe également la note de conduite de chaque élève, en tenant compte de la régularité et des observations des autres professeurs.

Art. 12. Les épreuves sont appréciées par des notes du maximum 1 au minimum 5.

Pour être promu, l'élève doit obtenir une moyenne de 3 au plus.

L'élève non promu devra doubler la classe qu'il vient de suivre.

Les élèves qui obtiennent une moyenne générale de 2 ou au-dessous ont droit à un certificat qui leur est délivré en séance publique. Ceux dont la moyenne ne dépasse pas  $1\frac{1}{4}$  ont droit à un certificat avec mention spéciale.

Art. 13. Dans l'établissement de la moyenne générale, il est tenu compte d'un chiffre appréciant la régularité et la conduite de l'élève.

Art. 14. Les élèves sont tenus de se conformer aux dispositions du règlement, ainsi qu'aux avis de la direction et du personnel enseignant.

Ils doivent se présenter dans une tenue convenable et se comporter d'une façon respectueuse envers les maîtres. Ils sont astreints à une stricte ponctualité; les absences et les arrivées tardives doivent être excusées; celles qui ne le sont pas, sont immédiatement portées à la connaissance des parents et des patrons, responsables de la fréquentation régulière des Cours, conformément à l'article 3.

Art. 15. Dans la règle, les classes sont ouvertes et fermées par les maîtres; les élèves ne peuvent y entrer ou y séjourner en l'absence de leur professeur.

Art. 16. Il est interdit de fumer, de cracher et de lancer des projectiles dans les bâtiments scolaires ou à leurs abords.

Les dégâts occasionnés aux bâtiments ou au matériel scolaire sont à la charge de leurs auteurs; si ceux-ci ne se dénoncent pas, la classe entière pourra être rendue responsable et mise en demeure de payer les réparations.

Art. 17. Chaque maître est chargé de la discipline de ses leçons. Il doit aviser immédiatement le maître de classe de tous les cas d'indiscipline.



En ce qui concerne la discipline extérieure, l'autorité du personnel enseignant s'exerce indistinctement sur tous les élèves.

Art. 18. Les élèves qui donnent lieu à des plaintes peuvent être punis de retenues après les heures de classe. En outre, dans les cas graves, ils peuvent être transférés dans une classe spéciale.

Art. 19. L'horaire est établi par la direction et approuvé par le Département. Il fixe le commencement et la fin de chaque leçon.

Art. 20. L'horaire des Cours obligatoires varie suivant les professions auxquelles appartiennent les élèves.

Art. 21. La durée et l'ouverture des Cours facultatifs, des bibliothèques et des salles de travail sont fixées chaque année par le Département.

Les Cours facultatifs peuvent être donnés dans la journée ou le soir; les bibliothèques et salles de travail peuvent être également ouvertes dans la journée ou le soir.

Art. 22. Les Cours obligatoires et les Cours facultatifs sont gratuits. Toutefois, les élèves qui ne sont pas astreints par la Loi à suivre les Cours professionnels, sont tenus de déposer une finance de 5 francs qui leur est rendue à la fin du semestre s'ils ont suivi ponctuellement les leçons.

Le Département fixe chaque année les conditions d'admission aux bibliothèques et salles de travail.

## **8. Ecole des arts et métiers de Genève. Règlement général et Règlements spéciaux.** (Approuvés par Arrêté du Conseil d'Etat du 27 mai 1921.)

### *Règlement général.*

#### *Chapitre premier. — But et Organisation.*

Article premier. L'Ecole des Arts et Métiers, qui comprend cinq sections, est régie par la loi générale sur l'Instruction publique.

Les sections des métiers, des arts industriels, de mécanique, sont des écoles d'apprentissage.

Les sections de construction et génie civil, de mécanique appliquée et d'électrotechnique, sont des sections destinées aux techniciens. Elles sont communément désignées sous le nom de „Technicum“.

Art. 2. Le programme de la section des métiers (section A) s'étend sur trois années pour les professions suivantes: charpente et menuiserie, ébénisterie, menuiserie en voitures, ferblanterie, plomberie, serrurerie.

Le programme de la section des arts industriels (section B) s'étend sur cinq années pour les professions suivantes: peinture décorative, peinture sur émail et émaillerie, ciselure, orfèvrerie, et sur quatre années pour la bijouterie-joaillerie, la sculpture sur pierre et sur bois, la gravure, la ferronnerie et la broderie.

Le programme de la section de construction et génie civil (section C) pour techniciens, s'étend sur trois années.

Le programme de la section de mécanique (section D), pour mécaniciens, s'étend sur trois années.

Le programme de la section de mécanique appliquée et d'électrotechnique (section E) pour techniciens, s'étend sur trois années.

#### *Chapitre II. — Direction et Administration.*

Art. 3. Les compétences de la direction et de la Commission de surveillance sont déterminées par la loi.

Art. 4. Si le Département le juge nécessaire, il peut charger un professeur ou un chef d'atelier des fonctions de maître de classe.

Pour chaque cas, ses attributions sont fixées par le Département.

#### *Chapitre III. — Corps enseignant.*

Art. 5. La conférence du corps enseignant, prévue par l'art. 146 de la loi sur l'Instruction publique est convoquée par le directeur quand il le juge à propos ou sur la demande, soit du doyen, soit du tiers au moins du corps enseignant de la section intéressée.

Dans chaque section, le maître le plus récemment nommé est chargé des fonctions de secrétaire. Si plusieurs maîtres ont été nommés en même temps, ces fonctions sont dévolues au plus jeune d'entre eux.

L'ordre du jour de chaque séance doit être indiqué sur la carte de convocation.

Art. 6. Les membres du corps enseignant réunis en conférence discutent les questions qui leur sont soumises par le Département, le directeur, le doyen ou par l'un d'entre eux.

Ils formulent un préavis sur les programmes et les règlements. D'autre part, les maîtres intéressés sont appelés à émettre un préavis sur les décisions à prendre concernant l'admission provisoire et l'admission définitive des élèves réguliers et leur promotion dans l'année supérieure.

#### *Chapitre IV. — Conditions d'admission.*

Art. 7. L'école reçoit des élèves des deux sexes, réguliers ou externes.

Est régulier l'élève qui suit tous les cours d'une classe dans la même section et dans l'ordre où ils sont prévus au programme.

Est externe l'élève qui suit les cours de son choix dans une ou plusieurs sections.

Il n'est pas admis d'externes suivant tous les cours.

Les élèves externes sont astreints aux mêmes obligations que les élèves réguliers.

Dans la règle, ils ne peuvent être admis que pour l'enseignement théorique et pour autant qu'il y a des places disponibles.

A la demande d'un professeur, approuvée par le doyen, le directeur peut exclure des leçons un élève externe qui est pour la classe une cause de désordre.

Le règlement de chaque section fixe les programmes des examens d'admission pour les élèves réguliers et externes.

Art. 8. Les élèves faisant leur apprentissage dans l'industrie et demandant leur admission à l'école en vertu de l'art. 131 de la loi sur l'Instruction publique, doivent remettre à la direction une lettre de la personne chez laquelle ils sont en apprentissage et indiquant le temps mis à leur disposition pour suivre des cours à l'école.

Tout élève inscrit pour suivre un ou plusieurs cours est tenu d'en subir les épreuves et les examens.

Art. 9. Un formulaire d'admission est remis par la direction à tout élève qui se présente pour entrer à l'école.

La signature de ce formulaire par l'élève lui-même s'il est majeur, et par ses parents, son tuteur, répondant ou patron, s'il est mineur, implique l'engagement de se soumettre à la discipline et aux règlements de l'institution.

Lors de l'inscription, l'élève, s'il est mineur, doit être accompagné de ses parents ou de leur représentant. Il devra présenter son acte de naissance et ses certificats d'études antérieures.

Les élèves qui présentent des certificats d'études antérieures datant de plus de deux années, peuvent être astreints à subir des examens d'admission.

Art. 10. Aucun élève ne peut être considéré comme admis définitivement avant une période d'essai de deux mois au moins et de cinq mois au plus.

Jusqu'à la fin de cette période la direction se réserve entière liberté pour demander aux parents ou répondants le retrait d'un élève ne remplissant pas les conditions prévues au règlement ou ne possédant pas les aptitudes nécessaires pour la profession qu'il a choisie.

Art. 11. La qualité d'élève régulier peut être refusée ou retirée à tout élève qui, pour quelque raison que ce soit, ne peut suivre l'enseignement complet dans la section où il est inscrit.

Cependant, le Département peut accorder une dispense temporaire à des élèves qui présentent une demande accompagnée d'un certificat médical, à condition qu'il ne s'agisse que d'une période de courte durée.

#### *Chapitre V. — Enseignement.*

Art. 12. Les modes et moyens d'enseignement sont :

- a) les leçons ou cours oraux ;
- b) les exercices de dessin et de modelage, d'application et de construction ;

- c) les travaux de laboratoire et d'atelier, les travaux sur le terrain ou d'après nature;
- d) la bibliothèque de chacune des sections;
- e) les collections de modèles, d'appareils, de matériaux et d'échantillons;
- f) les visites d'usines, de fabriques, de chantiers, de musées, etc.;
- g) les conférences techniques, artistiques, industrielles ou d'intérêt général.

*Chapitre VI. — Durée du travail scolaire.*

Art. 13. Dans la règle, l'horaire d'été entre en vigueur le 15 avril et l'horaire d'hiver dès la rentrée de septembre.

Selon les circonstances, le Département peut modifier la mise en vigueur de l'horaire d'été.

Art. 14. L'enseignement se donne :

1<sup>o</sup> Pour les sections A et D :

En été, de 7 h. à 11 h. 55 et de 14 h. à 18 h.

En hiver, de 8 h. à 11 h. 55 et de 14 h. à 18 h.

Les élèves ont, chaque jour à 10 heures et à 16 heures, une interruption de travail de dix minutes.

En outre, deux leçons de théorie consécutives sont séparées par une interruption de travail de dix minutes. Toutefois, à 11 heures, cette interruption n'est que de cinq minutes.

2<sup>o</sup> Pour la section B :

Toute l'année, de 8 h. à 11 h. 55 et de 14 h. à 18 h.

Les élèves ont chaque jour, à 10 h., une interruption de travail de dix minutes.

3<sup>o</sup> Pour les sections C et E :

Toute l'année, de 8 h. 10 à 11 h. 55 et de 14 h. 10 à 18 h.

Une récréation de dix minutes sépare les heures de cours, sauf à 11 h., où cette récréation n'est que de cinq minutes.

Il n'y a pas de leçons le samedi après-midi.

Art. 15. L'horaire des leçons est établi par la direction et approuvé par le Département.

Art. 16. Les vacances d'été sont de huit semaines à partir du lendemain des promotions.

Les vacances du Nouvel-An s'étendent du 24 décembre au 3 janvier inclusivement.

Les vacances de Pâques s'étendent du lundi précédant Pâques au jeudi qui le suit inclusivement.

Les cours sont suspendus les jours fériés officiels.

*Chapitre VII. — Discipline.*

Art. 17. Tout élève est tenu d'observer les dispositions des règlements, des horaires et des avis affichés dans les divers locaux, et doit se conformer aux recommandations du directeur, des doyens et du personnel enseignant.



Les classes sont ouvertes et fermées par MM. les professeurs avant et après chaque cours; les élèves ne doivent pas entrer en classe avant le professeur, ni rester seuls dans les locaux. Le directeur peut toutefois, s'il le juge convenable, prendre des dispositions spéciales.

Art. 18. Les élèves sont tenus à une stricte ponctualité.

Les heures d'entrée et de sortie sont annoncées par une sonnerie.

Il sera pris note des arrivées tardives et des absences; aucun élève ne peut s'absenter de l'Ecole, pendant les heures de travail, sans autorisation spéciale; l'élève qui arrive en retard s'expose à n'être pas reçu à la leçon. Les arrivées tardives et les absences doivent être justifiées par une lettre des parents; toutefois, en cas de fréquentation irrégulière des cours, il peut être adressé à l'élève un avertissement dont les parents ou leur répondant sont avisés. Au deuxième avertissement, il peut être prononcé un renvoi temporaire. En cas de récidive, le renvoi définitif pourra être prononcé par le Département, sur préavis de la direction.

Art. 19. En cas de dégâts occasionnés aux locaux, mobilier, instruments, outils, modèles, livres, etc., par malveillance, désobéissance, ou négligence, la classe entière est rendue responsable, à moins que le ou les auteurs ne se fassent connaître.

Les élèves de la classe pourront, outre les frais à payer, avoir à subir une punition générale. (Voir art. 37.)

Art. 20. Il est interdit de fumer, de cracher et de lancer des projectiles quelconques dans les bâtiments scolaires ou leurs abords immédiats.

En ce qui concerne la discipline extérieure, l'autorité du personnel enseignant s'exerce indistinctement sur tous les élèves de l'école.

Art. 21. Chaque professeur ou chef d'atelier est chargé de la discipline intérieure de sa classe; il a le droit de renvoyer un élève pour la durée d'une leçon. Il doit alors en aviser tout de suite le doyen.

Les moyens disciplinaires sont:

1<sup>o</sup> Le renvoi pour une leçon, par le professeur;

2<sup>o</sup> Les consignes infligées par le doyen, avec devoir supplémentaire;

3<sup>o</sup> Les renvois temporaires prononcés par le doyen; ils ne peuvent excéder une semaine. Le doyen notifiera aux parents par écrit l'application de ces pénalités. L'élève ne sera reçu de nouveau aux leçons qu'avec une autorisation signée du doyen;

4<sup>o</sup> La comparution devant le directeur;

5<sup>o</sup> L'expulsion prononcée par le Département, sur la proposition du directeur.

Art. 22. Les élèves doivent se présenter dans une tenue convenable et se comporter d'une manière respectueuse envers les maîtres.

Art. 23. Toute société dite „d'étudiants“ ou portant couleurs est interdite à l'école.

Art. 24. Les élèves qui quitteraient les cours avant les vacances ou ne les reprendraient pas aux dates prescrites ne seront de nouveau admis qu'après décision du directeur.

#### *Chapitre VIII. — Travaux des élèves.*

Art. 25. Les travaux des élèves sont contrôlés par le corps enseignant, les doyens, le directeur et les membres de la Commission de surveillance.

Dans la règle, chaque mois et pour chacune des branches d'enseignement, les élèves reçoivent des notes fixées d'après l'échelle suivante :

6, Très bien ; 5, Bien ; 4, Suffisant ; 3, Médiocre ; 2, Mauvais ; 1, Très mauvais ; 0, Nul.

Ces notes sont attribuées à la suite d'une épreuve orale ou écrite, au vu d'un travail graphique ou manuel ou après examen du travail du mois.

En cas d'absence justifiée, le jour fixé pour l'épreuve, l'élève devra, dans le plus bref délai, subir une épreuve équivalente.

L'élève qui s'est mis en retard dans ses travaux théoriques, qui s'est absenté ou qui a été renvoyé, doit se mettre à jour dans le délai qui lui est fixé par le professeur.

Les épreuves écrites sont rendues aux élèves après correction et les dessins leur sont remis en communication.

Art. 26. Au commencement de chaque mois, les élèves reçoivent du doyen ou éventuellement du maître de classe, un carnet mentionnant les notes obtenues dans le mois écoulé et les observations auxquelles leur travail ou leur conduite a donné lieu.

Les heures d'absence et les arrivées tardives sont inscrites dans le carnet.

Le carnet doit être rapporté dans les deux jours qui suivent sa remise, revêtu de la signature des parents ou du répondant.

Art. 27. A la fin de chaque année, les élèves obtiennent une note générale pour chacune des branches d'enseignement, note déterminée par la moyenne des notes de l'année.

Art. 28. Aucun projet de travail d'élève ne sera mis à exécution et aucun travail ne pourra être reproduit ou photographié sans l'autorisation du directeur donnée sur préavis du doyen.

#### *Chapitre IX. — Examens.*

Art. 29. Les examens d'admission et les examens à refaire ont lieu au commencement de l'année scolaire.

Ils sont écrits ou dessinés. Le professeur qui enseigne la branche sur laquelle l'examen porte, est chargé de la surveillance de l'examen et de la correction des épreuves.

L'admission ou la promotion est prononcée par un jury composé du directeur, du doyen et des professeurs intéressés. Il peut être complété par des personnes prises en dehors de l'école et choisies par le Département de l'Instruction publique.

Les décisions du jury sont soumises à la ratification du Département.

Art. 30. A la fin de l'année scolaire, ont lieu des examens de promotion conformément à une tablette approuvée par le Département.

Ils sont écrits, dessinés ou oraux selon les branches.

Le Département désigne un jury pour chaque branche ou plusieurs branches réunies.

Le professeur chargé de l'enseignement de la branche dans la classe dont il s'agit fait de droit partie du jury nommé pour cette branche.

Le directeur et le doyen font aussi partie de droit du jury.

Art. 31. Pour les examens écrits, le jury arrête les questions proposées par MM. les professeurs d'accord avec eux et sous la présidence du directeur.

Chaque professeur corrige les épreuves de ses élèves; ces épreuves corrigées sont soumises au jury qui les transmet ensuite au directeur.

Le chiffre définitif est déterminé par la moyenne établie entre les appréciations du maître et celles des jurés.

Pour les examens oraux, les questions doivent porter sur la totalité du programme traité dans l'année. Le jury, d'accord avec le professeur, peut les modifier ou en ajouter d'autres.

Dans la règle, le maître chargé de l'enseignement dirige les interrogations.

MM. les jurés ont le droit de poser des questions par l'intermédiaire du maître.

Les questions sont tirées au sort. Avant d'être interrogé, un élève peut demander qu'une seconde question soit tirée, mais il perd ainsi le tiers du chiffre auquel il aurait droit pour sa réponse.

Les maîtres ne sont pas autorisés à communiquer d'avance aux élèves une liste des questions sur lesquelles ceux-ci pourraient être interrogés.

Art. 32. En troisième année, pour les sections C et E (Technicum), il n'est pas fait d'examen sur les branches d'enseignement, le travail de fin d'études tenant lieu d'examen final. Le mode d'appréciation de ce travail est fixé par le règlement spécial.

Art. 33. Les épreuves d'examen ne sont pas rendues aux élèves après correction. Elles restent la propriété de l'école.

Art. 34. Le règlement de chacune des sections détermine les cas dans lesquels un examen insuffisant peut être refait.

Le directeur peut, pour des motifs graves et sur le préavis des maîtres intéressés et du doyen de la section, ajourner les examens d'un élève.

Toute fraude ou tentative de fraude dûment constatée dans un examen, tout usage de documents ou d'annotations sur un livre servant à l'examen, entraîne l'annulation de tous les examens.

Toute communication verbale dans un examen entraîne l'annulation de cet examen.

Art. 35. Tout élève qui, pour une cause de force majeure, ne s'est pas présenté à un examen doit, pour être autorisé à le subir après ses camarades, justifier son absence.

En cas d'absence pour raison de santé, l'élève devra présenter un certificat médical.

#### *Chapitre X. — Dispositions financières.*

Art. 36. Les finances scolaires sont payables par moitiés, au commencement de chaque semestre d'études.

Art. 37. A son entrée, chaque élève est tenu de faire un dépôt de garantie de 10 fr. Ce dépôt lui est restitué à son départ régulier lorsqu'il a terminé son temps à l'école et qu'il rend en bon état le matériel qu'il a reçu au moment de son admission. A la fin de chaque année, l'élève doit compléter la caution déposée par le versement d'une somme égale à celle qui a pu être prélevée pour réparation de dégâts commis, soit par lui, soit, solidairement, par la classe entière.

L'élève qui quitte l'école ayant terminé ses études, doit retirer son dépôt dans un délai de trois mois au maximum.

Passé ce délai, la somme en est versée au Fonds de courses de la section dont l'élève faisait partie.

#### *Chapitre XI. — Mentions, Certificats, Diplômes.*

Art. 38. A la fin de l'année scolaire, des mentions sont délivrées aux élèves réguliers ayant obtenu une moyenne générale d'au moins 4,5 sur 6.

Il en est de même pour les élèves externes qui ont régulièrement suivi l'enseignement pour lequel ils se sont inscrits.

Art. 39. Les élèves réguliers peuvent obtenir, à la fin de leur apprentissage ou de leurs études, les récompenses suivantes:

Dans les sections A et D, le certificat et le diplôme.

Dans la section B, le certificat de capacité et le diplôme.

Dans les sections C et E, le certificat de fin d'études et le diplôme.



Le règlement de chaque section fixe les conditions dans lesquelles ces récompenses peuvent être obtenues.

Les élèves réguliers ainsi que les élèves externes qui n'obtiennent pas une des pièces ci-dessus, reçoivent un bulletin constatant qu'ils ont suivi l'école et indiquant les aptitudes dont ils ont fait preuve.

Art. 40. Les élèves de l'Ecole des Arts et Métiers qui obtiennent les récompenses indiquées à l'article 39 ont droit, sans examen spécial, au diplôme de fin d'apprentissage délivré par le Département du Commerce et de l'Industrie pour les professions correspondantes.

Les élèves qui n'obtiennent aucune des récompenses indiquées à l'article 39 ne peuvent se présenter aux examens du Département du Commerce et de l'Industrie qu'une année après leur sortie de l'école.

#### *Chapitre XII. — Sortie.*

Art. 41. Aucun élève régulier ne peut quitter l'école avant la fin de son apprentissage ou de ses études sans avoir obtenu l'autorisation du directeur.

La demande doit être écrite et signée par les parents ou le répondant. Elle doit indiquer les motifs à l'appui de la requête.

La demande est transmise au Département qui, s'il considère comme valables les motifs indiqués, peut autoriser le départ de l'élève.

Tout élève régulier quittant l'école sans autorisation du Département, sera considéré comme exclu et inscrit comme tel dans les registres de l'école.

Les élèves externes qui désirent quitter les cours doivent aussi adresser au directeur une demande écrite.

L'élève quittant l'école doit restituer, en bon état, le matériel qui lui a été confié et dont le détail figure dans le livret scolaire. Son compte de dépôt doit être mis à jour et visé par le doyen dans le livret scolaire. Il doit enfin retirer lui-même, avant de partir, tous les objets, dessins ou pièces quelconques qu'il aurait pu déposer à l'école, et en donner décharge.

Une fois ces conditions remplies, le dépôt de garantie est restitué aux parents.

Aucune réclamation ne peut être admise après le départ définitif de l'élève.

#### *Chapitre XIII. — Dispositions spéciales à chaque section.*

Art. 42. Le règlement spécial de chaque section détermine :

- a) les branches d'enseignement de la section;
- b) les conditions d'admission dans la section;
- c) la durée de l'apprentissage pour chaque métier;
- d) les conditions des stages chez les patrons;

- e) les conditions de promotion d'une classe dans une autre;
- f) le montant des finances à payer pour l'inscription, les laboratoires et les ateliers;
- g) les conditions dans lesquelles les travaux des élèves peuvent leur être remis ou être conservés, ainsi que la participation aux bénéfices résultant de la vente;
- h) l'organisation et le fonctionnement des classes ou ateliers et le contrôle des travaux;
- i) les heures d'ouverture et le fonctionnement des bibliothèques;
- j) les règlements pour l'obtention des certificats et du diplôme.

*Chapitre XIV. — Anniversaires patriotiques.*

Art. 43. Les anniversaires patriotiques seront commémorés.

*A. Section des métiers. (Règlement spécial.)*

*But.*

Article premier. La section des métiers comprend:

a) pour les élèves réguliers, l'apprentissage des professions suivantes: charpente, menuiserie, ébénisterie, menuiserie en voitures (automobiles), ferblanterie-plomberie, serrurerie, etc. Cet apprentissage est de trois années.

b) pour les élèves externes, les cours suivants:

construction, comprenant l'appareillage et le dessin de béton armé, à l'usage des dessinateurs, architectes, employés d'entrepreneurs, maçons et tailleurs de pierre;

métré pour tout les corps d'état du bâtiment;

dessin de règles de serrurerie;

dessin pour la menuiserie en voitures.

Ces cours ont lieu, selon l'horaire, dans la journée ou le soir.

Art. 2. Pendant la période d'apprentissage, la direction peut, si elle le juge nécessaire, placer l'apprenti dans un atelier particulier; toutefois, l'élève reste sous la surveillance de l'école, et il est astreint à suivre les cours théoriques qui correspondent à son année d'apprentissage.

*Conditions d'admission et de promotion.*

Art. 3. Les élèves réguliers sont répartis en deux divisions.

1<sup>o</sup> *Division A.* Les élèves âgés de 14 ans révolus sont admis sans examens en Division A s'ils sortent avec un bulletin satisfaisant de la 6<sup>me</sup> année primaire sans avoir une moyenne inférieure à 5 sur 10 en arithmétique, en géométrie, en dessin et en français.

L'examen d'admission est obligatoire pour tous les élèves ne répondant pas à ces conditions.

Cet examen porte sur les connaissances suivantes:

*Arithmétique.* Calcul sur les surfaces et les volumes. Densité. Système métrique. Nombres complexes. Subdivision du temps et de la circonférence. Problèmes.

*Géométrie.* Aire des polygones irréguliers. Développement et surface de la pyramide et du cône. Volumes des corps. Applications simples et pratiques.

*Dessin.* Dessin d'objets simples de formes géométriques. Perspective d'observation.

*Français.* Grammaire, orthographe, rédaction.

La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission.

Si l'élève a un ou plusieurs chiffres inférieurs à 3, il devra suivre des cours complémentaires portant sur les branches faibles.

Tout élève obtenant à l'examen d'admission deux chiffres 2 ou un seul chiffre 1 n'est pas admis.

2<sup>o</sup> *Division B.* Les élèves âgés de 14 ans révolus n'ayant pu achever leurs études primaires dans des conditions normales, mais manifestant des dispositions pour les travaux manuels, sont admis à l'essai en division B.

Ils peuvent être astreints, suivant les cas, à un examen d'admission.

Art. 4. Les élèves externes doivent posséder les connaissances suffisantes pour profiter de l'enseignement de la branche choisie.

Ils pourront être astreints à un examen pour justifier de leurs capacités.

En s'inscrivant, les externes déclarent se conformer à l'horaire des leçons.

Art. 5. Les élèves qui désirent suivre le cours spécial de construction et appareillage de la pierre sont considérés comme externes.

Ce cours reçoit des élèves de deux catégories:

1<sup>re</sup> année. Cours élémentaire destiné aux maçons et tailleurs de pierre.

Conditions d'admission de l'article 3, division A.

2<sup>me</sup> année. Cours moyen, destiné aux dessinateurs architectes et employés d'entrepreneurs.

Conditions d'admission: Examen d'admission portant sur le programme de la 7<sup>me</sup> primaire ou de la 1<sup>re</sup> année de l'Ecole professionnelle.

Les élèves sortant promus de ces classes sont admis sans examen, s'ils n'ont pas de chiffre (moyenne) inférieur à 3 sur 6 pour l'arithmétique, la géométrie, le dessin et le français.

Ceux qui ont un chiffre inférieur à 3 sur l'une ou l'autre de ces branches, ont un examen à refaire sur cette branche.

Art. 6. Dans la règle, les admissions ne peuvent avoir lieu qu'au commencement de l'année scolaire.

Exception peut être faite pour les candidats qui se présentent un ou deux mois avant la fin de l'année scolaire. Dans ce cas, ils

sont admis à l'atelier seulement, et le temps restant à écouler jusqu'à la fin de l'année ne compte pas pour l'apprentissage.

Art. 7. La promotion d'une classe dans la suivante se détermine comme suit:

La moyenne générale pratique est doublée (max. 12) et l'on y ajoute la moyenne générale des notes théoriques (max. 6).

Pour être promu, l'élève doit obtenir une moyenne du 10 points sur le maximum 18, et ne pas avoir la moyenne générale pratique inférieure à 3,5 ou deux notes théoriques inférieures à 3. Toutefois, un élève dont la note pratique n'est pas inférieure à 3,5 a le droit de faire à la rentrée un examen d'admission complémentaire sur les branches théoriques pour lesquelles le minimum n'a pas été atteint.

Art. 8. Les élèves de la Division A qui ne sont pas promus dans une classe supérieure peuvent être, à titre exceptionnel, admis à l'essai dans la classe correspondante de la division B, s'ils n'ont pas de moyenne pratique inférieure à 3,5 sur 6.

Art. 9. A la fin de l'année scolaire, il est attribué à chaque élève une note générale pour le travail pratique et une note générale pour chacune des branches théoriques. Dans la détermination de cette dernière note, le travail de l'année intervient pour trois quarts et le chiffre obtenu aux examens pour un quart.

#### *Finances.*

Art. 10. Les élèves réguliers, ainsi que les externes des cours du soir, sont dispensés du versement du dépôt de garantie de 10 francs.

Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 20 francs par an.

Les élèves externes paient 2 francs par an pour une heure d'enseignement par semaine.

Les élèves suisses réguliers ou externes sont dispensés de ces finances.

En ce qui concerne les élèves fréquentant les cours du soir, ils n'ont pas de finance d'inscription à payer. Ils versent en entrant la somme de 2 francs par cours qui leur est intégralement remboursée s'ils n'ont pas eu plus de quatre absences pendant toute la durée de l'enseignement.

#### *Travaux des élèves.*

Art. 11. La section met à la disposition des élèves l'outillage et la matière première nécessaires aux travaux d'atelier.

En principe, tous les travaux appartiennent à l'école; toutefois, la direction verra, dans certains cas, dans quelles conditions les travaux des élèves pourront leur être remis. Les élèves de 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année qui exécuteront un travail commandé à l'école ou qui serait vendu, recevront une gratification dont le montant est fixé par la direction.



En cas d'indiscipline, la remise de certains travaux ou les gratifications pourront être supprimées.

Art. 12. Les élèves de 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année fabriquent eux-mêmes une partie de leur outillage personnel. Il leur est accordé pour ce travail le temps nécessaire, qui ne peut toutefois excéder 4 heures par semaine.

Ce temps n'est accordé qu'aux élèves fréquentant régulièrement l'école et dont l'assiduité au travail et la conduite n'auront donné lieu à aucune plainte.

L'école fournit gratuitement aux élèves la matière première.

L'outillage n'est remis aux élèves qu'à la fin de leur apprentissage et si leur conduite a été satisfaisante.

#### *Organisation intérieure.*

Art. 13. L'élève doit prendre soin de son outillage personnel, dont il est responsable. Les outils servant à la collectivité doivent être nettoyés et remis en place de suite après leur emploi.

Les outils spéciaux enfermés dans les armoires doivent être demandés au chef d'atelier. L'élève, en en prenant possession, devra signaler ceux qui pourraient être détériorés, de façon à dégager sa responsabilité.

Art. 14. Dans chaque atelier, le chef d'atelier nomme un élève semainier, dont la tâche est fixée par un ordre de service.

Art. 15. L'enseignement et, en particulier, les travaux pratiques sont contrôlés périodiquement par la sous-commission; tous les mois, il est attribué à chaque élève une note de bienfaisance et une note de diligence pour ses travaux. Chacune des branches théoriques reçoit, dans la règle, une note mensuelle.

Art. 16. Pour ce qui concerne le travail d'atelier, chaque élève reçoit un carnet de travail dans lequel il doit inscrire jour par jour l'emploi de son temps.

Ce carnet lui sert à établir une feuille de travail contrôlée par le chef d'atelier et transmise aux commissaires chargés de la visite des travaux.

Cette feuille établit pour chaque mois le compte exact en heures du temps consacré à chacun des travaux présentés.

Art. 17. Les carnets de notes mensuelles sont établis par le doyen qui, dans la règle, les remet dans les premiers jours de chaque mois.

L'élève doit rapporter son carnet signé dans les deux jours qui suivent sa remise.

#### *Bibliothèque.*

Art. 18. Les élèves de 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année sont autorisés à consulter les volumes de la bibliothèque.

Ces volumes ne peuvent être emportés à domicile qu'avec l'autorisation du doyen, qui inscrira leur sortie sur un registre spécial.

Aucun livre ne pourra rester dehors plus d'une semaine, et tous les volumes prêtés doivent être rendus le 25 juin, au plus tard.

*Mention, Certificat, Diplôme.*

Art. 19. Les élèves de 1<sup>re</sup> et 2<sup>me</sup> année des deux divisions qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 (13,5 sur 18) reçoivent une mention. Ils ne doivent pas avoir une moyenne inférieure à 4,5 pour le travail pratique, ni aucune note théorique inférieure à 3,5.

Art. 20. Les élèves réguliers des deux divisions qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales et qui obtiennent dans l'année supérieure une moyenne de 4 sur 6 (12 sur 18) reçoivent un certificat. Ils doivent avoir une moyenne d'au moins 4,5 sur 6 pour le travail pratique et pas plus d'une note théorique inférieure à 3,5.

Art. 21. Les élèves réguliers de la division A qui, dans l'année supérieure, obtiennent une moyenne générale de 5 sur 6, ont droit au diplôme. Ils ne doivent pas avoir une moyenne inférieure à 4,75 pour le travail pratique, ni aucun chiffre théorique inférieur à 3,5.

*B. Section des arts industriels. (Règlement spécial.)*

*But et organisation.*

Article premier. La section des arts industriels a pour but l'enseignement de l'art décoratif et son application à l'industrie.

Elle forme des artisans pour les professions suivantes:

|                                                                                                  |   |                    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|---|--------------------|
| peinture décorative;                                                                             | } | 5 années d'études; |
| peinture sur émail et émaillerie;                                                                |   |                    |
| ciselure, orfèvrerie;                                                                            |   |                    |
| gravure;                                                                                         | } | 4 années d'études; |
| bijouterie-joaillerie;                                                                           |   |                    |
| sculpture sur pierre;                                                                            |   |                    |
| sculpture sur bois;                                                                              |   |                    |
| ferronnerie (ou fer forgé);                                                                      |   |                    |
| broderie et autres procédés décoratifs appliqués au costume et à l'ameublement (batik, reliure). |   |                    |

Art. 2. Les élèves forment deux catégories: les élèves réguliers et les élèves externes.

Les élèves réguliers sont ceux qui suivent le cycle complet des études.

Les élèves externes sont: a) les élèves sortis de la section et qui continuent à y suivre des cours; b) les personnes fournissant la preuve qu'elles possèdent les connaissances suffisantes pour suivre l'enseignement avec fruit et qui s'engagent à suivre régulièrement les cours qu'elles auront choisis.

Art. 3. Pendant la période d'apprentissage, la direction peut, si elle le juge nécessaire, placer l'apprenti dans un atelier particulier; toutefois, l'élève reste sous la surveillance de l'école, et il est astreint à suivre les cours théoriques qui correspondent à son année d'apprentissage.

*Conditions d'admission.*

Art. 4. Pour être admis sans examen comme élève régulier, il faut être âgé de 14 ans révolus, sortir promu de la classe complémentaire, soit 7<sup>me</sup> primaire, ou de 1<sup>re</sup> année de l'Ecole professionnelle des jeunes gens ou des jeunes filles sans avoir un chiffre inférieur à 3 sur 6 pour la géométrie et le français, et à 4 sur 6 pour le dessin.

Les candidats qui ne possèdent pas un certificat d'études équivalent au moins à la 7<sup>me</sup> primaire ou à la première année de l'Ecole professionnelle, doivent subir un examen d'admission de dessin, de géométrie et de français.

Cet examen porte sur les connaissances suivantes:

*Dessin.* Dessin d'après nature d'objets simples de forme géométrique ou d'ornementation simple d'après le plâtre. Croquis à main levée. Perspective d'observation.

*Géométrie.* Constructions élémentaires avec la règle et le compas. Construction des triangles. Etudes des angles et construction des polygones réguliers et irréguliers. Lieux géométriques. Théorème de Pythagore. Aire des figures planes. Développement et aire des solides développables usuels: prisme, pyramide, cylindre, cône.

*Français.* Grammaire, orthographe, rédaction.

La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, l'élève ne devra pas avoir de chiffre inférieur à 3 pour la géométrie et le français et à 4 pour le dessin.

Si, dans les deux cas indiqués ci-dessus, l'élève n'obtient pas le chiffre minimum prévu, il devra suivre des cours complémentaires sur les branches faibles.

Tout élève ayant un chiffre inférieur à 2 n'est pas admis.

Art. 5. En s'inscrivant, les élèves externes devront indiquer, conformément à l'horaire des leçons, les heures qu'ils désirent consacrer aux études ou aux travaux d'application. Ils seront tenus ensuite de suivre régulièrement l'enseignement pour lequel ils seront inscrits et suivant l'horaire établi lors de leur entrée.

*Finances.*

Art. 6. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 20 francs par an.

Les élèves externes paient 2 francs par an pour une heure d'enseignement par semaine.

Les élèves suisses réguliers ou externes sont dispensée de ces finances.

Art. 7. Tous les élèves paient en outre une finance spéciale de 10 francs par an pour l'usage du matériel et des outils, substances et matières.

*Organisation intérieure.*

Art. 8. L'ordre le plus complet doit régner pendant les leçons; il est interdit aux élèves de sortir de leur classe sans autorisation.

Art. 9. Dans chaque atelier, le professeur nomme un élève semainier, dont la tâche est fixée par un ordre de service.

Art. 10. Les carnets mensuels de notes sont établis par le doyen qui les remet dans les premiers jours de chaque mois. Dans la règle, les élèves doivent les rapporter signés dans les deux jours.

Art. 11. A la fin de l'année scolaire, les élèves doivent retirer des classes tous les objets leur appartenant, l'administration déclinant toute responsabilité concernant le matériel des élèves laissé dans les locaux pendant les vacances.

Art. 12. Le contrôle et l'appréciation des travaux des élèves se font à la fin de chaque mois, d'un commun accord entre les professeurs intéressés et le doyen.

*Bibliothèque.*

Art. 13. L'accès de la bibliothèque et la consultation des ouvrages ne seront accordés pendant les heures de leçons qu'aux élèves munis d'une autorisation délivrée par le professeur. Les élèves doivent se conformer aux avis du bibliothécaire et observer dans le local de la bibliothèque la même discipline que dans les classes.

Art. 14. Les élèves, à partir de la 3<sup>me</sup> année, sont autorisés à emporter chez eux certains ouvrages ou planches détachées, spécialement désignés à cet effet, après les avoir fait inscrire par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne pourront, dans la règle, être gardés plus de huit jours. Néanmoins, une réinscription pour une nouvelle période de huit jours sera autorisée, à moins que les ouvrages prêtés ne soient réclamés d'autre part.

Tous les ouvrages doivent être rendus avant le 25 juin au plus tard, chaque année.

Art. 15. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

*Mention, Certificat de capacité et Diplôme.*

Art. 16. A la fin de l'année scolaire, des concours ont lieu dans toutes les classes.

Les travaux de concours sont soumis en même temps que les travaux de l'année à un jury composé des membres de la Commission de surveillance, auxquels sont adjoints un certain nombre de spécialistes désignés par le Département.



MM. les jurés sont répartis en groupes fonctionnant séparément pour chaque atelier ou chaque branche.

Art. 17. Le jury attribue à l'élève un chiffre de concours et un chiffre pour le travail de l'année.

Dans ce cas, la moyenne générale annuelle s'obtient en ajoutant aux deux chiffres du jury le chiffre attribué par le maître pour les travaux de l'année multiplié par 2, et en divisant le total par 4.

Tout élève régulier n'ayant pas présenté de concours peut être tenu de le faire.

Art. 18. Les élèves réguliers obtenant un minimum de 4,5 comme moyenne reçoivent une mention.

Cette mention peut aussi être délivrée aux élèves externes ayant fréquenté régulièrement l'enseignement qu'ils ont choisi et ayant effectué les concours prévus au règlement.

Art. 19. Un certificat de capacité est délivré aux élèves réguliers qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales.

Pour mériter le certificat de capacité, l'élève doit remplir les conditions indiquées au règlement spécial qui concerne ce certificat.

Art. 20. Pour être admissible à concourir au diplôme de la section, il faut avoir obtenu le certificat de capacité.

*Règlement pour l'obtention du Certificat de capacité et du Diplôme.*

*Certificat de capacité.*

Article premier. A la fin de l'année supérieure, le certificat de capacité est délivré aux élèves réguliers qui répondent aux conditions suivantes :

- a) être classé en 4<sup>me</sup> ou 5<sup>me</sup> année d'études, suivant l'atelier auquel l'élève appartient;
- b) avoir suivi le cycle complet des études, cours généraux et atelier;
- c) avoir obtenu du directeur l'autorisation de présenter au jury son bagage artistique, comprenant les études et les travaux exécutés à l'école pendant toute la durée de l'apprentissage;
- d) présenter en même temps ses travaux de concours annuels, y compris celui de l'année supérieure qui, exceptionnellement, pourra avoir lieu avant la fin de l'année scolaire, si l'élève prend son diplôme à la fin de celle-ci.

Pour les brodeuses travaillant dans l'industrie, elles devront présenter une attestation justifiant un stage de trois années au moins dans un atelier particulier.

Art. 2. Les travaux de l'élève sont soumis à un jury composé du directeur, du doyen, des membres de la Commission de surveillance, auxquels pourront être adjointes d'autres personnes désignées par le Département.

Les professeurs des enseignements suivis par l'élève, participent aux travaux du jury.

Art. 3. Le jury décide par un double vote au bulletin secret.

Au premier vote, il décide par oui ou par non si l'élève mérite le certificat de capacité.

Le second vote n'a lieu que si le premier est favorable au candidat. Il détermine le chiffre (moyenne) obtenu par l'élève.

Ce chiffre ne peut être inférieur à 5.

Art. 4. Le candidat dont la demande n'aura pas été agréée, ou qui n'aura pas obtenu le certificat de capacité, pourra se présenter à nouveau l'année suivante.

S'il échoue une deuxième fois, il ne peut se représenter.

#### *Diplôme.*

Art. 5. Pour obtenir le diplôme de la section, l'élève doit:

- a) avoir obtenu le certificat de capacité;
- b) avoir obtenu du directeur l'autorisation d'exécuter le travail dit de fin d'études, selon le programme de chaque classe.

Ce travail s'étend sur une période maximum de trois mois pour la peinture décorative, la peinture sur émail, la ciselure, l'orfèvrerie, la sculpture sur pierre et sur bois, la ferronnerie; de deux mois pour la bijouterie-joaillerie et la gravure; d'un mois et demi pour la broderie.

Art. 6. Le travail de fin d'études comprend:

- a) la composition;
- b) l'exécution.

Ce travail devra constituer, autant que possible, un résumé des connaissances acquises par le candidat dans les différentes branches de l'enseignement qu'il aura suivi.

D'autre part, le candidat est libre de donner plus d'importance à celle des branches d'études qui lui conviendra le mieux.

Art. 7. Le travail sera exécuté en loge.

Les heures fixées pour le travail en loge sont de 6 heures à 19 heures, tous les jours, sauf le dimanche.

Art. 8. Il est interdit au candidat:

- a) de séjourner dans la loge en dehors des heures fixées;
- b) d'y laisser pénétrer qui que ce soit;
- c) de sortir de sa loge sans autorisation.

Art. 9. Une surveillance spéciale du concours sera organisée.

Art. 10. Toute infraction aux conditions du concours entraînera l'annulation de celui-ci.

Art. 11. La section couvre les frais de matières premières et autres, nécessaires à l'exécution du travail de fin d'études. Un devis de ces frais sera préalablement établi et soumis à l'approbation de la direction.

Art. 12. Dans la règle, une exposition publique des travaux des candidats a lieu pendant huit jours, dont un dimanche, aussitôt après la décision du jury.

Art. 13. Dans la règle, les travaux diplômés restent la propriété de la section. Toutefois, à la demande de l'intéressé, la direction pourra exceptionnellement autoriser la rétrocession du travail, laquelle ne pourra être faite que moyennant remboursement des frais d'exécution. La direction de l'école établira la note de ces frais.

Art. 14. Les travaux non diplômés peuvent, après l'exposition, être acquis par leur auteur, moyennant le remboursement à la section des frais d'exécution.

Art. 15. Le jury est composé de la même façon que pour le jugement du certificat de capacité, et le mode de jugement est semblable.

Art. 16. Le diplôme ne peut être délivré que dans les deux années qui suivent l'achèvement des études du candidat.

En cas de force majeure empêchant l'élève de faire son travail de diplôme dans les délais prescrits, celui-ci peut être mis au bénéfice d'une mesure d'exception accordée par le Département de l'Instruction publique.

*Programme spécial du travail de fin d'études pour les différentes classes.*

#### CLASSE DE PEINTURE DÉCORATIVE.

##### *Composition.*

Esquisse dessinée.

Projet de peinture décorative comprenant de la figure et de l'ornement.

Le projet pourra contenir aussi des parties modelées.

##### *Exécution.*

Projet de peinture décorative avec dessin géométral et perspective.

Exécution grandeur nature avec rendu en couleurs d'une partie du projet ci-dessus, si celui-ci n'a pas été établi grandeur d'exécution.

#### CLASSE DE PEINTURE SUR ÉMAIL ET ÉMAILLERIE.

##### *Composition.*

Composition d'un objet décoré en émaillerie selon les divers procédés techniques: émaux incrustés ou émaux peints.

La figure devra, autant que possible, prendre une part importante dans la composition.

##### *Exécution.*

1<sup>o</sup> Exécution de la pièce composée.

2<sup>o</sup> Peinture en couleurs sur blanc, sur pâte ou sous-fondant d'une tête ou d'un sujet en petites dimensions.

## CLASSE DE CISELURE ET ORFÈVREURIE.

*Composition.*

Esquisse modelée ou dessinée, soit :

au choix du candidat, l'esquisse d'un objet comportant une décoration de figure et ornement combinés, appliqués à l'industrie, ou deux esquisses, l'une d'ornement, l'autre de figure décorative appliquée à l'industrie.

*Exécution.*

Si le candidat choisit un objet décoré de figures et ornements combinés, il devra fournir :

1<sup>o</sup> l'étude modelée en 18 séances, d'une ou des figures de sa composition ;

2<sup>o</sup> l'exécution en métal d'une partie ou de la totalité de sa composition.

Si le candidat choisit la seconde partie du programme, il devra fournir une étude modelée des deux projets et l'exécution de l'un des projets.

## CLASSE DE BIJOUTERIE-JOAILLERIE.

*Composition.*

Esquisse dessinée qui peut être accompagnée d'une esquisse modelée d'un bijou au choix du candidat.

Ci ce bijou est prévu tout en un seul métal, le candidat devra fournir une esquisse dessinée et peinte d'un bijou où seront employées des gemmes ou des matières précieuses (ivoire, nacre, corne, etc.).

*Exécution.*

Le candidat devra fournir l'exécution d'une de ses esquisses ; s'il choisit la seconde, le bijou ne sera pas nécessairement terminé, mais préparé à recevoir les pierres ou matières précieuses employées, ou à être livré à l'émailleur, ciseleur ou graveur.

Si le candidat a suivi les cours de gravure, ciselure ou émaillerie, il pourra achever complètement son bijou.

Si la composition est d'une parure d'ensemble, une partie seulement, formant une pièce suffisamment importante, sera exécutée.

## CLASSE DE GRAVURE.

L'élève devra présenter un ou plusieurs travaux composés et exécutés entièrement par lui et comprenant toutes les parties de son métier : 1<sup>o</sup> dessin, tracé, champlevé et tailladouce ; 2<sup>o</sup> préparation pour l'émail et le niellage.

Travail exécuté sur des objets fournis par l'école.

## CLASSE DE SCULPTURE.

*Composition.*

Esquisse dessinée ou modelée, soit de figure décorative, soit de décoration ornementale d'intérieur ou d'extérieur, ou de mobilier.



*Exécution.*

Si la composition a pour base la figure décorative, le candidat devra fournir:

- a) une étude modelée d'après nature, demi-grandeur environ, en 18 séances, de la ou des figures de sa composition;
- b) une exécution en marbre, pierre ou bois, d'une des études de figure prise dans son bagage artistique ou d'après une œuvre de maître.

Si la composition est à base ornementale, le candidat devra fournir:

- a) une étude modelée d'un des principaux motifs de sa composition à demi-grandeur d'exécution pour un projet de décoration extérieure; à grandeur d'exécution pour un projet de décoration intérieure;
- b) une exécution en marbre, pierre ou bois, d'une des études prises dans son bagage artistique.

## CLASSE DE FERRONNERIE.

*Composition.*

Esquisse dessinée ou modelée d'un motif applicable à la décoration du bâtiment ou du mobilier.

*Exécution.*

- a) Modelage d'un fragment du motif composé.
- b) Exécution en fer de la composition comprenant les travaux de la forge, de l'ajustage, du repoussé.

## CLASSE DE BRODERIE ET AUTRES PROCÉDÉS DÉCORATIFS APPLIQUÉS AU COSTUME ET A L'AMEUBLEMENT.

*Composition.*

Dessin en couleur de deux projets s'appliquant soit au costume, soit à l'ameublement, et pouvant s'exécuter l'un à la main, l'autre à la machine, ou par les deux procédés à la fois.

*Exécution.*

Exécution complète d'un des projets et d'un fragment de l'autre.

C. Section de construction et génie civil (*Technicum*).  
(*Règlement spécial.*)*But et durée de l'enseignement.*

Article premier. La section de construction et génie civil forme des *techniciens* pour les industries du bâtiment et des travaux publics. Elle donne à ses élèves les connaissances théoriques et pratiques indispensables à l'exercice de leur profession et les prépare à devenir plus tard des chefs de chantiers, conducteurs et inspecteurs de travaux et de route, constructeurs ou chefs de services.

La durée des études est de trois années.

*Conditions d'admission et de promotion.*

Art. 2. Pour être admis en 1<sup>re</sup> année, comme régulier ou externe, l'élève doit être âgé de 15 ans révolus.

Art. 3. Sous réserve des dispositions de l'art. 6, les élèves qui se présentent pour être admis comme réguliers ou externes, ont à subir l'examen d'admission prévu à l'art. 4 ci-dessous.

Les externes ont à justifier, par un examen, qu'ils possèdent les connaissances nécessaires pour suivre l'enseignement.

Art. 4. Les examens d'admission portent:

a) pour la première année:

*Arithmétique et algèbre.* Les quatre opérations sur les nombres entiers, fractionnaires ou décimaux. Système métrique. Nombres complexes. Rapport. Racine carrée.

Opérations algébriques. Equations et problèmes du premier degré à une et à deux inconnues.

*Géométrie.* Constructions élémentaires avec règle et compas. Construction des triangles, des polygones réguliers.

Lieux géométriques les plus simples.

Théorème de Pythagore.

Aire et volume des corps simples: prisme droit, cylindre et cône de révolution.

*Dessin technique.* Notions élémentaires. Usage des instruments. Mise au net d'un croquis coté.

*Français.* Rédaction en application des règles essentielles de la grammaire.

b) pour les 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année, sur le programme complet des années précédentes.

Art. 5. La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, sur aucune d'elles l'élève ne devra avoir de chiffre inférieur à 3; cependant, pour l'algèbre et la géométrie, le chiffre minimum est 4.

Art. 6. Les élèves sortis promus de l'Ecole professionnelle (2<sup>me</sup> année) ou du Collège (5<sup>me</sup> classe) sont admis en 1<sup>re</sup> année sans examen s'ils n'ont pas de chiffre inférieur à 4 sur 6 pour l'arithmétique et l'algèbre, la géométrie, le dessin technique (Ecole professionnelle), le dessin (Collège) et le français.

Art. 7. Les conditions de promotion d'une classe à l'autre sont:

1<sup>o</sup> une moyenne générale, minimum de 3,5 sur l'ensemble des moyennes obtenues dans chaque branche; la moyenne dans chaque branche ne doit pas être inférieure à 3 dans plus de deux branches; une moyenne inférieure à 2, dans l'une quelconque des branches, exclut de la promotion;

2<sup>o</sup> pour passer de 1<sup>re</sup> en 2<sup>me</sup> année, la note d'arithmétique et d'algèbre, celles de géométrie, de dessin technique et de construction, doivent atteindre 3,5 au minimum.

Pour passer de 2<sup>me</sup> en 3<sup>me</sup>, les notes de résistance des matériaux de statique graphique, de génie civil, de construction doivent atteindre 3,5 au minimum.

Dans l'établissement de la moyenne générale, le travail de l'année compte pour trois quarts et l'examen pour un quart.

Art. 8. Tout élève non promu, mais présentant une moyenne générale de 3,5 au minimum, peut demander à subir au commencement de l'année scolaire un examen portant sur les branches dans lesquelles les résultats étaient insuffisants.

La promotion à la suite de cet examen est soumise aux dispositions suivantes :

1<sup>o</sup> moyenne générale minimum de 4 sur l'ensemble des branches examinées ;

2<sup>o</sup> aucune note inférieure à 3,5 ;

3<sup>o</sup> aucune note inférieure à 4 dans les branches spécifiées à l'art. 7.

Art. 9. Dans les cas douteux, la promotion est soumise à la Conférence du corps enseignant.

#### *Matériel scolaire.*

Art. 10. Chaque élève est tenu de se procurer le matériel nécessaire à son travail, suivant liste remise au commencement de chaque année, et de maintenir ce matériel en bon état.

Art. 11. Dans quelques branches de l'enseignement, on fait usage de résumés autographiés, de documents, de reproductions de dessins, etc., qui sont remis aux élèves moyennant le paiement d'un prix fixé par la direction.

Si un élève n'achève pas ses études à l'école, il peut être tenu de restituer ces documents contre remboursement partiel du prix d'achat.

#### *Travaux des élèves.*

Art. 12. Les épreuves écrites et les dessins sont rendus aux élèves après correction ; toutefois, avec l'assentiment de la direction, certains dessins peuvent ne leur être remis qu'en communication.

Dans l'appréciation des travaux écrits il est tenu compte de la forme du travail (ordonnance, rédaction, propreté, etc.).

L'élève doit conserver, jusqu'à la fin de ses études, tous les travaux qu'il exécute à l'école.

Les travaux exécutés dans les ateliers restent dans la règle la propriété de l'école ; s'ils sont rendus aux élèves, ceux-ci ont à rembourser à l'école la valeur de la matière utilisée.

*Finances.*

Art. 13. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les élèves externes paient une finance d'inscription de 10 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse, réguliers ou externes, sont dispensés de ces finances.

Art. 14. Tous les élèves paient une finance spéciale pour l'usage des appareils, outils, substances, matières, livres et modèles mis à leur disposition pour les leçons ou les exercices pratiques.

Cette contribution est de 80 fr. par an pour les élèves réguliers.

Elle doit être payée également par les élèves externes inscrits aux cours de construction, béton armé, génie civil, métré, technologie, modelage et construction de maquettes.

Elle est calculée alors à raison de :

2 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves suisses, et de

5 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves étrangers.

*Visites d'usines ou de chantiers. Courses techniques.*

Art. 15. Les professeurs peuvent, avec l'autorisation du directeur et éventuellement du Département de l'Instruction publique, organiser des visites d'usines ou de chantiers ou des courses techniques se rapportant aux sujets traités dans leurs cours et destinés à compléter leur enseignement.

Art. 16. Les visites d'usines ou de chantiers et les petites courses techniques se font, autant que possible, dans l'horaire ordinaire du professeur; elles ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du directeur. Si le temps réservé à l'horaire ne suffit pas pour la visite projetée, le professeur doit en informer le directeur assez tôt pour que celui-ci puisse prendre toutes les mesures indiquées.

Art. 17. Outre les visites d'usines ou les petites courses dans le rayon immédiat de la ville, il peut être organisé chaque année, pour les élèves réguliers seulement, avec l'autorisation du Département de l'Instruction publique, de grandes courses techniques. Le professeur chargé de la direction d'une course pourra demander à être accompagné par un ou plusieurs de ses collègues.

Art. 18. Un devis sera présenté au directeur au sujet des frais et débours qu'auront à faire les professeurs qui organisent des courses techniques.

Art. 19. Le doyen peut priver de la participation à une course technique tout élève dont la conduite aurait donné lieu à des plaintes sérieuses pendant l'année scolaire. Aucune personne étrangère à



l'école ne peut participer soit à une visite d'usine ou de chantier, soit à une course technique sans l'autorisation expresse du directeur.

Art. 20. Les leçons supprimées par le fait d'une visite d'usine ou de chantier ne sont pas remplacées. Les élèves qui ne participent pas à la course sont tenus de venir à l'école et d'y faire les travaux que le doyen leur indiquera.

Tout élève qui, pour des raisons particulières, se trouverait empêché de participer à une course à laquelle il a droit, doit exposer ces raisons au doyen.

Art. 21. Les élèves qui participent à une course technique peuvent être tenus d'en faire un compte rendu.

Les clichés photographiques pris par les élèves pendant la course peuvent leur être réclamés moyennant dédommagement, s'ils présentent de l'intérêt pour l'enseignement.

Art. 22. En course, les élèves sont sous l'autorité permanente du professeur chef de course; ils sont tenus de se conformer strictement à ses ordres ainsi qu'à ceux de toute personne chargée de le seconder.

#### *Bibliothèque.*

Art. 23. La bibliothèque de la section est ouverte à tous les élèves pour la consultation, aux heures fixées par la direction.

Les élèves réguliers des 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année sont autorisés à emporter des ouvrages à domicile, après les avoir fait inscrire par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne doivent pas être gardés plus de huit jours. Si, au bout de ce temps, les élèves désirent les garder pour une nouvelle période de huit jours, ils doivent les faire réinscrire.

Il ne peut être emporté plus de deux ouvrages à la fois.

La direction établit la liste des ouvrages qui ne doivent pas sortir de la bibliothèque.

Tout ouvrage détérioré sera remplacé ou réparé, selon le cas, aux frais de l'auteur des dégâts.

Tous les volumes sortis devront être rentrés le 25 juin au plus tard.

Art. 24. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

#### *Mention, Certificat de fin d'études, Diplôme.*

Art. 25. Dans les deux années inférieures, les élèves qui présentent à la promotion une moyenne générale de 4,5 sur 6 et qui n'ont pas de note moyenne inférieure à 3, dans aucune branche, reçoivent une *mention*.

Art. 26. A la fin de la 3<sup>me</sup> année, les élèves réguliers qui présentent une moyenne finale de 4 sur 6, reçoivent le *Certificat de fin d'études*.

Cette moyenne finale est établie comme suit: la moyenne générale de 1<sup>re</sup> année est affectée du coefficient 1; celle de 2<sup>me</sup> année, du coefficient 2; celle de 3<sup>me</sup> année, du coefficient 3. (Voir art. 29.) La somme des trois termes divisée par 6, constitue la moyenne finale.

Art. 27. L'élève qui n'obtient pas le certificat de fin d'études doit, s'il désire l'acquérir l'année suivante, refaire sa 3<sup>me</sup> année et remplir alors les conditions prévues à l'art. 26.

S'il échoue cette seconde fois, il ne peut plus se représenter.

Art. 28. Le diplôme est une distinction décernée à la fin de la 3<sup>me</sup> année aux élèves qui présentent une moyenne finale de 4,5 sur 6 et obtiennent la note 5 au minimum à l'épreuve spéciale de fin d'études.

Art. 29. L'épreuve spéciale de fin d'études comporte la mise au net, par l'élève, de plans d'exécution se rapportant au bâtiment et au génie civil et un examen oral correspondant. Ces plans sont établis d'après un projet d'ensemble fourni à l'élève ou établi par lui durant ses derniers mois d'études.

L'épreuve spéciale de fin d'études est obligatoire pour tous les élèves réguliers. Ces travaux se font dans les locaux de l'école.

Un jury, nommé par le Département de l'Instruction publique, examine les travaux présentés — planches et mémoires — et assiste à l'examen oral. Cet examen oral suit immédiatement l'examen des planches et mémoires.

Les notes attribuées aux élèves par MM. les jurés donnent lieu pour chaque élève à une *moyenne* qui détermine:

1<sup>o</sup> concurremment avec les notes antérieures de l'année et en comptant pour  $\frac{1}{4}$ , la moyenne générale pour la 3<sup>me</sup> année. Cette moyenne générale se combine avec celles obtenues en 1<sup>re</sup> et 2<sup>me</sup> année pour décider de l'obtention éventuelle du certificat de fin d'études (voir art. 26);

2<sup>o</sup> comme note attribuée au travail spécial de fin d'études, l'obtention éventuelle du diplôme (voir art. 28).

Les professeurs intéressés font de droit partie du jury.

Le rang d'appel des élèves devant le jury est déterminé par le sort.

Art. 30. Le programme des travaux de fin d'études est soumis à l'approbation de la sous-commission de surveillance, puis remis aux candidats avec les instructions nécessaires.

Ces instructions sont également communiquées au jury.

La direction fixe chaque année la date de la remise du programme des travaux aux élèves, celle de la reddition des mémoires et des dessins, ainsi que la date de l'examen devant le jury.

Art. 31. Toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'annulation du travail de fin d'études.

Art. 32. Le jury peut accorder des félicitations avec mention spéciale aux élèves qui se distinguent particulièrement.

La direction se réserve le droit d'exposer des travaux, choisis parmi les meilleurs.

Art. 33. Les élèves sortis de l'école avec le certificat d'études portent le titre de „Technicien de la Section de construction et génie civil de l'Ecole des arts et métiers de Genève“.

Le diplôme confère le titre de „Technicien diplômé de l'Ecole des arts et métiers de Genève“.

Art. 34. La finance spéciale de diplôme est de 50 francs pour les Suisses et pour les étrangers dont les parents sont établis dans le canton. Le Département peut, exceptionnellement, accorder la remise partielle ou totale de cette finance.

Pour les autres élèves la finance spéciale est de 100 fr.

Les élèves n'obtenant pas le diplôme ont droit au remboursement de la somme qu'ils ont versée.

*D. Section de mécanique (pour apprentis mécaniciens).  
(Règlement spécial.)*

*But.*

Article premier. La section de mécanique est destinée à former, pour les différents domaines de l'industrie mécanique, des ouvriers possédant les connaissances théoriques et pratiques nécessaires pour exercer leur profession dans les meilleures conditions, et pouvant devenir plus tard contremaîtres ou chefs d'atelier.

Elle comporte deux divisions A et B dont l'enseignement ne diffère qu'au point de vue théorique; la division B est destinée aux élèves désirant entrer plus jeunes en apprentissage ou qui, n'ayant que peu d'aptitudes pour les mathématiques ou une préparation insuffisante, ont néanmoins de bonnes dispositions pour le travail manuel.

La durée normale de l'apprentissage est de trois ans.

*Conditions d'admission et de promotion.*

Art. 2. Pour être admis comme élève régulier dans la section de mécanique, il faut répondre aux conditions suivantes:

*En division A.* Être âgé de 15 ans révolus.

Les élèves sortant promus de la 2<sup>me</sup> année de l'Ecole professionnelle ou de la 5<sup>me</sup> classe du Collège, sans avoir une moyenne inférieure à 3 sur 6 en arithmétique, en algèbre, en géométrie, en dessin technique (Ecole professionnelle), en dessin (Collège) et en français, sont dispensés de l'examen d'admission.

Cet examen est obligatoire pour tous les élèves ne répondant pas à ces conditions. Il porte sur les connaissances suivantes:

*Arithmétique et algèbre.* Les quatre opérations sur les nombres entiers, fractionnaires et décimaux, rapports, racine carrée, équations et problèmes simples du 1<sup>er</sup> degré à une inconnue.

*Géométrie.* Constructions basées sur les lieux géométriques, calculs d'angles, raccordements simples, théorème de Pythagore, surface des polygones, du cercle, du cylindre et du cône, volumes usuels.

*Dessin technique.* Notions élémentaires, usage des instruments, mise au net d'un croquis coté.

*Français.* Application des règles essentielles de la grammaire, orthographe, composition.

Les élèves se présentant à l'examen d'admission en division A n'ont, en cas d'insuccès, pas le droit d'être admis en division B sans nouvel examen.

*En division B.* Être âgé de 14 ans révolus.

Les élèves sortant avec un bulletin satisfaisant de la 1<sup>re</sup> année de l'Ecole professionnelle ou de la 6<sup>me</sup> classe du Collège, sans avoir une moyenne inférieure à 3 sur 6 en arithmétique, en géométrie, en dessin technique (Ecole professionnelle), en dessin (Collège) et en français, sont dispensés de l'examen d'admission.

Cet examen est obligatoire pour tous les élèves ne répondant pas à ces conditions. Il porte sur les connaissances suivantes:

• *Arithmétique.* Fractions ordinaires (opérations: addition, soustraction multiplication et division). Système métrique et nombres complexes. Rapports et proportions (règles). Racine carrée.

*Géométrie.* Angles. Distances (constructions élémentaires). Triangles. Quadrilatères. Polygones (calculs d'angles et constructions). Cercle. Théorème de Pythagore (application). Aire des figures planes. Développement, aire, volume et poids des solides usuels.

*Dessin technique.* Notions élémentaires. Usage des instruments. Mise au net d'un croquis coté.

*Français.* Application des règles essentielles de la grammaire, orthographe, rédaction.

La moyenne de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission. En outre, les notes de français et de dessin ne devront pas être inférieures à 3, et la moyenne des mathématiques à 3,5.

Exceptionnellement, un candidat qui a déjà fait un certain temps de pratique peut être autorisé à entrer dans une des années supérieures, s'il justifie par un examen théorique et pratique qu'il possède les connaissances voulues.

Les externes ne sont admis que pour les cours théoriques.

Art. 3. A la fin de l'année scolaire ont lieu les examens sur les branches théoriques; les résultats en sont contrôlés par un jury formé par la Commission de surveillance de la section et par des jurés désignés par le Département.



Art. 4. A la fin de l'année scolaire, il est attribué à chaque élève une note générale pour le travail pratique et une note générale pour chacune des branches théoriques. Dans la détermination de cette dernière note, le travail de l'année intervient pour trois quarts et le chiffre obtenu aux examens pour un quart.

Art. 5. La promotion d'une classe dans la suivante est déterminée comme suit:

La moyenne générale des travaux pratiques est doublée (max. 12) et l'on y ajoute la moyenne générale des notes théoriques (max. 6).

Pour être promu, l'élève doit obtenir une moyenne de 10 points sur un maximum de 18, et ne pas avoir la moyenne générale pratique inférieure à 3,5 ou une note théorique inférieure à 3.

Toutefois, tout élève dont la note pratique n'est pas inférieure à 3,5 a le droit de faire, à la rentrée, un examen d'admission complémentaire sur les branches théoriques dans lesquelles il n'a pas obtenu le minimum.

Pour être promu, la note minimum à obtenir pour chaque examen est de 3,5 au moins.

L'élève non promu de la division A doit, s'il désire continuer ses études dans la division B, subir l'examen d'admission correspondant à cette dernière division.

Ont droit au passage dans la division A, les élèves de la division B qui ont obtenu en théorie la moyenne générale de 5 au minimum.

En outre, les maîtres intéressés de la division B ont la faculté de proposer le transfert des élèves qui, après examen, leur paraissent avoir les aptitudes nécessaires pour entrer en division A.

Tout élève qui, à la fin de la première année, n'obtient pas une note pratique suffisante (3,5), doit quitter l'école.

#### *Finances.*

Art. 6. Les élèves paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les externes admis aux cours théoriques paient un droit d'inscription de 4 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse sont dispensés de ces finances.

Art. 7. Tous les élèves paient, en outre, une finance spéciale de 20 francs par an pour l'usage des appareils et outils, substances et matières.

#### *Organisation intérieure.*

Art. 8. L'école met à la disposition des élèves les outils et la matière première nécessaires aux travaux d'atelier.

Dans la règle, les travaux des élèves restent la propriété de l'école qui en dispose pour l'amélioration constante de l'outillage et du matériel d'enseignement.

L'outillage personnel construit par l'élève dans les diverses classes lui est donné à sa sortie de 3<sup>me</sup> année si sa conduite a été satisfaisante.

Art. 9. Les élèves doivent, à la fin d'une leçon, remettre le matériel et les instruments en place. Si l'élève, en rentrant à sa place, constate des dégâts ou prend possession d'un instrument détérioré, il doit immédiatement signaler le fait au maître, sinon il pourra être rendu responsable.

Art. 10. L'élève doit entretenir en bon ordre son outillage personnel. Il en est responsable.

Art. 11. Dans chaque atelier, le chef d'atelier nomme un élève semainier dont la tâche est déterminée par un ordre de service.

Art. 12. L'enseignement et, en particulier, les travaux d'atelier sont contrôlés alternativement par la sous-commission et par le doyen.

Chacune des branches théoriques et pratiques reçoit dans la règle une note mensuelle.

Art. 13. Chaque élève reçoit un „carnet de travail“ où il inscrit jour par jour l'emploi de son temps. Ce carnet est contrôlé chaque semaine par le chef d'atelier. Il sert à établir, à la fin de chaque mois, le compte exact, en heures, du temps consacré à chacun des travaux présentés au contrôle.

Art. 14. Les carnets de notes mensuelles sont établis par le doyen qui, dans la règle, les remet dans les premiers jours de chaque mois.

L'élève doit rapporter son carnet signé dans les deux jours qui suivent.

#### *Bibliothèque.*

Art. 15. Les élèves de 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année sont autorisés à emporter à domicile les volumes de la bibliothèque.

Aucun livre ne pourra rester dehors plus de deux semaines.

Un contrôle de sortie et de rentrée de ces volumes est tenu par le doyen.

Tous les volumes prêtés doivent être rendus avant le 25 juin, au plus tard.

#### *Mention, Certificat, Diplôme,*

Art. 16. Les élèves de 1<sup>re</sup> et 2<sup>me</sup> année des deux divisions qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 (13,5 sur 18) reçoivent une mention. Ils ne doivent pas avoir une moyenne inférieure à 4,5 pour le travail pratique, ni aucune note théorique inférieure à 3,5.

Art. 17. Les élèves réguliers des deux divisions qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales et qui obtiennent dans l'année supérieure une moyenne de 4 sur 6 (12 sur 18), reçoivent un certificat. Ils doivent avoir une moyenne d'au moins 4,5 sur 6 pour le travail pratique et pas plus d'une note théorique inférieure à 3,5.

Art. 18. Les élèves réguliers de la division A qui, dans l'année supérieure, obtiennent une moyenne générale de 5 sur 6, ont droit au diplôme. Ils ne doivent pas avoir une moyenne inférieure à 4,75 pour le travail pratique, ni aucun chiffre théorique inférieur à 3,5.

*E. Section de mécanique appliquée et d'électrotechnique (Technicum).  
(Règlement spécial.)*

*But et durée de l'enseignement.*

Article premier. La section de mécanique appliquée et d'électrotechnique forme des *techniciens* pour les industries de la mécanique et de l'électricité. Elle donne à ses élèves les connaissances théoriques et techniques indispensables pour embrasser dans ces industries des carrières de tous les ordres.

La durée des études est de trois années.

*Conditions d'admission et de promotion.*

Art. 2. Pour être admis en 1<sup>re</sup> année, comme régulier ou externe, l'élève doit être âgé de 15 ans révolus.

Art. 3. Sous réserve des dispositions de l'art. 6, les élèves qui se présentent pour être admis comme réguliers ou externes, ont à subir l'examen d'admission prévu à l'art. 4 ci-dessous.

Les externes ont à justifier, par un examen, qu'ils possèdent les connaissances nécessaires pour suivre l'enseignement.

Art. 4. Les examens d'admission portent :

a) Pour la première année :

*Arithmétique et algèbre.* Les quatre opérations sur les nombres entiers, fractionnaires ou décimaux. Système métrique. Nombres complexes. Rapport. Racine carrée.

Opérations algébriques. Equations et problèmes du premier degré à une et à deux inconnues.

*Géométrie.* Constructions élémentaires avec règle et compas. Constructions des triangles, des polygones réguliers. Lieux géométriques les plus simples.

Théorème de Pythagore.

Aire et volume des corps simples : prisme droit, cylindre et cône de révolution.

*Dessin technique.* Notions élémentaires. Usage des instruments. Mise au net d'un croquis coté.

*Français.* Rédaction en application des règles essentielles de la grammaire.

b) Pour les 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année, sur le programme complet des années précédentes.

Art. 5. La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, sur aucune d'elles, l'élève ne devra avoir de chiffre inférieur à 3; cependant, pour l'algèbre et la géométrie, le chiffre minimum est 4.

Art. 6. Les élèves sortis promus de l'Ecole professionnelle (2<sup>me</sup> année) ou du Collège (5<sup>me</sup> classe) sont admis en première année sans examen s'ils n'ont pas de chiffre inférieur à 4 sur 6 pour l'arithmétique et l'algèbre, la géométrie, le dessin technique (Ecole professionnelle), le dessin (Collège) et le français.

Art. 7. Les conditions de promotion d'une classe à l'autre sont:

1<sup>o</sup> une moyenne générale minimum de 3,5 sur l'ensemble des moyennes obtenues dans chaque branche; la moyenne de chaque branche ne doit pas être inférieure à 3 dans plus de deux branches; une moyenne inférieure à 2, dans l'une quelconque des branches, exclut de la promotion;

2<sup>o</sup> pour passer de 1<sup>re</sup> en 2<sup>me</sup> année, la note d'arithmétique et d'algèbre, celles de géométrie et de dessin de machines doivent atteindre 3,5 au minimum.

Pour passer de 2<sup>me</sup> en 3<sup>me</sup>, les notes de mathématiques, de mécanique, de mécanique appliquée (cours et exercices séparément) et d'électrotechnique (cours et exercices séparément) doivent atteindre 3,5 au minimum.

Dans l'établissement de la moyenne générale, le travail de l'année compte pour trois quarts et l'examen pour un quart.

Art. 8. Tout élève non promu, mais présentant une moyenne générale de 3,5 au minimum, peut demander à subir au commencement de l'année scolaire un examen portant sur les branches dans lesquelles les résultats étaient insuffisants.

La promotion, à la suite de cet examen, est soumise aux dispositions suivantes:

1<sup>o</sup> moyenne générale minimum de quatre sur l'ensemble des branches examinées;

2<sup>o</sup> aucune note inférieure à 3,5;

3<sup>o</sup> aucune note inférieure à quatre dans les branches spécifiées à l'art. 7.

Art. 9. Dans les cas douteux, la promotion est soumise à la Conférence du corps enseignant.

#### *Matériel scolaire.*

Art. 10. Chaque élève est tenu de se procurer le matériel nécessaire à son travail, suivant liste remise au commencement de chaque année, et de maintenir ce matériel en bon état.

Art. 11. Dans quelques branches de l'enseignement, on fait usage de résumés autographiés, de documents, de reproductions de dessins, etc., qui sont remis aux élèves moyennant le paiement d'un prix fixé par la direction.

Si un élève n'achève pas ses études à l'école, il peut être tenu de restituer ces documents contre remboursement partiel du prix d'achat.



*Travaux des élèves.*

Art. 12. Les épreuves écrites et les dessins sont rendus aux élèves après correction; toutefois, avec l'assentiment de la direction, certains dessins peuvent ne leur être remis qu'en communication.

Dans l'appréciation des travaux écrits, il est tenu compte de la forme du travail (ordonnance, rédaction, propreté, etc.).

L'élève doit conserver, jusqu'à la fin de ses études, tous les travaux qu'il exécute à l'école.

Les travaux exécutés dans les ateliers restent, dans la règle, la propriété de l'école; s'ils sont rendus aux élèves, ceux-ci ont à rembourser la valeur de la matière utilisée.

*Finances.*

Art. 13. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les élèves externes paient une finance d'inscription de 10 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse, réguliers ou externes, sont dispensés de ces finances.

Art. 14. Tous les élèves paient une finance spéciale pour l'usage des appareils, outils, substances, matières, livres et modèles mis à leur disposition pour les leçons ou les exercices pratiques.

Cette contribution est de 100 francs par an pour les élèves réguliers.

Elle doit être payée également par les élèves externes inscrits aux cours de mécanique appliquée, d'électrotechnique, de physique, de chimie et à l'atelier.

Elle est calculée alors à raison de :

2 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves suisses, et de

5 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves étrangers.

*Visites d'usines ou de chantiers, courses techniques.*

Art. 15. Les professeurs peuvent, avec l'autorisation du directeur et éventuellement du Département de l'Instruction publique, organiser des visites d'usines ou de chantiers ou des courses techniques se rapportant aux sujets traités dans leurs cours et destinées à compléter leur enseignement.

Art. 16. Les visites d'usines ou de chantiers et les petites courses techniques se font, autant que possible, dans l'horaire ordinaire du professeur; elles ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du directeur. Si le temps réservé à l'horaire ne suffit pas pour la visite projetée, le professeur doit en informer le directeur assez tôt pour que celui-ci puisse prendre toutes les mesures indiquées.

Art. 17. Outre les visites d'usines ou les petites courses dans le rayon immédiat de la ville, il peut être organisé chaque année,

pour les élèves réguliers seulement, avec l'autorisation du Département de l'Instruction publique, de grandes courses techniques. Le professeur chargé de la direction d'une course pourra demander à être accompagné par un ou plusieurs de ses collègues.

Art. 18. Un devis sera présenté au directeur au sujet des frais et débours qu'auront à faire les professeurs qui organisent des courses techniques.

Art. 19. Le doyen peut priver de la participation à une course technique tout élève dont la conduite aurait donné lieu à des plaintes sérieuses pendant l'année scolaire. Aucune personne étrangère à l'école ne peut participer soit à une visite d'usine ou de chantier, soit à une course technique sans l'autorisation expresse du directeur.

Art. 20. Les leçons supprimées par le fait d'une visite d'usine ou de chantier ne sont pas remplacées. Les élèves qui ne participent pas à la course sont tenus de venir à l'école et d'y faire les travaux que le doyen leur indiquera.

Tout élève qui, pour des raisons particulières, se trouverait empêché de participer à une course à laquelle il a droit, doit exposer ces raisons au doyen.

Art. 21. Les élèves qui participent à une course technique peuvent être tenus d'en faire un compte rendu.

Les clichés photographiques pris par les élèves pendant la course peuvent leur être réclamés moyennant dédommagement, s'ils présentent de l'intérêt pour l'enseignement.

Art. 22. En course, les élèves sont sous l'autorité permanente du professeur chef de course; ils sont tenus de se conformer strictement à ses ordres ainsi qu'à ceux de toute personne chargée de le seconder.

#### *Bibliothèque.*

Art. 23. La bibliothèque de la section est ouverte à tous les élèves, pour la consultation, aux heures fixées par la direction.

Les élèves réguliers des 2<sup>me</sup> et 3<sup>me</sup> année sont autorisés à emporter des ouvrages à domicile, après les avoir fait inscrire par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne doivent pas être gardés plus de huit jours. Si au bout de ce temps les élèves désirent les garder pour une nouvelle période de huit jours, ils doivent les faire réinscrire.

Il ne peut être emporté plus de deux ouvrages à la fois.

La direction établit la liste des ouvrages qui ne doivent pas sortir de la bibliothèque.

Tout ouvrage détérioré sera remplacé ou réparé selon le cas aux frais de l'auteur des dégâts.

Tous les volumes sortis devront être rentrés le 25 juin au plus tard.

Art. 24. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

*Mention, Certificat d'études, Diplôme.*

Art. 25. Dans les deux années inférieures, les élèves qui présentent à la promotion une moyenne générale de 4,5 sur 6 et qui n'ont pas de note moyenne inférieure à 3, dans aucune branche, reçoivent une *mention*.

Art. 26. A la fin de la 3<sup>me</sup> année, les élèves réguliers qui présentent une moyenne finale de 4 sur 6 reçoivent le *Certificat de fin d'études*.

Cette moyenne finale est établie comme suit: la moyenne générale de première année est affectée du coefficient 1; celle de 2<sup>me</sup> année, du coefficient 2; celle de 3<sup>me</sup> année, du coefficient 3. (Voir art. 29.) La somme des trois termes, divisée par 6, constitue la moyenne finale.

Art. 27. L'élève qui n'obtient pas le certificat de fin d'études doit, s'il désire l'acquérir l'année suivante, refaire sa troisième année et remplir alors les conditions prévues à l'art. 26.

S'il échoue cette seconde fois, il ne peut plus se représenter.

Art. 28. Le diplôme est une distinction décernée à la fin de la 3<sup>me</sup> année aux élèves qui présentent une moyenne finale de 4,5 sur 6 et obtiennent la note 5 aux minimum à l'épreuve spéciale de fin d'études.

Art. 29. L'épreuve spéciale de fin d'études comporte l'étude, par l'élève, d'une machine ou d'une partie de machine avec mémoire à l'appui, et un examen oral correspondant.

L'épreuve spéciale de fin d'études est obligatoire pour tous les élèves réguliers.

Un jury, nommé par le Département de l'Instruction publique, examine les travaux présentés (planches et mémoires) et assiste à l'examen oral. Cet examen oral suit immédiatement l'examen des planches et mémoires.

Les notes attribuées aux élèves par MM. les jurés donnent lieu, pour chaque élève, à une *moyenne* qui détermine:

1<sup>o</sup> concurremment avec les notes antérieures de l'année et en comptant pour  $\frac{1}{4}$ , la moyenne générale pour la 3<sup>me</sup> année. Cette moyenne générale se combine avec celles obtenues en 1<sup>re</sup> et 2<sup>me</sup> année pour décider de l'obtention éventuelle du certificat de fin d'études (voir art. 26);

2<sup>o</sup> comme note attribuée au travail spécial de fin d'études, l'obtention éventuelle du diplôme (voir art. 28).

Les professeurs intéressés font de droit partie du jury.

Le rang d'appel des élèves devant le jury est déterminé par le sort.

Art. 30. Le programme des travaux de fin d'études est soumis à l'approbation de la sous-commission de surveillance, puis remis aux candidats avec les instructions nécessaires.

Ces instructions sont également communiquées au jury.

La direction fixe chaque année la date de la remise du programme des travaux aux élèves, celle de la reddition des mémoires et des dessins, ainsi que la date de l'examen devant le jury.

Art. 31. Les travaux prévus à l'art. 29 portent sur la mécanique appliquée et sur l'électrotechnique. Ces travaux sont faits dans les locaux de l'école.

Art. 32. Toute fraude et tentative de fraude entraîne l'annulation du travail de fin d'études.

Art. 33. Le jury peut accorder des félicitations avec mention spéciale aux élèves qui se distinguent particulièrement.

La direction se réserve le droit d'exposer des travaux, choisis parmi les meilleurs.

Art. 34. Les élèves sortis de l'école avec le certificat d'études portent le titre de „Technicien de la Section de mécanique appliquée et d'électrotechnique de l'Ecole des arts et métiers de Genève“.

Le diplôme confère le titre de „Technicien diplômé de l'Ecole des arts et métiers de Genève“.

Art. 35. La finance spéciale de diplôme est de 50 francs pour les Suisses et pour les étrangers dont les parents sont établis dans le canton. Le Département peut, exceptionnellement, accorder la remise partielle ou totale de cette finance.

Pour les autres élèves, la finance spéciale est de 100 francs.

Les élèves n'obtenant pas le diplôme ont droit au remboursement de la somme qu'ils ont versée.

---

#### 4. Universität.

##### 9. Arrêté législatif approuvant la création, dans la Faculté de Médecine, d'une chaire extraordinaire d'histologie et embryologie systématiques. (Du 7 mai 1921.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition du Conseil d'Etat,  
*arrête:*

Article unique. La création, dans la Faculté de Médecine, d'une chaire extraordinaire d'histologie et embryologie systématiques est approuvée.

---

#### 5. Lehrerschaft aller Stufen.

##### 10. Loi prorogeant la loi du 26 novembre 1919 sur les suppléments de pension. (Du 23 novembre 1921.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:



*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition du Conseil d'Etat,  
*décède ce qui suit:*

Article premier. Les dispositions de la loi du 26 novembre 1919 sont prorogées de deux ans, soit du 1<sup>er</sup> janvier 1922 au 31 décembre 1923, sous la réserve de la modification suivante: „La pension complémentaire jusqu'à 500 fr. sera augmentée de 100 % au lieu de 80 % prévu dans la dite loi.“

Art. 2. La présente prorogation ne s'applique pas aux pensionnés des corps de police ou à leurs ayants-droit.

---

**11. Loi approuvant des modifications aux statuts de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'Enseignement primaire.** (Du 23 novembre 1921.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

*Le Grand Conseil,*  
sur la proposition du Conseil d'Etat,  
*décède ce qui suit:*

Article premier. Les modifications aux statuts de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'Enseignement primaire, votées par les membres de cette association dans l'assemblée générale du 27 octobre 1921, sont approuvées. Le texte de ces modifications, remplaçant et abrogeant celles qui ont été approuvées par la loi du 2 juillet 1919, demeurera annexé à la présente loi.

Art. 2. Les membres de la Caisse de prévoyance de l'Enseignement primaire qui sont entrés en pension à partir du 1<sup>er</sup> juillet 1921, seront mis au bénéfice des statuts modifiés.

Art. 3. Si le bénéficiaire d'une pension occupe une fonction officielle (mandat électif excepté) dont le traitement ajouté à la pension surpasse son dernier traitement, la pension est temporairement réduite de l'excédent.

Art. 4. La loi du 2 juillet 1919 est abrogée.

**Modifications aux Statuts de 1919**

(d'après le collationnement approuvé par l'Assemblée générale du 17 mars 1921).

Art. 4, 1<sup>er</sup> al. La cotisation de chaque sociétaire est fixée à 4 % de son traitement (le traitement maximum des régents limitant la cotisation, les indemnités ou allocations de tout genre: rayon, classes spéciales, direction, inspection, etc., n'entrent pas en ligne de compte).

2<sup>me</sup> al. Dans le cas où par suite d'une maladie dûment constatée le traitement d'un maître spécial ou d'une maîtresse spéciale

viendrait à être diminué, la cotisation pourra être maintenue, par décision du Comité, au taux correspondant au traitement non réduit.

3<sup>me</sup> al. Sans changement.

4<sup>me</sup> al. L'Etat paie directement à la Caisse une somme égale aux cotisations versées par les sociétaires.

Art. 7, 1<sup>er</sup> al. *Avec* intérêts au lieu de: *sans* intérêts.

Art. 9<sup>bis</sup>. Le fonds social est formé de la réunion du Fonds capital et du Fonds disponible prévus par les précédents statuts; il représente la somme des avoirs individuels.

Art. 12<sup>bis</sup>. Le service des pensions est assuré:

- a) Par les revenus du Fonds social (frais d'administration et de remboursements déduits);
- b) par l'avoir du sociétaire au moment de la retraite (allocations de l'Etat et bonifications comprises);
- c) par l'Etat dès l'extinction de cet avoir.

Art. 12. Le taux des pensions est fixé comme suit:

- a) Pensions ouvertes avant le 1<sup>er</sup> juillet 1921, conformément aux précédents statuts;
- b) pensions ouvertes à partir du 1<sup>er</sup> juillet 1921: sur la base de 40 % du dernier traitement pour 25 versements annuels et 50 ans d'âge.

Ce taux s'augmente:

1<sup>o</sup> De 2 % pour chaque année d'âge jusqu'à 60 ans;

2<sup>o</sup> pour chaque âge, de 1 % par versement annuel en plus de 25.

Les stipulations de l'art. 4, 1<sup>er</sup> al., s'appliquent au calcul des pensions.

2<sup>me</sup> al. Supprimé.

3<sup>me</sup> al. Sans changement.

Art. 13. Sans changement sauf: Dans ce cas la pension est fixée à 2 % du dernier traitement par versement annuel, sans pouvoir excéder le taux auquel aurait eu droit le sociétaire à l'âge de 50 ans; mais elle ne sera.....

Art. 15. Lorsqu'un sociétaire marié avant l'âge de 50 ans laisse en mourant un ou plusieurs enfants, ceux-ci reçoivent jusqu'à leur vingtième année accomplie: un enfant 65 %, deux enfants 75 %, trois enfants et plus 85 % de la pension acquise au sociétaire décédé.

A défaut d'enfants mineurs, le veuf, s'il est âgé de 50 ans au moins, la veuve, si elle a atteint 45 ans, jouissent de la moitié de la pension à laquelle avait droit le sociétaire décédé.

Auront droit à la pension immédiate, quel que soit leur âge:

1<sup>o</sup> Le conjoint invalide, au sens de l'art. 13;

2<sup>o</sup> la veuve dont les enfants sont devenus majeurs après le décès de leur père.

3<sup>me</sup> al. Sans changement.

4<sup>me</sup> al. En cas de décès, la pension acquise est calculée sur la base de 2<sup>o</sup>/<sub>o</sub> du dernier traitement par versement annuel, sans tenir compte de l'âge.

5<sup>me</sup> al. Sans changement.

---

**12. Loi approuvant des modifications aux statuts de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'enseignement secondaire. (Du 19 novembre 1921.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

*Le Grand Conseil,*

sur la proposition du Conseil d'Etat,

*décède ce qui suit:*

Article premier. Les modifications aux statuts de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'Enseignement secondaire, votées par les membres de cette association dans l'assemblée générale du 15 octobre 1921, sont approuvées sous réserve d'une modification du texte de l'art. 26 des statuts. Le texte de ces modifications remplaçant celles qui ont été approuvées par la loi du 2 juillet 1919, demeurera annexé à la présente loi.

Art. 2. L'article 26 des statuts sera rédigé comme suit:

Art. 26. Si le bénéficiaire d'une pension occupe ou vient à occuper une fonction officielle (mandat électif excepté) dont le traitement ajouté à la pension surpasse le traitement qui a servi de base à l'établissement de la pension, celle-ci est temporairement réduite de l'excédent.

Art. 3. Les maîtres et maîtresses de l'Enseignement secondaire membres de la Caisse de prévoyance qui sont restés en fonction jusqu'à la fin de l'année scolaire 1920—21 seront mis au bénéfice des statuts modifiés.

Art. 4. La loi du 2 juillet 1919 est abrogée.

*Statuts de la Caisse de prévoyance (du 27 décembre 1921).*

Chapitre premier. — *But de la Société.*

Article premier. La Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'enseignement secondaire du Canton de Genève a pour but, avec l'aide et la garantie de l'Etat:

1. De servir une pension viagère à chacun de ses membres, conformément aux stipulations du chapitre V.

2. De servir, conformément à l'art. 21, des pensions aux enfants, au veuf, à la veuve ou aux ascendants directs d'un sociétaire décédé.

3. D'accorder, sur le Fonds de subsides, des allocations dans les cas prévus par les statuts.

Art. 2. La Caisse de prévoyance est constituée en fondation de droit public régie par la Loi du 22 août 1849. Ses statuts sont soumis à l'approbation du Grand Conseil.

Chapitre II. — *Entrée et sortie des sociétaires.*

Art. 3. Sont tenus de faire partie de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'enseignement public secondaire qui n'ont pas atteint l'âge de 55 ans révolus et dont le traitement fixe est de 2500 francs au moins par année.

Art. 4. Ont le droit de se faire inscrire comme membre de la Caisse :

a) Les fonctionnaires de l'enseignement public secondaire qui ont dépassé l'âge de 55 ans révolus et dont le traitement fixe est de 2500 francs au moins par année ;

b) les fonctionnaires de l'enseignement public secondaire dont le traitement fixe est inférieur à 2500 francs par année, si toutefois le Comité reconnaît que leur fonction principale est l'enseignement ;

c) les Directeurs des établissements d'enseignement publics secondaires sous réserve des dispositions de l'art. 5 ;

d) les secrétaires du Département de l'Instruction publique, s'il faisaient partie de la caisse avant d'être appelés à ces fonctions.

Art. 5. Ne peuvent faire partie de la Caisse de prévoyance les personnes dont le traitement fixe est inférieur à 2500 francs et dont la fonction principale n'est pas l'enseignement.

Aucune personne ne peut faire partie simultanément de la Caisse de prévoyance pour les fonctionnaires de l'enseignement secondaire et d'une autre Caisse officielle de prévoyance pour les fonctionnaires de l'Etat.

Toutefois, les sociétaires qui ont fait partie d'une autre Caisse de prévoyance pour les fonctionnaires de l'Etat conservent leurs droits à une pension servie par cette Caisse, en conformité des statuts de cette dernière.

Art. 6. Tout sociétaire doit, lors de son admission dans la société, transmettre au Comité son acte de naissance et le titre officiel de sa nomination.

Lorsqu'un sociétaire est appelé à un autre poste dans l'enseignement public, il doit également communiquer au Comité l'arrêté relatif à sa nouvelle nomination.

Art. 7. Par le seul fait de son entrée dans l'association, chaque sociétaire contracte l'engagement de se soumettre aux statuts.

Il reçoit, lors de son admission, un livret signé par le président, le secrétaire et le trésorier.



Art. 8. Toute personne qui a été admise comme sociétaire peut continuer à faire partie de la Caisse:

a) Si son traitement fixe est réduit au-dessous du chiffre de 2500 francs par année;

b) si elle jouit d'une pension de la Caisse, ou a opté pour une pension différée.

Art. 9. Tout sociétaire qui quitte l'enseignement public du Canton est considéré comme démissionnaire, sauf dans le cas prévu à la lettre c de l'article précédent.

### Chapitre III. — Des cotisations.

Art. 10. La cotisation annuelle est fixée à  $4\frac{1}{2}\%$  du traitement pris en considération pour le calcul des prestations de la Caisse (dit *traitement assuré*). Le traitement assuré est égal au traitement de service; il est toutefois limité aux  $\frac{4}{5}$  du traitement maximum fixé par la Loi sur l'Instruction publique pour l'enseignement public.

Le traitement assuré est déterminé chaque année, pour chaque sociétaire, par le Département de l'Instruction publique.

Toute fraction de 100 francs dans le traitement compte pour 100 francs; toute fraction de trimestre compte pour un trimestre.

Le versement de la cotisation est obligatoire pour chaque sociétaire pendant les trente premières années de ses fonctions.

Toutefois, si un sociétaire a effectué avant d'entrer dans la Caisse des versements dans une autre Caisse officielle de prévoyance, et s'il a conservé des droits à une pension dans cette autre Caisse, il ne sera tenu qu'à un nombre de versements annuels qui, avec les précédents, atteigne le chiffre de trente.

Dès le jour où il a quitté l'enseignement public, le sociétaire n'a plus le droit d'effectuer les versements prévus au présent article.

L'Etat verse chaque année à la Caisse, et pour chaque sociétaire, une allocation égale à la cotisation de ce sociétaire.

Art. 11. Tout fonctionnaire de l'Instruction publique exerçant dans le Canton qui, à la suite d'une nomination dans l'enseignement secondaire officiel, est devenu membre de la Caisse de prévoyance, peut sur sa demande justifiée et s'il ne fait pas partie d'une autre institution officielle de prévoyance, être autorisé par le Comité à faire des versements arriérés pour ses années de service antérieures à son admission, sans qu'il puisse toutefois dépasser le chiffre de 15 versements arriérés.

Le total des versements arriérés, ajoutés aux versements déjà faits, doit être égal, en tenant compte des intérêts composés à  $4\%$ , au total des versements personnels d'un sociétaire entré avec le même traitement comme membre de la Caisse l'année à laquelle le requérant veut faire remonter ses versements.

Le paiement de ces sommes pourra être effectué en une seule fois ou, d'accord avec le Comité, être réparti sur plusieurs années, dans la règle sur cinq ans.

Art. 12. Dans le cas où, par la suite d'une maladie dûment constatée, le traitement d'un sociétaire viendrait à être diminué, sa cotisation pourra être maintenue, par décision du Comité, au taux correspondant au traitement non réduit.

Art. 13. Chaque trimestre, le versement effectif du sociétaire est prélevé sur son traitement par le caissier de l'Etat; les cotisations sont insaisissables et incessibles.

Il est ouvert à chaque sociétaire un compte spécial de ses cotisations.

Art. 14. Le sociétaire qui avait été considéré comme démissionnaire pour cessation de fonctions et qui est admis de nouveau à faire partie de la Caisse, pourra rétablir le montant intégral de son compte tel qu'il existait au jour de sa sortie de l'association.

#### Chapitre IV. — *De l'avoir social et de son placement.*

Art. 15. L'avoir social de la Caisse est destiné au service des pensions ainsi qu'à faire face aux remboursements et aux frais généraux.

Art. 16. L'avoir social est formé:

- a) Par le fonds capital et le fonds disponible réunis, arrêtés au 31 décembre 1921;
- b) par les dons et legs faits à la Caisse;
- c) par les revenus annuels de la Caisse, les cotisations des sociétaires, y compris la part de l'Etat et, en général, par toutes les ressources de la Société.

Art. 17. Les fonds sont placés par le Comité conformément à l'art. 12 de la loi sur les fondations du 22 août 1849.

Art. 18. Le Comité peut faire aux sociétaires des prêts qui ne doivent pas dépasser la moitié des sommes qu'ils ont effectivement versées.

Aucun prêt ne peut être inférieur à 100 francs.

Le remboursement s'opère dans le terme maximum de 5 ans, avec intérêt au taux d'usage, conformément aux arrangements pris entre l'emprunteur et le Comité. Il se fait par amortissements trimestriels.

Art. 19. Aucun sociétaire jouissant d'une pension ne peut faire d'emprunt à la Caisse sauf sur hypothèque.

#### Chapitre V. — *Des pensions et des remboursements.*

Art. 20. A droit à une pension immédiate:

- a) Tout sociétaire qui quitte l'enseignement public de l'Etat après l'âge de 55 ans révolus;
- b) tout sociétaire qui, par suite d'une maladie ou d'une infirmité le rendant incapable d'occuper un poste lucratif, a dû quitter l'enseignement public de l'Etat avant l'âge de 55 ans.

Toutefois, la pension ne sera, dans ce cas, servie qu'à la suite d'un rapport concordant de trois médecins nommés l'un par le Conseil d'Etat, le deuxième par le Comité, le troisième par le sociétaire.

Les fonds du sociétaire à qui une pension est ou a été allouée restent acquis à la Caisse.

A droit à une pension différée, ayant cours dès l'âge de 55 ans révolus: Tout sociétaire quittant l'enseignement public après avoir effectué au moins 20 versements annuels, et n'optant pas immédiatement pour le remboursement des versements personnels prévu à l'art. 23.

Art. 21. Les fonds d'un sociétaire décédé sont acquis à la Caisse sous les réserves suivantes:

a) Si le sociétaire décédé laisse des enfants mineurs, ceux-ci reçoivent ensemble, à partir du jour du décès jusqu'à la vingtième année révolue du cadet, une pension égale aux trois quarts de celle que le sociétaire touchait ou à laquelle il aurait eu droit d'après l'art. 22; dès le jour où cette pension de mineurs cesse, la veuve a droit à une pension égale à la moitié de celle que le sociétaire touchait ou à laquelle il aurait eu droit d'après l'art. 22;

b) à défaut d'enfant mineur ou dès le jour où aucune pension n'est payée aux enfants du sociétaire décédé, le conjoint survivant a droit, à partir de 55 ans révolus s'il s'agit d'un veuf, et de 45 ans révolus s'il s'agit d'une veuve, à la moitié de la pension que le sociétaire touchait, ou à laquelle il aurait eu droit d'après l'art. 22.

La veuve ayant des enfants majeurs, soit au moment de l'ouverture de la pension, soit postérieurement, ainsi que le conjoint invalide au sens de l'art. 20b) reçoivent, quel que soit leur âge, une pension immédiate égale à la moitié de celle que le sociétaire décédé touchait, ou à laquelle il aurait eu droit d'après l'art. 22.

Le droit à la pension de survie s'éteint si le conjoint bénéficiaire se remarie.

Dans le cas où un sociétaire se marie après sa mise à la retraite ou après l'âge de 55 ans révolus, son conjoint n'est pas admis au bénéfice d'une pension.

La pension du conjoint survivant est réduite au quart s'il est de 20 ans plus jeune que le sociétaire décédé.

c) Si le sociétaire décédé ne laisse ni enfant mineur ni conjoint pensionné, ses ascendants directs reçoivent ensemble une pension égale à la moitié de celle que le sociétaire touchait ou à laquelle il aurait eu droit d'après l'art. 22.

Art. 22. Lorsqu'un sociétaire prend sa retraite, sa pension est calculée d'après son âge au moment de cette retraite, d'après le nombre de ses cotisations annuelles et sur la moyenne la plus élevée des traitements assurés de cinq années consécutives (dite *moyenne assurée*).

Si la retraite a lieu à 55 ans révolus, chaque cotisation annuelle donne droit à une pension de 2,25 % de la moyenne indiquée ci-dessus. Pour chaque année d'âge en plus de 55 ans révolus, le taux s'élève de 0,05 % pour atteindre 2,50 % à 60 ans révolus.

Chacune des cinq années entières de service qui suivent le trentième versement donne droit, lors de la retraite, à une bonification de pension s'élevant à 1 % de la moyenne assurée.

Dans ce cas spécial, la pension totale ne pourra être supérieure, à 55 ans révolus, à 70 % de la moyenne assurée, avec 1 % en plus pour chaque année d'âge en plus.

Aucune pension ne peut dépasser le 75 % de la moyenne assurée.

Dans les cas prévus aux art. 20 b) et 21, le calcul de la pension est fait sur la base de la moyenne assurée, du nombre de cotisations annuelles versées par le sociétaire et au taux fixé pour l'âge de 60 ans, à moins qu'il ne s'agisse d'un sociétaire pensionné au moment de son décès ou d'un sociétaire bénéficiaire d'une pension différée.

La pension d'invalidité prévue à l'art. 20 b) ne pourra toutefois dépasser celle que le bénéficiaire aurait obtenue s'il était resté en fonctions jusqu'à 55 ans.

Au décès d'un sociétaire bénéficiaire d'une pension différée, les dispositions relatives aux enfants mineurs et au conjoint survivant ne sont applicables que si le mariage a été contracté avant la démission. Si le décès est survenu avant l'entrée en jouissance de la pension différée, les pensions de trois quarts ou de moitié prévues à l'art. 21 seront basées sur la valeur actuelle, au moment du décès, de la pension différée.

En dérogation au principe de la moyenne assurée indiquée ci-dessus, la pension sera calculée sur la moyenne de l'ensemble des traitements assurés dans le cas où le sociétaire aura de son chef, avant d'avoir terminé ses 30 versements, diminué son traitement sans y être contraint par l'invalidité au sens de l'art. 20 b), ou de l'art. 18 a) de la Loi sur l'Instruction publique, et sans pouvoir invoquer le bénéfice de l'art. 12.

**Art. 23.** A droit au remboursement de ses versements personnels, intérêts simples à 4 % compris :

a) Tout sociétaire qui, âgé de moins de 55 ans révolus, quitte l'enseignement public de l'Etat et n'a pas droit à la pension prévue à l'art. 20, lettre b) ou à une pension différée ;

b) tout sociétaire qui quitte l'enseignement public de l'Etat en ayant droit, d'après l'art. 20, à une pension immédiate ou différée et qui déclare renoncer expressément pour lui et les siens à toute pension.

Le solde du compte ainsi liquidé est acquis à la Caisse.



Dans le cas où le décès d'un sociétaire n'entraîne pour la Caisse ni pension, ni remboursement, les frais de dernière maladie et de funérailles sont à la charge de la Caisse jusqu'à concurrence de mille francs.

Art. 24. Le sociétaire nommé professeur à l'Université et devenant de ce fait membre de la Caisse de Prévoyance de l'Université, conserve dans la Caisse secondaire tous les droits que lui confèrent les versements qu'il y a faits, à moins qu'une entente soumise à l'approbation du Département de l'Instruction publique n'intervienne à ce sujet entre les Comités des deux Caisses.

Les dispositions de l'art. 23b) sont applicables à ce sociétaire sur sa demande.

Art. 25. Les sociétaires visés dans l'art. 10, § 5, recevront de la Caisse secondaire, à partir du moment où ils prendront leur retraite, une pension égale à celle à laquelle ils auraient eu droit si toutes leurs années de service s'étaient passées dans l'enseignement secondaire, déduction faite de la pension acquise dans les autres caisses. Lors de leur décès, la même règle sera appliquée à leurs ayants-droit.

Art. 26. Si le bénéficiaire d'une pension occupe ou vient à occuper une fonction officielle (mandat électif excepté) dont le traitement ajouté à la pension surpasse le maximum légal de traitement, la pension est temporairement réduite de l'excédent. (*Modifié. Voir l'art. 2 de la loi du 19 novembre 1921.*)

Art. 27. Le taux de la pension indiqué à l'art. 22 pourra être élevé par l'assemblée générale, avec l'assentiment du Conseil d'Etat, s'il est prouvé par une étude technique que la situation financière de la Caisse permet cette augmentation.

Art. 28. Tout sociétaire qui, sauf les prêts hypothécaires, n'a pu rembourser les sommes empruntées à la Caisse, conserve le droit à une pension s'il satisfait aux conditions stipulées à l'art. 20. Toutefois, la pension est réduite en proportion des sommes non remboursées.

Lorsque les prêts accordés à un sociétaire n'ont pas été intégralement remboursés dans les six mois qui suivent son décès, les versements sont réduits d'autant dans la détermination du chiffre de la pension des enfants, du conjoint ou des ascendants directs.

Art. 29. Les pensions sont payées à la fin de chaque mois par le trésorier de la société.

Les pensions, ainsi que les remboursements, sont incessibles et insaisissables.

Art. 30. Lorsqu'un sociétaire prend sa retraite, sa pension est payée au moyen de son avoir social, composé :

1<sup>o</sup> Des cotisations annuelles, allocations de l'Etat comprises;

2<sup>o</sup> de sa part des revenus calculés proportionnellement au montant de son compte;

3<sup>o</sup> de sa part égale des bénéfices réalisés par la Caisse par suite de démissions, de décès ou de dons et legs faits à la Société sans désignation spéciale.

Dès que cet avoir social est épuisé, le service de la pension est continué par l'Etat.

#### Chapitre VI. — *Administration.*

Art. 31. La société est administrée par un Comité de onze membres, savoir: le Conseiller d'Etat chargé du Département des Finances, qui fait de droit partie du Comité en qualité de président; le trésorier, nommé conformément aux prescriptions de l'art. 32, et neuf membres élus par l'assemblée générale ordinaire.

L'élection de ces neuf membres a lieu au scrutin de liste, à la majorité absolue des suffrages. Ils sont renouvelés par séries de quatre et de cinq et sont immédiatement rééligibles.

L'assemblée élit en outre, au scrutin secret, deux suppléants pour remplacer, jusqu'à la fin de leur mandat, les membres du Comité démissionnaires ou décédés. Le remplacement s'effectuera dans l'ordre indiqué par l'élection, laquelle aura lieu également à la majorité des suffrages.

Le Comité ne pourra renfermer plus de deux sociétaires pensionnés.

Les fonctions des membres du Comité sont gratuites, sauf la réserve stipulée à l'article suivant en faveur du trésorier.

Art. 32. Le trésorier est nommé par les dix autres membres du Comité; il peut être pris en dehors de l'association.

Le Comité choisit en outre dans son sein un premier vice-président, un second vice-président, un secrétaire et un vice-secrétaire.

Il nomme également un teneur de livres, qui assiste aux séances avec voix consultative.

Il peut aussi s'adjoindre des membres honoraires, pris en dehors de la société et agréés par l'assemblée générale. Ces membres peuvent être convoqués aux séances du Comité avec voix consultative.

Sur le préavis du Comité, une indemnité peut être allouée par l'assemblée générale au trésorier et au teneur de livres.

Art. 33. La présence de six membres du Comité est nécessaire pour la validité de ses décisions.

Art. 34. Le Comité a tous les pouvoirs nécessaires pour l'administration de la société. Il a notamment les pouvoirs de:

Interpréter dans l'esprit des statuts les cas non explicitement prévus, le recours à l'assemblée générale ordinaire étant réservé; passer tous marchés et conventions;

acheter, vendre, céder et transférer toutes valeurs mobilières et créances, et en payer ou toucher le prix;

exercer toutes actions judiciaires et y défendre;  
toucher toutes sommes, en donner quittance;  
transiger, nommer arbitres, acquiescer;

consentir, avant comme après paiement, toutes mains-levées et radiations d'inscriptions privilégiées et hypothécaires, consentir tous nantissements ou autres garanties.

Pour les actes à passer ou les signatures à donner, le Comité est valablement représenté par la majorité de ses membres ou par l'un d'eux porteur d'une délégation en bonne forme.

Art. 35. Le trésorier ne pourra conserver plus d'un jour, en caisse, une somme supérieure à 1000 francs, sans une autorisation spéciale du président.

Art. 36. Chaque année, dans l'assemblée générale ordinaire, il est nommé en dehors du Comité une Commission de vérification des comptes de l'année courante. Les membres n'en sont pas immédiatement rééligibles.

Cette Commission se compose de trois membres.

Elle a en tout temps le droit de vérifier la Caisse, les titres, la comptabilité et en général tout ce qui concerne l'avoir de la Caisse de prévoyance.

Le président du Comité la convoque pour la vérification obligatoire précédant l'assemblée générale ordinaire.

#### Chapitre VII. — *Des assemblées.*

Art. 37. La Société se réunit en assemblée générale ordinaire dans le premier trimestre de chaque année.

Elle se réunit en assemblée générale extraordinaire sur une décision du Comité ou sur la demande écrite et motivée du cinquième au moins des membres de la société.

Art. 38. Les assemblées générales sont convoquées par le Comité et présidées par le Conseiller d'Etat chargé du Département des Finances ou, en son absence, par l'un des vice-présidents du Comité.

La convocation et l'ordre du jour sont envoyés à chaque sociétaire au moins huit jours avant l'assemblée; ils peuvent être envoyés également aux membres honoraires, qui ont alors voix consultative.

La présence aux assemblées générales est obligatoire. Tout membre absent qui n'aura pas, avant la date de l'assemblée, envoyé une excuse écrite au Comité, sera frappé d'une amende d'un franc au profit du Fonds de subsides.

Art. 39. Le Comité est tenu de présenter, pour l'assemblée générale ordinaire, un rapport contenant:

1<sup>o</sup> Un aperçu de la marche de la société depuis la dernière assemblée; 2<sup>o</sup> un compte rendu de la gestion du Comité.

Ce rapport est envoyé à chaque sociétaire au moins huit jours avant l'assemblée.

Art. 40. Toute demande de revision des statuts doit être adressée au Comité un mois au moins avant l'assemblée générale et doit figurer à l'ordre du jour de la séance.

Si la demande est prise en considération par la majorité des membres présents, l'assemblée générale nomme une Commission chargée de préparer la revision.

Le rapport de cette Commission ne peut être déposé que dans une séance ultérieure.

Cette assemblée ne peut délibérer valablement que si elle réunit les deux tiers des sociétaires.

Si ce quorum n'est pas atteint, une seconde assemblée sera convoquée dans le délai de quinze jours et pourra délibérer valablement à la majorité des membres présents.

Tout changement apporté aux statuts doit être approuvé par le Grand Conseil.

#### Chapitre VIII. — *Dissolution.*

Art. 41. La dissolution ne peut être votée que par les quatre cinquièmes au moins des membres de la société.

#### Chapitre IX. — *Fonds de subsides.*

Art. 42. Pour faire œuvre de solidarité, un Fonds, dit de subsides, est institué par la Caisse. Il est destiné à venir en aide :

1<sup>o</sup> Aux sociétaires qui ont quitté l'enseignement pour cause de maladie ou d'infirmité ;

2<sup>o</sup> lors du décès d'un sociétaire, aux personnes qui étaient à sa charge et qui n'ont pas de ressources suffisantes ;

3<sup>o</sup> aux sociétaires qui se trouveraient momentanément dans une situation difficile.

Le Fonds de subsides est administré par le Comité.

Le Fonds de subsides est alimenté :

1<sup>o</sup> Par les dons et legs avec affectation spéciale à ce fonds ;

2<sup>o</sup> par une cotisation annuelle non remboursable, fixée à 1<sup>0</sup>/<sub>00</sub> du traitement assuré, prélevée sur le traitement par la Caisse de l'Etat ;

3<sup>o</sup> par le produit des amendes ;

4<sup>o</sup> éventuellement, par des allocations de l'Etat.

#### Chapitre X. — *Entrée en vigueur des statuts.*

Art. 43. Les présents statuts ont été adoptés par l'assemblée générale du 15 octobre 1921.

Ils entreront en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1922.



*Dispositions transitoires.*

Art. 44. Les sociétaires pensionnés au moment de l'entrée en vigueur des présents statuts, ainsi que leurs ayants-droit, continueront à être régis par les statuts qui ont réglé leur situation.

Art. 45. Les versements personnels faits par un sociétaire (à titre de cotisations annuelles ou complémentaires, ou d'arrérages) antérieurement à l'entrée en vigueur des présents statuts compteront comme ayant été faits sur le traitement assuré du sociétaire à l'époque de cette mise en vigueur.

Il en sera de même pour les versements faits postérieurement à l'entrée en vigueur, mais se rapportant à des époques antérieures à cette entrée en vigueur.

Le bénéfice des deux alinéas précédents est réservé uniquement aux sociétaires dont les versements, pour les années antérieures à l'entrée en vigueur, sont conformes aux statuts existant aux époques auxquelles se rapportent ces versements.

En particulier tout sociétaire qui n'a pas unifié ses cotisations personnelles pour que sa pension corresponde à son traitement maximum (art. 12, al. 1 des statuts de 1919), est tenu d'effectuer les versements complémentaires arriérés pour obtenir le bénéfice des deux premiers alinéas du présent article.

Art. 46. En dérogation temporaire à l'art. 22, al. 1, la moyenne assurée sera calculée jusqu'à fin 1924 uniquement sur les traitements assurés indiqués par le Département à partir de 1920.

Art. 47. Si, pendant une certaine période, l'application des présents statuts devait entraîner pour les sociétaires en fonction au moment de leur adoption, ou pour leurs ayants-droit, une diminution de la pension assurée par les Statuts anciens, ces derniers resteraient applicables pendant cette période au profit des dits sociétaires ou de leurs ayants-droit.

Art. 48. Le Comité tranchera dans l'esprit des présents statuts tous les cas non prévus aux présentes dispositions transitoires.

